

Doppeljahrbuch 2011-2013

der Patriotischen Gesellschaft von 1765



Von der Bürgerlichkeit  
zur Zivilität



**Von der Bürgerlichkeit zur Zivilität**  
Doppeljahrbuch 2011-2013 der Patriotischen Gesellschaft von 1765



**Patriotische Gesellschaft**

<b>1. Thema</b>	Von der Bürgerlichkeit zur Zivilität <i>Dieter Gosewinkel</i>	4
	Ferdinand Beneke und seine Zeit <i>Frank Hatje</i>	19
	Patriotismus im 21. Jahrhundert? <i>Malte C. Krugmann</i>	30
<b>2. Die Patriotische Gesellschaft</b>	Bericht des Vorstands <i>Ingrid Nümann-Seidewinkel</i>	54
	Bericht der Geschäftsführerin <i>Astrid Burkhardt</i>	61
	Instandsetzung des Gebäudes der Patriotischen Gesellschaft <i>Joachim Reinig</i>	65
	165 Jahre Patriotisches Haus an der Trostbrücke <i>Malte C. Krugmann</i>	67
	Mission Statement	70
<b>3. Projekte und Kooperationen</b>	SeitenWechsel <i>Elke Münchow</i>	72
	Diesterweg-Stipendium Hamburg <i>Christiane Mettlau</i>	74
	Hinz&Kunzt <i>Birgit Müller</i>	80
	Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen <i>Hella Schwemer-Martienßen</i>	82
	Kulturloge Hamburg <i>Ute Kruse-Fischer</i>	86
	Verein für Hamburgische Geschichte <i>Rainer Nicolaysen</i>	89
	Stipendium für Fotografie <i>Esther Ruelfs</i>	92
	Hamburg – Grüne Metropole am Wasser e.V. <i>Jan Michael Runge</i>	94
	I.K.A.R.U.S. e.V. <i>Klaus-D. Curth</i>	97
<b>4. Arbeitsfelder und Aktivitäten</b>	Arbeitskreis Denkmalschutz <i>Angela Graf</i>	100
	Preis für Denkmalpflege 2011 <i>Peter Klein</i>	103
	Arbeitskreis Stadtentwicklung <i>Eckehard Herrmann</i>	105
	Bülau-Wettbewerb 2011 <i>Paolo Fusi</i>	107
	Gedenktafelprogramm <i>Angela Graf</i>	112
	Arbeitskreis Kinder, Jugend und Bildung <i>Helga Trefß &amp; Margret Werdermann</i>	114
	Holger-Cassens-Preis	119
	Arbeitskreis Interkulturelles Leben <i>Arnold Alscher</i>	121
	Projektgruppe „Salon“ <i>Marlis Roß</i>	124
	Öffentliche Veranstaltungen	126
<b>5. Organisation und Service</b>	In Memoriam	132
	Vorstand, Beirat und Kuratorien	133
	Service	134
	Impressum	135

01/

Thema

# Von der Bürgerlichkeit zur Zivilität. Zivilgesellschaftlichkeit in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts

Dieter Gosewinkel

## Einleitung

Nehmen wir eine Gesellschaft, die reich an Vereinigungen, Verbänden und Parteien ist, deren Leben sich in breiter thematischer Vielfalt weitgehend frei von staatlicher Beschränkung entfalten kann; eine Regierung, die frei und demokratisch gewählt ist; Richter, die von Verfassung wegen unabhängig amtierenden, die Verwaltung kontrollieren, Strafen für gewaltsame Übergriffe aussprechen und die Einhaltung eines Kodex von Grundrechten durchsetzen; eine Gesellschaft, in der sozial Schwächere durchsetzbare Rechte genießen, Wohltätigkeit, durch private Hand und religiöse Organisationen erwünscht und gefördert ist – wäre das nicht das Modell einer Zivilgesellschaft?

Die meisten geläufigen Konzepte der Zivilgesellschaft würden diese Frage bejahen. Doch was sagt dieses Modell von Zivilgesellschaft über das Verhalten der Gesellschaftsmitglieder untereinander? Was sagt es über die Bedingungen seiner inneren Verfasstheit und Stabilität? Denn deckt dieses Modell nicht eine Momentaufnahme der Weimarer Republik aus dem Jahre 1928 ebenso wie der Bundesrepublik Deutschland von 1970? Während schon 1933 die Gesellschaft in Deutschland eine diktatorische Entwicklung nahm, entspricht die Bundesrepublik heute, nach vier weiteren Jahrzehnten, unvermindert diesem Modell.

Fordert diese Gegenüberstellung nicht dazu heraus, die Aussagekraft hergebrachter zivilgesellschaftlicher Modelle im Hinblick auf die realen historischen Entwicklungsbedingungen von Gesellschaften zu überprüfen und zu verändern? Die Kernfrage ist zweigeteilt und lautet: Ist nicht „Zivilgesellschaft“ entscheidend von Maß und Bestandskraft bestehender Zivilgesellschaftlichkeit, d.h. von zivilgesellschaftlichem Handeln, abhängig? Ist nicht Zivilgesellschaftlichkeit zu messen anhand eines sozialen Verhaltensideals: der „Zivilität“?

Dazu werde ich im Folgenden (1.) mit einer knappen Kritik bestehender Konzepte von Zivilgesellschaft beginnen, (2.) das spezifisch deutsche Konzept von „Bürgerlichkeit“ auf seine Eignung zur Bestimmung von „Zivilgesellschaftlichkeit“ bestimmen, um (3.) „Zivilität“ als geeigneten Maßstab von Zivilgesellschaftlichkeit zu begründen und (4.) an der Geschichte Deutschlands nach 1945 zu erproben.

## 1. Konzepte von Zivilgesellschaft und ihre Grenzen

Zivilgesellschaft wird einer groben aber grundlegenden Unterscheidung zufolge als (a.) Raum gesellschaftlichen Handelns oder als (b.) Form sozialer Interaktion aufgefasst.

(a.) Die räumliche Definition verortet Zivilgesellschaft in einem „Zwischenbereich“ zwischen Staat, Wirtschaft und Gemeinschaftsleben (Familie). In diesem Zwischenbereich spielt sich das Wirken von Assoziationen, freien Vereinigungen, Organisationen, insbesondere Nichtregierungsorganisationen, ab, das als entscheidendes Antriebsmoment zivilgesellschaftlicher Aktivität gedeutet wird. Dies ist die bekannteste, zugänglichste und einflussreichste Bestimmung von Zivilgesellschaft.<sup>1</sup> Die Fixierung auf das Assoziationswesen ist hingegen in der Literatur zunehmend Einwänden begegnet. Neuere empirische, auch historische Studien zeigen die ambivalente Stellung und Funktion von Vereinen und Assoziationen für die Entwicklung von Demokratie und weisen auf die Exklusivität, Intoleranz, Binnenhierarchie, teils auch Gewaltsamkeit assoziativer Organisationen neben ihren partizipatorischen, liberalisierenden und innovativen Wirkungen hin. Dafür ist die Weimarer Republik ein besonders prägnantes Beispiel. Sie besaß ein äußerst vielgestaltiges und öffentlich wirksames, zugleich aber in hohem Maße exklusives, politisch auf die Zerstörung der liberal-demokratischen Grundordnung hinarbeitendes Organisationspotenzial. Damit ist das Vereinswesen in der bedrohten ersten deutschen Republik der Modellfall für die Unzulänglichkeit der bereichsbezogenen Modelle von Zivilgesellschaft.<sup>2</sup> Damit wird nicht bestritten, dass wichtige Impulse für Zivilgesellschaftlichkeit historisch von Assoziationen ausgingen und weiterhin ausgehen. Doch wird nicht im Assoziationswesen an sich das Wesen, die Essenz, sondern ein Antriebsmoment von Zivilgesellschaft neben anderen gesehen.

Ein weiteres Argument gegen das räumliche Trennungsmodell der Zivilgesellschaft ist die Vorstellung vom Staat vollständig unabhängiger Assoziationen. Blickt man in die frühe Geschichte der Patriotischen Gesellschaft von Hamburg, so fällt auf, dass in der Gründungsphase mehr als die Hälfte der Senatoren (60 %) dieser Gesellschaft angehörten, die ihre Tätigkeit ausdrücklich nicht in einem Gegensatz zum Staat, sondern als dessen Ergänzung und Unterstützung verstand.<sup>3</sup> Die Verbindung der Patriotischen Gesellschaft zum hamburgischen Staat war geradezu eine Bedingung ihres Wirkens, als sie 1767 vom Senat

<sup>1</sup> Dazu historisch grundlegend Stefan-Ludwig Hoffmann, *Geselligkeit und Demokratie. Vereine und zivile Gesellschaft im transnationalen Vergleich 1750-1914*, Göttingen 2003.

<sup>2</sup> Sheri Berman, „Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic“, in: *World Politics* 49 (1997), 401-429; Sven Reichardt, „Gewalt und Zivilität im Wandel. Konzeptionelle Überlegungen zur Zivilgesellschaft aus historischer Sicht“, in: Dieter Gosewinkel/Dieter Rucht et al. (Hg.), *Zivilgesellschaft – national*, WZB-Jahrbuch 2003, Berlin 2004, 61-81; Arnd Bauerkämper/Dieter Gosewinkel/Sven Reichardt, „Paradox oder Perversion? Zum historischen Verhältnis von Zivilgesellschaft und Gewalt“, in: *Mittelweg* 36, 15 (Februar/März 2006), 22-32; Dieter Rucht, „Von Zivilgesellschaft zu Zivilität. Konzeptionelle Überlegungen und Möglichkeiten der empirischen Analyse“, in: *Transnationale Zivilgesellschaft in Europa. Traditionen, Muster, Hindernisse, Chancen*, hg. von Christiane Frantz/Holger Kolb, Münster 2009, 79-106, bes. 92, 94.

<sup>3</sup> Sigrid Schambach, *Aus der Gegenwart die Zukunft gewinnen. Die Geschichte der Patriotischen Gesellschaft von 1765*, Hamburg 2004, 21.

das Recht erbat, den Namen „Hamburgische Gesellschaft zur Beförderung der Manufacturen, Künste und nützlichen Gewerbe“ zu führen und dafür den „Stadtväterlichen Beifall und Schutz“ erhielt.

(b.) Entgegen der räumlichen setzt die auf *soziale Interaktion* bezogene Konzeptualisierung von Zivilgesellschaft auf die Qualität sozialen Handelns. Im Zentrum stehen hier Verhaltensweisen, die auf die Fähigkeit zur Selbstständigkeit, Selbstorganisation, Kompromissbereitschaft im Konflikt und Gewaltlosigkeit, auf die Gemeinwohlbezogenheit des Handelns und die prinzipielle Bereitschaft zur Anerkennung anderer Haltungen und Lebensentwürfe zielen.<sup>4</sup> Sie sind aber gerade nicht auf eine bestimmte Sphäre der Gesellschaft beschränkt, sondern gelten universell.<sup>5</sup>

Deshalb soll im Folgenden eine bereichsbezogene Definition von Zivilgesellschaftlichkeit aufgegeben und stattdessen ein rein handlungsbezogenes Konzept zugrunde gelegt werden. Dabei wird der normative Gehalt, den Verhaltensanforderungen von Zivilgesellschaftlichkeit voraussetzen, explizit zum Maßstab der Analyse gemacht.

## 2. Bürgerlichkeit

Akzeptiert man die Prämissen, dass, erstens, „Zivilgesellschaftlichkeit“ als ein auf die gesamte Gesellschaft bezogener analytischer Begriff der „Zivilgesellschaft“ vorzuziehen ist, so bietet sich der Begriff der „Bürgerlichkeit“ an, und dies vor allem aus zwei Gründen. Zum einen leitete sich Bürgerlichkeit von „Bürger“, dem lateinischen „civis“, ab und verweist direkt auf das Attribut „civilis“ in „Zivilgesellschaftlichkeit“<sup>6</sup>. Zum anderen steht dieser Begriff in einer längeren begriffsgeschichtlichen Tradition, die überdies spezifisch deutsch ist und deshalb die deutsche Entwicklung in besonderer Weise einzufangen vermag. Manfred Hettling, der „Bürgerlichkeit“ besonders genau in den Blick genommen hat, definiert „Bürgerlichkeit“ als „kulturelles System“, als soziale Ausprägung einer spezifisch „bürgerlichen Kultur“.<sup>7</sup>

<sup>4</sup> Jürgen Kocka, „Zivilgesellschaft in historischer Perspektive“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16,2 (2003), 29–37.

<sup>5</sup> Dieter Rucht, „Von Zivilgesellschaft zu Zivilität“ (wie Anm. 2), bes. 92, 94.

<sup>6</sup> Jürgen Kocka, „Bürgertum und Bürgerlichkeit als Problem der deutschen Geschichte vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert“, in: ders. (Hg.), *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1987, 21–63; Dieter Gosewinkel, „Citizenship, Subjecthood, Nationality: Concepts of Belonging in the Age of Modern Nation States“, in: *European Citizenship between National Legacies and Postnational Projects*, hg. von Klaus Eder/Bernhard Giesen, Oxford 2001, 17–35; Reinhart Koselleck, „Begriffsgeschichtliche Probleme der Verfassungsgeschichtsschreibung: Exkurs II (Zur Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte der einmalig geprägten aristotelischen Bürger-Begriffe)“, in: ders., *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt am Main 2006, 387–401; Wolfgang Kaschuba, „Deutsche Bürgerlichkeit nach 1800. Kultur als symbolische Praxis“, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Bürgertum im 19. Jahrhundert*, Bd. II, Göttingen 1995, 92–127; Ute Frevert, „Bürgerlichkeit und Ehre“, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Bürgertum im 19. Jahrhundert*, Bd. II, Göttingen 1995, 128–167.

<sup>7</sup> Manfred Hettling, „'Bürgerlichkeit' und Zivilgesellschaft“, in: Ralph Jessen/Sven Reichardt et al. (Hrsg.), *Zivilgesellschaft als Geschichte*, Wiesbaden 2004, 45–64 (51); Manfred Hettling/Stefan-Ludwig Hoffmann, „Zur Historisierung bürgerlicher Werte“, in: dies. (Hrsg.), *Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 2000, 7–21.

Was aber bedeutet Bürgerlichkeit in diesem Sinn? Hettling verortet „Bürgerlichkeit“ als kulturelles System zwischen den Polen von vier heterogenen Eigenschaftspaaren: „Erstens Besitz und Bildung (Eigentum und Person), zweitens Eigeninteresse und Gemeinwohl-orientierung, drittens zweckfreie Kreativität und zweckgebundene Rationalität bzw. Nützlichkeit sowie viertens Gefühl und Vernunft“. Dieser bürgerliche „Wertehimmel“ – der in sich variieren kann –, wird zeitlich abgelöst vom Bestehen eines Bürgertums.<sup>8</sup>

Mehrere Gründe sprechen für die Konvergenz von Bürgerlichkeit mit inhaltlichen Kernkriterien handlungsbezogener Konzepte von Zivilgesellschaftlichkeit: erstens die Betonung von Selbstständigkeit und Individualität, Gemeinwohlbezogenheit und Rationalität; zweitens die „Geselligkeit“ als soziale Utopie des Bürgertums und in einem reichen Assoziationswesen entfaltete gesellschaftliche Praxis; drittens „Bildung“ als zumindest implizite Voraussetzung anspruchsvoller Sozialpraktiken von Bürgerlichkeit wie auch Zivilgesellschaftlichkeit. Ist demnach die Entwicklung der Gesellschaft in Deutschland seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert in dem Maße und Umfang als „zivilgesellschaftlich“ zu bezeichnen, in dem sie „bürgerlich“ war und ist?

Dagegen sprechen zwei Argumente für die klare Unterscheidung von Bürgerlichkeit und Zivilgesellschaftlichkeit: Das erste leitet sich aus der Historizität, genauer der Zeitgebundenheit, von „Bürgerlichkeit“ ab und läuft auf die bekannte Gegenthese hinaus, dass Bürgerlichkeit als kulturelles System in seiner Entfaltung und Prägekraft letztlich doch eng an die soziale Formation des Bürgertums und an die Hochzeit seiner sozialen Geschlossenheit und politischen Macht, d.h. an das „lange 19. Jahrhundert“, gebunden war. Diese These der „Skeptiker“ (Hannes Siegrist<sup>9</sup>) hinsichtlich der Kontinuität von Bürgerlichkeit geht davon aus, dass das 20. Jahrhundert eine Epoche des Verfalls und der Auflösung sowohl des Bürgertums wie des kulturellen Systems Bürgerlichkeit war. Verschieden interpretiert wird nur der Beginn des Zerfallsprozesses. Für diese These sprechen sozialstatistische und politikgeschichtliche Gründe. Umfang und wirtschaftliche Kraft der durch Besitz, Bildung und Selbstständigkeit bestimmten gesellschaftlichen Gruppen des Besitz- und Bildungsbürgertums nahmen im Verlauf des 20. Jahrhundert ab. Bürgerlichkeit als kulturelles System unterlag während der Zwischenkriegszeit dem politischen und kulturellen Frontalangriff einer Fronde, die, in sich zwar ideologisch heterogen, jedoch in ihrer antibürgerlichen Stoßrichtung und Absicht geeint war, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse revolutionär und unter Anwendung von Gewalt umzustürzen.

Parallel dazu sank der Einfluss des – genuin bürgerlichen – politischen Liberalismus auf einen Tiefpunkt.

Stärker als je zuvor wurden Weltbild und Wertesystem des Bürgertums von innen her in Frage gestellt, und zwar von enttäuschten Bürgertlichen, die sich vom offenen „bürgerlichen Wertehimmel“ ab – und

<sup>8</sup> Hettling, „'Bürgerlichkeit' und Zivilgesellschaft“ (wie Anm. 7), 52, 58.

<sup>9</sup> Hannes Siegrist, „Ende der Bürgerlichkeit?“, in: *Geschichte und Gesellschaft* 20 (1994), 549–582 (554); dazu auch Jürgen Kocka, „Bürgertum und Bürgerlichkeit“ (wie Anm. 6), 21–63.

den geschlossenen Weltentwürfen kommunistischer oder nationalsozialistischer Provenienz zuwandten.<sup>10</sup>

Gleichwohl unterschieden sich verbleibendes Bürgertum und Bürgerlichkeit nach 1945 kategorial – und nicht nur funktional – in Gehalt und sozialer Bedeutung vom 19. Jahrhundert. Die ideologische Spaltung der Welt trug dazu bei. Nach 1945 gründete der sozialistische Machtblock Europas weiterhin auf der Entgegensetzung zu „bürgerlicher Klassenherrschaft“ und vermochte Bürgerlichkeit als kulturelles System wirksam zu verdrängen. Zudem hatte der Nationalismus, der seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert als Leitidee des Bürgertums und habitueller Bestandteil von Bürgerlichkeit wirkte, nach 1945 seine Legitimations- und Bindekraft verloren.<sup>11</sup> Auch im westlichen Teil Deutschlands, der rechtlich und politisch günstige Entfaltungsmöglichkeiten für das Bürgertum und Bürgerlichkeit bot, setzte sich die soziologische Bestandsaufnahme einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky) durch, die in ihrer Analyse fortschreitender Ausdehnung sozialer Gleichheit und Homogenität gerade nicht auf die Kriterien von Bürgertum und Bürgerlichkeit zurückgriff.<sup>12</sup>

Ein zweites Argument für die Trennung von Zivilgesellschaftlichkeit und Bürgerlichkeit leitet sich aus den immanenten Spannungen und Widersprüchen des kulturellen Systems Bürgerlichkeit selbst ab. Wie erwähnt zeigen empirische Studien zum bürgerlichen Assoziationswesen bereits im 19. Jahrhundert Tendenzen zu scharfer Exklusion, die sich gegen Angehörige anderer Nationalität, Glaubens- und Denkrichtungen sowie gegen Frauen wandten. Das Projekt bürgerlicher Geselligkeit, einen Gleichheit gewährenden „Binnenraum der Moral“<sup>13</sup> zu schaffen, war ein wichtiges Anliegen. Auch die Patriotische Gesellschaft schrieb 1765 in ihren Statuten fest, dass in den Versammlungen nicht auf Rang geachtet und die Mehrheit der Stimmen entscheiden sollte. Gleichwohl entwickelte sich diese Binnengleichheit vielfach um den Preis doppelter Moralstandards, die zwischen innen und außen gespalten waren. Das ist eine allgemeine Beobachtung, und ich habe nicht die Informationen, um sie hinsichtlich der Patriotischen Gesellschaft zu überprüfen. Hier mag es anders gewesen sein, auch wenn Frauen als Mitglieder lange nicht zugelassen waren.<sup>14</sup> Allerdings scheint das Verhältnis von innerer Gleichheit und Exklusion nach außen in der frühen Geschichte der Gesellschaft durchaus eine Rolle gespielt zu haben, wenn – wohl nicht zufällig – 1789 die „Revidierte Verfassung“ der Gesellschaft die Aufnahmebedingungen so erweiterte, dass die Mitgliederzahl binnen

<sup>10</sup> Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, München 2008<sup>3</sup>, 309.

<sup>11</sup> Zu dieser Diagnose grundlegend Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe*, Wiesbaden 1946; Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5, München 2008, 298 ff.

<sup>12</sup> S. Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000, 318; kritisch dagegen Hans-Ulrich Wehler, „Deutsches Bürgertum nach 1945. Exitus oder Phoenix aus der Asche?“, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), 617–634 (629).

<sup>13</sup> Hettling, „‚Bürgerlichkeit‘ und Zivilgesellschaft“ (wie Anm. 7), 53.

<sup>14</sup> Schambach, *Geschichte* (wie Anm. 3), 18. Frauen seien allerdings im Hintergrund einflussreich gewesen.

eines Jahres auf das Doppelte stieg und neben den die Gründung bestimmenden Großkaufleuten vor allem auch Handwerker Aufnahme fanden.<sup>15</sup> Es gab jedenfalls Haltungen, die Thomas Mann in seinem Roman „Der Zauberberg“ über den Großvater Hans Castorps, Hans Lorenz Castorp, sagen lassen:

„Er war ein hochchristlicher Herr gewesen, von der reformierten Gemeinde, streng herkömmlich gesinnt, auf aristokratische Einengung des gesellschaftlichen Kreises, in dem man regierungsfähig war, so hartnäckig bedacht, als lebte er im vierzehnten Jahrhundert, wo das Handwerkertum gegen den zähen Widerstand des altfreien Patrizier­tums sich Sitz und Stimme im städtischen Rat zu erobern begonnen hatte, und für das Neue nur schwer zu haben.“<sup>16</sup>

Jedenfalls: Die ursprünglich bürgerliche (und „bürgerlich-rechtliche“) Form des Vereins<sup>17</sup> konnte eine innere Dynamik und politische Zielsetzung entwickeln, die dem ursprünglichen Projekt von Bürgerlichkeit scharf zuwiderlief. Beispiele dafür sind der intolerante und aggressive bürgerliche Vereinsnationalismus des Kaiserreichs ebenso wie die schlagartige Vermehrung zunehmend radikalierter und gewalttätiger Assoziationen während der Weimarer Republik.<sup>18</sup> Darin zeigte sich bei aller Betonung von Individualität die Kehrseite der Intoleranz.

Derartige Tendenzen zur sozialen und kulturellen Abschließung waren weit entfernt von Leitbildern der Pluralität und der „Anerkennung des anderen“.<sup>19</sup> Mehr noch: Sie reflektierten ein Selbstverständnis des deutschen Bürgertums, das auf dem Höhepunkt seiner Wirkungsmächtigkeit im „langen 19. Jahrhundert“ – als die Stärke des sozialen Substrats Bürgertum und seine kulturelle Deutungskraft weitgehend zusammenfielen – gerade nicht den Anspruch umfassender Gleichheit und demokratischer Partizipation vertrat. Die „Massengesellschaft“ des heraufdämmernden 20. Jahrhunderts erschien der Mehrheit des Bürgertums und führenden Repräsentanten von „Bürgerlichkeit“ gerade als Bedrohung, Krisenerscheinung, bestenfalls als ein politisches und soziales Problem. Der Gleichschaltung des Vereinswesens im Nationalsozialismus entzog sich auch die Patriotische Gesellschaft nicht. Sie führte als „halböffentliche gemeinnützige Gesellschaft“ 1935 den sogenannten „Arierparagrafen“ ein.<sup>20</sup>

Darin erweisen sich die Ambivalenz, Zeitgebundenheit und Partikularität des kulturellen Systems Bürgerlichkeit. Sie sprechen gegen seine Verwendung zur Bestimmung von Zivilgesellschaftlichkeit.

<sup>15</sup> Schambach, *Geschichte* (wie Anm. 3), 21.

<sup>16</sup> Thomas Mann, *Der Zauberberg*, Frankfurt am Main 2002, 41.

<sup>17</sup> Monika Wienfort, „Recht und Bürgertum“, in: Peter Lundgreen (Hg.), *Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums*, Göttingen 2000 (Bürgertum, Bd. 18), 272-292; Dieter Grimm, „Bürgerlichkeit im Recht“, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert* (wie Anm. 6), 149-188. Dieter Grimm, *Recht und Staat in der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1987; Sheri Berman, „Gesellschaft, Konflikt und Zivilgesellschaft“, in: *Mittelweg* 36,1 (2006), 36-48.

<sup>18</sup> Sheri Berman, „Gesellschaft, Konflikt und Zivilgesellschaft“, (wie Anm. 17), 34-41.

<sup>19</sup> Dieter Gosewinkel/Dieter Rucht, „History meets sociology: Zivilgesellschaft als Prozess“, in: *Zivilgesellschaft national und transnational* (wie Anm. 2), 38.

<sup>20</sup> Schambach, *Geschichte* (wie Anm. 3), 154. eingehend Marlis Roß, *Der Ausschluss der jüdischen Mitglieder 1935. Die Patriotische Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Hamburg 2011.

### 3. Zivilität als Maßstab

Ist demgegenüber „Zivilität“ ein geeigneter Maßstab für „Zivilgesellschaftlichkeit“? Dagegen scheint zunächst zu sprechen, dass „Zivilität“ kein Quellenbegriff in den zeitgenössischen Debatten ist. Es hat auch keine nennenswerte Bedeutung in der politisch-sozialen Begriffssprache der Moderne und wird dort lange auf „Höflichkeit“ und „gutes Benehmen“ reduziert.<sup>21</sup>

Die relative Ahistorizität des Konzepts birgt umgekehrt aber Vorteile für die analytische Fassung des Begriffs „Zivilität“: Er soll gebraucht werden im Sinne eines sozialen Handlungsmodus. Seine inhaltliche Bestimmung ist hier noch vorläufig. Sie orientiert sich zum einen an begriffshistorischen Studien, die – über einen Zeitraum von etwa 200 Jahren – einen Begriffskern erkennen lassen. Dabei schälen sich, ohne dass hier das semantische Feld vollständig abgedeckt wäre, folgende Kernelemente heraus: der Verzicht auf Gewalt und die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols in der Konfliktaustragung; der Primat des Rechts und die Anerkennung des anderen als ein universales Rechtsprinzip; die politische Selbstbestimmtheit des Individuums, zumeist auf der Grundlage menschenrechtlicher Gleichheit; die Einhaltung von Alltagsregeln der Gesittetheit und Toleranz im zwischenmenschlichen Umgang (vielfach im Sinne von Höflichkeit). Diese Elemente werden den folgenden Überlegungen im Sinne eines *Arbeitskonzepts von Zivilität* zugrunde gelegt.

Dieses auf formalen Prinzipien und nicht auf kultureller Geschichtlichkeit fußende Konzept von Zivilität unterscheidet sich von „Bürgerlichkeit“ in mehrfacher Hinsicht.

Erstens setzen die Begriffe „Zivilität“ und „Bürgerlichkeit“ auf unterschiedlichen Ebenen der Erklärung an. Der Begriff „bürgerlich“ bewahrt sich, ganz von seiner historischen Stoßrichtung her, eine Fronstellung einerseits gegen ständisch-feudale, andererseits gegen proletarische Sozialnormen. Das Gegenteil zu „bürgerlich“ ist mithin sozial die Unselbstständigkeit, kulturell die mangelnde Bildung. Der Begriff „Zivilität“ richtet sich demgegenüber politisch und kulturell gegen Barbarei und Militarismus, auf dem Gebiet sozialer Verhaltensnormen gegen jede Form von Grobheit, insbesondere gegen Gewalttätigkeit. In der Zurückweisung ständischen Dünkels und plebejischer Gewalttätigkeit stimmt „Zivilität“ mit „Bürgerlichkeit“ überein, bleibt aber in seinem Erklärungsanspruch abstrakter, vergleichsweise weniger zeitgebunden.

Deshalb ist „Zivilität“, zweitens, neutral und offen gegenüber mehreren, gegebenenfalls auch wechselnden sozialen Trägerschichten. Zivilität als universeller Verhaltensmaßstab grenzt keine bestimmte gesellschaftliche Sphäre aus, kann vielmehr z.B. den Staat einschließen.

Aus diesen Gründen, so lautet mein erstes Fazit, ist Zivilgesellschaft verschieden von „Bürgergesellschaft“ und lässt sich Zivilgesellschaftlichkeit nicht durch Bürgerlichkeit, sondern durch Zivilität bestimmen.

<sup>21</sup> „Zivilität“, in: *Deutsches Wörterbuch*, hg. von Jacob Grimm/Wilhelm Grimm, Bd. 15, Leipzig 1956, Sp. 1737; Jörg Fisch, „Zivilisation/Kultur“, in: Otto Brunner/Werner Conze *et al.* (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 7, Stuttgart 1992, 679-774 (697).

#### 4. Zivilität in der deutschen Geschichte nach 1945

Zivilität, so versuchte ich oben zu zeigen, ist seinem Deutungsanspruch nach zeitlich und semantisch umfassender als „Bürgerlichkeit“. Zugleich aber fasst es präziser und konkreter die Eigenart (und den Wandel) deutscher Geschichte nach 1945 im Unterschied zu vorangehenden Epochen der modernen Geschichte Deutschlands.

Dies soll im Folgenden anhand von fünf Themenfeldern gezeigt werden, die nicht den Anspruch erheben, die deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer Gesamtheit oder auch nur repräsentativ abzubilden. Doch zeigen sie in besonders prägnanter Weise den Wandel der deutschen Gesellschaft anhand ihrer herrschenden Wert- und Moralvorstellungen nach 1945. Dabei gilt es von vornherein, eine (empirische) Blindstelle offen zu legen: Die Darstellung konzentriert sich weithin auf die westdeutsche Entwicklung, die sich nach 1989 in ihren politischen Werten und rechtlichen Institutionen auch als die für Gesamtdeutschland bestimmende erweist.

##### 1. „Zivilität“ als politisch-moralischer Maßstab

Als politisch-moralischer Maßstab wurde „Zivilität“ in dem Augenblick diskutabel, in dem der „Zivilisationsbruch“ als ein Deutungsstrang der deutschen Geschichte nach 1933 an Deutungskraft gewann. Soweit ersichtlich, wird dieser „Zivilisationsbruch“ in der Zeit des Nationalsozialismus (also 1933 bis 1945) verortet und nicht – oder fast nicht – auf die sozialistische Diktatur bezogen, die offenbar mehr als (oktroierte) Folge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aufgefasst wird. Die Deutung als „Zivilisationsbruch“ setzte sich nicht in der unmittelbaren Nachkriegszeit, sondern erst in den 1980er Jahren durch.<sup>22</sup> In der Betonung der Zäsur von 1933 reflektiert diese Selbstdeutung den gesellschaftlichen Wandel und wachsenden Abstand von der Phase des Bruches seit 1945, der erst in der Rückschau aus zeitlicher Distanz die Wahrnehmung als Zivilisationsbruch ermöglicht.

Damit wurde, nunmehr als analytische Kategorie, der Wortgebrauch Zivilisation/zivil wiederbelebt, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine kurzlebige Existenz als Quellenbegriff geführt hatte. In der Phase der Reeducation galt „recivilizing Germany“<sup>23</sup> als zentrales alliiertes Besatzungsziel, das in der Trias von „demilitarization, denazification, decartelization“ (Potsdamer Abkommen) verbindlich wurde. In der Absicht der Rezivilisierung spielten demilitarization und denazification eine überragende Rolle. Mit der Demilitarisierung, die von den Alliierten mit umfangreichen Maßnahmen von der Entwaffnung bis zur systematischen Friedenserziehung massiv durchgesetzt wurde, setzte – in Westdeutschland – ein Prozeß der Delegitimierung des Militärischen und der sozialen Entmilitarisierung ein, der sich aufs Schärfste abhob vom Kult des Militärischen während der ersten Jahrhunderthälfte und so durchgreifend wirkte, dass am Ende des 20.

<sup>22</sup> Georg Bollbeck, „Zivilisation“ in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer *et al.* (Hg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 12, Basel 2004, Sp. 1365–1379 (1378); Konrad Jarausch, *After Hitler: Recivilizing Germans, 1945–1995*, Oxford 2006.

<sup>23</sup> Konrad Jarausch, *After Hitler: Recivilizing Germans* (wie Anm. 22).

Jahrhunderts seine Anfänge während der Besatzungszeit fast in Vergessenheit geraten sind.<sup>24</sup> Mit dem Leitbild des Zivilen setzte sich in der politischen Kultur der Bundesrepublik Zivilität gegenüber einem ihrer ursprünglichen Gegenbegriffe, dem Militärischen, durch.

Zivilisierung durch Demilitarisierung war indessen nur Teil bzw. Ausdruck eines umfassenderen Prozesses der politisch-moralischen Distanzierung von der eigenen politischen Vergangenheit, die als Barbarei und eben deshalb als Zivilisationsbruch empfunden wurde. Dieser langsame, durchaus nicht linear und ungebrochen verlaufende Vorgang der Aufklärung über die eigene Vergangenheit und der politisch-moralischen Folgerungen wurde immer wieder als Arbeit an der eigenen Vergangenheit („Aufarbeitung“) und als Akt der „Reinigung“ beschrieben. Bedingung seiner Wirksamkeit war der Übergang von der Fremdreinigung, der alliierten „recivilization“, zur Selbstreinigung, Selbstzivilisierung. Gelingen konnte dieser Vorgang nur dadurch, dass er in einen breiten politischen Konsens mündete. Hier bedingte der „Zivilisationsbruch“ einen Bruch der Tradition im Umgang der Deutschen mit Gewaltanwendung im Namen der Nation. Während nach 1918 die politischen Parteien der Weimarer Republik fast geschlossen die „Schuld“ der Deutschen am Ersten Weltkrieg zurückwiesen und Revision verlangten, setzte sich nach 1945 ohne nennenswerte politische Widerstände ein Gefühl der Scham und der kollektiven Verantwortung hinsichtlich der Taten durch, die im deutschen Namen begangen worden waren. Zugespitzt ließe sich festhalten: Die Interpretation der nationalen Vergangenheit als „Zivilisationsbruch“ wurde verstärkt noch nach 1989 durchgesetzt.<sup>25</sup>

## 2. Barbarei und Unrecht

Der politisch-moralische Anspruch auf Zivilisierung konnte indessen nur in dem Maße glaubwürdig und wirksam werden, indem er sich institutionell niederschlug. Das Recht war das wichtigste Instrument, um „Zivilisierung“ – nach innen wie nach außen – zu belegen und auf Dauer zu stellen: Die Herstellung von Zivilität setzte voraus, dass die „Barbarei“ als Unrecht interpretiert und geahndet wurde. Dieser Impetus lag der konstitutionellen Gründung der Bundesrepublik Deutschland zugrunde und kennzeichnet eine scharfe Zäsur mit früheren Staats- und Rechtsordnungen der deutschen Geschichte. Die ersten Länderverfassungen nach 1945 und insbesondere das Grundgesetz von 1949 beruhten auf der Idee, das neue demokratische Staatswesen auf das Recht als höchsten und unbedingt zu verteidigenden Wert zu gründen. Die Durchsetzung der Idee des Verfassungsstaats, der staatliche Gewalt

<sup>24</sup> Konrad Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, München 2004, 61.

<sup>25</sup> Aus der umfangreichen Literatur vgl. nur Adalbert Rückerl, *Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen 1945-1978. Eine Dokumentation*, Heidelberg/Karlsruhe 1979; Thomas Wandres/Gerhard Werle (Hg.), *Auschwitz vor Gericht. Völkermord und bundesdeutsche Strafrecht*, München 1995; Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996; Ulrich Herbert, „Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte“, in: ders. (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, Göttingen 2002, 28 ff.; als Metareflexion: Nicolas Berg, *Die westdeutschen Historiker und der Holocaust. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen 2003.

nur innerhalb und aufgrund des Rechts und keinen Staat außerhalb des Rechts anerkannte, war in sich ein grundlegender Akt der „Zivilisierung“ im Sinne der vollständigen rechtlichen Begrenzung und Begründung staatlicher und militärischer Gewalt durch das demokratisch legitimierte Recht.

Das Grundgesetz mit seinen Institutionen verkörpert diesen Typus des „Verfassungsstaats“ mit seinem Anspruch auf Zivilisierung durch Recht in besonders reiner Form. Im Unterschied zu den Verfassungen des Bismarckreichs und auch der Weimarer Republik lehnte es Enklaven bzw. Reservate staatlicher Gewalt außerhalb der Verfassung ab. Das staatliche Gewaltmonopol – nach Norbert Elias ein entscheidender Schritt im Prozess der Zivilisation – war erstmals in der deutschen Rechtsgeschichte zugleich ein Rechtsmonopol. Auch hier bestand die Durchsetzung der Zivilisierung in einem Prozess und war nicht mit dem Dekret des Grundgesetzes vollendet. Doch bildeten die Institutionen des Grundgesetzes dafür die entscheidende und sehr wirkungsmächtige Grundlage. Die Schaffung und der Ausbau der Verfassungsgerichtsbarkeit als höchster und unangefochtener Instanz der Rechtsdurchsetzung gegenüber allen politischen Gewalten hatte Schlüsselwirkung in der Durchsetzung des Primats des Rechts. Die explizite Ableitung der Grundrechte aus dem höchsten Rechtsgebot, der Wahrung der Menschenwürde; die strikte Bindung der auswärtigen Gewalt an das internationale und nationale Recht; die konstitutionelle Bindung des deutschen Staates an das Friedensgebot; die Offenheit und Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes insgesamt mit seiner Prämierung supranationaler Kooperation zur Verteidigung von Recht und Sicherheit; die Gewährung eines auch im internationalen Vergleich umfassenden Grundrechts auf Asyl – all diese neuen Institute des Verfassungs- und Rechtsstaats richteten sich gegen die Vergangenheit und wurden zusammengehalten von dem Bemühen, gegen die Drohung der Barbarei die wirksame Zivilisierung durch Recht zu setzen. Von dieser höchsten verfassungsrechtlichen Ebene her rechtfertigten sich die folgenden Anstrengungen der folgenden Jahrzehnte, die Barbarei des zurückliegenden Unrechts mit den Mitteln und in den Formen des Rechts zu ahnden und nach Möglichkeit wiedergutzumachen. Die zunehmende Verrechtlichung des Umgangs mit der unrechtsstaatlichen Vergangenheit wurde eine grundlegende Bedingung der Zivilisierung und der Wahrung des inneren Friedens, wie sich im Umgang mit der Vergangenheit der DDR-Diktatur nach 1989 erwies. Insgesamt gab das Recht der Zivilisierung nicht nur Rahmen und Rechtfertigung. Es begründete ihn erst und trieb mit seinen Wertmaßstäben den Vorgang der gesellschaftlichen Zivilisierung voran.

### 3. Zivilität und Anerkennung von Andersartigkeit

Die Ablehnung und Vernichtung von Andersartigkeit kennzeichnete die Herrschaft des Nationalsozialismus. Darin spitzte sich in radikaler Weise eine Tendenz zu, die der tiefen politischen und ökonomischen Krise der Weltkriegsära – in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern – insgesamt zueigen war: die Erfahrung exzessiver,

massenhafter Gewalt und existenzieller Unsicherheit, die das Denken in geschlossenen, verteidigungsfähigen Gemeinschaften, die Sehnsucht nach Einheitlichkeit und den Drang zu seiner Herstellung, die Angst vor dem Fremden und seine aggressive Abwehr vorantrieben. Die Durchsetzung von Homogenität, vielfach mit Mitteln des Zwangs und durch autoritäre, zumeist diktatorische Regime war das Signum der europäischen Geschichte der Weltkriege und vielfach darüber hinaus. Die Geschichte Deutschlands, zunächst Westdeutschlands, nach dem Zweiten Weltkrieg lässt sich als Geschichte der langsamen Erosion, der offenen Herausforderung und schließlich Durchbrechung einer Sozialutopie der Homogenität schreiben.

Die beschriebenen Innovationen der Öffnung, Individualisierung und Differenzierung der staatlichen Rechtsordnung gaben dieser Entwicklung Anstoß und Rückhalt. Dabei ging die eigentliche Schubkraft von der gesellschaftlichen Entwicklung selbst aus, deren Veränderungen wiederum rechtlich institutionalisiert wurden. Dieser Veränderungsprozess lässt sich – mit einem sozialtheoretischen Konzept – als zunehmende „Anerkennung des anderen“ beschreiben: die Anerkennung von Gleichheit und Ebenbürtigkeit, aber auch die Anerkennung von (Gleichheit in der) Differenz.<sup>26</sup> Um Missverständnissen vorzubeugen: Dieser Prozess verlief nicht linear und bruchlos. Auch ist er keineswegs unumkehrbar. Doch lassen sich Entwicklungsschritte festhalten, die es rechtfertigen, von einem die Gesellschaft verändernden Prozess zu sprechen.

Verschiedene Schichten der schrittweisen Anerkennung von Andersartigkeit lassen sich unterscheiden: In den ausgehenden 1950er Jahren, mit dem Nachlassen der Blockkonfrontation und des Kalten Krieges erweiterte sich der Spielraum für die – versagte und staatlicherseits unterdrückte – Anerkennung politischer Bürgerrechte, auch linker und radikaler Strömungen, die 1968 und in der Folgezeit ihren Höhepunkt erreichten. Das Strafrecht, zunächst das politische, sodann das allgemeine Strafrecht wurden in dieser Phase liberalisiert, so dass neben den politischen auch die allgemeinen bürgerlichen Freiheitsrechte und Freiheitsspielräume erweitert wurden. Damit setzte ab den 1960er Jahren ein Vorgang ein, der seit den 1990er Jahren nochmals eine Verstärkung erfuhr: die Anerkennung einerseits der Gleichheit zwischen den Geschlechtern, andererseits von Lebensweisen, die von den gesellschaftlichen Leitbildern des sozialen Zusammenlebens abwichen: z.B. gleichgeschlechtliche und nichteheliche Partnerschaften. Die zunehmende religiöse Vielfalt im Bundesgebiet, bedingt vor allem durch die vermehrte Zuwanderung von Arbeitsmigranten, schärfte das Bewusstsein kultureller Verschiedenheit und die Notwendigkeit, akzeptierte Regeln für das dauerhafte Zusammenleben verschiedener religiöser und kultureller Gemeinschaften in einem Staat zu schaffen. Nicht zuletzt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und die rechtliche Anerkennung nichtchristlicher

<sup>26</sup> Axel Honneth, *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt am Main 1992; Nancy Fraser/Axel Honneth, *Umverteilung oder Anerkennung?*, Frankfurt am Main 2003.

Gemeinschaften<sup>27</sup> trugen dazu bei, ein Geflecht neuer Regeln zu stärken, das religiöser und kultureller Abweichung von christlichen und deutschen Mehrheitsvorstellungen mehr Anerkennung und Schutz in der religiösen Lebenspraxis vermittelt.

Am zählebigsten wirkten Vorstellungen nationaler Homogenität in der deutschen Geschichte nach 1945 nach. In jenem Bereich, der die rigideste und politisch folgenreichste Ablehnung von Differenz verkörpert hatte, vollzog sich nur langsam ein Wandel. Ungeachtet der wachsenden nationalen Heterogenität der Wohnbevölkerung trug insbesondere die offene Frage der deutschen Einheit dazu bei, ethnisch-nationale Homogenitätsvorstellungen der Nation gleichsam still zu stellen. Das menschenrechtlich motivierte Grundrecht auf Asyl – eine im internationalen Vergleich besonders liberale Rechtsgewährleistung – wurde 1993 eingeschränkt, als der sprunghafte Anstieg von Asylbewerbern Widerspruch bis hin zur gewalttätigen Ablehnung der „Fremden“ auslöste. Doch bereiteten die 1990er Jahre unter dem Eindruck der fortschreitenden wirtschaftlichen Globalisierung und europäischen Einigung sowie demographischer Argumente insgesamt einen Wandel der nationalen Leitvorstellungen vor. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahre 2000, die die Sozialisierung auf deutschem Boden mit der Aufnahme in die Staatsangehörigkeit prämierte und insgesamt die Einbürgerung erleichterte, öffnete das überkommene Leitbild des Deutschen. Die Zweckbestimmung des neuen Ausländerrechts von 2005/2007, unter anderem „Integration“ zu fördern, belegt einen durchgreifenden Perspektivwechsel: An die Stelle der dogmatischen Ablehnung, ein Einwanderungsland zu sein, ist die Anerkennung bestehender und wachsender nationaler Differenz als gegeben und notwendig getreten. Daraus erwachsen rechtliche Gewährleistungen, die Nicht-Deutschen zunehmend Mittel zur Durchsetzung ihrer Gleichachtung ungeachtet ihrer nationalen Verschiedenheit garantieren.<sup>28</sup> Seinen umfassendsten Ausdruck hat dieser Gedanke in dem – nach heftigen Debatten – verabschiedeten „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“ von 2006 gefunden.

#### 4. Zivilität und soziale Sicherheit

Mit Zivilität wird zumeist die Achtung von Grenzen, nämlich der Toleranz, der Höflichkeit, der persönlichen Sphäre anderer etc., d.h. der Schutz vor der Verletzung von Freiheitsräumen, verbunden. Neben dieser „negativen“ Seite enthält praktizierte Zivilität jedoch auch eine positive, gewährleistende Funktion. Ihre Verbindung zur negativen Funktion

<sup>27</sup> Seit 1963 ist der Zentralrat der Juden als öffentlich-rechtliche Körperschaft anerkannt (ein Verband öffentlich-rechtlicher Religionsgemeinschaften). Vgl. <http://www.zentralratjuden.de/de/article/94.html>; Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Ausnahmeregelungen im Fall des Schächtens (das religiös-rituelle Schlachten warmblütiger Tiere ohne vorherige Betäubung), vgl. 1 BvR 2284/95 vom 18.01.2002; Rechtsprechung des Bundesverfassungsgericht zum Kopftuchverbot im schulischen Dienst vgl. 2 BvR 1657/05 vom 22.02.2006.

<sup>28</sup> „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) („Antidiskriminierungsgesetz“) vom 14. August 2006 BGBI. I S. 1897; dazu Klaus Michael Alenfelder, *Diskriminierungsschutz im Arbeitsrecht. Das neue Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz*, Köln 2006; Bauer/Göpfert/Krieger: *Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz: AGG. Kommentar*, München 2007; Gerhard Kruij/Wolfgang Vögele (Hg.): *Schatten der Differenz. Das Paradigma der Anerkennung und die Realität gesellschaftlicher Konflikte*, Münster 2006.

des Schutzes vor Übergriffen liegt in dem Gedanken universeller Menschenwürde. Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung die Garantie der Menschenwürde mit dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes verbunden<sup>29</sup> und daraus ein individuelles – einklagbares – Recht auf die staatliche Gewährleistung des „Existenzminimums“ abgeleitet. Diese rechtliche Argumentation wird gestützt – zum Teil auch getragen – von vielfach religiös begründeten sozialemischen Vorstellungen, die insgesamt einen breiten politischen Konsens zum sozialen Schutz des Einzelnen vor existentieller Gefährdung in der Gesellschaft der Bundesrepublik formulieren. Während diese soziale Zweckbestimmung dem sozialistischen Staat der DDR im Kern zueigen war, wurde sie in der Bundesrepublik zum qualifizierenden Merkmal der marktwirtschaftlichen Ordnung schlechthin. Die „soziale Marktwirtschaft“, in ihrer wissenschaftlichen Grundlegung noch in die Vorkriegszeit zurückreichend, wurde von den 1950er Jahren an zu einem Signum der wirtschaftlich-sozialen Ordnung. Auch nachdem der wirtschaftliche Boom der Aufbauphase seit den 1970er Jahren vorüber war, konnte kein Programm einer Regierungsverantwortung anstrebenden Partei auf das Bekenntnis zum Sozialen in der Marktwirtschaft verzichten – so unterschiedlich seine Gewichtung auch im Einzelfall sein mag. Das heißt, keine nennenswerte politische Kraft kann sich der politischen Verpflichtung zur sozialen Achtung und Anerkennung des Einzelnen ungeachtet seiner nationalen und kulturellen Herkunft entziehen. Dafür ist bezeichnend, dass die sozialen Rechte in der Bundesrepublik – wie auch in anderen westlichen Industrieländern – zunehmend unabhängig von der Staatsangehörigkeit gewährt wurden.<sup>30</sup> Sie wurden an den Status eines Arbeitnehmers, Vertragspartners, Familienmitglieds oder an eine dauerhafte Ansässigkeit in Deutschland geknüpft. Es ist lohnend, den Gewichtsverschiebungen des sozialen Arguments im öffentlichen Diskurs sowie in der Sozialgesetzgebung in ihrer Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Konjunkturen und Schwankungen nachzugehen. Bereits jetzt aber lässt sich die These begründen, dass mit dem Verständnis von Sozialstaatlichkeit, wie es sich im Verlauf der Nachkriegsgeschichte verfestigt hat, der Ausschluss einer bestimmten Gruppe von der Gewährleistung des Existenzminimums aufgrund ihrer Rasse, Religion, politisch „falschen“ oder „asozialen“ Verhaltensweise politisch und rechtlich nicht begründbar ist.<sup>31</sup> Auch hierin liegt eine deutliche Abkehr von Exklusionsmechanismen der Vorkriegszeit, die von engen Wertigkeitskriterien der Sozialhygiene bis zur Ausmerze reichten.

<sup>29</sup> Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE), Band 82, 60, S. 80; bestätigt durch die Entscheidung 1 BvR 569/05, vom 12.5.2005, dazu Hans F. Zacher, „Das soziale Staatsziel“, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Band II: Verfassungsstaat, Heidelberg 2004<sup>3</sup>, 659–784 (683 f.); Volker Neumann, „Menschenwürde und Existenzminimum“, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* (1995), 426–432.

<sup>30</sup> Yasemin N. Soysal, *Limits of Citizenship. Migrants and Postnational Membership in Europe*, Chicago 1994.

<sup>31</sup> S. dazu die Beiträge in: Frank Bajohr et al. (Hg.): *Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne*, Hamburg 1991; Detlef Peukert, *Völkgenossen und Gemeinschaftsfeinde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*, Köln 1982; Michael Wildt, *Geschichte des Nationalsozialismus*, Göttingen 2008, 109–133.

## 5. Gewalt im Alltag und Zivilität

In den ersten vier Schritten ging es um Veränderungen öffentlicher Diskurse und Institutionen auf der Ebene der Gesamtgesellschaft. Veränderungen von Zivilität (im Sinne der obigen Definition) bemessen sich jedoch nicht nur an Normen, die rechtlich formalisiert sind. Sie bemessen sich gleichfalls an der Praktizierung, Einhaltung und Veränderung ungeschriebener sozialer Alltagsnormen. Diese Maßstäbe von Zivilität sind vielfältiger, diffuser und fragiler als gesetzte Normen. Gleichwohl sind beispielsweise – folgt man Norbert Elias – Höflichkeitsregeln ein feiner Indikator für den Prozess der Zivilisation insgesamt. Die Konzentration des Monopols zur Ausübung von Gewalt in den Händen einer anerkannten höchsten politischen Instanz, des modernen Staates, ist, Elias zufolge, ein entscheidender Schritt zur Durchsetzung von mehr Zivilität. Auf dieser Linie soll hier nurmehr ganz knapp angerissen werden, wie Zivilität anhand der Entwicklung von Alltagsnormen in der Geschichte der Bundesrepublik untersucht werden könnte.

Setzt man Gewaltlosigkeit als ein notwendiges Kriterium von Zivilität, so bieten sich insbesondere zwei Untersuchungsfelder an: zum einen die Rekonstruktion des Gewaltbegriffs, einerseits im rechtlichen, andererseits im Alltagsdiskurs; zum anderen die Praxis der Gewaltanwendung und -sanktionierung in einem gewaltträchtigen Alltagsbereich. Die rechtliche Entwicklung des Gewaltbegriffs in der Bundesrepublik ist durch seine Ausdehnung und Ablösung von der bloßen Anwendung physischer Gewalt gekennzeichnet.<sup>32</sup> Zugleich wurden Bereiche der Gewaltanwendung, die bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts sanktionslos blieben, zunehmend verrechtlicht. Insbesondere die lange als sozialadäquat geltende Züchtigung in der Schule – aber auch in anderen Ausbildungs- und Unterordnungsverhältnissen – wurde seit den 1950er Jahren zunehmend verpönt und schließlich disziplinarisch geahndet. Gleiches ließe sich zur Ahndung häuslicher und ehelicher Gewalt festhalten. Vieles deutet darauf hin, dass die Schwelle der Toleranz gegenüber gewalttätigem Verhalten im Alltag nach dem Zweiten Weltkrieg niedriger geworden ist. Doch war dies ein langsamer Prozess. Das Recht von Kindern auf gewaltfreie Erziehung wurde erst 2000 gesetzlich festgeschrieben – nach einem mehr als 25 Jahre währenden Gesetzgebungsprozess, während dessen ein Züchtigungsrecht gegenüber Kindern gewohnheitsrechtlich weiter galt.<sup>33</sup> Gleichwohl ist damit die Praxis der Züchtigung von Kindern nicht beseitigt. An diesem Beispiel gilt es historisch zu rekonstruieren, in welchem Verhältnis Alltagsverhalten, Alltagsnormen und Gesetzesrecht zueinander stehen. Die Ächtung von Gewalt im öffentlichen Diskurs und auf staatlicher Ebene sowie die Demilitarisierung des öffentlichen Lebens betreffen das rechtlich kodifizierte

<sup>32</sup> Sabine Fabricius, *Die Formulierungsgeschichte des §240 StGB. Untersuchungen zur Entstehung und Entwicklung der Nötigungsnorm*, Frankfurt am Main 1991, 165.

<sup>33</sup> „Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung“ (§1631, Abs. 2 BGB) vom 02.11.2000; vgl. dazu Wolfgang Binschus, „Neue familienrechtliche Regelungen: Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung und zur Änderung des Kindesunterhaltsrechts“, in: *Zeitschrift für das Fürsorgewesen* 2/2001, 37 ff.; Lore Maria Peschel-Gutzeit, „Das Kind als Träger eigener Rechte. Der lange Weg zur gewaltfreien Erziehung“, Vortrag am 30.03.2001 in Berlin vor dem Berliner Club „Mehr Respekt vor Kindern“.

Selbstverständnis und die Repräsentationen des Staates. Sie legen einen Zugewinn an Zivilität nahe. Aber selbst wenn sie soziale Normen und Praktiken beeinflussen, bleibt die Frage nach der Reichweite und Tiefenwirkung dieses Zivilisierungsprozesses offen.

Die Akzeptanz, Durchsetzung und Aufrechterhaltung von Zivilität als zivilgesellschaftliches Verhalten beruht auf Bedingungen, die auch eine sehr differenzierte Rechtsordnung und ein gefestigter öffentlicher Diskurs aus sich heraus nicht garantieren können. Die Tiefenströmungen sozialer Normen und Praktiken sind davon beeinflusst, zugleich aber unabhängig. Sie vermögen rechtlich kodifizierte Maßstäbe zu stärken, zu tragen, aber auch zu unterlaufen und zu delegitimieren. Nach bisheriger Annahme sind die Prozesse der Alltagspraxis und der Rechtskodifikationen von Zivilität zwar miteinander verbunden. Aber sie könnten auch sehr unterschiedliche Geschwindigkeiten annehmen, gegebenenfalls konfigrieren und – zeitweilig – unverbunden sein. Diese Zusammenhänge gilt es, näher zu erforschen.

## Fazit

Die These lautet, dass nicht die Entwicklung von Bürgerlichkeit, sondern Zivilgesellschaftlichkeit, Zivilität genannt, den Wandel und die Brüche der deutschen Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert am genauesten zu fassen vermag. „Bürgerlichkeit“ bleibt historisch allzu eng mit einer Sozialformation und dem von ihr im 20. Jahrhundert entfalteten System der Lebensführung verknüpft, deren Kontinuität zumal in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gerade in Frage steht. Vorgeschlagen wird, Zivilität als ein Ensemble von Verhaltensregeln und -praktiken zu definieren, das den Verzicht auf Gewalt, die Anerkennung des Primats des Rechts und des Anderen – im Sinne gleichberechtigter Verschiedenheit – als universelle Prinzipien, die politische Selbstbestimmtheit des Individuums auf der Grundlage menschenrechtlicher Gleichheit sowie die Einhaltung von Regeln der Toleranz und Höflichkeit im Alltagsleben zugrunde legt.

Dieser Maßstab von Zivilität ist explizit normativ. Ein Konzept von Zivilität als Maßstab an gesellschaftliche Entwicklung anzulegen, bedeutet jedoch nicht, Zivilität als Norm der Entwicklung zu setzen. Im Gegenteil: Die vielfältigen Abweichungen von der Norm Zivilität, ihre bewusste Verletzung und grundsätzliche Negierung sind wesentlicher Bestandteil der Moderne.

Historisch-empirische Forschungen zu Zivilität untersuchen daher die historischen Bedingungen der Möglichkeit einer Entfaltung ziviler Normen und Handlungspraktiken. Dabei ist grundlegend die Annahme, dass ein Mehr oder Weniger an realisierter Zivilität Phasen gesellschaftlicher Entwicklung voneinander unterscheidet.

Wissenschaftliche Forschungen zur Zivilität, die hier vorgeschlagen werden, sind nicht gefeit, von der Normativität ihres Gegenstands erfasst zu werden. Dem ist die historische Erkenntnis entgegenzuhalten, dass Zivilität ein gefährdetes Gut ist, Zivilisierung ein umkehrbarer Prozess. In diesem Sinn geht es um die Geschichtlichkeit von Zivilität.

## Ferdinand Beneke und seine Zeit. Der Kosmos eines Tagebuchs und die Geschichte des Bürgertums zwischen Aufklärung und Romantik *Frank Hatje*

Die Tagebücher des Patrioten und überzeugten Republikaners Ferdinand Beneke (1774-1848) – lange Zeit Geheimtipp unter Historikern und Kulturwissenschaftlern – sind in ihrer Einzigartigkeit ein herausragender Teil des kulturellen Erbes der hamburgischen Stadtrepublik und des deutschen Bürgertums im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert, in dem auch die Patriotische Gesellschaft eine beachtenswerte Rolle spielt. Seit 2001 arbeitet ein siebenköpfiges Wissenschaftlerteam unter Leitung von Frank Hatje und Ariane Smith daran, sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Am 13. September 2012 konnte die erste Abteilung der Edition mit den Jahrgängen 1792 – 1801 in einer Festveranstaltung vorgestellt werden, zu der die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur, die das Editionsprojekt finanziert, die Patriotische Gesellschaft von 1765, der Verein für Hamburgische Geschichte und der Wälstein-Verlag, bei dem die Edition erscheint, eingeladen hatten. Der nachfolgende Beitrag stellt eine leicht überarbeitete Fassung des Vortrags dar, mit dem Frank Hatje bei dieser Gelegenheit in Leben und Werk Ferdinand Benekes einführt. Der Vortragscharakter wurde beibehalten und auf nähere Nachweise mit Blick auf die umfassende Einführung im Begleitband zur Tagebuchedition verzichtet.



*Ferdinand Beneke (1774-1848).  
Kohlezeichnung von Minna Christine  
Rist (nach ca. 1825)*

Zeit ist ein besonderer Stoff, wie wir alle wissen, flüchtig, leicht verderblich, ja ausgesprochen vergänglich. Wir füllen sie an, indem wir arbeiten, in der Sonne sitzen, mit Kollegen Mittagessen, Bus fahren oder zu Buchpräsentationen gehen. Und dann? Dieses „Und dann“ ist eine der Triebfedern, die einen gewissen Ferdinand Beneke vor 220 Jahren zu dem obsessiven Tagebuchschreiber hat werden lassen, als der er uns heute erscheint. Und obsessiv darf man ihn in dieser Hinsicht nennen. Denn am Ende seines Lebens werden es 56 Jahrgänge sein, 20.357 Tagebucheinträge, 5.000 Manuskriptseiten, aufbewahrt in 26 Mappen mit einem hübschen marmorierten Vorsatzpapier und dem Etikett mit der Aufschrift „Geschichte meines Lebens“ (oder nach seiner Heirat: „unseres Lebens“).

Virginia Woolf hat einmal geklagt, dass an ereignisreichen Tagen die Zeit mit so vielen Dingen ausgefüllt sei, dass keine Zeit mehr bleibe, darüber auch noch Tagebuch zu führen. Ferdinand Beneke dagegen vollbringt das Wunder, selbst an turbulenten Tagen die Fülle des Geschehens zu Papier zu bringen. Doch damit nicht genug. In dem Bewusstsein, dass auch dies notgedrungen immer noch Fragment bleibt, archivierte er ungezählte Briefe, Manuskripte, Notizen als Beilage, ja als integralen Bestandteil seines Tagebuchs, schätzungsweise noch einmal 7.000 Manuskriptseiten, die mancher knapp gehaltenen Tagebuchnotiz Farbe, Leben und Tiefenschärfe verleihen. Auf keinen Fall solle ein nachgeborener Leser des Tagebuchs versäumen, diese Beilagen zu studieren, schreibt Beneke schon 1794 als 20-jähriger, wenn er denn ein Ganzes haben wolle:

*So erbaue sich dann, wer will. Bin ich dann schon hinübergegangen, so denke der daran, dass er auch dahinkömmt. Und wenn er mir drüben sagt: Dein altes Tagebuch existirt noch drunten – hat diesen erfreut, Jenem genützt – ich habe es auch gehabt u. s. w. dann findet er gleich Einen, den er schon so ziemlich im voraus kennt.*

Deshalb sind auch diese Beilagen in der Edition der Beneke-Tagebücher enthalten, deren erste Abteilung wir heute das Privileg und die Freude haben Ihnen präsentieren zu dürfen.

Vom Juni 1792 bis Ende Februar 1848 hat es keinen Tag gegeben, an dem Ferdinand Beneke nicht Tagebuch geschrieben hätte. Fast jedenfalls. In den ersten beiden Jahren hält ihn manchmal jugendlicher Ennui (oder weniger vornehm formuliert: Null-Bock) davon ab, etwas Notierenswertes zu entdecken. Einmal drückt ihn Liebeskummer so schwer, dass er kaum mehr als das Datum aufs Papier bringt. Ansonsten aber schreibt er immer, füllt Doppelblatt um Doppelblatt mit seiner meist pulvrig kleinen, sich über die Jahre kaum verändernden Handschrift. Selbst dann, wenn er mit einem Gichtanfall in den Fingern kaum die Feder halten kann und man an diesen Tagen der schmerzverzerrten Handschrift die Qualen abspart. Und als ihm nach dem Tod seiner Tochter Ida 1843 die Augen zeitweilig den Dienst versagen – „Die bösen Augen wollen lieber weinen, als arbeiten“, heißt es im Tagebuch – da diktiert er täglich einem seiner Kinder. Nicht mehr als ein knappes Bulletin. Aber es zeigt, von wie fundamentaler Bedeutung es für ihn war, keinen Tag seines Leben unbeschrieben zu lassen.

Und hin und wieder erlaubt er uns dabei einen Blick über seine Schulter. So z. B. als er 1810 eine Fußreise ins Holsteinische unternimmt und in Gedanken an seine Frau Caroline notiert:

*„Früh um 5 ½. auf – Aber während es draußen in Stormarn, und Wagrien noch nebelt, laß mich, liebe Line, Dir beschreiben, wie wutzisch ich hier, (wie allzeit auf Reisen) die Zeit verkneipe. Vor mir Dintefaß, Uhr, Kompaß nebst zwey brennenden Lichtern (denn der Morgen graut kaum) u. dem Tagebuche, worin ich, wie zu lesen, izt schreibe; neben mir links Landkarten, u. der KaffeTisch, rechts meine JagdTasche. Dabey schmauche ich schreibend mein MorgenPfeiffchen, u. kucke zuweilen aus dem Fenster, ob der Tag (u. Du) schon aus den Federn?“*

Was ist das für ein Mensch, der – so könnte man fast den Eindruck haben – lebt, um Tagebuch schreiben zu können, und doch – richtiger gesagt – Tagebuch schreibt, weil er die Mannigfaltigkeit seines Lebens beschreibend verstehen will?

Wie man diese Frage knapp beantworten kann, plagt mich, seit der Wallstein-Verlag um eine „Kurzbio“ für die Verlagsvorschau gebeten hat.

„Ferdinand Christoph Beneke, Doktor der Rechte, geb. am 1. August 1774 in Bremen, gest. in Hamburg am 1. März 1848.“ So weit, so gut. Nationalität? Schon hier die erste Klippe: Weltbürger? Hansestädter?

Hansestädter in weltbürgerlicher Absicht? Oder doch schlicht: deutsch? Mag die Frage nach der Nation in dieser Zeit beantworten, wer will.

Einfacher ist es, die Staatsangehörigkeit anzugeben: 1791 bis 1795 Preuße, ab 1797 Bürger Hamburgs – „nun auch de jure“, wie Beneke anlässlich des Bürgereids vor dem Senat schreibt, „denn im Herzen bin ich es längst“. Und weil Hamburg von 1811 bis 1814 eine französische Stadt ist, ist Beneke, ja, auch Citoyen des Kaiserreichs Frankreich – wider Willen und unter Protest wohlgemerkt. Wie sich die Zeiten geändert haben. 20 Jahre früher, als er Preuße war, wäre er gern Franzose geworden, Citoyen de la République, Mitstreiter für die Revolution.

Ein Blick in eins der biographischen Nachschlagewerke, in denen unser Beneke vorkommt, vermeldet: „Konfession: lutherisch“. Nun, ja, offiziell. Zu Benekes religiöser Welt gäb's viel zu sagen. Denn den Tagebüchern und ihren Beilagen lässt sich der gesamte Mäander seiner religiösen Biographie entnehmen, von freimaurerisch-deistischen Vorstellungen bis zu einem Christentum, das sich nach einer Harmonie von Vernunft, Gefühl und Offenbarung sehnt, das Poesie und tätige Nächstenliebe miteinander verbindet. Religiosität der Romantik müsste man das nennen. Der Bekenntnisstand ist für Beneke allenfalls eine kirchenrechtliche Frage.

Und als Berufsangabe? „Advokat“ steht da im Lexikon und „Oberaltensekretär“. Richtig. Aber warum nicht auch: Bildungsbürger, Jurist, Republikaner, Netzwerker, Theatergänger, Armenpfleger, passionierter Reisender, Kartograph, Geograph, Historiker, Publizist, Patriot, Familienvater, Hanseat, Religionsphilosoph?

Nein, mit einer „Kurzbio“ ist die Sache nicht zu beantworten. Aber vielleicht mit einigen der genannten Stichwörter?

Zunächst der Bildungsbürger: Der Kaufmannssohn Ferdinand Beneke wurde in eine wohlhabende Familie geboren. Man verkehrte unter den ersten Häusern Bremens. Benekes Bildung und Erziehung waren dementsprechend: vielseitig und urban, eine Mischung aus traditioneller Lateinschule und Aufklärung à la Göttingen, dazu Reiten, Fechten, Tanzen, Musik, Zeichnen. Mit diesem Rüstzeug konnte er mühelos in den „gebildeten Ständen“ verkehren, jener einflussreichen, aufgeschlossenen Schicht aus weltoffenen Gelehrten, weltläufigen Kaufleuten und reformbeflissenen Adligen, jener gesellschaftlichen Gruppierung, die für sich die Menschheitsideale eines Tugend-, Geistes- und Seelenadels in Anspruch nahm und im Umgang miteinander die Eleganz des Galanthomme mit den Forderungen nach Natürlichkeit auszusöhnen bestrebt war, ja in der die „Zauber“ von Aufklärung und Empfindsamkeit verbanden, „was der Mode Schwert geteilt“, um es in Anlehnung an Schiller zu formulieren. Bildung war eine Lebensaufgabe im Verständnis der Zeit – und als solche finden – wir sie auch als ständige Begleiterin in Benekes Tagebüchern.

Dann der Jurist: 1790 begann Beneke das Studium der Rechts- und Kameralwissenschaften in Rinteln. Da war er 16 Jahre alt, und rückblickend stellt er fest, dass er in Rinteln vor allem gelernt habe, „Stu-

dent zu sein ohne zu studieren“. 1791 wechselt er an die Universität Halle. Hier studiert er dann auch. Aber weitaus prägender waren für ihn die Kreise, die mit der Französischen Revolution sympathisierten, wo nicht gar sie enthusiastisch feierten. Und es sind die Freimaurergespräche, die ihn dazu anregten, seine eigene philosophische und politische Welt-Anschauung zu entwickeln. Mit Blick auf die Wahl seines Studienfachs aber schreibt Beneke 1794:



Tagebuch-Mappe Benekes für die Zeit  
1799-1800

*„Ach! könnte ich den Schritt jener Wahl zurück Thun! Dann brauchte ich jetzt nicht oft mit kränkendem Vorwurfe zu rufen: Wäirst du doch nicht Jurist!!! – Fünfzehn Jahre war ich alt, als ich wählte, u. nach R[inteln] ging – mögte doch nie ein (gebildeter) Mensch eher bestimmt wählen können dürfen, als biß er 20 Jahr an Leib, Geist, Seele u. Erfahrung alt wäre!“*

Nun, zu diesem Zeitpunkt ist er Referendar bei der preußischen Provinzialregierung in Minden – eine durch und durch ungeliebte Stellung. Allenthalben stößt er sich an Aristokratenstolz und Offiziersdünkel. Nach weniger als einem Jahr quittiert er den Dienst des preußischen Königs und geht nach Göttingen, um zu promovieren und sich hernach in Hamburg als Advokat niederzulassen. Aber auch unter den völlig anderen, den stadtrepublikanischen Bedingungen söhnt er sich nie so ganz mit seinem Brotberuf aus. Denn da das

väterliche Handelshaus einen langsamen, aber unaufhaltsamen Niedergang erlebt hat, fehlte Beneke die finanzielle Unabhängigkeit, die es ihm erlaubt hätte, ganz und gar nach seinem Ideal zu leben: sich als Mensch und Bürger zu vervollkommen und seine Fähigkeiten und Kenntnisse in den Dienst des Gemeinwohls und seiner Mitmenschen zu stellen. Die zeitraubende Notwendigkeit, Geld zu verdienen, ist dabei in mancher Weise hinderlich. Gleichwohl findet er seinen Weg, den Brotberuf in den Dienst dieses idealischen Lebensentwurfs zu stellen. Wo er kann, vermeidet er Prozesse und versucht eher die Kontrahenten erstens zur Vernunft und zweitens zu einer außergerichtlichen Einigung zu bringen. 1805 – inzwischen floriert seine Kanzlei – notiert Beneke:

*„Im Durchschnitt kann ich pro Woche auf fünfzig, pro Monat auf zweihundert, folglich pro Jahr auf dritthalbtausend Billets rechnen, die ich im Tempel der Themis am Altar der Versöhnung zu opfern habe, u. Nota Bene mit meinen Billétten, worin ich als Mensch zum Menschen rede, richte ich zwanzigmal mehr aus, als mit allen unseligen Proceßen, wobey doch immer so ungeheuer an Zeit, und Kosten verloren geht, daß man am Ende des Sieges nicht einmal froh wird.“*

Und auch sonst ist ihm die Jurisprudenz nützlich, um seinen Mitmenschen nützlich zu werden. Um 1800 ist Beneke Justitiar des Deutschen Schauspiels, 1811 Rechtskonsulent der portugiesisch-jüdischen Gemeinde. Und 1815 setzt er das Testament auf für einen gewissen Matthias Claudius in Wandsbek.

Wie steht es mit dem Stichwort Familienvater? Lange bleibt ihm der Wunsch, einen Hausstand zu gründen, versagt. Seit dem Tod des Vaters 1803 immerhin wohnen seine Mutter und Schwester bei ihm. Der jüngere Bruder etabliert sich als Kaufmann und ist deshalb viel auf Reisen zwischen Emden und St. Petersburg.

1807 – endlich – heiratet Beneke die damals 19-jährige Caroline von Axen, Tochter aus bestem Hause, deren Vater als Fernhandelskaufmann und in herausragenden Ämtern der Stadtrepublik tätig ist. Es ist eine Liebesheirat, comme il faut. Das dicke Konvolut der Brautbriefe, das dem Tagebuch beiliegt, ist entzückend zu lesen, wenn man einmal Carolines Handschrift entziffert hat.

Zum Hausstand gehören außerdem Benekes Diener – über Jahre ist es Joseph, das treue Faktotum aus Tirol –, ein Dienstmädchen, ferner ein zugelaufener Hund und winters einige Vögel, für die Beneke eigens einen Vogelbauer entworfen hat und die im Frühjahr in Flottbek in die Freiheit entlassen werden. Und – das Wichtigste – nach und nach tollen Kinder durchs Haus, drei Mädchen und drei Jungen.

Beneke ist alles andere als ein Patriarch. Selbst in den arbeitsreichsten Jahren richtet er seine Tage so ein, dass er immer einige Stunden mit seiner „Line“ und seinen Kindern verbringen kann, an deren Entwicklung er lebhaften Anteil nimmt. Beneke ist ein Kindernarr. Er tanzt mit der dreijährigen Emma durch den Salon, zeichnet zu den Geburtstagen liebevolle Charakterskizzen ins Tagebuch, wo er

auch die ersten Schreibversuche der Kinder aufbewahrt. Auch die Ehe erscheint erstaunlich partnerschaftlich, und in mancher Auseinandersetzung sieht man Beneke förmlich den Kopf einziehen vor der praktischen Lebensklugheit seiner Frau, wenn er – wie öfter in solchen Fällen – ein „Oha!“ ins Tagebuch setzt.

Greifen wir ein letztes Stichwort heraus und betrachten den Patrioten Beneke, dann bekommen wir auch gleich den Republikaner, den Armenpfleger, den Oberaltensekretär und ein halb Dutzend anderer Etiketten zu fassen. Dass Beneke ein glühender Parteigänger der Französischen Revolution war, habe ich schon erwähnt. „Freiheit, Gleichheit und Demokratie“ nennt er die „Ideale“ seines „politischen Glaubenssystems“. Aber wo kann einer mit dieser Haltung in Deutschland seines Lebens froh werden? Im Herbst 1795 sitzt Beneke in seinem Göttinger Studentenzimmer und brütet über seinen Zukunftsaussichten, den Geldsorgen und den Einwänden wohlmeinender Freunde:

*„Nein! es sey beschlossen. ich schwöre meine Menschenrechte nur gegen die Bürgerrechte einer freyen Republik zu vertauschen. Hamburg ist endlich das speciellerbestimmte Ziel meines Strebens geworden, u. ich werde es erringen, behaupten, benutzen, u. dann sterben. Unbekümmert um alles Andre – werde ich diesen Weg gehn. Allen Contrerevolutionen setze ich, gestützt auf Bewußtseyn, u. Consequenz meinen Muth entgegen. Mögt Ihr doch blos scheinen, oder seyn, gleichviel – ich ignore Euch von nun an – Ihr Hirngespinnste egoistischer Misanthropen. Es lebe die Menschheit! es blühe die Freyheit! u. bleiche nie! –“*

Hamburg also, die Stadtrepublik, in der es ein Bürgertum gibt, das nicht zu Unrecht behaupten kann, dass die Franzosen mit der Revolution die Freiheiten errungen haben, die man hier schon lange genießt, wo man die Jahrestage des Sturms auf die Bastille feiert und ein Klopstock Revolutionsoden dichtet.

Im Februar 1796 trifft Beneke in Hamburg ein. Er ist zwar völlig mittellos (und nur seinem Tagebuch vertraut er an, dass er tagelang hungert, weil es ihm an Geld fehlt), aber er besitzt einen Dokortitel, ist ein Mann von Bildung, Manieren, Grundsätzen und vor allem ein Virtuose darin, Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. In den welt-offenen, eleganten Häusern der Familien Sieveking und Reimarus, in denen sich trifft, was sich irgend der Aufklärung und Freiheit verbunden fühlt, gilt Beneke als „herzensgut“, aber etwas „überspannt“, wie Sophie Reimarus an Adolph von Knigge schreibt. Umgekehrt ist ihm, Beneke, der „Ton“ hier eine Nummer zu weltläufig – da sind die Bremer einfach anders. Noch viel weniger jedoch schätzt er die altfränkisch-reichsstädtischen Umgangsformen der alten Kaufmannsdynastien, die ihm „ennuyant“ sind, zu viel Steifheit, zu wenig Geist. Aber da er mehr Einladungen erhält, als er annehmen kann, müssen wir wohl davon ausgehen, dass er seine Rolle in Gesellschaft gut spielt.

Beneke erwirbt sich rasch den Ruf eines redlichen Anwalts und mehr noch eines gemeinnützig und politisch engagierten Bürgers, der bereit ist, sich für seine Mitmenschen einzusetzen, wo immer es not tut.

Genau das ist es, was die Aufklärung mit dem Begriff „Patriotismus“ assoziiert. Darum heißt die „Patriotische Gesellschaft“ von 1765, wie sie heißt. Darum wird Beneke hier sehr bald Mitglied. Es ist für ihn ein überaus wichtiger Wirkungskreis. Von den rund 350 Mitgliedern des Jahres 1791 erwähnt er in seinen ersten fünf Hamburger Jahren ganze 140. Mit dem umtriebigen, hoch- und vielseitig gebildeten Domherrn Friedrich Johann Lorenz Meyer ist er befreundet, bei den letzten Gründungsmitgliedern Johann Albert Heinrich Reimars und Johann Georg Büsch verkehrt er regelmäßig, von Caspar Voght wird er mehrfach eingeladen, der sich zusammen mit Büsch die größten Verdienste um das patriotische Projekt dieser Zeit schlechthin erworben hat, nämlich die Allgemeine Armenanstalt von 1788. Kein Wunder also, dass Beneke – kaum hat er den Bürgereid abgelegt – zum Armenpfleger gewählt wird. Das Amt ist ihm Herzensanliegen.

*„Deutlicher ist auch mein Begriff von der hiesigen Bevölkerung geworden. Diese Gänge, Höfe, Säle, usw. sind eben soviel finstre, ungesunde, elende Hölzer, in welche die Menschen, wie in Sklavenschiffen, oder Heringstonnen bey einander gepackt sind, u. es ist unglaublich, wie viel davon in einem einzigen Gange wohnen. [...] Nachmittag hatte ich einige wohlthätige Geschäftsgänge in meinem Armenquartier. Das sind wahre Erholungen von den Mühseligkeit des Alltags. Auf mich wirkst besonders. Mich quälen die bittersten Nahrungssorgen, u. dennoch bleiben mir Verhältnisse, in welchen ich wie ein Schutzengel auf eine ganze Anzahl meiner Mitmenschen wirken kann.“*

Im Jahre 1800 wird Beneke für drei Jahre zum Richter am Niedergericht gewählt, was zu seiner Freude das Recht einschließt, an den Sitzungen der Bürgerschaft teilzunehmen. Sein Name wird in der Folge immer wieder gehandelt, wenn Wahlen zum Senat anstehen. Aber Beneke lehnt stets ab. Denn einerseits fehlt ihm das nötige Vermögen für einen entsprechend standesgemäßen Lebensunterhalt. Und andererseits schreckt ihn die Aussicht, Kompromisse mittragen zu müssen, die seinen Überzeugungen widersprechen. Lieber zieht er aus der zweiten Reihe an den Fäden. Und dafür sind die Voraussetzungen so schlecht nicht. Denn Beneke ist – wie gesagt – ein virtuoser Netzwerker.

Beneke ist hamburgischer Patriot, weil er hier Republikaner sein kann. Würde man ihn aber nach seinem Vaterland fragen, so würde er in erster Linie an die Hansestädte insgesamt denken und dann erst, wiewohl zunehmend an das ganze Deutschland. Die Nation wird Beneke mit jedem Sieg Napoleons wichtiger, zumal Beneke Napoleons Kaiserkrönung als Verrat an der Idee der Republik und an den Idealen der Revolution betrachtet. An diesem Schlaglicht lässt sich erkennen, dass in Benekes Nationalismus immer auch die Idee der Freiheit mitschwingt.

Aber erst einmal steht die Freiheit und Unabhängigkeit der Hansestädte auf dem Spiel. 1811 werden sie von Frankreich annektiert, 1813 Hamburg für wenige Monate befreit. Beneke ist rastlos damit beschäftigt, Reformen anzustoßen und die militärische Verteidigung Hamburgs zu organisieren. Vergebens. Ende Mai erobern die Franzosen Hamburg zurück und Beneke flieht ins Exil, um einer Verhaftung zu entgehen. In Mecklenburg initiiert er das „Hanseatische Direktorium“, eine Schaltstelle, die auf die militärische Befreiung Hamburgs und Lübecks hinarbeitet und alle verfügbaren diplomatischen Kanäle nutzt, um die Souveränität der Stadtrepubliken in der künftigen Friedensordnung sicherzustellen. Und mit Erfolg. 1814 kann Beneke in das befreite Hamburg zurückkehren – allerdings ausgebrannt von den Strapazen des Exils, bald auch zutiefst enttäuscht von der mangelnden Reformbereitschaft des Senats wie auch der halbherzigen Würdigung der Verdienste derer, die ihr Leben für die Freiheit aufs Spiel gesetzt haben.

Aus diesem Elend reißt ihn Ende 1815 die Aussicht auf das Amt des Oberaltensekretärs, ein Amt, das in der komplizierten Verfassungsstruktur der Stadtrepublik zu den einflussreichsten gehört. Der Oberaltensekretär ist der einzige Beamte der Bürgerschaft, samt ihrer Kollegien und Ausschüsse, ihr Geschäftsführer und Rechtsberater in einem. Es gibt kaum eine Materie der Politik, die nicht über seinen Schreibtisch geht. Und das ist in der Welthandelsmetropole Hamburg die ganze europäische Geschichte und die des deutschen Vormärz sowieso. Beneke erhält das Amt 1816 und nutzt dessen Möglichkeiten wie keiner vor oder nach ihm. Er hat langjährige Freunde im Senat, die ihm Vorlagen zuspülen, bevor sie noch in den Senat kommen. Er koordiniert insgeheim zusammen mit dem Bremer Bürgermeister Johann Smidt und dem Lübecker Senatssyndikus Carl Georg Curtius die Politik der Hansestädte im Deutschen Bund, während dagegen der Hamburger Senat eine Politik der *splendid isolation* verfolgt. Und in den innerhamburgischen Reformdebatten ist Beneke den Liberalen zu konservativ, den Konservativen zu liberal. Denn er bleibt Republikaner und Patriot – bis zu seinem Tode 1848.

Es ist leicht einzusehen, dass man dieses facettenreiche Bürgerleben schwerlich in eine „Kurzbio“ pressen kann, zumal wenn man, wie wir, das Editorenteam, zehn Jahre mit diesem Beneke lebt, seine Handschrift entziffert und transkribiert, die Inhalte in ihre großen Zusammenhänge einzuordnen versucht. Man verbringt da viel Zeit als Gast im 18. und 19. Jahrhundert, und Ferdinand Beneke erweist sich als ein großartiger Gastgeber, bei dem es nicht einen Moment langweilig wird. Mit ihm beginnt man, die Epoche neu zu lesen.

Die Beneke-Tagebücher sind natürlich das, was die historische Forschung ein Selbstzeugnis oder Ego-Dokument nennt. Dafür bedarf es keines Beweises. Denn in den ersten zehn Jahrgängen kommt das Pronomen „ich“ ganze 17.444-mal vor. Und es fällt auch schon einmal ein Satz wie: „Der Umgang mit mir selbst hat mich verwöhnt.“

Doch darin erschöpfen sich die Tagebücher nicht. Im Gegenteil. Benekes Interesse an seinen Mitmenschen ist stupend. Einige kom-



*Familie Beneke (sitzend Ferdinand und Caroline, stehend v. l. n. r. Minna, Otto Adalbert, Emma). Daguerreotypie von Carl Ferdinand Stelzner (1844)*

men oft vor, manche Reisebekanntschaft nur einmal, viele porträtiert er mit wenigen Federstrichen, andere mit ihrem ganzen traurigen Schicksal, wieder andere karikiert er scharfzüngig. Wer kommt da nicht alles vor! Der polnische Freiheitsheld Kosciuszko und Dorothea Michaelis-Böhmer-Schlegel-Schelling, Talleyrand und Lord Nelson, von der Hamilton ganz zu schweigen. Aber auch all diejenigen, die wenig bis keine Spuren hinterlassen haben in den Geschichtsbüchern und Archiven: Kaufleute, Ärzte, Juristen, Pastoren, Gutsbesitzer – und nicht zuletzt deren Ehefrauen, Töchter, Schwestern. Die ersten zehn Jahrgänge des Tagebuchs werden von sage und schreibe 5.700 Personen bevölkert. Das Register, für das wir versucht haben, diese Menschen zu identifizieren, liest sich wie ein Adressbuch des norddeutschen Bürgertums und seiner ausländischen Besucher.

Die Beneke-Tagebücher sind ein historischer Glücksfall. Beneke ist zweifellos ein außergewöhnlicher Tagebuchschreiber, ansonsten aber ein gewöhnlicher Zeitgenosse, ein engagierter Bürger, ein Individualist, der dann doch weit repräsentativer für seine Zeit ist, als er es sich selbst eingestehen würde. Zu Recht sagt Benedikt Erenz in seinem wundervoll kenntnisreichen Artikel in der ZEIT: „Die Beneke-Tagebücher – das ist die Geschichte des deutschen Bürgertums auf dem Weg in die Moderne.“

Dass jemand mehr als ein halbes Jahrhundert täglich notiert, was ihm widerfährt, und dabei über seine Zeit, seine Zeitgenossen und den Zeitgeist nachdenkt, ist ohnehin schon eine Seltenheit. Dass Beneke als Zeitgenosse dicht genug an den Ereignissen dran ist, um aus erster Hand zu wissen, worüber er schreibt, und zugleich immer die Distanz behält, die es ihm erlaubt, genauer hinzusehen und vor allem eindringlich zu deuten, was er wahrnimmt – das ist ein Aspekt, der die Tagebücher zum Glücksfall macht.

Dass dieses halbe Jahrhundert eine der spannendsten Perioden der deutschen, ja der europäischen Geschichte umfasst, ist der zweite große Glücksfall. Es ist eine Epoche der Umbrüche und Umwälzungen, voller Widersprüche und Paradoxien, die sich in den Tagebüchern spiegeln. Und das Fesselnde daran ist: Wir lesen die Ereignisse nicht aus der Warte dessen, der weiß, wie sie ausgegangen sind, sondern von Tag zu Tag, mit allen Optionen und Alternativen, die realisiert wurden oder – warum auch immer – sich nicht durchgesetzt haben, mit allen Wechselfällen und widersprüchlichen Deutungen.

Als Ferdinand Beneke 1774 das Licht der Welt erblickt, hat Rousseau mit seiner Kulturkritik bereits Furore gemacht, aber noch ist Lessings „Nathan“ nicht geschrieben, Kants „Kritik der reinen Vernunft“ nicht veröffentlicht. Um diese Zeit befindet sich James Cook auf seiner zweiten Weltumsegelung – und mit ihm Georg Forster, der 1792 eine so prominente Rolle in der Mainzer Republik und als Anhänger der Französischen Revolution spielen wird. (In Forsters Göttinger Studentenzimmer wird später Beneke wohnen, auf seinem Sofa melancholischen Gedanken nachhängen.) 1774 – das ist auch das Geburtsjahr von Caspar David Friedrich, dessen Landschaften einem oft in den Sinn kommen, wenn man Benekes Tagebuch, besonders

seine Reisebeschreibungen, liest. 1774 – das ist das Jahr, in dem Goethes „Werther“ erscheint und Ludwig XVI. den französischen Thron besteigt und mit seiner Unfähigkeit, den Staatsbankrott abzuwenden und grundlegende Reformen durchzusetzen, der Revolution den Boden bereitet.



*Tagebuchseite vom Juli/August 1809 mit einem vermutlich anlässlich von Benekes Geburtstag (1. August) eingelegten Eichenlaub*

Benekes Tagebücher setzen just in dem Sommer 1792 ein, als die Marseillaise zur Ikone eben dieser Revolution wird, und sie enden eine Woche, bevor die Märzrevolution von 1848 ausbricht. In dieser Epoche zwischen der Erstürmung der Bastille und den Wahlen zum Paulskirchenparlament wurde nicht nur die politische Landkarte Europas neu gestaltet. Aus den „gebildeten Ständen“ der Spätaufklärung formiert sich ein Bürgertum, das zur wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch tonangebenden Schicht wird, in der – wenn man so will – unsere Gegenwart geboren wird. Die Stein-Hardenbergschen Reformen – Benekes Freund Ludwig von Vincke arbeitet daran mit – legen die Grundlagen für die kommunale Selbstverwaltung in Preußen und schaffen ein Bildungssystem, das bald schon weltweit bewundert wird. Der Wiener Kongress tanzt nicht nur, sondern erstickt die Hoffnungen auf nationale Einheit und freiheitliche Verfassungen. Und dann das Jahr 1830, das freilich in der ersten, jetzt veröffentlichten Abteilung noch nicht vorkommt: die Julirevolution in Paris; in Brüssel mündet eine Operaufführung in einen Aufstand, an dessen Ende Belgien aus der Taufe gehoben wird; und Griechenland wird als selbstständiger Staat anerkannt. Alles das schlägt sich in Benekes Tagebuch nieder. Die Welt ist damals weitaus vernetzter, als wir gemeinhin zu glauben geneigt sind.

Der dritte Aspekt, der die Beneke-Tagebücher zu einem historischen Glücksfall macht, ist das ungeheuer breite Blickfeld, ist Benekes ungewöhnlich weiter Horizont. Er lebt in einer Zeit, in der die überlieferten Wahrheiten keine Gültigkeit mehr beanspruchen können, in der die vorgezeichneten Bahnen erodieren, in einer Zeit, die um Orientierung ringt. Beneke hat sich früh angewöhnt, aus dem Angebot an Meinungen, Vorstellungen und Weltanschauungen seinen eigenen Standpunkt zu destillieren – getreu dem „*Sapere aude!*“, dem „*Habe den Mut, dich deines Verstandes zu bedienen!*“, das Immanuel Kant zum Wahlspruch der Aufklärung erhoben hat. Wir erfahren, was er sich aneignet, aber oft genug auch das, was er verwirft. Seine Denkform ist das Fragment, weil er weiß, dass sich die Welt nicht mehr in ein System bringen lässt. Da ist er ganz eins mit den Romantikern. Deshalb ist seine Form ja auch das Tagebuch. Goethes „*Dichtung und Wahrheit*“ mochte er dagegen nicht.

Er liest Kant, Knigge und Kotzebue, vor allem aber Jean Paul, seinen Lieblingsdichter, mit dem er korrespondiert und mit dem er über die Einschätzung Napoleons in Streit gerät. Ab 1812 verschlingt er die Erzählungen und Romane Friedrich de la Motte Fouqués, woraus eine jahrzehntelange Freundschaft und der Plan zu einem gigantischen Romanprojekt entsteht: Beneke liefert aus dem reichen Fundus seiner historischen und geographischen Forschungen – seit etwa 1807 Hauptgegenstand seiner Mußestunden – das Material und Fouqué schreibt die historischen Romane. Ihrer beider Ziel: Die deutsche Nation soll sich an ihrer Geschichte bilden und auf diesem Wege zu ihrer Identität finden. Immerhin vier von den geplanten 32 Bänden erscheinen im Druck.

Beneke beschäftigt sich mit Psychologie, was die empirische „*Erfahrungsseelenkunde*“ ebenso einschließt wie die Frage nach der Unsterblichkeit der Seele und ihrer Vervollkommnung, ganz zu schweigen vom Phänomen des Traums und der Realität von Geistererscheinungen. Es gibt Passagen in den Tagebüchern, die aus einer Erzählung von E. T. A. Hoffmann stammen könnten, niedergeschrieben lange bevor der zwei Jahre jüngere Berliner Kammergerichtsrat zu publizieren begann. (Dass preußische Juristen für solche Vorstellungen besonders affin sind, wäre wohl eine böswillige Unterstellung.)

Dass Beneke die Tagebuchmappen mit „*Geschichte meines Lebens*“ überschreibt, ist eigentlich untertrieben. Denn er lässt nichts aus, was irgend sein Leben als Mensch und Bürger tangiert. Diese Tagebücher sind von einer geradezu enzyklopädischen Werthaltigkeit – in dieser Hinsicht vergleichbar mit einem Samuel Pepys. Was ihre Lektüre so faszinierend macht, ist die ungeheure Fülle an lebensnahen Details, sind die Geschichten, die in sie eingewoben sind, die Humoresken und Dramen, die sie erzählen.

Der Historiker und Connoisseur mag seine besonderen Freuden dabei haben. Aber wer sich ein bisschen eingelesen hat in den Text, wird finden, dass es sich ganz herrlich darin schmökern lässt.

*PD Dr. Frank Hatje, Arbeitsbereich Deutsche Geschichte (Frühe Neuzeit), Historisches Seminar, Universität Hamburg; Projektleiter der Edition der Beneke-Tagebücher. Der abgedruckte Text ist die geringfügig ergänzte Fassung des Vortrages anlässlich der Präsentation der ersten Abteilung der Tagebücher von Ferdinand Beneke am 13.09.2012 im Haus der Patriotischen Gesellschaft von 1765*

# Patriotismus im 21. Jahrhundert? Zur Geschichte und Aktualität modernen Gemeinsinns *Malte C. Krugmann*

## I. „Patriotismus“: ein schwieriger Begriff

**P**atriotismus“ und „Patriot“ sind umstrittene Begriffe, in Deutschland sind sie vor allem auch historisch belastet. Spätestens nach dem Zivilisationsbruch durch den Nationalsozialismus waren sie für lange Zeit tabuisiert, wurde Patriotismus mit einer aggressiv-nationalistischen Machtpolitik identifiziert. Um so überraschender muss es aus heutiger Sicht erscheinen, dass Dolf Sternberger bereits 1947 wieder vom lebendigen Vaterland sprach<sup>1</sup> – jener Dolf Sternberger, der dann 1979 den Begriff des „Verfassungspatriotismus“ einführte, der sich spätestens Anfang der 1990er als Konsensbegriff für die liberale Öffentlichkeit in Deutschland etablierte. Als Loyalität gegenüber den Verfahren demokratischer Willensbildung und den im Grundgesetz verbrieften Menschen- und Bürgerrechten gilt der Verfassungspatriotismus, insbesondere wie er letztlich von Jürgen Habermas formuliert wurde<sup>2</sup>, bis heute als konsensstiftend für das nationale Selbstverständnis. Zumal er auch eine Perspektive für den Weg Deutschlands zur offenen Republik und damit zu einer Menschenrechtsnormen entsprechenden Einwanderungs- und Migrationspolitik eröffnet.

Dennoch bleiben „Patriotismus“ und „Patriot“ unter Verdacht. Es wird über ihren politischen Bedeutungsgehalt gestritten – auf der Straße, in den Medien, in der politischen Öffentlichkeit und in der Wissenschaft. Rechtslastige bis rechtsradikale Populisten und Demagogen benutzen das Etikett „Patriotismus“, um Verunsicherungen und Ängste der Menschen für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren. Während sich nicht wenige auf der anderen Seite des politischen Spektrums hierdurch in der Einschätzung bestätigt sehen, dass Patriotismus immer schon gleichbedeutend mit einem dumpfen nationalistischen Weltbild gewesen ist, veröffentlichen andere Publikationen mit Titeln wie beispielsweise „Patriotismus – Ein linkes Plädoyer“ oder „Patriotismus – mehr als ein Gefühl“.<sup>3</sup> Der „Pop- und Party-Patriotismus“ (*Neue Zürcher Zeitung*) der WM 2006 in Deutschland wurde von der allgemeinen Publizistik zunächst zwar etwas ungläubig beobachtet, letztlich aber ganz überwiegend als neuer „unverkrampter Patriotismus“ begrüßt. Kritische Stimmen gab es nur wenige. Kein Jahr später wurden anlässlich des Erscheinens der neuesten Erhebungen zum Rechtsextremismus des Sozialwissenschaftlers Wilhelm Heitmeyer Nationalismus, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Patriotismus in einen Topf gesteckt. „Die Mär vom guten Patriot“

<sup>1</sup> S. Dolf Sternberger, „Begriff des Vaterlandes“, *Die Wandlung*, 2, 6 (1947), 367–379.

<sup>2</sup> Jürgen Habermas, „Staatsbürgerschaft und nationale Identität“, (1990), in: ders., *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*, Frankfurt am Main 1992, 632–660.

<sup>3</sup> Robert Habeck, *Patriotismus – Ein linkes Plädoyer*, Gütersloh/München 2010. Der Autor ist Grünen-Chef in Schleswig-Holstein und gehört der Landesregierung an. Matthias Greffrath, „Patriotismus – mehr als ein Gefühl“, Deutschlandfunk, 03.10.2006. Der Autor gehört der SPD-Grundwertekommission an und ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von attac.

titelte die *Süddeutsche Zeitung* hierzu<sup>4</sup>, als hätte es die WM-Diskussion und die Quintessenz aus ihr, dass der Patriotismus sich wieder einen Platz unter den politischen Leitbegriffen und Tugenden in Deutschland erobert habe<sup>5</sup>, nicht gegeben. Aber dies ist keineswegs allein ein deutsches Phänomen, auch in der internationalen sozialwissenschaftlichen Diskussion stehen sich beide Positionen gegenüber: In modernen Republiken habe sich der Patriotismus als Gegengift gegen nationalistische Strömungen erwiesen, so beispielsweise das Argument auf der einen Seite, während auf der anderen der Patriotismus gemeinsam mit dem Nationalismus für innergesellschaftliche Ab- und Ausgrenzungsprozesse sowie aggressives außenpolitisches Dominanzstreben verantwortlich gemacht wird.<sup>6</sup>

Und dies gibt es auch: Die international renommierte Philosophin und Sozialwissenschaftlerin Martha Nussbaum war in den 1990er und 2000er Jahren eine der schärfsten und überzeugendsten Kritikerinnen jeder Form von Patriotismus. Anfang 2012 hat sie in einer viel beachteten Vorlesung „Teaching Patriotism“ an der University of Chicago ihre Position grundlegend revidiert: Der Patriotismus berge zwar, so ihre Argumentation heute, die Gefahr, für einen ausgrenzenden Nationalismus, für ideologische Gleichschaltung und die Unterdrückung kritischer Gesellschaftsanalyse missbraucht zu werden. Dennoch habe das 19. Jahrhundert gelehrt, dass patriotische Empfindungen eine notwendige Kraft seien, um Menschen zu motivieren, ihren engen Rahmen von Herkunft und Eigennutz zu verlassen, über sich hinauszuwachsen und sich für Belange der Allgemeinheit und für das Gemeinwohl zu engagieren. Ohne diese Kraft gebe es keine gesellschaftliche Entwicklung. Nussbaum beruft sich mit dieser Argumentation auf den italienischen Demokraten und Freiheitskämpfer Giuseppe Mazzini (1805–1872), der u. a. für ein Europa der Völker eintrat. Sie steht mit ihr aber auch in einer Tradition politischen Denkens, die ihren Anfang im 19. Jahrhundert u. a. mit Émile Durkheims Konzept der „staatsbürgerlichen Moral“ nahm und im Patriotismus die Identifikation des Bürgers mit in seinen Augen erstrebenswerten Zielen und Werten sah, ohne die sich kein Engagement für das Wohl des eigenen Gemeinwesens ausbildet.<sup>7</sup>

Diese insgesamt unübersichtliche Situation ist Grund genug für Vereine, Organisationen und Patriotische Gesellschaften, sich ihres Selbstverständnisses zu vergewissern. Denn gerade sie engagieren

<sup>4</sup> *Süddeutsche Zeitung*, 14.07.2007.

<sup>5</sup> So Eckhard Fuhr, „Was ist des Deutschen Vaterland?“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ), 1-2/2007 (02.01.2007), 7.

<sup>6</sup> Maurizio Viroli, *For Love of Country: An Essay on Patriotism and Nationalism*, Oxford 1997. Bernard Yack, „The Myth of the Civic Nation“, *Critical Review*, 10, 2 (1996), 193–212; ders., „Can Patriotism Save Us from Nationalism? Rejoinder to Viroli“, *Critical Review*, 12, 1–2 (1998), 203–206.

<sup>7</sup> Martha Nussbaum, „Teaching Patriotism“, *The University of Chicago Law School: Chicago's Best Ideas* (10.04.2012), iTunes U (Abfrage vom 07.06.2012). Nussbaums frühere Kritik am Patriotismus ist u. a. dokumentiert in: Martha Nussbaum, *For Love of Country?: A New Democracy Forum on the Limits of Patriotism*, Boston 1996. Zu Émile Durkheims Konzept der „staatsbürgerlichen Moral“ vgl. Émile Durkheim, *Physik der Sitten und des Rechts. Vorlesungen zur Soziologie der Moral* (1896), Frankfurt am Main 1998, insbes. die vierte bis neunte Vorlesung.

sich in Deutschland oft seit hundert Jahren und länger praktisch für die politische und soziale Entwicklung im Interesse der Emanzipation der Menschen, des Gemeinwohls und einer republikanisch-demokratischen Ordnung und verstehen sich entsprechend als patriotisch. Das Patriotische ist in diesen Organisationen meistens so selbstverständlich, dass ihre Mitglieder nichts Ehrenrühriges daran empfinden. Konfrontiert mit der Kritik, „patriotisch“ sei doch eine Kampfpapole der Neonazi-Szene, reagiert man daher meistens irritiert und ratlos. Der Weg heraus aus dieser Defensive und zu „patriotischen Perspektiven“ führt notwendig über die kritische Selbstvergewisserung der eigenen Herkunft und die Reflexion des gewachsenen Selbstverständnisses.

Die Bedeutungsgehalte von Patriotismus unterliegen dem historischen Wandel und waren zu verschiedenen Zeiten ganz unterschiedlich ausgeprägt. Die Funktionen des Patriotismus haben sich aber nicht nur in Abhängigkeit von sozialen und politischen Entwicklungen verändert, sondern sind auch in starkem Maß abhängig von nationalen Faktoren: Der Charakter des Patriotismus hat nahezu in allen europäischen Ländern eine eigene spezifische Ausprägung und ist in keinen zwei Ländern gleich. Außerhalb Europas verhält es sich nicht anders. Im Folgenden kann und soll weder auf die gesamte nahezu 300-jährige Geschichte des neuzeitlichen europäischen Patriotismus-Begriffs noch auf die unterschiedlichen nationalen „Patriot Ismen“ eingegangen werden. Die Rekonstruktion der historischen Wurzeln der aufklärerisch-patriotischen Tradition konzentriert sich aus naheliegenden Gründen zeitlich auf das 18. Jahrhundert und national auf Deutschland (Deutsches Reich).

**D**er neuzeitliche Begriff des Pa-

triotismus entstand im frühen 18. Jahrhundert als eigenständiges Konzept noch bevor sich ein Nationalismus herausgebildet hatte. In seiner ursprünglichen Bedeutung enthielt er nichts von einer aggressiven und sich aus einem Überlegenheitsgefühl speisenden Abgrenzung eines Volkes, einer Nation gegenüber anderen. Im Deutschen tauchte das Wort „Patriot“ erstmals im späten 16. Jahrhundert auf und war den Gebildeten der frühen Aufklärungszeit geläufig. Es ist abgeleitet vom französischen *patriote*, das „Vaterlandsfreund“ bedeutet, und vom mittelalterlich lateinischen *patriota*, das einen „Einheimischen“ oder „Landsmann“<sup>8</sup> bezeichnet. In dem mit Abstand umfangreichsten enzyklopädischen Werk, das in Europa während des 18. Jahrhunderts entstanden ist, wird ein Patriot 1740 als „ein rechtschaffene[r] Landes-Freund, ein Mann, der Land und Leuten treu und redlich vorstehet, und sich die allgemeine Wohlfahrt zu Herzen gehen lässt“ beschrieben.<sup>9</sup> Diese Definition knüpft an die Ursprungsbedeutung an, geht

## II. Die Wurzeln des neuzeitlichen Patriotismus

<sup>8</sup> Jakob Grimm u. Wilhelm Grimm, *Deutsches Wörterbuch*, Bd. 13, Leipzig 1889, Sp. 1504, 67. Als Beispiel für die erste Bedeutung wird im Grimm'schen Wörterbuch ein Vers von Johann Peter Uz (1720-1796) angeführt: „der gröszte staat ist schwach, der ungezählte heere, doch keine patrioten hat.“; für die zweite Bedeutung wird ein Zitat von Johann Micraelius (1597-1658) gegeben: in das Konsilium „kann niemand als eingessene patrioten ... angenommen werden.“

<sup>9</sup> Johann Heinrich Zedler, *Grosses vollständiges Universal-Lexikon aller Wissenschaften und Künste* (1732-1754), Bd. 26, Leipzig/Halle, 1740, Sp. 1393. URL: [www.muenchener-digitalisierungszentrum.de](http://www.muenchener-digitalisierungszentrum.de) (Abfrage vom 08.08.2012).

jedoch über sie hinaus und reflektiert bereits die in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts verbreitete Verwendung des Begriffs „Patriot“. In einem zweiten Eintrag verzeichnet das Universallexikon das Wort als „Titel Moralischer und Satyrischer Abhandlungen, von welchen zu Hamburg in den Jahren 1724, 1725 und 1726 wöchentlich ein Blatt [...] heraus gekommen sind“, und wertet diese als „herrliche Monats-Schrift“ (*sic!*).<sup>10</sup>

*Der Patriot* ist eine der ersten Moralischen Wochenzeitschriften mit aufklärerischen Zielen auf dem europäischen Kontinent. Sie ist in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zugleich eine der erfolgreichsten ihrer Art und findet Verbreitung weit über Hamburgs Stadtmauern hinaus in ganz Europa.<sup>11</sup> Nach ihrem Vorbild entstehen zahlreiche periodische Publikationen in Deutschland und anderen europäischen Ländern, die sich in ähnlicher Weise der Verbreitung und Propagierung patriotischer Tugenden verschreiben. So sehr insbesondere die frühe Herausgabe des Hamburger *Patrioten* auch spezifisch lokalen Bedingungen geschuldet ist,<sup>12</sup> so ist sie doch in erheblichem Maß Teil und Ausdruck eines mindestens in den „gesitteten Ständen“ Europas verbreiteten aufklärerisch-moralischen Engagements. In seinem Kern kann das Programm des Hamburger *Patrioten* als repräsentativ für die Zeit betrachtet werden.

„Patrioten müssen wir alle seyn“, heißt es gleich in der vierten Ausgabe über die selbst gesteckten Ziele und Aufgaben. „Patriot sey ein Mensch, dem es um das Beste seines Vaterlandes ein rechter Ernst ist, der seinen Gott recht erkennt, das Predigt-Amt ehret, Wahrheit und Ordnung liebet, die Obrigkeit fürchtet, und dem gemeinen Wesen redlich zu dienen geflissen ist, auch zu dem Ende nicht allein selbst ein Patriot zu seyn, sondern zugleich, so viel an ihm ist, Patrioten zu machen, das ist, andere zu denen Pflichten, die sie Gott und dem Vaterlande schuldig sind, anzuweisen, suchet [...]“<sup>13</sup> Offenkundig in dem Selbstbewusstsein, selber ein Patriot und als solcher zur Mündigkeit berufen und Vorbild für andere zu sein, richtet sich der Autor an seine Mitbürger mit dem Appell, es ihm gleich zu tun, indem auch sie sich in ihrer praktischen Lebensführung von Vernunft und Tugend leiten lassen, dem Gemeinwesen zu dessen allgemeiner Wohlfahrt und der Verbesserung der bürgerlichen Ordnung dienen, anderen durch dieses patriotische Handeln ein Beispiel geben



Titelseite der Originalausgabe des ersten Jahrgangs (1724) der Wochenschrift *Der Patriot*.

<sup>10</sup> Ebd. In einem weiteren Eintrag zum Wort „Patriot“ wird außerdem *The British Patriot* angeführt: „PATRIOT (THE BRITISH) ein Moralisches Wochen-Blatt, so zu London 1731 seinen Anfang genommen hat.“ Ebd., Sp. 1394.

<sup>11</sup> In den ersten neun Monaten ihres Erscheinens steigt die Auflage der Wochenschrift von 400 auf 5000 Exemplare. Alle drei Jahrgänge werden in vollem Umfang in der Zeit bis 1765 viermal in Buchform nachgedruckt (1728/29, 1737/38, 1746 und 1765). Vgl. Jürgen Rathje, „Geschichte, Wesen und Öffentlichkeitswirkung der Patriotischen Gesellschaft von 1724 in Hamburg“, in: Rudolf Vierhaus (Hg.), *Deutsche Patriotische und gemeinnützige Gesellschaften*. München/Wolfenbüttel 1980, 55, Anm. 18 f.

<sup>12</sup> Zu den spezifisch gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Verhältnissen in Hamburg in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts s. Franklin Kopitzsch, *Grundzüge einer Sozialgeschichte der Aufklärung in Hamburg und Altona*, Hamburg 1990<sup>2</sup>, 135-215.

<sup>13</sup> Michael Richey und Barthold Heinrich Brockes (Hg.) *Der Patriot. Erstes Jahr. Neue und verbesserte Ausgabe mit vollständigem Register*, Hamburg 1747<sup>3</sup>, St. 4, 29.



Michael Richey, Professor, Schriftsteller und führender Autor des *Patrioten*, Kupferstich von Christian Fritsch, 1752.



Barthold Heinrich Brockes, Dichter, Ratsherr und Autor des *Patrioten*, Kupferstich von Martin Bernigeroth, um 1716.

und so dazu beitragen, dass sich die Zahl der Patrioten ständig vergrößert. Der Autor versteht sich ausdrücklich als christlicher Patriot: Christliche Überzeugungen und „eine kluge aus der gesunden Vernunft fließende Sitten-Lehre“ gehören für ihn zusammen. Seine Aufgabe sieht er jedoch allein in dieser „patriotischen Sittenlehre“, der es um Bürgertugenden und das Wohl und Wehe „einer ganzen Republik“ geht, für das es nicht nur „frommer, sondern zugleich kluger und gescheidter Bürger“, eben Patrioten, bedarf.<sup>14</sup> Sie handeln weder aus Eigennutz noch Ruhmsucht, machen kein Aufhebens von ihrer Tugendhaftigkeit und sind aufgeklärt, vorurteilsfrei und unabhängig in ihrem Denken. Freilich bedürfte es keiner patriotischen Sittenlehre in aufklärerisch-erzieherischer Absicht, wenn nicht viele Mitbürger noch weit entfernt von patriotischer Tugendhaftigkeit wären und statt dessen „eingewurzelte Irrthümer, Mißbräuche und üble Gewohnheiten“<sup>15</sup> ihre praktische Lebensführung bestimmten. Ebenso sieht der Autor des *Patrioten* zahlreiche Missstände und Fehlentwicklungen innerhalb des Gemeinwesens und kritisiert die bestehenden gesellschaftlichen Zustände, ohne freilich damit die bürgerliche Ordnung in Frage stellen zu wollen.

Im weiteren Verlauf des 18. Jahrhunderts dominiert der Begriff „Patriot“ in vielen Ländern Europas nicht nur die geistig-kulturelle, sondern auch die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Diskussion. „Patriot“ und „Patriotismus“ werden zum Leitbild, zur Verpflichtung der politischen Aufklärung. Seine Tugenden verpflichten den Patrioten angesichts von Mitbürgern und Verhältnissen, die nicht so sind, wie sie sein sollen, reformerisch eindeutig tätig zu werden: Aus den Appellen der Frühzeit wird zunehmend praktisches Handeln. Volksaufklärer, Pädagogen und Philanthropen popularisieren die patriotischen Tugenden in dem Bemühen, gerade auch den „mittleren und gemeinen Mann“ zu erziehen und seine praktische Lebensführung zu bessern. Sie erhalten unmittelbare Unterstützung durch die Bewegung der Patriotischen Gesellschaften, denen sie häufig selber angehören. Auch diese engagieren sich in der Volksaufklärung und Volkserziehung, sie befördern aber vor allem auch „Patriotismus, Industrie und nützliche Thätigkeiten“ durch konkrete praktische Reformmaßnahmen wie die Einrichtung von Elementarschulen, Waisenhäusern, Armenanstalten, „Ersparungskassen“ oder auch die Einführung neuer Methoden in der Landwirtschaft, von Pockenimpfungen, Blitzableitern und Straßenbeleuchtung. Absicht und Zweck von diesen und ähnlichen Maßnahmen sowie von der Verbreitung von Bildung und Wissen sind die Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Beförderung allgemeinen Wohlstands. Getragen von der Überzeugung immer fortgehender Vervollkommnung der Menschheit, gilt das Handeln dem *bonum commune*: Das Ziel der Patrioten ist die „allgemeine, gemeinschaftliche äusserliche Glückseligkeit“, die der „gemeinschaftliche Endzweck der Verbindung der großen bürgerlichen Gesellschaft“ ist, wie der Hamburger Gymnasialpro-

<sup>14</sup> Alle ebd., St. 4, 30/31.

<sup>15</sup> Ebd., St. 1, 7/8.

fessor Johann Moritz Heinrich Gericke 1872 formuliert.<sup>16</sup> Und auf die Frage, worin denn diese „äußerliche gemeinschaftliche Glückseligkeit“ besteht, hat Gericke eine klare Antwort parat: „Der Zustand des Staats, wenn es ihm wohl gehet.“<sup>17</sup>

In der Wahl der Mittel, die Glückseligkeit menschlicher Gesellschaft zu erreichen, und im Verständnis der Pflichten des Einzelnen gegenüber dem Gemeinwesen unterscheiden sich Volksaufklärung und praktische Reformaktivitäten zunächst.<sup>18</sup> Um „Verstand und Tugend in die Welt zu bringen“ (Christian Wolf) setzen die frühen Volksaufklärer auf Bildung, Belehrung, Erziehung und gelegentlich auch Disziplinierung. Das nach ihrem Verständnis in Unmündigkeit lebende „Volk“ muss zu Mündigkeit und sittlicher Lebensführung gebracht, notfalls auch gezwungen werden, damit es seine notwendige Pflicht gegenüber der Aufgabe der Gesellschaft – die Erlangung der Glückseligkeit – erfüllen kann. In ethischer Hinsicht rangiert hier das Wohl der Gesellschaft, also des Staats vor dem des Einzelnen. Den gemeinnützig-ökonomischen Reformern geht es dagegen mehr um die Autonomie und Selbsttätigkeit des Einzelnen. Für sie sind Freiheit, ungehinderte Entfaltung und freier Wille des Einzelnen entscheidend. Durch die Stimulierung des Selbstinteresses versprechen sie sich nicht nur eine wirkungsvolle Einübung von Tugenden wie Ordnung, Sparsamkeit und Gewerbefleiß, sondern auch die Herausbildung eines vernunftgeleiteten Handelns, das zur Wahrung des Eigennutzes um Ausgleich mit den Interessen und dem Wohl der anderen, also der Allgemeinheit bemüht ist. Der Kameralist Johann Heinrich Gottlob von Justi ist sich dieser Erwartung sicher, wenn er 1767 erklärt: „Ein jeder weiß, dass nur das eigene Interesse die Triebfeder des Fleißes ist, und wenn das fehlt, so kann man nur verdrossene und schlechte Arbeit erwarten.“<sup>19</sup> In dieser Moral kommt jenes grundlegende Problem zum Ausdruck, dessen praktische Lösung für Kant eine zentrale Aufgabe der Staatsverfassung ist, wenn denn ein Fortschritt des gemeinschaftlichen wie individuellen Wohls möglich sein soll: nämlich eine Ordnung herzustellen und aufrechtzuerhalten, in der die Menschen, obwohl sie ihren „selbstsüchtigen Neigungen“, ihren gegensätzlichen „Privatgesinnungen“ folgen, „diese einander doch so aufhalten, daß in ihrem öffentlichen Verhalten der Erfolg eben derselbe ist, als ob sie keine solche böse Gesinnung hätten“.<sup>20</sup> Diese Grundsituation, die der britische Sozial-

<sup>16</sup> Johann Moritz Heinrich Gericke, *Versuch einer allgemeinen Abhandlung vom Patriotismus*, Hamburg 1782, 37.

<sup>17</sup> Ebd., 38.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden Christof Dipper, *Deutsche Geschichte 1648-1789*, Darmstadt 1997, 188-199.

<sup>19</sup> Johann Heinrich Gottlob von Justi, *Oekonomische Schriften über die wichtigsten Gegenstände der Stadt- und Landwirtschaft*, Bd. 2, Neuauf. 1767, zitiert nach Dipper, *Deutsche Geschichte* (wie Anm. 18), 196.

<sup>20</sup> Immanuel Kant, *Zum Ewigen Frieden*, in: ders., *Werke in zwölf Bänden*, hg. v. Wilhelm Weischedel, Bd. 11, Frankfurt am Main 1967, 223 und 224. – Die Schriften von Kant werden im Folgenden nach dieser Ausgabe zitiert: Kant, *Werke*, Bd. In Ausnahmefällen wird auf die *Akademie Ausgabe der Sämtlichen Werke Kants*, Berlin 1902 ff., als Quelle zurückgegriffen; in diesen Fällen ist die Zitierweise: Kant, AA, Bd. Die AA wird zitiert nach dem Bonner Kant-Korpus, URL: [www.korpora.org/kant/](http://www.korpora.org/kant/).

theoretiker Bernard Mandeville (1670–1733) auf die kurze Formel „*private vices public benefits*“ bringt, impliziert, dass es Fortschritt allenfalls in der Legalität und Rechtlichkeit gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung, aber kaum zu mehr Moralität gibt. Obwohl die große Mehrheit der Patrioten des 18. Jahrhunderts ihre Ziele und ihr Handeln selber in moralischer Absicht versteht, sind sie dennoch eminent politisch. Die erwähnten gemeinnützigen Reformaktivitäten kommen nicht nur aus der Mitte der Gesellschaft, sondern mit ihren Maßnahmen und Modelleinrichtungen übernehmen die Patrioten und ihre Sozietäten Aufgaben, die in den Bereich staatlicher Zuständigkeit gehören. Sie überlassen damit real das gemeinschaftliche Wohl nicht mehr allein einem wohl-tätigen Monarchen oder Landesvater, sondern nehmen es selber in die Hand. Sie wollen das Untertanendasein überwinden, sie wollen Einfluss und Teilhabe. Patrioten verstehen sich als Republikaner, denen „die Liebe der Freyheit, des Vaterlandes, der Gesetze, und die Vermaledeyung des Despotismus über alles gilt“, wie es der in Hannover lebende Schweizer Johann Georg Zimmermann in seiner 1758 veröffentlichten Schrift *Vom Nationalstolze* formuliert.<sup>21</sup> Sie verstehen sich als Staatsbürger im modernen Sinn, die Begriffe „Patriot“, „Republikaner“ und „Staatsbürger“ sind deckungsgleich, und ihre Tugenden sind Bürgertugenden im praktischen und umfassenden Sinn, insofern sie sowohl das private als auch öffentliche Handeln in seiner Gesamtheit umspannen.<sup>22</sup> Ihr Verständnis von „Vaterland“ oder „Nation“, der sie sich verpflichtet fühlen, folgt dabei Montesquieus Vorstellung, dass das, was einen Nationalcharakter ausmache, durch Gesetze, Sitten und Gebräuche geprägt werde.<sup>23</sup> Der von Moses Mendelssohn hoch geschätzte Philosoph Thomas Abbt gibt 1761 auf die selbst gestellte Frage „Was ist wol das Vaterland?“ die Antwort: „Man kann nicht immer den Geburtsort allein darunter verstehen. Aber, wenn mich die Geburt oder meine frye Entschließung mit einem Staat vereinigt, dessen heilsamen Gesetze ich mich unterwerfe; Gesetzen, die mir nicht mehr von meiner Freiheit entziehen, als zum Besten des ganzen Staates nöthig ist: alsdann nenne ich diesen Staat mein Vaterland.“<sup>24</sup> In der *Krünitzschen Enzyklopädie* wird unter Heranziehung eines anonymen Beitrags aus den *Jahrbüchern der preußischen Monarchie* vom August 1798 erläutert, es sei „nicht das Volk als Menschenzahl und Art, sondern es ist der Verein, der diese Menschenmasse zur Nation, zum Volke macht: Das Gesetz, die Verfassung.“ Und dann weiter: „Der Patriot lebt eigentlich nur für die Verfassung.“<sup>25</sup>

<sup>21</sup> Johann Georg Zimmermann, „Vom Nationalstolze“ (1758), in: *Sammlung der besten deutschen prosaischen Schriftsteller und Dichter*, 130. Teil, Karlsruhe 1783, 192.

<sup>22</sup> Vgl. Rudolf Vierhaus, „Patriotismus‘ - Begriff und Realität einer moralisch-politischen Haltung“, in: Vierhaus, *Gesellschaften* (wie Anm. 11), 17.

<sup>23</sup> Vgl. Rudolf Vierhaus, „Montesquieu in Deutschland: Zur Geschichte seiner Wirkung als politischer Schriftsteller im 18. Jahrhundert“, in: ders., *Deutschland im 18. Jahrhundert: Politische Verfassung, soziales Gefüge, geistige Bewegungen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1987, 9–32.

<sup>24</sup> Thomas Abbt, *Vom Tode für das Vaterland*, Berlin 1761, 17.

<sup>25</sup> Vgl. Art. „Liebe“, in: Johann Georg Krünitz, *Ökonomisch-technologische Enzyklopädie*, Bd. 78, Berlin



Hamburg von der Elbseite, Kupferstich  
von Georg Balthasar Probst, 1730

Selbstverständlich differenzieren sich Bedeutungsgehalt und Funktion des Patriotismus bereits während des 18. Jahrhunderts aus und sind bis zu einem gewissen Grad abhängig vom jeweiligen Standort des Autors ebenso wie von der sozialen und politischen Entwicklung. „Vaterland“ kann, vor allem in Deutschland, Österreich und der Schweiz, eine Stadt, ein einzelner Staat und – vor allem in Frankreich und Großbritannien – eine ganze Nation sein; nicht selten weitet es sich auch zu einem Weltbürgertum aus.<sup>26</sup> Die eher konservativ gesinnten Patrioten wollen eine Verbesserung der sozialen und politischen Verhältnisse vorrangig durch Erneuerung der historischen reichs- und landesständischen Ordnung statt durch einen neuen republikanischen Verfassungsstaat.<sup>27</sup> Auch die Verfechter des letzteren wollen letztlich keinen Umsturz, sondern erwarten von aufgeklärt-absolutistischen Regierungen eine reformerische und legitime, d. h. aus gemeinsamer Willensbildung hervorgegangene Gesetzgebung, die die Menschen- und Bürgerrechte sichert und gewährleistet, dass allein das Recht und keine Willkür mehr über die Bürger herrscht. Obwohl auch die Protagonisten dieses stärker aufgeklärt-reformerischen Patriotismus häufig als Ratsherren, Beamten, Professoren und Geistliche selber den Staat repräsentieren, geraten gerade sie schon früh immer wieder in Konflikt mit der Obrigkeit<sup>28</sup> und gehen mit der zunehmenden Politisierung der Aufklärung (vor allem im Ge-

1807, 435, URL: [www.kruenitz.uni-trier.de/](http://www.kruenitz.uni-trier.de/) (Abfrage vom 31.07.2012).

<sup>26</sup> Bereits der Autor des *Patrioten* charakterisiert sich als ein Mensch, der „die ganze Welt als sein Vaterland, ja als einzige Stadt, und sich selber als einen Verwandten oder Mit-Bürger aller anderen Menschen ansieht“. *Der Patriot* (wie Anm. 13), Nr. 1. 1.

<sup>27</sup> Ein prononcierter Vertreter dieser Richtung ist beispielsweise Friedrich Carl von Moser, der in seinen einschlägigen Schriften – *Von dem Deutschen national-Geist* (1765) und *Patriotische Briefe* (1767) – einen reichsbezogenen Patriotismus vertritt.

<sup>28</sup> Bereits im ersten Jahr ihres Erscheinens (1724) sieht sich beispielsweise die *Hamburger Wochenchrift Der Patriot* in einem offenen Streit mit der Kirche der Stadt, die die Bemühungen des *Patrioten*, auf die praktische Lebensführung der Bürger pädagogisch Einfluss zu nehmen, als Angriff auf ihre moralische Autorität wahrnimmt.

folge der Französischen Revolution) auf kritische Distanz zum Staat und seinen Organen. Es ist das aufklärerisch-patriotische Verständnis von Freiheit und menschlicher Würde, sich seines eigenen Verstandes bedienen zu müssen, um selbst bestimmen zu können, was man tun soll, das die Patrioten zwingt, auf Gesetzen aus freier Übereinkunft der Staatsbürger zu beharren und die freie öffentliche Meinungs- und Willensbildung gegen jede Form obrigkeitsstaatlicher Bevormundung zu verteidigen. Sie sind daher keineswegs bloß zufällig wichtige Promotoren und Träger der neu entstehenden politischen Öffentlichkeit und bestimmen die Regeln der öffentlichen Meinungsbildung im Sinne aufgeklärter Vernunftsprinzipien: Überwindung der Vorurteile, Sachverstand, Begründung der Argumente, öffentliche Überprüfung und Kritik der Argumente und Gegenargumente sowie Toleranz unterschiedlicher Auffassungen.

Diese Vernunftsprinzipien, das kritische Engagement für eine Verbesserung der sozialen und politischen Verhältnisse sowie der Rekurs auf die zeitgenössische Menschenrechtsdiskussion (auch in der Zeit nach der Französischen Revolution!) sind allen Patrioten unabhängig von ihrer Ausrichtung im Einzelnen gemeinsam. Verbinden tut sie jedoch auch die Kritik am unechten und aufgesetzten „Patriotismus“, am „Patriotismus“ als Camouflage und bloße Modeerscheinung. Wie ein roter Faden zieht sich die Auseinandersetzung mit geheuchelten patriotischen Gesinnungen und deren Geißelung durch die patriotischen Schriften des 18. Jahrhunderts. Verbreitet sind zudem Klagen über zu viele Vaterländer und Patriotismen, aber auch über zu wenig Vaterlandsliebe in Deutschland. So vermisst beispielsweise der konservative Friedrich Carl von Moser „bey dem gemeinen Deutschen eine solche national-Denkungsart, eine allgemeine Vaterlandsliebe [...], wie man sie bey einem Britten, Eydgenossen, Niederländer, oder Schweden etc. antrifft“<sup>29</sup> Kritisiert wird andererseits auch der beschränkte Horizont mancher Vaterlandsliebe. Johann Georg Zimmermann, der in seiner Schrift *Vom Nationalstolze* subtile Überlegungen zu den Gefahren und zum Nutzen nationaler Eigenliebe anstellt, stellt beispielsweise sarkastisch fest: „Die Liebe des Vaterlandes ist freilich in vielen Fällen mehr nichts als die Liebe eines Esels für seinen Stall.“<sup>30</sup> Und spätestens nach der Französischen Revolution beklagen nicht wenige in Deutschland, dass nicht mehr klar auszumachen sei, wofür der Patriotismus stehe. Christoph Martin Wieland bringt dies auf den Punkt, wenn er resümiert: „Ich habe seit einigen Jahren so viel Schönes von Deutschem Patriotismus und Deutschen Patrioten rühmen gehört, [...] daß ich [...] wohl wünschen möchte, auch ein Deutscher Patriot zu werden. An gutem Willen mangelt es mir ganz und gar nicht: nur habe ich es bisher noch nicht so weit bringen können, mir von dem, was man einen Deutschen Patrioten nennt [...] einen deutlichen und rechtgläubigen Begriff zu machen.“<sup>31</sup>

<sup>29</sup> Friedrich Carl von Moser, *Von dem Deutschen national-Geist*, 1765 (wie Anm. 27), 13.

<sup>30</sup> Johann Georg Zimmermann, „Vom Nationalstolze“ (wie Anm. 21), 119.

<sup>31</sup> Christoph Martin Wieland, „Ueber Deutschen Patriotismus. Betrachtungen, Fragen und Zweifel“, (1793), in: ders., *Sämtliche Werke*, Bd. 31: *Vermischte Schriften*, Leipzig 1857, 246.

Wieland reiht sich bereits in den 1780er Jahren in den Chor der patriotischen Kritiker unechter und schwärmerischer Spielarten des Patriotismus ein. Nach seiner Auffassung glaubten die Schwärmer, das Vaterland ließe sich schon errichten, wenn nur der eigene Wille dazu vorhanden wäre. Dagegen wendet Wieland ein: „Kein Mensch in der Welt kann Alles, was er will, es sey denn, daß er weise genug ist, nichts zu wollen, als was er kann.“<sup>32</sup> An dieser Einsicht mangle es jedoch den überschwänglichen Vaterlandsfreunden, weil sie die politischen Realitäten in Deutschland ausblendeten: „Unsere Staatsverfassung [...] ist es, welche jedem Vorschlage, jeder Bestrebung, die auf allgemeines Nationalbestes, allgemeinen Nationalruhm, allgemeine Nationalreformen abzweckt, im Wege steht. [...] Sie ist es, weswegen die Deutschen nie als ein Volk denken und handeln, nie das, was man im moralischen Sinne National-Uniform nennen könnte, haben werden.“<sup>33</sup> Diese Nachteile, so Wieland weiter, würden allerdings durch einen „einzigsten unschätzbaren Gewinn“ mehr als aufgewogen, den er darin sieht, dass bei Fortbestand der gegebenen Staatsverfassung kein zivilisiertes Volk in der Welt „einen höhern Grad menschlicher und bürgerlicher Freiheit genießen und vor allgemeiner auswärtiger und einheimischer, politischer und kirchlicher Unterjochung und Sklaverei sicherer sein wird, als die Deutschen“.<sup>34</sup> Deutscher Patriotismus könne deswegen nichts anderes sein, „als Liebe der gegenwärtigen Verfassung des gemeinen Wesens und aufrichtiges Bestreben, zur Erhaltung und Vervollkommnung derselben Alles beizutragen, was jeder nach seinem Stande, Vermögen und Verhältnisse zum Ganzen dazu beizutragen fähig ist“.<sup>35</sup> Wielands Kritik am realitätslosen Patriotismus zielt letztlich darauf ab, dass dieser sich auf eine selbst ernannte Willensgemeinschaft beruft, für die nur noch der eigene Wille Gesetz ist und die gegen jedes Hinterfragen ihrer Überzeugungen immun ist. Wohin derart dezisionistisches Wollen führt, das nicht nur den Patriotismus für seine Zwecke funktionalisieren kann, sondern auch an politische Träumereien innerhalb der Aufklärung anknüpft, ist heute hinreichend bekannt. Im Gefolge der Französischen Revolutionen gewinnt im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts die Frage nach einer zeitgemäßen Ausgestaltung der Staatsverfassung in den patriotischen Schriften stark an Bedeutung und wird im Vergleich zur Zeit vor der Revolution sehr viel offener behandelt. Die französischen Ereignisse verlangen nicht nur nach einer Parteinahme in die eine oder andere Richtung, sondern sie drängen vor allem auch auf praktische Schlussfolgerungen aus den verfassungsrechtlichen Implikationen, die von Anfang an der politischen Aufklärung und damit auch der patriotischen Programmatik eingeschrieben sind. Diese Schlussfolgerungen werden von

<sup>32</sup> Christoph Martin Wieland, „Patriotischer Beitrag zu Deutschlands höchstem Flor, veranlaßt durch einen im Jahr 1780 gedruckten Vorschlag gleichen Namens“, in: ders., *Sämtliche Werke*, Bd. 30: *Vermischte Schriften*, Leipzig 1857, 362.

<sup>33</sup> Ebd., 364.

<sup>34</sup> Ebd., 365.

<sup>35</sup> Ebd., 361.

einem Philosophen formuliert, der nicht aktiv an der patriotischen Bewegung beteiligt ist und mit seiner konsequenten politischen Philosophie in den 1790er Jahren eine Minderheitenposition einnahm: Immanuel Kant.<sup>36</sup>

Bereits in den 1770er Jahren formuliert er im Zusammenhang mit Arbeiten an seiner Anthropologie zum Verhältnis der Nationen bzw. Völker untereinander: „Weil es eine Absicht der Vorsehung ist, dass Völker nicht zusammenfließen, sondern durch zurücktreibende Kraft unter einander im Konflikte sein, so ist der Nationalstolz und Nationalhaß zu Trennung der Nationen nothwendig. [...] Dieses ist der Mechanismus in der Welteinrichtung, welcher uns instinktmäßig verknüpft und absondert. Die Vernunft gibt uns andererseits das Gesetz, das, weil Instinkte blind seien, sie die Tierheit an uns zwar dirigieren, aber durch Maximen der Vernunft müssen ersetzt werden. Um deswillen ist dieser Nationalwahn auszurotten, an dessen Stelle Patriotism und Cosmopolitism treten muss.“<sup>37</sup> Der Patriotismus ist für Kant also der Garant gegen den Nationalwahn – allerdings nur in direkter Verknüpfung mit dem Kosmopolitismus. Kant definiert „patriotisch“ im Gegensatz zu „despotisch“. Eine despotische Regierung ist für ihn durch fehlende Gewaltenteilung gekennzeichnet; er bezeichnet sie auch als „väterliche Regierung“, weil sie auf dem Prinzip des Wohlwollens gegen das Volk basiert und die „Untertanen als unmündige Kinder [...] sich bloß passiv zu verhalten genötigt sind“. Demgegenüber wird ein Staat patriotisch – „vaterländisch“ wie Kant auch sagt – regiert, der „seine Untertanen zwar gleichsam als Glieder einer Familie, doch zugleich als Staatsbürger, d.i. nach Gesetzen ihrer eigenen Selbständigkeit, behandelt, jeder sich selbst besitzt und nicht vom absoluten Willen eines Anderen neben oder über ihm abhängt“.<sup>38</sup>

Kant erörtert das Konzept des Patriotismus im Kontext seiner Herleitung der Prinzipien des republikanischen Staates – Freiheit, Gleichheit, Selbständigkeit – aus den Menschenrechtsprinzipien. Patriotismus und Republikanismus sind für ihn aufs Engste miteinander verknüpft. Insofern der Staat seinen Bürgern die Menschen- und Bürgerrechte garantiert, können die Bürger eine patriotische Loyalität zu ihrem Staat entwickeln: „*Patriotisch* ist nämlich die Denkungsart, da ein jeder im Staat (das Oberhaupt desselben nicht ausgenommen) das gemeine Wesen als mütterlichen Schoß, oder das Land als den väterlichen Boden, aus und auf dem er selbst entsprungen, und welchem er auch so als ein teures Unterpfand hinterlassen muß, betrachtet [...]“.<sup>39</sup>

Das zweite Konzept, das für Kant gemeinsam mit dem Patriotismus den Nationalwahn abwehrt, ist der Kosmopolitismus, dessen Bedeutungsgehalt er allerdings für die Erfordernisse eines modernen

<sup>36</sup> Vgl. hierzu Dipper, *Deutsche Geschichte* (wie Anm. 18), 315.

<sup>37</sup> Kant, *Reflexionen zur Anthropologie* (ca. 1773/75), AA, Bd. 15, Refl. 1353, 590 f.

<sup>38</sup> Kant, *Über den Gemeinspruch*, Werke, Bd. 11, 145/146.

<sup>39</sup> Ebd., 146.

Rechtsstaates weiterentwickelt.<sup>40</sup> Ausgehend von der Überzeugung, dass mit der republikanischen Staatsverfassung noch keineswegs die „Bösartigkeit der menschlichen Natur im freien Verhältnis der Völker“<sup>41</sup> zivilisiert wird, bedarf es zur dauerhaften Abschaffung des Krieges auch einer globalen Rechtsordnung. Kant unterscheidet hier zwischen Völkerrecht, das „auf einen Föderalismus freier Staaten gegründet sein“ soll,<sup>42</sup> und Weltbürgerrecht – *ius cosmopoliticum* –, das die Beziehungen zwischen Menschen und ausländischen Staaten betrifft, insofern diese „als Bürger eines allgemeinen Menschenstaates anzusehen sind“. Zwischen Staatsrecht, Völkerrecht und Weltbürgerrecht besteht für Kant ein zwingender Zusammenhang: Ist auch nur eines nicht erfüllt, d. h. befindet sich in einem vorrechtlichen Zustand, dann fällt das ganze Gebäude zusammen. Es „würde damit der Zustand des Krieges verbunden sein“.<sup>43</sup>

Anders als für den innerstaatlichen Rechtszustand sieht Kant für eine republikanische Ordnung auf der Ebene der Völker keine Sanktionsgewalt zur Rechtsbewahrung und -durchsetzung vor. Vielmehr tritt an die Stelle der „positiven Idee einer Weltrepublik nur das negative Surrogat eines den Krieg abwehrenden [...] und sich immer ausbreitenden“ Völkerbundes.<sup>44</sup> Selbst dieser, so Kant, ist aber noch besser als eine Universalmonarchie mit ihrem Drang zu Hegemonie nach außen und ihrem „seelenlosen Despotism“ im Inneren.<sup>45</sup> Zwar bleibt die Souveränität der Mitglieder dieses Bundes unangetastet, gleichwohl setzt er – mindestens der Idee nach – der Entstehung absoluter Machtvollkommenheit eines einzelnen Staates Grenzen.

Kant erweitert nun das Weltbürgerrecht um einen neuen Aspekt: „Das Weltbürgerrecht“, so formuliert er in *Zum ewigen Frieden*, „soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein.“<sup>46</sup> Das ist keine Frage von Philanthropie, sondern es geht um Recht: „das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines anderen wegen, von diesem nicht feindselig behandelt zu werden.“<sup>47</sup> Es handelt sich um kein Gastrecht, sondern um ein *Besuchsrecht*, das allen Menschen in einem fremden Land bzw. Staat zusteht. Das für den republikanischen Staat bindende Recht, einen Ausländer temporär aufzunehmen, solange er sich „friedlich verhält“, und ihn nicht ab-, d. h. auszuweisen, wenn ihm dadurch ein Schaden an Leib und Seele („sein Untergang“) entstünde, leitet Kant aus folgenden Prämissen her: Alle Menschen haben ein Recht, sich zu Gemeinschaften zusammenzutun, „sich zur Gesellschaft

<sup>40</sup> Vgl. Seyla Benhabib, „Kosmopolitismus und Demokratie: Von Kant zu Habermas“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 54/6 (2009), 67.

<sup>41</sup> Kant, *Zum ewigen Frieden*, Werke, Bd. 11, 210.

<sup>42</sup> Ebd., 208.

<sup>43</sup> Ebd., 203.

<sup>44</sup> Ebd., 213.

<sup>45</sup> Ebd., 225.

<sup>46</sup> Ebd., 213.

<sup>47</sup> Ebd., 213.

anzubieten“.<sup>48</sup> Als „Erdbürger“<sup>49</sup> haben alle Menschen einen gemeinschaftlichen Besitz der Oberfläche der Erde und ursprünglich hatten alle das gleiche Zugangsrecht zu jedem Ort der Erde; daran ändert sich auch dem Grunde nach durch die Bildung von Staaten nichts. Da die Oberfläche der Erde aufgrund ihrer Kugelgestalt endlich ist, können sich die Menschen „nicht ins Unendliche zerstreuen“, sondern müssen sich gegenseitig dulden und miteinander auskommen, wodurch ihre „äußere Freiheit“ eingeschränkt ist.<sup>50</sup> Diese letzte Prämisse begründet entscheidend das Weltbürgerrecht, dessen Kern das Recht ist, die Gesellschaft anderer Menschen zu suchen.<sup>51</sup> Es ist ein unmittelbares Recht einzelner Menschen gegenüber fremden Staaten und deren Bürgern. Und es handelt sich schließlich keineswegs um eine bloß „phantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts“, denn angesichts der wachsenden Gemeinschaft der Völker wird „die Rechtsverletzung an *einem* Platz der Erde an allen gefühlt“. Die „Idee des Weltbürgerrechts“ ist daher eine „notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex, sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt, und so zum ewigen Frieden“, an den sich die rechtliche Verfasstheit in ihrer Gesamtheit nur unter dieser Voraussetzung kontinuierlich annähert.<sup>52</sup> Kosmopolitismus und Patriotismus bilden für Kant notwendig komplementäre Konzepte, weil sie in praktischer Absicht unterschiedliche Ebenen des Systems von Staatsverfassung, Völkerrecht und Weltbürgerrecht repräsentieren, die wiederum innerlich zwingend aufeinander aufbauen. Der Mensch als Welt- und Erdenbürger, der „Kosmopolit“, muss „in der Anhänglichkeit für sein Land Neigung haben, das Wohl der ganzen Welt zu befördern“<sup>53</sup> An dem Wohl eines Menschen „nur nach der allgemeinen Menschenliebe Anteil“ zu nehmen, ist das kleinste Interesse, das man ihm entgegenbringen kann.<sup>54</sup> Die Loyalität des Patrioten gilt der republikanischen Verfassung seines Gemeinwesens, dem er sich zugehörig fühlt, in dessen spezifisch historisch gewachsener Ausprägung, denn die (republikanische) Regierungs- oder Verfassungsform ist als solche in ihrer allgemeinen Gestalt keinem einzelnen Volk vorbehalten. Seine Bestrebungen zur Beförderung von Freiheit, Gleichheit und Selbstständigkeit und damit des inneren Friedens seines Staates ebenso wie seine Anhänglichkeit und sein konkretes Wohlwollen für seine Mitbürger können nur gelingen, wenn sie zugleich an dem „regulativen Prinzip“ zwischenstaatlicher Ordnung orientiert werden, dem die Idee einer „allgemein

<sup>48</sup> Ebd., 214.

<sup>49</sup> Kant, *Metaphysik der Sitten*, Werke, Bd. 8, 476.

<sup>50</sup> Ebd., 429.

<sup>51</sup> Vgl. Seyla Benhabib, *Die Rechte der Anderen: Ausländer, Migranten, Bürger*, Frankfurt am Main 2008, 43 und 47.

<sup>52</sup> Kant, *Zum ewigen Frieden*, Werke, Bd. 11, S. 216. In der *Metaphysik der Sitten* (wie Anm. 49) beschreibt Kant den Sachverhalt, an den er hier anknüpft, mit folgenden Worten: Je dichter die Besiedelung und lebhafter der Verkehr werden, desto häufiger geschieht es, „daß Übel und Gewalttätigkeit, an einem Ort unseres Globus, an allen gefühlt wird“. *Werke*, Bd. 8, 476.

<sup>53</sup> Kant, *Metaphysik der Sitten Vigilantius*, AA, Bd. 26, 2, 1, 674.

<sup>54</sup> Kant, *Metaphysik der Sitten* (wie Anm. 49), 587/588.

Medaille des Hamburger Kupferstechers Christian Fritzsch (1695-1769) nach Entwürfen von Michael Richey in der Version von 1726. Links (Vorderseite) Kopf des Sokrates mit der Umschrift COSMOPOLITES. Rechts (Rückseite) sind zu sehen: Minerva, die Göttin der Weisheit, der Stadt, Handwerks und Gewerbes sowie der Dichter und Lehrer, und die Nymphe Amalthea, in der Mythologie u. a. eine Ziege, aus deren Horn Nektar und Ambrosia geflossen sein sollen und die daher für Überfluss und Wohlstand steht, sowie zwei Satyrknaben. Über diesen Abbildungen steht CIVIUM FELICITATI., unter ihnen PATRIOTA HAMB.[Urgenz]: der Hamburgische Patriot befördert die Glückseligkeit der Bürger. Die Medaille hatte die Größe eines Portugalesers. Mit ihr wurden die Autoren des *Patrioten* nach Erscheinen der letzten Ausgabe im Dezember 1726 geehrt. Die Darstellung der Medaille auf der Titelseite der vier Neuauflagen des *Patrioten* veränderte sich gegenüber ihrer ursprünglichen Version; so fehlten z. B. in der 3. und 4. Neuauflage die beiden Genien (Satyrknaben) und war Sokrates sehr viel freundlicher gezeichnet.



Während das kantische Patriotismusverständnis und das der patriotischen Bewegung des 18. Jahrhunderts im Prinzip eng beieinander liegen, verhält es sich mit dem Kosmopolitismus anders. Schon früh schreiben sich Patrioten den Kosmopolitismus auf ihre Fahnen. Bemerkenswertes Beispiel hierfür ist die Hamburger Wochenschrift *Der Patriot*, deren vier Neuauflagen zwischen 1728 und 1765 auf der Titelseite eine Medaille abbilden, die auf der einen Seite den Kopf von Sokrates und über ihm das Wort „COSMOPOLITES“ zeigt.<sup>57</sup> Der Kosmopolitismus ist in den patriotischen Wochenschriften ein häufig wiederkehrender Topos und die bereits erwähnte Feststellung des Autors des *Patrioten*, die ganze Welt sei sein Vaterland, ist nicht untypisch. Ein solcherart abstrakt-universalistischer Standpunkt ist mit Kants Kosmopolitismus allerdings schwerlich vereinbar, denn nach der Idee des Weltbürgerrechts haben die Menschen sowohl ein Vaterland als auch einen Weltbezug. Nicht weniger problematisch

<sup>55</sup> Kant, *Anthropologie in pragmatischer Absicht*, Werke, Bd. 12, 685/686.

<sup>56</sup> Kant, *Metaphysik der Sitten Vigilantius* (wie Anm. 53), 673-674.

<sup>57</sup> Der Hinweis „Entwurf einer Medaille zum Dienste und Gedächtniß des Patrioten in Hamburg, von der Patriotischen Gesellschaft genehm gehalten d. 3. Maii Ao. 1726“ und der Kupferstich sind in einem Quartband von Michael Richey enthalten, in dem er in loser Folge vermischte Notizen und sorgfältig gezeichnete Entwürfe zu Portugalesern, Devisen und Fahnen festgehalten hat. Die Vorderseite der Medaille charakterisiert Richey selber mit den Worten: „Auf der rechten Seite: Ein Caput Socratis, nicht unfreundlich gebildet, mit der Überschrift: COSMOPOLITES, den caractere des Patrioten, als eines Welt-Bürgers und allgemeinen Menschen-Freundes, [...]“. In: Michael Richey, „M. Richeys Entwürfe zu Portugalesern, Inschriften, Fahnen, Wappen“, Hamburg, Staats- und Universitätsbibliothek Cod. Hans. I : 040 : 3. Den Hinweis auf die Entstehung dieser Medaille und die Einsichtnahme in das handschriftliche Konvolut von Michael Richey verdanke ich Anja Theise von der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg. – Dass die Kennzeichnung von Sokrates als Weltbürger in Verbindung mit Gemein Sinn im 18. Jahrhundert bereits auf eine lange Tradition zurückblickte, belegt u. a. ein Bericht Montaignes in seinem Essay „Über die Knabenerziehung“: „Sokrates wurde gefragt, was seine Heimat sei. Er antwortete nicht ‚Athen‘, sondern: ‚die Welt‘. Er, dessen Geist reicher und ausgreifender war, als der aller anderen, umfing das Universum wie seine Vaterstadt, und seine Erkenntnisse, sein Wohlwollen und sein Gemein Sinn galten dem ganzen Menschengeschlecht – im Unterschied zu uns, die wir nur auf unsere Füße blicken.“ Michel de Montaigne, *Essais* (1580-88), Frankfurt am Main 1998, 86.

sind Verse wie die folgenden: „Wer nur sein Vaterland, und Fremde nicht, verehrt, / Ist keiner Vaterstadt und keines Lebens werth, / Ja, der verdienet selbst bey Fremden zu verderben, / Der lebt für sich allein, und soll verlassen sterben.“<sup>58</sup> Vermutlich glaubt der Autor mit diesem Bekenntnis seine Weltoffenheit zu dokumentieren, aber das Gegenteil ist der Fall, denn letztlich verweigert er dem Fremden das Besuchsrecht.

### III. Aspekte eines universellen Patriotismus

Die Wirkmächtigkeit der kantischen politischen Philosophie und Staatstheorie bis ins 21. Jahrhundert lässt sich eindrucksvoll u. a. an der amerikanisch-europäischen „Kant-Debatte“ ablesen, die durch die Ereignisse des 11. September 2001 und ihre Folgen ausgelöst wurde.<sup>59</sup> Sich an den Grundprinzipien der historischen europäischen Aufklärung als Leitidee für die Zukunft zu orientieren, macht jedoch nur dann Sinn, wenn die Frage nach den Möglichkeiten von Aufklärung unter den Bedingungen der eigenen Gegenwart geklärt wird. Eine umstandslose Übernahme des Denkens der historischen Aufklärung läuft nicht nur Gefahr, ihre kritischen Intentionen zu verfälschen, sondern trägt letztlich auch wenig zum Verstehen der Gegenwart bei. Vor dem Hintergrund der Ausführungen des vorherigen Abschnitts sollen im Folgenden einige Prinzipien aufgeklärten universellen Patriotismus unter heutigen Bedingungen dargestellt werden.

Im Gegensatz zum verbreiteten Gebrauch des Begriffs „Patriotismus“, der vorwiegend in der Zuschreibung einer mehr oder weniger adaptiven Haltung oder Gesinnung besteht, meint das Patriotismusverständnis gemeinwohlorientierter Organisationen, die sich in der Tradition der Aufklärung begreifen, heute ein selbstbestimmtes und selbstgewähltes *Handeln* in gesellschaftlicher Verantwortung. Dieses konkretisiert sich in seinen *praktischen* Zielen und Gegenständen in der beständigen *kritischen* Auseinandersetzung mit den aktuellen Entwicklungen in Gesellschaft, Politik und Staat. Handlungsleitend sind Begründungen und Bewertungen, die das Ergebnis eines mündigen Gebrauchs des eigenen Verstandes sind, und eben keine Affirmation herrschender Verhältnisse. Die Einheit von Reflexion und Handeln ist konstitutiv für den universellen Patriotismus.

Der definitive und verbindliche Bezugsrahmen für die Reflexion und das Handeln sind die universellen Normen der Freiheit, Gleichheit, Autonomie und Menschenwürde sowie eine demokratische Ordnung, die mit der Gewährleistung der Menschen- und Bürgerrechte die Voraussetzung schafft, dass diese Normen für den Einzelnen und für alle gleichermaßen Geltung haben. Ihnen und der Demokratie gelten die Achtung und Wertschätzung des universellen Patriotismus', ihnen ist er verpflichtet und für ihre Verwirklichung engagiert

<sup>58</sup> [Barthold Joachim Zinck (Hrsg.)] *Der Bewunderer*, Hamburg 1741–1742, Bl. 1–53; zitiert nach Holger Böning, „Das ‚Volk‘ im Patriotismus der deutschen Aufklärung“, URL: [www.goethezeitportal.de/db/wiss/epoche/boening\\_volk.pdf](http://www.goethezeitportal.de/db/wiss/epoche/boening_volk.pdf). (Version 02.08.2004), 10.

<sup>59</sup> Die Stationen dieser Debatte bis 2004 sind im Einzelnen dargelegt in der vorzüglichen Arbeit von Manfred Geier, *Aufklärung: Das europäische Projekt*, Hamburg 2012, 233–244.

er sich. Dabei orientiert er sich an der konkreten Ausprägung der universellen Menschenrechte sowie der Bürgerrechte des Landes und der lokalen Gemeinschaft.<sup>60</sup> Die Motivation für die Reflexion und das Handeln resultiert aus der jeweiligen Diskrepanz zwischen den universellen Normen und ihrer tatsächlichen Umsetzung in den jeweiligen Verhältnissen.

Für die Freiheit des Einzelnen gilt uneingeschränkt die Grundbedingung, dass sie dort ihre Grenze hat, wo sie zu Lasten des und der anderen geht. Heute kommt jedoch aus patriotischer Perspektive entscheidend eine weitere Grenze hinzu: Der Gebrauch von Freiheit – individuell wie kollektiv! – darf nicht die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen zerstören und muss aus der Einsicht in die grundlegende Gemeinsamkeit der Menschen mit der übrigen Natur vereinbar sein mit der Bewahrung der natürlichen Welt. Zukunfts offene Zivilität und Lebensstile sollen diesen Schutz ebenso fördern wie die ökologische und kulturelle Diversität und den sozialen Ausgleich. Freiheit zu leben, die Unabhängigkeit zu haben, eine eigene Wahl treffen zu können, sowie Achtung und Mitgefühl, auf die jeder den gleichen Anspruch hat, zu erfahren, setzen andererseits soziale und materielle wie auch immaterielle Mindestbedingungen voraus. Menschen, die in Armut leben und von sozialer Ausgrenzung betroffen sind, sind defacto von Freiheit ausgeschlossen und ihnen wird die elementare Würde vorenthalten. Der universelle Freiheits- und Gleichheitsanspruch impliziert deswegen *in concreto* immer Solidarität und Gemeinsinn der Stärkeren mit den und für die Schwächeren. Der Kampf gegen Armut, benachteiligende Lebenslagen und soziale Diskriminierung sind daher ebenso wie der Einsatz für die Wahrung der sozialen Rechte und das beständige Aushandeln der konkreten Ausgestaltung des Gemeinwohls fester Bestandteil des universellen Patriotismus.

Die demokratische Rechtsordnung und die demokratischen Verfahren zur kollektiven Willensbildung sind die Voraussetzungen für die Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen und der Gesellschaft insgesamt, indem sie die Gleichheit aller als *Staatsbürger* herstellen, ansonsten aber die Verschiedenheit der Menschen als Privatpersonen akzeptieren. Demokratisches Recht in Verbindung mit dem staatlichen Gewaltmonopol gewährleistet die Durchsetzung dieser Gleichheit und der Grenzen der Freiheit auf der Basis demokratischer Legitimität. Dem Anspruch nach ist Demokratie ein beständiger und offener Aushandlungsprozess. Dieser findet nicht nur auf sehr unterschiedlichen Ebenen und zwischen einer Vielzahl von Akteuren statt, sondern ist mit hoch komplexen Sachverhalten und Problem-

<sup>60</sup> Jürgen Habermas in „Vorpolitische Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates?“ (2005). Dort heißt es u. a.: „Entgegen einem weit verbreiteten Missverständnis heißt ‚Verfassungspatriotismus‘, dass sich die Bürger die Prinzipien der Verfassung nicht allein in ihrem abstrakten Gehalt, sondern konkret aus dem geschichtlichen Kontext ihrer eigenen nationalen Geschichte zu eigen machen.“ Außerdem betont Habermas in diesem Zusammenhang, dass es „im eigenen Interesse des Verfassungsstaates [liege], mit allen kulturellen Quellen schonend umzugehen, aus denen sich das Normbewusstsein und die Solidarität von Bürgern speisen.“ In: ders., *Zwischen Nationalismus und Religion: Philosophische Aufsätze*, Frankfurt am Main 2005, 111 u. 116.

stellungen befasst. Das Funktionieren von Demokratie ist daher heute auf die vom Staat unabhängige Selbstorganisation der Bürger in freiwilligen Assoziationen, Vereinigungen und Zusammenschlüssen angewiesen, die in ihrer pluralen Gesamtheit die Zivilgesellschaft bilden. Am Gemeinsinn und Gemeinwohl ausgerichtete patriotische Assoziationen sind aktiver Teil dieser Zivilgesellschaft und Träger zivilgesellschaftlicher Verantwortung. Patriotisches Handeln ist daher in der Mitte der Gesellschaft verankert und einer kritischen Öffentlichkeit und kollektiven Deliberation, einer möglichst breiten sozialen und politischen Partizipation sowie der Stärkung lokaler Entscheidungsprozesse verpflichtet. Die entsprechenden Verfahren und Governance-Modi erfordern eigene Formen der Rationalität und müssen allen, die von ihren Entscheidungen betroffen sind, Beteiligungsmöglichkeiten, Gleichheit und Freiheit garantieren. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Verfahren sind jedoch nicht demokratisch legitimiert. So sehr sie Bestandteil der demokratischen Deliberation sind, können sie die repräsentative demokratische Willensbildung und Rechtswahrung nicht ersetzen. Dieses ist auch deshalb nicht der Fall, weil sowohl Partizipation als auch die Zivilgesellschaft teilweise ausgrenzende Wirkungen haben und daher nicht per se den Ansprüchen von Gleichheit, Würde und Solidarität genügen. Partizipative zivilgesellschaftliche Projekte und Verfahren wie zivilgesellschaftliche Organisationen selber müssen immer wieder auf ihre Inhalte und Ziele, Methoden und Rationalitäten sowie ihre exklusiven und inklusiven Wirkungen hin bewertet werden.

„Demokratische Identität, unser demokratisches „Wir“, entsteht nicht im Konsens, der immer implizit bleiben kann, sondern im expliziten Konflikt, der beide Seiten verbindet.“<sup>61</sup> Von „Wir“ sprechen Menschen dann, wenn sie Bindungen zu anderen und zu Gruppen haben. Die Voraussetzungen für Bindungen sind Vertrauen, selbstgewählte Verpflichtungen für gemeinsame Ziele und Verantwortung füreinander und für das „gemeine Wesen“. Dieses „Wir“, also Gemeinschaft, kann eine Stadt, eine Region oder ein Land sein, entscheidend sind die konkreten Erfahrungen und Auseinandersetzungen zwischen Menschen in konkreten Orten. Gemeinschaft entsteht aus dem Prozess gemeinsamer Bearbeitung von Differenzen und Konflikten, in dem die Einzelnen Bindungen unter einander entwickeln und doch ihre Eigenständigkeit wahren. Nicht zufällig haben gerade deliberative Verfahren besonders identitätsstiftende Wirkungen.<sup>62</sup> Das „Wir“ ist freilich ambivalent: Es drückt nicht nur Zugehörigkeit und Gemeinschaft aus, sondern auch Abwehr gegen die Welt draußen.

<sup>61</sup> Christoph Möllers, *Demokratie – Zumutungen und Versprechen*, Berlin 2009, 13.

<sup>62</sup> Vgl. hierzu Richard Sennett, *Der flexible Mensch: Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 1989, 187–203. Sennett kommt aufgrund seiner Analyse globalisierter Arbeitsformen und -organisation zu folgendem Ergebnis: „Eine der unbeabsichtigten Folgen des modernen Kapitalismus ist die Stärkung des Ortes, die Sehnsucht der Menschen nach der Verwurzelung in einer Gemeinde. All die emotionalen Bedingungen modernen Arbeitens beleben und verstärken diese Sehnsucht [...]“ Gemeinschaft entstehe aus Konflikten, „indem die Beteiligten es lernen, einander zuzuhören und aufeinander einzugehen, obwohl sie ihre Differenzen sogar noch deutlicher empfinden“. Ebd., 189/190.

Kants Diktum, „daß Übel und Gewalttätigkeit, an einem Ort unseres Globus, an allen gefühlt wird“ und sein Vermächtnis, die Verbindung zwischen lokaler und globaler Entwicklung von Recht und Moral zu wahren, haben heute angesichts der globalen ökologischen, wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interdependenzen mehr Aktualität denn je. Sie sind aber auch durch nationalistische und universalistische Exzesse in der jüngeren Geschichte als dauerhafte Mahnung in unser Bewusstsein eingeschrieben. Angesichts der politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts lassen sich die Augen heute und zukünftig nicht davor verschließen, dass ein einmal erreichtes Niveau von Zivilität keine Garantie gegen einen jederzeit möglichen Rückfall in die Barbarei bietet. Nicht nur deswegen ist der Fortschrittsoptimismus der Aufklärung heute kein vertretbarer Entwurf mehr.

Hannah Arendt, die ja auch konkret erfahren musste, in welcher Weise der Verlust der nationalen Rechte auch zum Verlust der Menschenrechte führt, hat dennoch an der kantischen Hoffnung auf eine Annäherung an eine „weltbürgerliche Verfassung“ festgehalten: „Man urteilt immer als ein Mitglied einer Gemeinschaft, geleitet von seinem gemeinschaftlichen Sinn, seinem *sensus communis*. Doch letztendlich ist man Mitglied einer Weltgemeinschaft durch die einfache Tatsache, ein Mensch zu sein; das ist unsere ‚weltbürgerliche Existenz‘. Wenn man urteilt und wenn man in politischen Angelegenheiten handelt, so soll man sich an der Idee, nicht der Tatsächlichkeit des Weltbürger-Seins und damit auch des Weltbetrachter-Seins orientieren.“<sup>63</sup>

Die „Welt draußen“ ist heute in allen europäischen Gesellschaften so unmittelbar präsent wie nie zuvor: Im Gefolge weltweiter Migrationsprozesse ist es zu einer verstärkten Zuwanderung aus allen Bereichen der Welt und zu einem dauerhaften Anstieg der Zahl in Europa und Deutschland lebender Ausländer gekommen, die ihre eigenen lebensweltlichen Vorstellungen, kulturellen Traditionen und politischen Überzeugungen mitbringen. Die entstandene Vielfalt der Lebensformen, die ethnischen, religiösen und kulturellen Differenzierungen werden jedoch von Einheimischen in Frankreich (z. B. Marine Le Pen), häufig als Bedrohung empfunden und das „Wir“ wird zur Ablehnung und Ausgrenzung von Immigranten eingesetzt. Diese Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit haben vorrangig soziale Ursachen: Überwiegend sind die zuwandernden Fremden Arme, die mit einkommensschwachen und prekär beschäftigten Einheimischen um Arbeitsplätze und Wohnungen konkurrieren, so dass letztere dann mit Verweis auf ihre nationale Zugehörigkeit eine politische Sicherung ihres bescheidenen Besitzstandes einfordern. Diese Situation nutzen Rechtspopulisten u. a. in Deutschland (z. B. Thilo Sarrazin), den Niederlanden (Geert Wilders) und der Schweiz (z. B. das Referendum gegen Minarette) als Aufhänger für ihre aggressiv ausländerfeindlichen und offen diskriminierenden Kampagnen.

<sup>63</sup> Hannah Arendt, *Das Urteilen: Texte zu Kants Politischer Philosophie* (1970), München/Zürich 2012, 117.

Sie bedienen sich dabei kulturalistischer Ideologien, nach denen die Identität von Individuen allein an die Kultur ihrer ethnischen Herkunft gebunden sei und durch diese determiniert werde. Daher sei kein Austausch zwischen Gruppen unterschiedlicher Kulturen möglich. Sie sehen sich in ihrer Ablehnung jeder Form von Integration sowie in ihrer Ausgrenzung und Abwertung von Fremden durch die Vorstellung von einem Kulturkampf zwischen „westlicher“ und „islamischer“ Kultur bestätigt. Der politische Kulturalismus enthält deutlich rassistische Züge, auch wenn der Begriff „Rasse“ von seinen Verfechtern vermieden wird („Rassismus ohne Rasse“).

Kulturalistische Ideologien richten sich unmittelbar gegen die demokratische Ordnung und ihre zentralen Prinzipien der Freiheit, Gleichheit, Autonomie und Menschenwürde sowie auch gegen ihre Offenheit für bewusste, legitime Veränderungen. Sie sind eine Kampfansage an die Demokratie. Dagegen reklamiert das Konzept des Multikulturalismus für sich, den Anforderungen der Integration in einer Weise zu entsprechen, die den Ansprüchen von Freiheit, Liberalität und Toleranz gerecht wird, indem er für eine mehr oder weniger gleichberechtigte Koexistenz verschiedener Kulturen in einem Land eintritt. Damit sitzt er jedoch demselben Fehler wie die Kulturalisten auf: Kulturelle Vielfalt daraus herzuleiten, dass jede Gruppe nun mal ihre eigene Herkunft, ihr eigenes Erbe habe, heißt kollektive kulturelle Identitäten zu verabsolutieren, den Angehörigen ethnischer Gruppen die Freiheit der eigenen Lebensgestaltung zu nehmen und in letzter Konsequenz nur die Alternative zwischen bedingungsloser Anpassung oder gar keiner Anpassung zuzulassen. In der Realität geht es bei dem möglichst ungestörten Nebeneinander unterschiedlicher ethnischer, religiöser und kultureller Gruppen vor allem um Sonderrechte zum Schutz und zur Stärkung spezifischer Gruppenanliegen. Da Menschen in der Regel vielfache Identitätsbezüge und Loyalitäten haben, wird das Dilemma des Multikulturalismus-Konzepts in der Praxis schnell deutlich: Besondere kulturelle Schutzbestimmungen für eine Gruppe lassen beispielsweise Frauen oder Schwule, die ihr angehören, schutzlos gegenüber Misshandlungen oder Diskriminierungen durch Mitglieder der eigenen Gruppe und können ihre Bemäntelung sogar noch legitimieren.

Die Praxis der Integration ist ein entscheidender Test für die Demokratie einer Gesellschaft und vor allem für die Standards ihrer politischen und moralischen Selbstverständigung. Auf der Grundlage der Komplementarität von Patriotismus und Kosmopolitismus sind für den universellen Patriotismus die Differenzierung *und* Vermittlung von lokalen Bedingungen und universellen Ansprüchen handlungsleitend für die Bearbeitung und Förderung von Prozessen der Integration. Ausgangspunkt ist die kosmopolitische Norm, wie sie Kant mit dem *ius cosmopolitanum* formuliert hat, und die heute im Kern in internationalem Recht und nationalen demokratischen Verfassungen kodifiziert ist<sup>64</sup>, dass alle Menschen als Mitglieder der einen

<sup>64</sup>Vgl. zum Beispiel: *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* (1948), *Genfer Flüchtlingskonvention* (1951) oder *Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten* (1950).

Weltgesellschaft ein Recht haben, in freier Entscheidung miteinander agieren zu können und unabhängig von ihrem partikulären Staatsbürgerrecht überall Schutz zu genießen. Diese Norm ist heute um das Recht auf Zugehörigkeit und *politische* Teilhabe zu erweitern.<sup>65</sup> Einwanderern das Recht auf politische Inklusion zu verweigern, heißt sie von den universellen Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Solidarität auszuschließen. Abgesehen von Merkmalen, die ein Einwanderer selber zu verantworten hat, kann es dafür unter demokratischen Voraussetzungen keine Gründe geben – erst recht dann nicht, wenn er im Aufnahmeland mit Pflichten belegt wird, oder gar in ihm geboren ist. Eingewanderte sind in Einwanderungsländern keine Fremden sondern Inländer. Allerdings befindet jeder Staat über die Ausgestaltung von Aufnahme, Zugehörigkeit und Bürgerstatus von Einwanderern im Rahmen souveräner demokratischer Entscheidungen selber, die dadurch immer auch von einer partikularen, kulturellen und nationalen Identität geprägt ist. Hieraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen universellen Menschenrechten und der spezifischen „ethischen Imprägnierung“ (Jürgen Habermas) einzelstaatlicher Rechtsordnungen. In diesem Spannungsverhältnis sind die Rechte und Ansprüche von Einwanderern im Rahmen der demokratischen Meinungs- und Willensbildung sowie der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung kontinuierlich und immer wieder auszuhandeln.<sup>66</sup>

Für die Aufnahme und Zugehörigkeit von Immigranten in der aufnehmenden Gesellschaft sind die Grundprinzipien ihrer demokratischen Ordnung – also in ihrem spezifischen *und* universellen Gehalt – entscheidend. Einwanderer sind als Staatsbürger freie und gleiche Mitglieder der Gesellschaft. Sie haben die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen Bürger auch, für sie gelten positiv wie negativ keine anderen Grenzen wie für alle anderen auch. Die Gleichheit aller Bürger bedeutet freilich keine Gleichartigkeit, sie schafft gerade die Voraussetzungen für die gegenseitige Achtung gegenüber Differenzen – gegenüber unterschiedlichen Lebensformen, Überzeugungen, Wahrnehmungen und Verhalten. Für diese Unterschiede spielen die kulturelle Herkunft und Zugehörigkeit der Menschen ohne Zweifel eine große Rolle, woraus jedoch in keiner Weise folgt, dass diese schicksalhafte und nie veränderbare Determinanten gesellschaftlichen Verhaltens sind. Fordert eine religiöse Minderheit Rechte ein, die allen zustehen, wie z. B. in Deutschland der Bau eines Gebetshauses, so ist dies keine Frage von mehr oder weniger Multikulturalität, sondern der Durchsetzung geltenden Rechts. Wo Aspekte spezifischer kultureller oder religiöser Praktiken das öffentliche Leben tangieren und die Rechte anderer beeinträchtigen (z. B. die Kleidung von Lehrkräften und Schülern in öffentlichen Schulen), müssen in einem deliberativen Prozess hierfür Regeln entwickelt und als solche in demokratischer Verantwortung ausgewiesen werden. Die Toleranz

<sup>65</sup>Vgl. hierzu und zum Folgenden Seyla Benhabib, *Die Rechte der Anderen* (wie Anm. 51), 134-143.

<sup>66</sup>Vgl. ebd., 52/55

endet dort, wo die Grenzen der Freiheit missachtet und gegen legitime Regeln verstoßen wird. Innerhalb dieser Grenzen gilt die Freiheit des Einzelnen und bestehen die verschiedenen Lebensformen und Gruppen gemeinsamer Herkunft oder Religionszugehörigkeit gleichberechtigt nebeneinander. Dies kann auch Rückzug oder gar Abgrenzung zur Gesellschaft insgesamt bedeuten. Darin liegt jedoch per se zunächst nichts Negatives, und daraus können keine Abstriche an der Existenzberechtigung einer Gruppe abgeleitet werden.

Die Integration des Fremden ist ein langwieriger, widersprüchlicher und vor allem konfliktreicher Prozess, der allen, den Immigranten wie den Einheimischen, viel abverlangt und der alles andere als geradlinig verläuft, sondern durch eine Dialektik von Annäherung und Abgrenzung gekennzeichnet ist. Differenzen und Konflikte sind auch hier entscheidend: Die Konfrontationen zwischen Einwanderungskulturen und der heimischen Kultur erzwingen sowohl die Abgrenzung aus Selbstbehauptung als auch die Auseinandersetzung mit der jeweils anderen und der eigenen Kultur. Für Einwanderer, die parallel ja auch neue zusätzliche Loyalitäten entwickeln, führt dies irgendwann zu einem Entscheidungsprozess, an dessen Ende sie in der traditionellen Herkunftswelt verbleiben oder sich von ihr abwenden bzw. bewusst mit ihr brechen. Bei aller Annäherung und auch neuen Bindungen außerhalb der Herkunftsgemeinschaft bleiben in allen Fällen auch hier Konflikte und Differenzen bestehen. Nicht zuletzt sie liefern sowohl für die Einwanderungskulturen als auch für die Mehrheitskultur das produktive Potenzial dafür, dass sie ihre Überlebensfähigkeit und Vitalität „durch den Entwurf von Alternativen zum Bisherigen oder durch Integration fremder Impulse – bis hin zum Bruch mit eigenen Überlieferungen“ bewahren.<sup>67</sup>

In der oben zitierten Passage von Hannah Arendt ist die Rede vom *sensus communis*, dem gemeinschaftlichen Sinn, der jeden mit einer Gemeinschaft verbindet. Arendt nimmt hier Bezug auf Kant, der aus dem *sensus communis* das Prinzip der „erweiterten Denkungsart“ als *Maxime* des „gemeinen Menschenverstandes“ entwickelt hat. In der *Kritik der Urteilskraft* heißt es hierzu: „Unter dem *sensus communis* [...] muß man die Idee eines *gemeinschaftlichen* Sinnes, welches in seiner Reflexion auf die Vorstellungsart jedes anderen in Gedanken (a priori) Rücksicht nimmt, um *gleichsam* an die gesamte Menschenvernunft sein Urteil zu halten, und dadurch der Illusion zu entgehen, die aus subjektiven Privatbedingungen, welche leicht für objektiv gehalten werden könnten, auf das Urteil nachteiligen Einfluss haben würde.“<sup>68</sup> Die erweiterte Denkungsart, das erweiterte Urteilen setzt die Teilhabe an einer Gemeinschaft voraus, ohne sie ist wiederum keine Kommunikation möglich: Wir können nur kommunizieren, wenn wir fähig sind, vom Standpunkt der Anderen zu denken; nur dann können wir sie erreichen und so sprechen, dass sie

<sup>67</sup> Jürgen Habermas, *Die Einbeziehung des Anderen: Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt am Main 1997<sup>2</sup>, 260.

<sup>68</sup> Immanuel Kant, *Kritik der Urteilskraft*, Werke Bd. 10, 389.

uns verstehen.<sup>69</sup> Das beschreibt treffend die Grundanforderung der Interaktion zwischen Nicht-Einheimischen und Einheimischen: Die gemeinsame Welt zu gestalten, indem wir sie jeweils mit den Augen der anderen zu verstehen suchen und daraus konkretes Handeln ableiten. Das ist nicht mit Empathie zu verwechseln, gegen die schon Kant die erweiterte Denkungsart abgegrenzt hat. Vielmehr geht es darum, jenseits von Vorurteilen und mehr oder weniger latenten Diskriminierungen eine Kommunikation herzustellen, die im gegenseitigen Respekt Gemeinsamkeiten ermöglicht und Gegensätze verhandelbar macht. Arendt hat von der erweiterten Denkungsart eine Verbindung zu Kants Überlegungen über eine vereinte, in ewigem Frieden lebende Menschheit hergestellt: Der Zustand ewigen Friedens war für Kant nicht allein deswegen erstrebenswert, weil es dann keine kriegerischen Auseinandersetzungen mit all ihren zivilisatorischen Rückschlägen mehr geben würde, sondern er war für ihn auch die notwendige Voraussetzung für eine möglichst große Ausbreitung der erweiterten Denkungsart und das heißt des Erreichens höchster Zivilisierung.<sup>70</sup> Damit ist der Bogen vom *sensus communis*, vom Gemein Sinn zum Weltbürgerrecht als handlungsleitende Idee geschlagen.

Malte C. Krugmann, Mitglied des Vorstandes der Patriotischen Gesellschaft von 1765 bis Februar 2014. Der abgedruckte Text ist die leicht erweiterte Fassung eines Aufsatzes, der zuerst erschienen ist in Appenzellische Jahrbücher, hrsg. von der Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft, Heft 139, 2012.

<sup>69</sup>Vgl. Hannah Arendt, *Das Urteilen* (wie Anm. 63), 109-114.

<sup>70</sup>Vgl. ebd., 115.



02/

Die Patriotische Gesellschaft

## Bericht des Vorstands

### Nützlich für Hamburg. Aktiv für die Menschen.

Die Patriotische Gesellschaft macht sich seit 1765 stark für Hamburg und seine Menschen. Ihre Tradition ist heute und in der Zukunft einer der großen Aktivposten der Patriotischen Gesellschaft.

**1. Unser Haus** Dabei spielt und spielte unser Haus, eines der bedeutendsten Baudenkmäler Hamburgs, stets eine entscheidende Rolle. Seit seiner Einweihung 1847 nimmt es eine wichtige Funktion für die Stadtgesellschaft ein. Es dient den Mitgliedern zur Identifikation mit der Patriotischen Gesellschaft und repräsentiert sie nach außen. Unser Haus ist ein Forum für den kritischen Austausch unterschiedlicher Meinungen in der Stadt. Weiterhin ermöglicht es der Patriotischen Gesellschaft die Realisierung ihrer Zwecke und Ziele zum Wohle der Stadt, denn es ist die wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft und hat die Finanzierung ihrer gemeinnützigen Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten durch Vermietung und Bewirtschaftung weitgehend sichergestellt.



*Das Haus der Patriotischen Gesellschaft an der Trostbrücke*

Zwar ist die Bausubstanz des Hauses solide. Auch sind seit den 1970er Jahren immer wieder Instandsetzungen vorgenommen worden; allein zwischen 1996 und 2010 hat die Gesellschaft 2 Mio. EUR

aus eigenen Mitteln sowie 500 TEUR aus Zuwendungen in den Erhalt des Hauses investiert. Dennoch konnte die fortschreitende Erosion der historischen Bausubstanz nicht aufgehalten werden. Die Sanierung und Modernisierung des Hauses hatten deshalb in den Geschäftsjahren 2011/12 und 2012/13 für den Vorstand höchste Priorität. 2010/11 waren bereits akute Baumaßnahmen durchgeführt und die Erarbeitung eines Sanierungskonzepts in Angriff genommen worden. Seit dem Sommer 2011 wurden die Planung und Umsetzung vorrangiger Sanierungsmaßnahmen auf eine neue Basis gestellt, notwendige Sanierungsschritte vorgezeichnet, Ausführungen umgesetzt und Instandsetzungskosten veranschlagt.

Um den Erhalt des Hauses und damit die wirtschaftliche Basis der Patriotischen Gesellschaft dauerhaft zu gewährleisten, hat der Vorstand ein Gesamtkonzept für die Entwicklung des Gebäudes auf der Grundlage einer umfassenden Bestandsaufnahme der baulichen Verfassung und der Schäden des Hauses erstellen lassen. Mit dem Entwicklungskonzept für die Sanierung und Modernisierung wurde das Plan-R-Architektenbüro Joachim Reinig beauftragt, das bei der Instandsetzung der Hauptkirche St. Michaelis einschlägige Erfahrungen im praktischen Denkmalschutz sowie bei einer die historische Bausubstanz schonenden Modernisierung erworben hat. Das Entwicklungskonzept „Bewahren und Weitererzählen – die Reintegration der Patriotischen Gesellschaft in die Stadt“ liegt seit Anfang 2012 vor, wurde den Mitgliedern auf der Mitgliederversammlung 2012 vorgestellt und seitdem aufgrund neuerer Erkenntnisse mehrfach ergänzt. Das Entwicklungskonzept ist geleitet von dem Grundgedanken, den Charakter des Hauses sowohl im Inneren wie im Äußeren nach den Prinzipien von Offenheit und Transparenz auszurichten und es so als den Ort zu erhalten, den die Patrioten im Sinn hatten, als sie den Bau in Auftrag gaben: nämlich eine öffentliche Stätte zu schaffen, „in welcher die wissenschaftlichen, künstlerischen, gewerblichen und sonstigen gemeinnützigen Bestrebungen vereinter Bürger, sowohl für die Gegenwart wie für die ferne Zukunft, einen Mittelpunkt des Wirkens werden finden können“.



*Johannes Petersen, Mitglied des Vorstandes, Helga Treeß, 2. Vorsitzende, und Dieter Rucht, Festredner zum Gründungstag 2013*

Im Rahmen unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten konnten bis Mitte 2013 die 2010/11 begonnenen Baumaßnahmen fortgeführt werden. Dabei wurde den Ergebnissen des Entwicklungskonzepts Rechnung getragen. Eine Reihe von Baumaßnahmen konnte bereits umgesetzt oder eingeleitet werden. So wurden die Dach- und Klempnerarbeiten auf dem Kontortrakt und die Erneuerung des Reimarus-Saal-Daches einschließlich Mauer- und Fugensanierung der Dach-Brüstung abgeschlossen. Die Fenster im 3. und 4. Stock wurden erneuert. Die Zwischendecke im sog. Säulenraum auf der Fleetseite des Kellers wurde abgebrochen, im Zuge dessen erfolgte die Trockenlegung dieses Kellerraumes und die Auswertung der Erkenntnisse, die sich aus seiner Freilegung für die Analyse der Böden und des Fundamentaufbaus in den weiteren Kellerräumen ergeben. Ferner wurden statische Untersuchungen des fleetseitigen Granitsockels durchgeführt, das defekte Mauerwerk über dem Granitsockel ausgetauscht und vorbereitende Arbeiten für die Vernadelung des Sockels zur statischen Stabilisierung geleistet. Bei allen Baumaßnahmen ist zu beachten, dass die mit ihnen verbundenen Einschränkungen für unsere Tochtergesellschaft Hammaburg und die Mieter in einem zumutbaren Rahmen gehalten werden. Dies verlangt ein hohes Maß an Flexibilität sowohl bei der Planung wie auch bei der Ausführung.

Ein Bauausschuss, bestehend aus Mitgliedern des Beirats und des Vorstands, der beteiligten Architek-

ten sowie der Geschäftsführung und Mitarbeitern der Geschäftsstelle, hat die Aufgabe, die Planung der Sanierung und Modernisierung des Hauses sowie den Baufortschritt kritisch zu begleiten und den Vorstand bei der Gesamtsteuerung des Prozesses zu unterstützen. Der Bauausschuss hat seit seiner Konstituierung im Mai 2012 neunmal getagt.

Dass wir bei der umfassenden Sanierung und Modernisierung unseres Hauses auf die Unterstützung Dritter angewiesen sein würden, stand früh fest. Deshalb wurde der Aufbau für ein dauerhaftes Fundraising der Gesellschaft sowie die Erarbeitung eines Konzepts für eine Fundraisingkampagne („Kapital-Kampagne“) in Angriff genommen. (Nach unserem Berichtszeitraum – im August 2013 – hat die Bürgerschaft einstimmig beschlossen, in den Jahren 2013 bis 2015 insgesamt 2,3 Mio. EUR für die Sanierung des Gebäudes der Patriotischen Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Das ist eine großartige Anerkennung unserer Arbeit; danke!)

**2. Unsere gemeinwohlorientierte Arbeit in Projekten** Unsere gemeinwohlorientierte Arbeit ist vielfältig – sie wird getragen von den Mitgliedern der Patriotischen Gesellschaft, die in Arbeitskreisen und Projektgruppen aktiv sind, sich in den Organen der Patriotischen Gesellschaft, dem Beirat und dem Vorstand engagieren und durch ihre Ideen, ihre Kraft, ihre Zeit und ihre finanzielle Unterstützung – durch Mitgliedsbeiträge und Spenden – zum Gelingen unserer Arbeit beitragen. Die

Berichte in den Abteilungen 3 und 4 zeigen das ganze Spektrum der Aktivitäten und Projekte, das hier nur beispielhaft beschrieben werden soll.

Herauszuheben ist ein neues Projekt, das eine große Bereicherung unserer Arbeit darstellt: das *Diesterweg-Stipendium Hamburg*, das erste Familien-Bildungs-Stipendium in Deutschland, das begabte Kinder auf dem Weg in eine weiterführende Schule begleitet und dabei die Eltern mitnimmt. Die soziale Herkunft entscheidet in Deutschland über die persönliche Zukunft von Schülerinnen und Schülern. Deshalb haben wir mit dem Diesterweg-Stipendium Hamburg zwölf Kooperationschulen aus den sozial benachteiligten Stadtteilen im Osten Hamburgs ausgesucht. Nach knapp anderthalbjähriger Vorbereitung ist das Programm im Spätsommer 2012 mit einer großen Auftaktveranstaltung gestartet. 15 Familien mit 63 Familienmitgliedern aus zehn Herkunftsländern wurden in das Diesterweg-Stipendium Hamburg aufgenommen.

Das Diesterweg-Stipendium begleitet die Kinder und ihre Eltern und Geschwister für drei Jahre in den Klassen vier, fünf und sechs mit einem vielfältigen außerschulischen Programm. Es kombiniert ein Gemeinschaft stiftendes Bildungsprogramm für die ganze Familie mit individuellen Hilfen und Impulsen. Zu mehr als 60 % ist die familiäre Herkunft von Kindern entscheidend für ihren Bildungserfolg. Doch sprachliche und soziale Gründe machen es Eltern manchmal schwer, ihre Kinder so zu unterstützen, wie sie es eigentlich wollen. Die Patriotische Gesellschaft bündelt mit dem Diesterweg-Stipendium Hamburg Vorhandenes: Strukturen, Angebote und ehrenamtliche Hilfsbereitschaft, die es in der Bürgergesellschaft Hamburgs schon gibt. Es verbindet staatliches und privates Engagement. Neben der Kooperation mit der Behörde für Schule und Berufsbildung und der Förderung durch die Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., die BerenbergKids Stiftung, die BürgerStiftung Hamburg, die Joachim Herz Stiftung und die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerus sowie die Dr. Dorothea-Wilhelm-Stiftung, eine unselbständige Stiftung der Patriotischen Gesellschaft, haben sich in der konkreten Umsetzung zusätzliche

Kooperationen und Netzwerke mit schulischen Einrichtungen, aber auch unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Bildungs- und Kulturinitiativen herausgebildet. Außerdem bietet das Programm Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement: Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft unterstützen als Familienpaten die Bildungsbegleitung durch Angebote für die Stipendiaten selbst (Lern- und Hausaufgabenhilfe) und durch Angebote für die ganze Familie.



*Ingrid Nümann-Seidewinkel, 1. Vorsitzende, bei der Premiere des Films „Jetzt hab' ich eine Chance...“ über das Diesterweg-Stipendium Hamburg*

Das Diesterweg-Stipendium Hamburg steht in einer langen Tradition praktischer Bildungs- und Ausbildungsangebote der Patriotischen Gesellschaft wie etwa ihrer Gewerbeschule, aus der das Hamburger Berufsschulwesen hervorgegangen ist, oder anderer Initiativen und Stipendien zur Ausbildung und Berufsvorbereitung junger Menschen. Mit dem Familienstipendium erschließt die Patriotische Gesellschaft Zugänge zu Kultur- und Bildungslandschaften für Familien aus benachteiligten sozialen Quartieren Hamburgs.

Auch der seit 2009 jährlich in Verbindung mit der Mara und Holger Cassens-Stiftung ausgelobte *Holger-Cassens-Preis* steht in der Tradition des Engagements der Patriotischen Gesellschaft für einen freien Bildungszugang. Mit ihm soll ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit und Inklusion geleistet

werden. Ausgehend von einem erweiterten Bildungsverständnis („Bildung als gemeinsame Aufgabe“) werden stadtteilorientierte Projekte ausgezeichnet, die in besonderem Maß Entwicklungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen eröffnen, Lebensräume gestalten, die soziale Integration fördern und Ressourcen ihres Stadtteils nutzen. Der Preis ist mit 10.000 EUR dotiert und wurde 2011 an das Projekt „Bildungs- und Beratungskarawane“ in Dulsberg und 2012 an die Schülerfirma „VeddelERleben“ der Stadtteilschule Wilhelmsburg vergeben.

Auch das seit 2000 laufende Projekt *SeitenWechsel* ist unverändert sehr erfolgreich. Dies wird u. a. dadurch bestätigt, dass es als Baustein in das Förderprogramm für den Führungskräfte-Nachwuchs eines Großunternehmens integriert worden ist. Indem es Führungskräften eine Woche intensiver Arbeit in einer sozialen Institutionen ermöglicht, trägt das Projekt wie keine andere Aktivität der Gesellschaft zur Erarbeitung und Ausbildung von Gemeinsinn bei: *SeitenWechsel* ist Lernen unter Bedingungen des Ernstfalls; es stellt die eigenen Maßstäbe und Prioritäten in Frage, erzeugt Empathie für das Schicksal anderer und macht sensibel dafür, dass existenzielle Sicherheiten nicht allein von individuellen Faktoren, sondern auch gesellschaftlicher Solidarbereitschaft abhängen. Für die Unternehmen ist *SeitenWechsel* allerdings üblicherweise eine Maßnahme der Weiterbildung oder Personalentwicklung. Das Programm unterliegt deshalb wie jede betriebliche Weiterbildung stark der allgemeinen Konjunkturentwicklung. Obwohl die soziale Verantwortungsbereitschaft in den Unternehmen wächst, bedarf es dennoch unverändert erheblicher Anstrengungen, Führungskräfte für *SeitenWechsel* zu gewinnen.

Die Patriotische Gesellschaft betreibt eine Reihe von *Kooperations- und Netzwerkprojekten*. Das älteste unter ihnen ist das Künstlerhaus Vorwerkstift, dessen Trägerschaft für die Patriotische Gesellschaft von dem Verein Stiftung Freiraum wahrgenommen wird. Das Künstlerhaus bedient die Nachfrage von jungen Künstlerinnen und Künstler, die am An-

fang ihrer Karriere stehen, nach günstigem Wohn- und Atelierraum in Verbindung mit künstlerischer Förderung. Die Grundidee des Vorwerkstifts steht in einer langen Fördertradition der Patriotischen Gesellschaft.

Die Förderung junger Nachwuchskünstlerinnen ist auch das Ziel des *Stipendiums für Fotografie*, das von der Patriotischen Gesellschaft in Kooperation mit der Hochschule für Bildende Künste Hamburg (HFBK) seit 1992 in der Regel alle zwei Jahre vergeben wird. Das bisher letzte Stipendium ist mit einer Ausstellung und Broschüre von Arbeiten der geförderten Künstlerin Hyeyon Park in Kooperation mit dem Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg (MKG) Ende 2012 sehr erfolgreich abgeschlossen worden.



*Stipendium für Fotografie: Malte C. Krugmann, Silke Grossmann (HFBK), Hyeyeon Park und Esther Ruelfs (Museum für Kunst und Gewerbe) bei der Ausstellungseröffnung*

Um Nachwuchsförderung geht es auch beim *Büblau-Wettbewerb*. Mit ihm sollen junge Talente im Bereich Architektur und Stadtplanung gefördert und zugleich Impulse für die öffentliche Diskussion und Lösung konkreter Aufgabenstellungen der Stadtentwicklung und -planung Hamburgs gegeben werden. Der Wettbewerb vernetzt u. a. Hochschulen, verschiedene Ebenen und Stellen der Hamburger Stadtplanung und -entwicklung sowie Akteure der Bau- und Wohnungswirtschaft. Für den letzten Wettbewerb – die Preisverleihung fand Ende 2011 statt – waren interessante Wettbewerbsbeiträge eingereicht worden, leider fehlten Beiträ-

ge aus Hamburg. Bei der nächsten Ausschreibung des Bülow-Wettbewerbs sollen Hamburger Hochschullehrer und ihre Studierende der Bereiche Architektur und Stadtplanung verstärkt eingebunden werden.

Eine Reihe von Aktivitäten entfaltet die Patriotische Gesellschaft im Verbund mit anderen Akteu-



*Bienenvölker auf dem Dach des Hauses sammeln den „Patrioten Honig“*

ren der Zivilgesellschaft. So engagiert sich die Patriotische Gesellschaft im Initiativkreis Hamburger Stiftungen und ist seit Anbeginn Mitglied des Aktivoli-Netzwerks, das sie auch finanziell unterstützt. Mit der Produktionsschule Altona (PSA) und dem Straßenmagazin *Hinz&Kunzt* ist die Patriotische Gesellschaft als Gesellschafterin verbunden. Beide stehen für Ziele und sind in Feldern tätig, die für die Gesellschaft einen hohen Stellenwert haben. Die Situation der Produktionsschule Altona hat sich allerdings seit der seit flächendeckenden Errichtung von Produktionsschulen in Hamburg 2009 verändert: Sie ist keine Modelleinrichtung mehr, sondern Teil des regulären Ausbildungsangebots der allgemeinen Bildungspolitik. Das Engagement der Patriotischen Gesellschaft steht hier auf dem Prüfstand.

Anders ist die Situation bei *Hinz&Kunzt*. Dieses Projekt feierte 2013 sein 20-jähriges erfolgreiches Bestehen. Neben der Herausgabe des Straßenmagazins leistet es vielfältige Betreuung und Hilfen für Obdachlose und engagiert sich in Maßnah-

men zur Integration Obdachloser in den regulären Wohnungsmarkt. Ohne *Hinz&Kunzt* wäre die Lage vieler Wohnungsloser und von Wohnungsnot Bedrohter in Hamburg um vieles schlechter. Dieses Projekt ist aus der Stadt nicht mehr wegzudenken – es verdient Solidarität und praktische Unterstützung bei der Bewältigung seiner Aufgaben. Die Patriotische Gesellschaft hat ein Beiratsmitglied für die aktive Unterstützung des Projektes gewinnen können.

Neu ist die Kooperation von *Kulturloge Hamburg* und Patriotischer Gesellschaft. Die Anfang 2011 entstandene Kulturloge hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen mit geringem Einkommen die Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben unserer Stadt (wieder) zu ermöglichen. Nach dem „Tafelprinzip“ stellen Kultureinrichtungen und -veranstalter nicht verkaufte Restkarten der Kulturloge kostenfrei zur Verfügung, die sie ihren registrierten „Gästen“ kostenlos vermittelt. Gast kann jeder werden, dessen Einkommen bei den Hartz-IV-Sätzen liegt. In der ersten Hälfte 2013 wurden über 4.000 Karten für unterschiedlichste Kulturveranstaltungen vermittelt. Die Arbeit wird fast ausschließlich ehrenamtlich geleistet, benötigt aber zu ihrer Absicherung eine hauptamtliche Kraft auf 400 EUR-Basis. Deren Einsatz wird 2013 durch die Mara und Holger Cassens-Stiftung ermöglicht. Die Patriotische Gesellschaft und die Kulturloge bemühen sich um eine dauerhafte finanzielle Absicherung der nötigen Infrastruktur des Projekts. Die Kooperation hat eine Parallele in der Geschichte der Patriotischen Gesellschaft, die bereits von 1908 bis 1929 vergünstigte Theaterbesuche für bedürftige Hamburgerinnen und Hamburger organisiert hat.

**3. Diskurse und Veranstaltungen** Der öffentliche Diskurs, zumeist in Form von öffentlichen Veranstaltungen, ist ein zentrales Aktivitätsfeld der Patriotischen Gesellschaft. Wir wollen so einen Beitrag zur selbstbewussten und kritischen Auseinandersetzung über wichtige Fragen, Themen und Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung Hamburgs leisten und zur öffentlichen

Meinungsbildung beitragen. Dieser „patriotische Diskurs“ ist gekennzeichnet durch Unabhängigkeit, Respekt gegenüber Andersdenkenden und Unvoreingenommenheit. Kontroverse Standpunkte sollen zusammengebracht werden, um zum Nachdenken anzuregen, zur zivilgesellschaftlichen Aushandlung beizutragen und Einfluss auf öffentlich relevanten Themen in der Stadt nehmen.

Ausgehend von der Erfahrung, dass Einzelveranstaltungen oft „flüchtig“ sind, bemüht sich die Patriotische Gesellschaft um Programme in Kooperation mit einer anderen Organisation oder Einrichtung aus der Zivilgesellschaft, so dass ein Partner und die Patriotischen Gesellschaft gleichrangig als gemeinsame Veranstalter auftreten. Die Verständigung auf gemeinsame Ziele einer Veranstaltungsreihe oder eines Workshops und ihre gemeinsam verantwortete Realisierung tragen dabei zum Aufbau nachhaltiger Kooperationen bei. Beispiele für eine solche Kooperation sind die über 2 Jahre verteilte Veranstaltungsreihe „Inklusion in Ham-



„Wozu Glaube?“ – Diskussion mit Volker Gerhardt

Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur, der Patriotischen Gesellschaft, dem Verein für Hamburgische Geschichte und dem Wallstein Verlag durchgeführt wurde, gehört in diese Reihe.

**4. Unser Erscheinungsbild** Eine erfolgreiche Kommunikationsstrategie bedarf eines überzeugenden visuellen Auftritts, da die öffentliche Aufmerksamkeit oftmals weniger durch neue inhaltliche Akzente und Angebote als vielmehr durch visuelle Elemente und Signale gelenkt wird. Zudem steuert der visuelle Auftritt einer Organisation deren Wiedererkennbarkeit und auch ihre Sympathiewerte in der öffentlichen Wahrnehmung. Der Vorstand hat deswegen das Corporate Design der Patriotischen Gesellschaft überarbeiten lassen. Die Aufgabe bestand vor allem darin, das Erscheinungsbild der Gesellschaft moderner und prägnanter zu gestalten und seinen Aufmerksamkeitswert zu erhöhen, ohne dass dadurch die Traditionsverbundenheit und hanseatische Besonnenheit in den Hintergrund geraten. Das neue Corporate Design, vom Gestalter Peter Schmidt unentgeltlich entwickelt, erfüllt diese Anforderungen in den Augen des Vorstandes sehr gut. Unser Bienenkorb-Emblem ist in seiner langen Geschichte vielfach modifiziert worden, teilweise erheblich, zumeist mit dem Ziel, das Emblem grafisch und typografisch den jeweiligen aktuellen Standards anzupassen. Die aktuelle Weiterentwicklung hat das Bienenkorb-Emblem zu einer Wortbildmarke im Sinne moderner visueller Kommunikation gemacht. Als Logo kann das Emblem außerdem künftig als Dachmarke für die



Vorstellung der Beneke-Tagebücher mit Jan Philipp Reemtsma und Matthias Brandt

burg – Gemeinsam leben, lernen und arbeiten“, die siebenteilige Veranstaltungsreihe „Wozu Glaube? Vorträge und Diskussionen zur Aktualität des Glaubens“ und die Veranstaltungen des Arbeitskreises Stadtentwicklung zum Thema Nahmobilität und Fahrradpolitik.

Auch eine Veranstaltung wie die beeindruckende Präsentation der Tagebücher Ferdinand Benekes (1774-1848), einem Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft seit 1797, die gemeinsam von der

verschiedenen Projekte der Gesellschaft sowie für die Hammaburg fungieren und damit visuell ihre Zugehörigkeit zur Patriotischen Gesellschaft kommunizieren.

Veränderungen eines langjährig eingeführten „Organisationsgesichts“ sind aber erfahrungsgemäß in der Regel schwierig, dies gilt insbesondere für die Überarbeitung eines vertrauten Logos oder Emblems. Selbstkritisch muss der Vorstand daher feststellen, dass er auf die internen Vorbehalte gegenüber dem neuen Logo nicht ausreichend reagiert und den Kommunikationsbedarf zu seiner Einführung unterschätzt hat. Es besteht aber begründete Hoffnung, dass wir hier gemeinsam zu einer klugen Lösung kommen.

Seit der ersten Ausgabe 2013 hat der „Bienenkorb“, der Newsletter der Patriotischen Gesellschaft, ein neues Gesicht und bietet mehr und aktuellere Informationen. In jeder Ausgabe findet sich nun ein Diskussionsbeitrag, möglichst von profilierten externen Autorinnen und Autoren, der ein Thema der aktuellen Diskussionen und Veranstaltungen der Gesellschaft aufgreift, aber auch ein „Zwischenruf“ zu aktuellen stadtpolitischen Themen sein kann. Der „Bienenkorb“ soll ein „Schaufenster“ für die Arbeit der Patriotischen Gesellschaft sein und wendet sich deshalb gleichermaßen an Mitglieder und an Interessierte außerhalb der Gesellschaft. Wir verzeichnen erfreulicherweise viele positive Rückmeldungen zum neuen „Bienenkorb“.

Auch das vorliegende Doppeljahrbuch entspricht diesem neuen Erscheinungsbild. Sowohl der neue „Bienenkorb“ als auch das Jahrbuch sind Bausteine einer neuen Kommunikationsstrategie.

**5. Ausblick** Die Mitgliederentwicklung war in den Jahren 2011/12 und 2012/13 stabil. Ein- und Austritte hielten sich die Waage: 32 neue Mitglieder stehen ebenso vielen Austritten gegenüber. Manche Mitglieder finden ein Betätigungsfeld in den Projektgruppen wie dem „Salon“ oder dem „Philo-Zirkel“ oder in den Arbeitskreisen. Darüber hinaus wären aber neue Angebote für Mitglieder wünschenswert, die den Anforderungen an ein (auch zeitlich begrenztes) ehrenamtliches



Engagement von jüngeren Mitgliedern entgegen kommen. Wir streben deshalb an, die Patriotische Gesellschaft offener, kommunikativer und einladender zu präsentieren. Die Arbeit der Jahre 2011/12 und 2012/13 trägt auf unterschiedliche Weise dazu bei: durch die Modernisierung und Öffnung des Hauses, die Stärkung uns gemeinnützigen Arbeit und auch die Weiterentwicklung unseres öffentlichen Auftritts und unseres Corporate Designs.

Der Vorstand hat sich große Ziele gesetzt und während der beiden Berichtsjahre 2011/12 und 2012/13 umfangreiche Vorhaben verfolgt; dabei wurden Fortschritte gemacht und auch Erfolge erzielt. Manches konnte aber auch noch nicht umgesetzt werden. Dennoch sehen wir uns – auch mit Blick auf unser großes Jubiläum 2015 – auf einem guten Weg, insbesondere die Sanierung des Hauses bis 2015 um einen substanziellen Teil voranzubringen und die inhaltliche Arbeit weiter zu stärken. Das 250-Jahre-Jubiläum ist ein besonders herausragendes Ereignis für die Patriotische Gesellschaft und für Hamburg. Die Gesellschaft muss sich im Jubiläumsjahr vor allem als aktive und für die Stadt relevante zivilgesellschaftliche Organisation präsentieren, die die Zukunft der Stadt mitgestalten will. Das ist nur gemeinsam möglich. Um den langfristigen Erfolg der Patriotischen Gesellschaft sicherzustellen, bedarf es des Engagements der Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft und ihrer Freunde. Wir blicken zuversichtlich auf die vor uns liegenden Aufgaben.

*Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel*

*1. Vorsitzende der Patriotischen Gesellschaft*



## Bericht der Geschäftsführerin

# Große Herausforderungen bei knappen Kassen

### Der Verein Patriotische Gesellschaft von

**1765** Die Patriotische Gesellschaft finanziert ihre gemeinnützige Tätigkeit und ihre Verwaltungsausgaben aus verschiedenen Quellen. Hierzu gehören Mitgliedsbeiträge, ihre Vermögensverwaltung, Zuschüsse und Spenden und ihre wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe. Zusammen ergeben diese die Jahresrechnung der Patriotischen Gesellschaft. Entsprechend der steuerlichen Vorgaben wird das Vereinsergebnis in der Gewinn- und Verlustrechnung mit den drei Bereichen „satzungsgemäßer Bereich“, „Vermögensverwaltung“ und „wirtschaftliche Geschäftsbetriebe“ dargestellt.

Der satzungsgemäße Bereich umfasst die Mitgliedertätigkeit und die gemeinnützigen Aktivitäten, darunter das neue Projekt Diesterweg-Stipendium Hamburg, sowie die rechtlich unselbständigen Stiftungen. Im Bereich Vermögensverwaltung werden vor allem die Aufwendungen für das Haus und dessen Erträge verbucht. Im Bereich wirtschaftliche Geschäftsbetriebe sind die zu versteuernden wirtschaftlichen Aktivitäten der Patriotischen Gesellschaft zusammengefasst, wie das Programm Seitenwechsel, Ergebnisse unserer Tochtergesellschaft und die Diensttreueprämierungen.

Zum 1. Juli 2012 wurde ein neues Kostenstellensystem eingeführt. Aus dieser notwendigen Änderung ergaben sich verschiedene Vorteile, so die Möglichkeit, Kosten und Erträge den verschiedenen Tätigkeitsbereichen besser zuordnen zu können. Angesichts des vielfältigen Tätigkeitsspektrums der Patriotischen Gesellschaft ist ein detailliertes Kostenstellensystem die Voraussetzung für Transparenz. Im Vergleich zu den Gewinn- und Verlustrechnungen der Vorjahre stellen sich durch diese neue Struktur jedoch Verschiebungen dar.

### 1. Gemeinnützige Arbeit / satzungsgemäßer Bereich

**Verein, Mitglieder, Projekte, rechtlich unselbständige Stiftungen** Die Patriotische Gesellschaft von 1765 ist ein gemeinnütziger, eingetragener Verein mit zurzeit 320 Mitgliedern, davon etwa ein Fünftel Firmenmitgliedschaften und vier Fünftel Einzelmitglieder. Von den Mitgliedbeiträgen allein kann die Patriotische Gesellschaft ihre

gemeinnützigen Aufgaben nicht in vollem Umfang verwirklichen. Einzelpersonen zahlen zurzeit 75 EUR, Firmen 120 EUR Jahresbeitrag. Damit kommen pro Jahr rund 27.000 EUR an Mitgliedsbeiträgen zusammen.

Zu den satzungsgemäßen Aktivitäten gehören u.a. Veranstaltungen, Mitgliederbetreuung, die Aktivitäten der Arbeitskreise und Projektgruppen. Die satzungsgemäßen Aufwendungen für unsere gemeinnützigen Aktivitäten sind deutlich höher als die Erträge, in diesem Bereich zeigt unsere Gewinn- und Verlustrechnung ein Minus an. Wir können diese Aufwendungen durch die Überschüsse unserer Vermögensverwaltung und wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe finanzieren.

Viele unserer Projekte werden durch zusätzliche Spenden, Kooperationspartner und Förderpartner ermöglicht. So ist beispielweise unser Projekt Diesterweg-Stipendium möglich geworden durch den



*Klaus Ring, Präsident der Polytechnischen Gesellschaft, Frankfurt, mit Ingrid Nümann-Seidewinkel und Astrid Burkhardt*

Kooperationspartner Behörde für Schule und Berufsbildung und die Förderpartner Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., BerenbergKids Stiftung, BürgerStiftung Hamburg, Dr. Dorothea-Wilhelm-Stiftung, Joachim Herz Stiftung und ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius.

Die Patriotische Gesellschaft betreut außerdem aus den Nachlässen von Evelyn Brosch und Karin Lübbers drei unselbständige Stiftungen, die eine wichtige Ergänzung der Arbeit der Patriotischen Gesellschaft darstellen. Der Stiftungszweck der Dr. Dorothea-Wilhelm-Stiftung ist die Förderung besonders begabter Hamburger Kindern und Jugendlicher. Sie

steuert als wesentlicher Förderpartner für das Diesterweg-Stipendium Hamburg eine Gesamtsumme von 75.000 EUR für die Stipendiumslaufzeit von August 2012 bis August 2014 bei. Die Evelyn-Brosch-Stiftung fördert das Hospiz Hamburg Leuchtfeuer und konnte Anfang 2013 12.000 EUR für die Renovierung des Esszimmers ausschütten. Die Ilse-Lübbers-Stiftung fördert Maßnahmen der Denkmalpflege, eine satzungsgemäße Verwendung der Erträge ist für 2015 geplant. Die Bilanz weist unsere Beteiligungen aus: neben unserer 100%igen Tochtergesellschaft Hamburg sind wir Mitbesitzer der Obdachlosenzeitung Hinz&Kunzt, der Produktionsschule Altona, der Lawaetz Projekt-Management GmbH und der Bürgerstadt AG.

## 2. Vermögensverwaltung

**Unser Haus – Vermietung und Instandhaltung** Der einzige Vermögenswert der Patriotischen Gesellschaft ist ihr denkmalgeschütztes Haus an der Trostbrücke, das sie 1844-46 auf dem Grundstück des alten Rathauses erbaut hat. Die Instandhaltung dieses Hauses gehört zu unseren Satzungszwecken. Trotz der großen Herausforderungen, die sich durch die Instandhaltung des Gebäudes ergeben, wurde in den beiden zurückliegenden Geschäftsjahren ein Überschuss aus der Vermögensverwaltung erwirtschaftet.

Die kleine Geschäftsstelle und die Aktivitäten der Mitglieder belegen nur eine geringe Fläche. Der Rest wird vermietet: Auf sechs Etagen sind 250 qm Büroflächen an sieben Firmen aus unterschiedlichen Branchen vermietet, im Keller befindet sich das Restaurant Fleetenkieker. Aufgrund der notwendigen umfangreichen Sanierungsmaßnahmen am Haus wurden im Berichtszeitraum ausführliche Verhandlungen mit den Mietern über Mieterhöhungen geführt. Die Mieter haben ihre Verbundenheit mit unserem Haus signalisiert und beabsichtigen, auch langfristig unserem Haus treu zu bleiben. Sie schätzen sowohl die zentrale Innenstadtlage direkt am Fleet neben Rathaus und Handelskammer als auch den Geist der Patriotischen Gesellschaft. Mit den ausgehandelten Mieterhöhungen konnte

eine deutliche Ertragssteigerung erreichen, die in die Instandhaltungsarbeiten fließen wird. So wurden beispielsweise die teilweise noch 70 Jahre alten Fenster der Mieter durch neue, moderne Fenster ersetzt, die sowohl energetischen als auch denkmal-schützerischen Ansprüchen genügen.

Ein Schwerpunkt unserer Aktivitäten im Berichtszeitraum lag in der Sanierung unseres Hauses. Unser Haus ist stark renovierungsbedürftig. In den letzten 15 Jahren von 1996/97 bis 2010/11 wurden 2.5 Mio EUR in das Haus investiert, wobei uns Dritte mit einem Beitrag von 562.000 EUR unterstützt haben. Diese Beträge sind nicht ausreichend. Um das Gebäude in den nächsten Jahren umfassend sanieren zu können, wurde eine zweite Immobilie verkauft und der Ertrag in die dafür zweckgebundenen Rücklagen eingestellt. Im Geschäftsjahr 2011/12 wurden Investitionen in Höhe von 644.942 EUR getätigt, und wir erhielten Zuwendungen von der Kulturbehörde und der Hamburger Sparkasse in Höhe von 20.000 EUR bzw. 50.000 EUR.

Im ersten Bauabschnitt wurden insbesondere dringend nötige Arbeiten am Dach des Hauses umgesetzt. Das hierfür erforderliche Gerüst wurde zusätzlich dazu genutzt, Balkone, die Regenfallrohre ab dem 5. Obergeschoss und Teile der Fassaden zu sanieren. Weiterhin wurden die teilweise gravierenden Feuchtigkeitsschäden in den Büros der Mieter behoben und teilweise einige der stark verschmutzten Sohlbänke aus Sandstein saniert. Alle Instandhaltungsmaßnahmen für unser Haus müssen denkmalgerecht erfolgen.

Im Geschäftsjahr 2012/13 bilanzieren wir eine Anzahlung in Höhe von 153.683 EUR für im Bau befindliche Sanierungsmaßnahmen. Alle Instandhaltungsmaßnahmen für unser Haus müssen unter strenger Auflage des Denkmalschutzamtes durchgeführt werden und sind daher entsprechend kostenintensiv. Alle zukünftig durchzuführenden Arbeiten werden in dem „Entwicklungskonzept 2030“ des Architekten Joachim Reinig dargestellt. Die Arbeiten werden von einem Bauausschuss unter Beteiligung von Mitgliedern des Vorstands und Beirats sowie von der Geschäftsführung und externen Beratern begleitet.

### 3. Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe

**Saalverpachtung, Programm SeitenWechsel und Dienstreue-Prämierung** Neben den Erträgen aus der Vermietung der Büroflächen unterhält die Patriotische Gesellschaft drei wirtschaftliche Geschäftsbetriebe, die kleine Gewinne erwirtschaften und damit zur Finanzierung der satzungsgemäßen Zwecke beitragen.

Das Haus der Patriotischen Gesellschaft verfügt neben vielen Büroräumen über einen Saalbau mit Veranstaltungsräumen. Diese werden von unserer Tochtergesellschaft Hammaburg D+V GmbH für Veranstaltungen an Einzel- und Firmenkunden vermietet, inklusive Catering und Veranstaltungsmanagement. Die Säle, die wie das gesamte Haus renovierungsbedürftig sind und, wiederaufgebaut nach dem 2. Weltkrieg, zurzeit den Charme der 50er Jahre aufweisen, konnten im Geschäftsjahr 2012/13 mit besonders großem Erfolg vermietet werden. Die im „Entwicklungskonzept 2030“ vorgesehenen Modernisierungsmaßnahmen sind unumgänglich, wenn die Hammaburg auch zukünftig erfolgreich sein soll. Wir müssen allerdings darauf vorbereitet sein, dass während der kommenden großen Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen ein vorübergehender Einbruch auf diesem Geschäftsfeld stattfinden wird.

Das Projekt SeitenWechsel wird aus inhaltlichen Gründen durchgeführt und soll kostendeckend arbeiten, muss aufgrund seiner Erträge jedoch steuerrechtlich als wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb geführt werden. Es handelt sich um ein Fortbildungsangebot für Führungskräfte, die soziale Kompe-

tenz durch den einwöchigen Einsatz in sozialen Organisationen erwerben. Die Lizenz erhielten wir von der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft.

Durch eine veränderte Ausrichtung auf Nachwuchsführungskräfte konnte im letzten Berichtsjahr eine Ertragssteigerung erreicht werden, so dass SeitenWechsel überdurchschnittlich gut abgeschlossen hat. SeitenWechsel steht aber vor großen Anstrengungen. Die Personalpolitik in großen Unternehmen ändert sich, und wir müssen darauf reagieren. Intensive Gespräche mit den Kunden führten dazu, sich über neue Angebote und Produkte Gedanken zu machen.

Es wurde ein neuer Schwerpunkt erarbeitet; zunehmend werden Trainings für Nachwuchsführungskräfte angeboten. Das hat den Vorteil, dass idealerweise alle Nachwuchskräfte einer Firma in das Programm aufgenommen werden statt wie bisher nur einzelne Führungskräfte. Axel Springer war der erste große Kunde mit 24 Nachwuchsführungskräften, Airbus ist mit 17 Flugphysikern gefolgt. Um diese firmenweiten Angebote gewährleisten zu können, mussten wir in einigen Fällen auch soziale Organisationen für SeitenWechsel-Teilnehmer im Ausland finden. Zu den Arbeiten des SeitenWechsel-Teams gehörte zuletzt neben der Ausrichtung von Marktbörsen in Hamburg, Bremen und Berlin insbesondere die Neuregelung der Verträge mit Kooperationspartnern. Große Resonanz fand der WDR-Film über SeitenWechsel: „Im Leben der Anderen – Wenn Manager mal kurz die Seiten wechseln“.

#### Gewinn- und Verlustrechnung für die Geschäftsjahre 2011/2012 und 2012/2013\*

	Geschäftsjahr 2012/2013	Geschäftsjahr 2011/2012
1. Überschuss aus dem satzungsgemäßen Bereich	- 156.336,34	- 45.210,74
2. Überschuss aus der Vermögensverwaltung	129.429,94	1.403,50
3. Überschuss aus den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben	62.470,48	47.491,81
4. Überschuss Vereinsjahr	35.564,08	3.684,57
5. Einstellung in freie Rücklagen	- 35.564,08	0,00
6. Erhöhung Vereinskaptial	0,00	3.684,57

\*Das Geschäftsjahr geht jeweils vom 01.07. eines Kalenderjahres bis zum 30.06. des Folgejahres.

Ein ebenfalls positives Ergebnis erzielte das kleine Programm Dienststreuoprämierungen, das Medaillen und Urkunden herstellt für Betriebe, die ihren Beschäftigten für langjährige Betriebszugehörigkeit diese als Anerkennung verleiht. Die Haupteinahmequelle ist jedoch die Verpachtung unserer Säle.

Insgesamt haben unsere wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe nach Abzug von Steuern ein sehr positives Ergebnis erwirtschaftet und damit ebenfalls ganz erheblich zur Finanzierung unserer gemeinnützigen Arbeit beigetragen.

#### 4. Zusammenfassung

Die finanzielle Situation der Patriotischen Gesellschaft ist angespannt. Zwar weist unsere Gewinn- und Verlustrechnung ein positives Ergebnis aus; jedoch zeigt eine genauere Analyse, dass wir bereits seit Jahren schlechter dastehen, als es den Anschein hat: Mit unserem laufenden Geschäft – ohne Berücksichtigung von Zinserträgen und Zuwendungen – hätten wir in den vergangenen Jahren kein positives Ergebnis erzielt. Unsere Ausgaben für satzungsmäßige Zwecke und Verwaltung sind höher als der Ertrag, den wir mit Mitgliederbeiträgen, Vermietung und unseren wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben verdienen. Über die Gründe unserer sich stetig verschlechternden finanziellen Situation ist bereits im letzten Jahresbericht ausführlich berichtet worden. Zur realistischen Beurteilung unserer Finanzlage muss man wissen, dass die Zuwendungen für die Haussanierung in der Gewinn- und Verlustrechnung als Ertrag erscheinen, die Investitionen hingegen dort nicht als Aufwand gezeigt, sondern aktiviert werden.

Das vorliegende Jahresergebnis enthält außerdem sehr hohe Kapitalerträge aus der Anlage des Schenstehl-Erlöses. Diese Erträge gehen in den kommenden Jahren deutlich zurück, weil die angelegten Gelder für dringend erforderliche Instandsetzungsmaßnahmen verwendet werden. Auch die Erträge aus Vermietung werden während der Sanierung zunächst zurückgehen und damit die wirtschaftliche Lage der Patriotischen Gesellschaft, zusätzlich zu dem hohen Investitionsbedarf, verschlechtern.

Idealerweise lassen sich neue Geschäftsfelder erschließen, gleichzeitig müssen private und öffentliche Fördermittel eingeworben werden.

Wir haben große Aufgaben vor uns – sowohl mit Blick auf unser Haus, das zugleich Baudenkmal und Basis unserer wirtschaftlichen Tätigkeiten ist, als auch in Hinblick auf unsere zukünftige Rolle in der Stadt und unsere gemeinnützigen, inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte. Wir sind zuversichtlich, dass wir diese Herausforderungen mit dem engagierten Team der Geschäftsstelle, bei dem ich mich für seinen Einsatz herzlich bedanke, werden bewältigen können.

*Astrid Burkhardt*

*Geschäftsführerin der Patriotischen Gesellschaft*

*bis September 2013*



## Instandsetzung des Gebäudes der Patriotischen Gesellschaft

### Entwicklungskonzept für das Haus

Das Gebäude an der Trostbrücke ist das Zentrum der Patriotischen Gesellschaft und symbolisiert ihre Bedeutung für die Hamburger Bevölkerung und Politik.

Seit der Errichtung in den Jahren 1845–47 wurde das Gebäude immer wieder umgebaut und weiterentwickelt, so beispielsweise durch die Aufstokkung von vier auf acht Geschosse 1923/1925 oder die Wiederherstellung und völlige Umgestaltung des Veranstaltungsbereiches nach den Kriegsschäden, die eine Ruine hinterließen.



gen, die es im Laufe seiner Geschichte erfahren hat. Aber es zeigen sich gerade in den ältesten Bauteilen gravierende Mängel. Das Fundament wurde nicht auf Pfählen gebaut, sondern auf einer Stampfbetonplatte. Das Granitmauerwerk am Nikolaifleet erodiert und ist wasserumspült, wodurch statische Maßnahmen erforderlich sind. Das Kellergerüst mit seinen neogothischen Mauerbögen mit Backsteinen im Klosterformat ist insgesamt in einem schlechten Zustand und bedarf neben einer Sanierung eine Neuordnung und Verbesserung der

*Die Notwendigkeit einer Sanierung ist deutlich sichtbar*

Auch wenn in der Folgezeit immer wieder Instandsetzungen und Verschönerungen vorgenommen wurden – das Gebäude ist jetzt 165 Jahre alt und die Haustechnik und die Fenster praktisch 60 Jahre. Da wundert es nicht, wenn die Mängel sich häufen und die Instandhaltungskosten beträchtlich steigen.

Deshalb gab der Vorstand der Patriotischen Gesellschaft eine Mängelanalyse und ein Entwicklungskonzept bei mir in Auftrag. Das Ziel ist, die Grundsubstanz zu sanieren und die zeitgemäße Nutzung des Gebäudes für die nächsten 20 bis 30 Jahre zu sichern.

**Fünf Erkenntnisse** In einem umfassenden Gutachten, an dem zahlreiche Fachingenieure mitgewirkt haben, komme ich im Wesentlichen zu fünf Erkenntnissen

1. Das Gebäude hat eine grundsolide Baustubstanz und eine hohe Bedeutung als Denkmal für Hamburg, gerade auch durch die ständigen Veränderun-

Nutzungsmöglichkeiten. Die Backsteinfassaden müssen überarbeitet werden, insbesondere die Ver fugungen, die im Laufe der Jahrzehnte porös geworden sind und u. a. in der Balustrade über dem Reimarussaal Steine herauszufallen drohen. Auch die Fenster aus der Nachkriegszeit sind sehr undicht, so dass es an den Arbeitsplätzen unzumutbar zieht; außerdem sind sie nur schwer zu bedienen.

2. Die gesamte Haustechnik ist nach 60 Jahren abgänglich und nur mit Mühe und Aufwand funktionsfähig zu halten. Die Heizungsanlage ist energetisch veraltet und unwirtschaftlich; die Abwasserrohre sind brüchig und die Wasserleitungen korrodieren. In den Sälen gibt es keine Lüftung und die Fenster können wegen des Lärms von der Ludwig-Erhard-Straße nicht geöffnet werden. Bei Veranstaltungen ist die Raumluft daher schnell verbraucht, worüber sich Besucherinnen und Besucher immer wieder beschwerten. Hier muss wieder eine Lüftungsanlage eingebaut werden, so wie es die Abgeordneten schon vor 140 Jahren veran-

lasst haben, als hier die Bürgerschaft tagte. Eine aus der Nachkriegszeit stammende Lüftungsanlage wurde vor 30 Jahren stillgelegt und seitdem nicht wieder in Betrieb genommen. Beleuchtung, Präsentationstechnik und Akustik entsprechen in keiner Weise mehr den heute üblichen Standards, so dass es nicht nur für ältere Menschen schwierig ist, Vorträgen und anderen Darbietungen zu folgen, sondern die Vermietung der Säle wird auch zunehmend schwerer, weil potenziellen Veranstaltern anderorts in der Innenstadt modernste Technik geboten bekommen. Eine moderne Haustechnik ist außerdem die Voraussetzung für einen sicheren Betrieb und niedrige Verbrauchskosten.

3. Auch historische Gebäude müssen sicher sein. Bei Brandschutz und Rettungswegen können keine Kompromisse in einem Haus gemacht werden, in dem regelmäßig große Veranstaltungen mit vielen Besuchern stattfinden. Schwellenfreiheit für Rollstuhlfahrer und andere Menschen mit Behinderungen ist heute selbstverständlich, daher müssen u.a. die Fahrstühle erneuert werden. Für die Mitarbeiter des Hauses und der Caterer müssen angemessene Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die eine effiziente Anlieferung und Vorhaltung von Speisen, Getränken und Waren ermöglichen.

4. Die Gestaltung und Anmutung des Veranstaltungsbereichs tragen die typische Handschrift der Nachkriegszeit und haben einen sehr konservativen und antiquierten Charakter. Bei der Mehrheit der Besucherinnen und Besucher stößt die Biederkeit und Angestaubtheit der Räume und Foyers auf Ablehnung. Professionelle Veranstalter sehen hierdurch über kurz oder lang große Vermietungshemmnisse, denn modernere und freundlichere Veranstaltungsräume, die zudem noch bessere Parkmöglichkeiten bieten, lassen sich in Hamburg immer finden. Die Modernisierung des Veranstaltungsbereiches muss insbesondere auch mehr Offenheit nach innen und außen schaffen: Gäste müssen die reizvolle Lage des Hauses mitten in der Stadt am Fleet ebenso erleben können wie seine Würde, Großzügigkeit und

architektonischen Besonderheiten in Verbindung mit seiner historischen Aura.

5. Insgesamt muss das Haus der Patriotischen Gesellschaft wieder besser in das Nikolaiviertel eingebunden und mit dem öffentlichen Raum verbunden werden. Hierzu wurden von uns Vorschläge entwickelt, die u. a. eine Öffnung der Räume „Zum alten Rathaus“ zur Straße und Außensitzplätze in einer verkehrsberuhigten Zone für attraktive Gastronomieangebote vorsehen. Perspektivisch ist auch die Einrichtung einer Gästeterrasse oder Pontonfläche über bzw. auf dem Nikolaifleet denkbar. Nachmittags und früh am Abend scheint hier die Sonne und der Nikolaifleet mit seiner Tide kann direkt erlebt werden. Es ist die vernachlässigte Schokoladenseite des Gebäudes. Der Veranstaltungsbereich könnte zudem durch eine Terrasse auf dem Reimarus-Saal ergänzt werden. Besucherinnen und Besucher hätten hier mitten in der Stadt einen vergleichsweise ruhigen Ort mit Blick auf das Rathaus und die Börse.

Die Sanierung und Umgestaltung des Gebäudes ist in insgesamt 16 Schritten und Maßnahmenbereichen aufgegliedert, die flexibel realisiert werden können. Die Arbeiten müssen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, den Wünschen der Zuwendungsgeber und Förderer, den Genehmigungsbehörden und nicht zuletzt den betrieblichen Erfordernissen und baulichen Prioritäten abgestimmt werden. In den vergangenen Monaten wurden Sanierungen an der Fassade und zur Erhaltung der Bausubstanz durchgeführt. Es bleibt aber sehr viel zu tun.

Wie die erst kürzlich festgestellten statischen Probleme an den Fundamenten zum Nikolaifleet oder der Fund von Backsteinen aus der Zeit vor dem Großen Brand 1842 – vielleicht sogar aus dem alten Rathaus – in der Balustrade des Dachs über dem Reimarus-Saal zeigen, wird das Gebäude noch für einige Überraschungen gut sein.

*Joachim Reinig, freier Architekt und beauftragt mit der Planung und Durchführung der Sanierung des Hauses der Patriotischen Gesellschaft von 1765*



## 165 Jahre Patriotisches Haus an der Trostbrücke

# Ein Symbol des Wirkens der Patriotischen Gesellschaft

*Am 1. Dezember 1847 wurde das heutige Haus der Patriotischen Gesellschaft mit einem Festakt im großen Saal – heute Reimarus-Saal – feierlich eingeweiht. Der erste Vorsitzende der Gesellschaft, Christian Friedrich Wurm, beendete seine Festrede mit den emphatischen Worten: „Und so sei denn der erste, freudige Zuruf, der diesen Saal bewegen und der in den tiefsten Gewölben des Grundbaues widerhallen soll, ein dreifach Hoch dem deutschen Vaterland!“ Das klingt heute eher fremd, für manche der damaligen Zuhörer muss es fast eine Kampfansage gewesen sein. Ungewöhnlich war allemal, dass eine Rede zu diesem Anlass nicht mit einem Hoch auf Hamburg schloss.*



**Patrioten in politisch unruhiger Zeit** Die 1840er Jahre waren die Zeit des Vormärz, in der auch in Hamburg intensiv um deutsche Freiheit und Einheit gerungen wurde. Die Patriotische Gesellschaft war aktiv in diese Auseinandersetzungen

involviert. Anfang 1847 hatte sie sich öffentlich für den Beitritt Hamburgs zum Deutschen Zollverein als Schritt zur „deutschen, politischen Einheit“ ausgesprochen – eine Position, die in der Stadt auf ein geteiltes Echo stieß. Seit 1842 hatte sich

die Gesellschaft mehrfach gegenüber dem Senat und in der Öffentlichkeit für die Einführung des Repräsentativsystems in Hamburg, für die Aufhebung der Zensur und die Reform des Polizeiwesens stark gemacht. Auch diese Ziele wurden längst nicht von allen in der Stadt geteilt. Treibende Kraft dieser Aktivitäten und Wortführer weit über die Patriotische Gesellschaft hinaus war der überzeugte Liberale Christian Friedrich Wurm.

In dieser für die Patriotische Gesellschaft politisch so bewegten Zeit fand sie dennoch die Kraft für den Bau eines völlig neuen Hauses. Und sie wollte nicht einfach irgendein Haus, sondern eines, das deutlich größer als das alte sein und höchsten Ansprüchen genügen sollte. In der Ausschreibung für den Architektenwettbewerb Anfang 1844 hieß es u. a., man wünsche „eine angemessene, würdige und unserer Stadt auch äußerlich zur Zierde gereichende Stätte errichtet zu sehen, in welcher die wissenschaftlichen, künstlerischen, gewerblichen und sonstigen gemeinnützigen Bestrebungen vereinter Bürger, sowohl für die Gegenwart wie für die ferne Zukunft, einen Mittelpunkt des Wirkens werden finden können“.

**Das neue Haus: Mittelpunkt bürgerlichen Engagements** Der Bau des neuen Hauses dauerte gut zwei Jahre. Darüber, ob das fertige Gebäude äußerlich tatsächlich eine Zierde für die Stadt war, gingen, bei aller Anerkennung seiner Würde und Monumentalität, die Ansichten schon bald nach der Einweihung auseinander. Die Gesellschaft drückten ganz andere Sorgen: Die Baukosten hatten fast das Doppelte der ursprünglich veranschlagten Summe erreicht. Und die politischen Ereignisse forderten weiterhin ihren Tribut: Zwölf Monate nach der Einweihung musste der große Saal bereits für die Anforderungen der Konstituante umgebaut werden, die hier von Dezember 1848 bis Mai 1849 ihre Versammlungen abhielt, und in der Christian Friedrich Wurm und weitere Patrioten wiederum eine sehr aktive Rolle, teilweise in herausgehobener Funktion wie beispielsweise Hermann Baumeister als Präsident der Konstituante, spielten. Die mit dem Neubau verfolgten Absichten erfüllten sich schnell: Schon bald nutzten zahlreiche Vereine



*Das neu erbaute Haus der Patriotischen Gesellschaft.  
Historische Darstellung, um 1848*

die neuen Räumlichkeiten für ihre Aktivitäten. Bis zum ersten Weltkrieg war das Haus Zentrum des blühenden Vereinslebens der Stadt und der Ort, der freies Engagement, Kommunikation und Kooperation der Bürger ermöglichte. Und es war ein Ort der Geselligkeit: Die Weinstube und andere gastronomische Angebote im weitläufigen Kellergewölbe waren über Jahrzehnte legendär. Von Anfang an spielte auch die Vermietung eine große Rolle und trug entscheidend zur finanziellen Basis der Gesellschaft bei. Nur die eigene Gewerbeschule, die im neuen Haus den dritten Stock belegte, zahlte keine Miete. Daran änderte sich auch nichts, als die Gewerbeschule 1865 von der Stadt übernommen wurde und noch bis 1876 in den Räumen an der Trostbrücke blieb.

**Die Verpflichtungen des neuen Ortes** Bis zum Großen Brand 1842 hatte über 600 Jahre das Hamburger Rathaus an der Trostbrücke gestanden. Senat und Bürgerschaft übereigneten diesen Platz 1843 der Patriotischen Gesellschaft. Für Christian Friedrich Wurm war das nicht nur Anlaß für Dank und Freude, er sah darin auch eine Verpflichtung: „Indem wir diese Stätte hinnahmen, haben wir ein Pfand gegeben. Die Anerkennung, die in jenem Beschluß der gesetzgebenden Gewalten liegt, legt uns ernste Pflichten auf. Sie galt der gemeinnützigen Tätigkeit dieser Gesellschaft.“ Fast auf den Monat 50 Jahre später wurde in der Bürgerschaft eine Ver-

pflichtung in die umgekehrte Richtung ausgesprochen. Auf ihrer letzten Sitzung im großen Saal des Patriotischen Hauses, in dem sie seit 1859 getagt hatte, wandte sich der Bürgerschaftspräsident Siegmund Hinrichsen in seiner bewegenden Abschiedsrede am 20. Oktober 1897 auch an die Hausherrin: Es stelle sich nicht nur Abschiedswehmut ein, sondern auch „das Gefühl der Dankbarkeit ... gegen die Patriotische Gesellschaft, die in so langer Zeit gute und treue Gastfreundschaft an uns geübt hat und unser Heim, das eigentlich das ihre ist, uns so angenehm gestaltete“ wie möglich. „Lassen Sie uns geloben, meine Herren, daß, wenn unsere Verhandlungen auch nicht mehr im Patriotischen Gebäude stattfinden, sie von patriotischem Geiste stets und immerdar durchweht sein sollen...“

In der Lobby des Plenarsaals der Bürgerschaft im Hamburger Rathaus erinnert noch heute ein großes Gemälde vom Haus der Patriotischen Gesellschaft an die Zeit, in der die Bürgerschaft in ihm getagt hat. Das Gemälde ist um 1900 entstanden, also ca. zwei Jahre nachdem die Bürgerschaft von der Trostbrücke in das neue Rathaus umgezogen war; unter ihm steht offensichtlich in Anlehnung an Hinrichsens Rede: „Tagte die Bürgerschaft sonst im patriotischen Hause – Wo sie auch tage Fortan, sei patriotisch ihr Sinn.“

**Der lange Atem** Als der große Brand im Mai 1842 die Stadt zerstört hatte und auch das bisherige Haus der Patriotischen Gesellschaft samt kostbarer Bibliothek in der Großen Johannisstraße den Flammen zum Opfer gefallen war, nahm die Gesellschaft noch im August des selben Jahres den Betrieb ihrer Gewerbeschule in einem Ausweichquartier wieder auf. Im Juni richtete sie eine Eingabe an den Senat, in der sie eine Verfassungs- und Verwaltungsreform als Konsequenz aus der verheerenden Brandkatastrophe forderte; und im Juli ersuchte sie den Senat um einen geeigneten Bau- platz für ein neues Gebäude. Als 1943 das Haus an der Trostbrücke in der Nacht vom 2. auf den 3. August getroffen von 16 Phosphorbomben im Inneren weitgehend ausbrannte, traten Vorstand und Beirat noch im September zusammen, um sich ein Bild von den Zerstörungen zu machen und erste

Schritte zur Rettung des Hauses, aber vor allem auch zum Wiederaufbau der Stadt zu beraten. Ab Oktober 1945 führte die Gesellschaft wieder öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen durch, engagierte sich u. a. für die Erhaltung der schwer geschädigten Hauptkirchen oder die Bergung gefährdeter Kulturgüter. Die drei obersten



*Das Haus zu Beginn des 20. Jahrhunderts*

Stockwerke des Hauses waren zur gleichen Zeit so weit wiederhergestellt, dass sie vermietet werden konnten. Zwar war die Finanzierung des Wiederaufbaus des Hauses noch völlig ungewiss, dennoch erhielt der Architekt Friedrich R. Ostermeyer Ende 1949 den Auftrag, detaillierte Pläne zur Wiederherstellung und Umgestaltung des Gebäudeinneren auszuarbeiten.

Mit Entschlossenheit, Mut und realistischer Zuversicht in die Zukunft hat die Patriotische Gesellschaft auch die Phasen in ihrer langen Geschichte erfolgreich bewältigt, in denen ihre Existenz durch äußere Ereignisse massiv bedroht war. Entscheidender Antrieb dazu sind ihre Verpflichtung für die Würde jedes Einzelnen und das Wohl des Gemeinwesen sowie der Geist und die Praxis, aus denen heraus sie sich immer wieder für Verbesserungen und Reformen der Gegenwart einsetzt, um die Zukunft zu gewinnen. Das Haus an der Trostbrücke ist hierfür ein Symbol und seine Geschichte ein Zeugnis bis heute.

*Malte C. Krugmann*



## Mission Statement der Patriotischen Gesellschaft

Seit 250 Jahren. Nützlich für Hamburg.  
Aktiv für die Menschen.



### Patriotische Gesellschaft

Die Patriotische Gesellschaft macht sich seit 1765 stark für Hamburg und seine Menschen. Wir sind davon überzeugt, dass die kostbare individuelle Freiheit und Selbstbestimmung nur in Verbindung mit praktischer Verantwortung und Sorge für unser Gemeinwesen zu haben sind.

Wir treten dafür ein, die urbane Demokratie in unserer Stadt zu erneuern und einen aufgeklärten Dialog zwischen Stadtgesellschaft, Politik und Wirtschaft auf Augenhöhe zu führen.

Wir stehen für eine zukunftsorientierte Gestaltung der Stadt, die das vermeintliche Gegeneinander von Stadt und Ökologie, von Standort und Heimat, von Wirtschaftseffizienz und sozialer Gerechtigkeit überwindet. Als Impulsgeber öffentlichen Handelns stoßen wir kritische Diskurse und neue Kooperationen über alte Grenzen hinweg an und setzen die gemeinsam entwickelten Visionen in praktische Schritte zur Stärkung unseres Gemeinwesens um.

Wir setzen uns besonders für Bildung und Kultur ein, denn sie sind unabdingbare Voraussetzungen für das Glück der Menschen. Bildung und Kultur müssen für alle Menschen in unserer Stadt, ob jung oder alt und gleichgültig welcher Herkunft, nach ihren Bedürfnissen, Interessen und Talenten offen sein. Moderne Stadtentwicklung und Architektur sehen wir in der Verpflichtung, die historischen Orte und Gebäude der Stadt zu bewahren, mit neuem Leben zu erfüllen und urbane Räume entstehen zu lassen, die selbstbewusste Mitwirkung aller und gesellschaftliches Miteinander ermöglichen.

### Warum patriotisch?

- weil wir in weltbürgerlicher Absicht lokal handeln – für uns ist die Zukunft Hamburgs mit der Europas und der Welt untrennbar verbunden
- weil für uns die Menschenwürde jedes Einzelnen nicht verhandelbar und schon gar nicht handelbar ist
- weil wir wollen, dass Menschen aus anderen Ländern und Kulturen, die in Hamburg leben, in ihrer Andersartigkeit uneingeschränkt respektiert werden
- weil wir entschieden für soziale Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich eintreten – kaum etwas zerfrisst ein Gemeinwesen mehr als soziale Ungleichheit
- weil wir unser Denken und Handeln immer wieder in öffentlicher Diskussion selbstkritisch prüfen
- weil wir politisch unabhängig und weltanschaulich neutral sind.

03/

Projekte und Kooperationen

## SeitenWechsel

### Sozialkompetenz stärken, Gemeinsinn lernen

*Ein Vertriebsleiter arbeitet in der Drogenentzugsklinik, ein Bezirksdirektor auf der Palliativstation: Führungskräfte, die am Programm SeitenWechsel teilnehmen, wagen den Schritt über eigene Grenzen und lernen eine andere Welt kennen. Sie begleiten wohnungslose Menschen zu Behörden, nehmen an therapeutischen Gruppensitzungen für Drogenabhängige teil, begleiten Flüchtlinge und pflegen schwerkranke Menschen. Ein SeitenWechsel fordert dem Teilnehmer die Bereitschaft ab, sich mit Situationen auseinanderzusetzen, in denen berufliche Routinen nicht weiterhelfen – und die so auch zu einer Auseinandersetzung mit sich selbst führen.*

Seit dem Jahr 2000 bietet die Patriotische Gesellschaft SeitenWechsel als Persönlichkeitstraining für Führungskräfte an. Rund 1.500 Manager haben seitdem den Schritt in eine andere Lebenswelt gewagt und eine Woche intensiver Arbeit in einer der mehr als 150 kooperierenden sozialen Institutionen geleistet. „Ich möchte Menschen, mit denen ich sonst niemals in Kontakt käme, in ihrer persönlichen Not verstehen“, beschreibt ein Manager seine Motivation. Die Erfahrungen sind wertvoll, das Feedback durchweg sehr positiv: „Was ich erlebt habe, hat mich sehr mitgenommen und meinen Blickwinkel vollkommen verändert“, so das Resümee eines Teilnehmers.

deren Blick auf seine Umwelt und sich selbst. Ein *Transfertag* beschließt den SeitenWechsel. Er dient der Auswertung und gibt der Teilnehmerin bzw. dem Teilnehmer die Möglichkeit, die Erfahrungen der Praxiswoche zu reflektieren, um so im beruflichen Alltag von ihnen profitieren zu können. Oft verändert der SeitenWechsel den Umgang mit Kollegen und Angestellten: „Wie selbstverständlich kommen seitdem zwischen meinen Mitarbeitern und mir andere Themen hoch, was für mich sehr wertvoll ist.“ Die Teilnehmer sind deshalb davon überzeugt, dass der SeitenWechsel nicht bloß ein Gewinn für sie selbst ist: „Das ist auch für das Unternehmen von Nutzen.“



*Dirk Vowinkel, ArcelorMittal, in der Tagespflege für Demenzerkrankte, Bremen*



*Maren Wittmann, Beraterin bei Egon Zehnder International GmbH, im Hospiz Leuchfeuer*

Das Programm SeitenWechsel besteht aus drei Modulen. Auf der *Marktbörse* lernen die Führungskräfte die sozialen Institutionen kennen und entscheiden, bei welcher sie anschließend die *Praxiswoche* verbringen. Diese aktive einwöchige Mitarbeit ist das Herzstück jedes SeitenWechsels. Hier wird die Teilnehmerin bzw. der Teilnehmer mit ungewohnten, oftmals herausfordernden Situationen konfrontiert, macht neue Erfahrungen und gewinnt so einen an-

Die Organisation des SeitenWechsels und die Akquise von Teilnehmern für das Programm bestimmen die Arbeit der Programmleiterin Doris Tito und ihres SeitenWechsel-Teams. In den Geschäftsjahren 2011/2012 und 2012/2013 fanden 25 Marktbörsen statt – elf davon in Hamburg, sechs in Bayern, fünf in Bremen, zwei in Berlin und eine in Köln. Insgesamt konnten so 274 Führungskräfte vermittelt werden, zum Teil mithilfe der

## SeitenWechsel®

Lernen in anderen Lebenswelten

Kooperationspartner in anderen Bundesländern. Informationsveranstaltungen zum SeitenWechsel in Hamburg, Bremen, Berlin, Köln und München führen sowohl den Entscheidungsträgern in den Unternehmen als auch den potentiellen Teilnehmern die Vorzüge des Programms vor Augen. Dabei berichten SeitenWechsler gemeinsam mit Vertretern der sozialen Institution von ihren Erfahrungen und geben den Gästen die Möglichkeit, sich unverbindlich zu informieren. Darüber hinaus stellen Vortragsveranstaltungen bei Unternehmen das Programm vor – u.a. im Bankhaus Donner & Reuschel (Hamburg/München), bei der Firma Atlas Elektronik (Bremen), der ERGO-Versicherung (Düsseldorf/Hamburg) sowie im Lions Club Hamburg und im Assekuranzclub Berlin.

tungen von der Aufmerksamkeit, die ihnen entgegengebracht wird, profitieren. Die Hilfsbedürftigen schätzen es, ehrliches Interesse an ihrer Situation zu erfahren.

So ist das Programm SeitenWechsel von Nutzen für alle Beteiligten und ein typisches Engagement der Patriotischen Gesellschaft in praktischer Verantwortung für das Gemeinwesen. Die Teilnahme am SeitenWechsel verhilft zu neuen Erfahrungen, verändert den Blick auf das eigene Umfeld und macht hellhörig für soziale Fragen. Ein SeitenWechsel sensibilisiert die Wahrnehmung für Krisen und stärkt die sozialen Führungskompetenzen. „Man wird demütiger und reflektiert anders“, resümiert eine Führungskraft. SeitenWechsel hilft, Gemeinsinn zu erlernen.

*Elke Münchow, Stellvertretende Programmleiterin SeitenWechsel*



Caterina Woj hat in ihrem Film *Im Leben der Anderen* zwei „Seitenwechsler“ bei ihrem Besuch einer „anderen Lebenswelt“ porträtiert. Der Film, der erstmals am 2. April 2012 im WDR gesendet wurde, begleitet die Manager beim Kennenlernen der sozialen Einrichtungen auf den Hamburger und Bremer Marktbörsen und zeigt eindrucksvoll die Herausforderungen, denen sie sich während der Praxiswoche stellen, sowie ihre Reflexionen über ihre Erfahrungen. „Im Leben der Anderen“ verdeutlicht auch, dass auch die sozialen Einrich-



## Diesterweg-Stipendium Hamburg

# Eine Innovation für Hamburg



Das Diesterweg-Stipendium Hamburg erreicht 15 Familien mit insgesamt 63 Familienmitgliedern

### Ausgangslage und Zielvorstellungen

Aktuelle UN-Konventionen betonen das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Bildung ohne Diskriminierung. Schon Adolph Diesterweg (1790–1866), der sozialste deutsche Aufklärer, forderte im 19. Jahrhundert bessere Bildung und soziale Anerkennung für alle Kinder. Das Diesterweg-Stipendium Hamburg ist ein Projekt der Patriotischen Gesellschaft von 1765 in Kooperation mit der Behörde für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg. Die Alfred Topfer Stiftung F.V.S., die BerenbergKids Stiftung, die BürgerStiftung Hamburg, die Dr. Dorothea-Wilhelm-Stiftung, die Joachim Herz Stiftung und

die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius sind Förderpartner. Es geht über die Angebote von Schülerstipendien hinaus, weil es die Familie eines Stipendiatenkindes einbezieht. Als „Familienbildungsstipendium“ hat es ein Alleinstellungsmerkmal.

Gute familiäre Beziehungen und gemeinsame Aktivitäten wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Häusliche Lebensbedingungen haben einen größeren Einfluss auf kindliche Entwicklung, als institutionelle Angebote. Die Zusammenarbeit mit den Eltern ist deshalb grundlegend für den Schulerfolg ihrer Kinder. Schulen und Bildungseinrichtungen wissen dies. Doch gelingt die



## Diesterweg-Stipendium für Kinder und ihre Eltern

Einbeziehung von Familien nicht leicht. Gerade sozial benachteiligte Eltern haben Schwellenängste und nutzen seltener Angebote. Auch die Begabtenförderung erfolgt deshalb sozial selektiv (siehe: HH-Bildungsbericht 2011), weil sie auf eine gewisse Eigeninitiative von Eltern baut. Begabte Kinder aus sozial benachteiligten Lebenslagen haben es deshalb schwerer auf dem Weg in die weiterführende Schule. Um ihre Potenziale zu stärken und weiter zu entwickeln, benötigen deren Eltern Unterstützung, weil Benachteiligungen, wie Armut, Sprachprobleme, beengte Wohnverhältnisse und prekäre Arbeitsverhältnisse, die Familie belasten.

Deshalb lautet unser Auftrag: Wir begleiten begabte Kinder beim Übergang in die weiterführende Schule und nehmen ihre ganze Familie dabei mit. Das Diesterweg-Stipendium erkennt die Potenziale der Kinder und Familien und zeigt die Möglichkeiten, die Hamburg bietet, damit diese entfaltet werden können. Es kombiniert ein Gemeinschaft stiftendes Bildungsprogramm für die ganze Familie mit individuellen Hilfen und Impulsen.

### Bausteine des Programms

- regelmäßige Sprechstunden
- individuelle Beratung und Unterstützung
- Bildungsfonds von 600 Euro im Jahr
- Familienpatenschaft durch Ehrenamtliche
- Exkursionen in Hamburg
- Ferienkurse
- Akademietage an neuen Lernorten
- Eltern-Kind-Treffen

### Ziel: Begabungsentfaltung und Bildungsbegleitung in einem Familienbildungsstipendium

Das Diesterweg-Stipendium Hamburg soll die Begabungen von Viertklässlern entfalten und ihren Bildungsweg begleiten, damit sie trotz sozialer Benachteiligungen eine ihren Begabungen entspre-

chende Schullaufbahn einschlagen und von ihren Familien dabei bestmöglich unterstützt werden können.

**An wen richtet sich das Diesterweg-Stipendium Hamburg?** Die Zielgruppe sind Schüler der 4. Klasse mit gutem Begabungspotenzial und der Aussicht auf Schulerfolg aus sozial benachteiligten Lebenslagen. Ihre Familien möchten den Bildungsweg ihrer Kinder unterstützen, benötigen dafür aber Hilfestellungen, weil es an Geld, Sprachkenntnissen oder eigener Bildungserfahrung mangelt. Beide, Schüler und deren Familien, sollten an einer Bildungsbegleitung interessiert sein und die Bereitschaft zur regelmäßigen Teilnahme am Programm für zwei Schuljahre mitbringen.

### Auswahlkriterien

- Begabung
- Benachteiligung
- Bereitschaft



Auftaktveranstaltung zum Diesterweg-Stipendium Hamburg mit Senator Ties Rabe

Das Diesterweg-Stipendium Hamburg richtet sich an Familien, die vielfältige Hilfestellungen benötigen. Die Familien werden dabei aber nicht durch ihre schwierigen Lebenslagen definiert und beschämt. Stattdessen wirkt es als „Anerkennungsprogramm“, auf das die ausgewählten Familien stolz sind. Denn die Begabungspotenziale ihrer Kinder werden belohnt, ihre problematischen Lebenssituationen werden wahrgenommen und geachtet, und die Bereitschaft aller, sich weiter zu entwickeln, wird wertgeschätzt.

**Die Menschen im Projekt** Die 15 ausgewählten Familien starteten mit Enthusiasmus und Vorfreude im August 2012 in ihr zweijähriges Stipendium.



Stipendiatenfamilien auf der Bühne im Abaton-Kino im Juni 2013

„Wir arbeiten viel und lange. Das Geld reicht oft nicht. Da fühlt man sich im Alltag gefangen. Durch das Diesterweg-Stipendium bekommen wir mit unseren Kindern neue Anregungen“ (Väter)

„Als Kind musste ich schon früh im Laden meiner Eltern helfen, anstatt die Schule weiter zu machen. Aus Freude über das Diesterweg-Stipendium für meine Töchter habe ich geweint. Sie soll eine bessere Bildung bekommen.“ (Mutter)

„Ich will am liebsten ins Museum gehen und in eine Kunstausstellung. Ich muss auch meine Rechtschreibung verbessern.“ (Schüler)

„Ich möchte im Diesterweg-Stipendium mitmachen, weil ich mehr lernen möchte. Ich möchte spannende Sachen lernen und nicht immer machen, was ich schon kenne, denn das ist langweilig geworden.“ (Schülerin)

„Ich freue mich auf das Diesterweg-Stipendium. Es ist, als ob sich eine neue Tür geöffnet hat.“ (Mutter)

#### Die Familien

- 15 Kinder (acht Jungen und sieben Mädchen) aus neun Grundschulen und ihre Familien wurden ausgewählt. Insgesamt sind 63 Familienmitglieder im Alter von ein bis 55 Jahren im Programm: 15 Stipendiaten, 15 Mütter, elf Väter, 22 Geschwister (acht Klein-, sechs Schulkinder, acht Jugendliche), die Geburt eines Babys im Oktober 2013 und zwei weitere bevorstehende Geburten im März 2014 vergrößern die Gruppe der Familienmitglieder.
- Vier Familien mit alleinerziehenden Müttern, zwei Familien mit Stiefvätern, sechs kinderreiche Familien
- Außer einer Familie haben alle einen Migrationshintergrund und stammen aus zehn verschiedenen Ländern: Afghanistan, Bulgarien, Deutschland, Ghana, Libanon, Pakistan, Polen, Russland, Syrien, Türkei.
- In sechs Familien arbeitet kein Elternteil regelmäßig, davon sind zwei Mütter in Erziehungsurlaub/Mutterschutz. In vier Familien arbeiten beide Elternteile; in fünf Familien geht ein Elternteil einer Arbeit nach. Die Einkünfte aller Familien liegen unter der Niedriglohnschwelle. Die finanzielle Bedürftigkeit ist hoch. Drei Familien befinden sich in einem Privat-insolvenzverfahren. Wohnverhältnisse sind beengt. Nur zwei der 15 Stipendiatenkinder haben ein eigenes Zimmer.

**Die Honorarkräfte** Die Projektleitung wird durch einen Projektassistenten mit Migrationshintergrund auf Honorarbasis unterstützt. Beide sind für das Gesamtprojekt verantwortlich und Ansprechpartner für alle Beteiligten. Sie leiten die Veranstaltungen und beraten individuell. Zusätzlich gibt es ein Kernteam von Honorarkräften, das bei den Familienbildungsveranstaltungen eingesetzt wird. Dazu gehören ein Gymnasiallehrer und eine Lehrerin für die Stipendiatengruppe. Der Gymnasiallehrer hat auch den zusätzlichen wöchentlichen Deutschkurs für die Stipendiatenkinder durchgeführt. Ein Erzieher und zwei Jugendliche stehen für die Geschwisterbetreuung zur Verfügung.

Die ehrenamtlichen Familienpatinnen und -paten Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft und weitere Interessierte wurden ehrenamtliche Familienpaten. Sie flankieren die Bildungsbegleitung durch Angebote für die Stipendiaten selbst (Lern- und Hausaufgabenhilfe) und durch Angebote für die ganze Familie. Zehn Familien sind mit einer eigenen individuellen Patenschaft versorgt. Die Mentoren haben alle eine pädagogische oder psychologische Qualifikation. Sie werden regelmäßig zweimonatlich von einer Diplompsychologin supervidiert. Eine Familienpatin berichtet:

*„Das offizielle Programm für die Stipendiatenfamilien ist dicht und inhaltsreich. Es ist gut, dass die Familientreffen auch für die Paten geöffnet sind. Dies half uns am Anfang, unsere Familien in entspannter Atmosphäre kennen zu lernen. Für mich kann ich sagen: was Sympathie und Parteilnahme für die Familie betrifft, war ich sofort angekommen. Natürlich haben meine Familie und ich uns schon gegenseitig besucht. Ich erinnere mich gern an das Gespräch mit der Mutter bei einem wunderschönen Herbstspaziergang und an einen Besuch des Bergedorfer Schlosses mit der Stipendiatin und anschließendem Waffelecken bei mir zu Hause. Den Tag der offenen Tür an der neuen Schule haben wir gemeinsam besucht. Ich freue mich auf die Zeit, die vor uns liegt, und bin neugierig, wie sich die Beziehung zu ‚meiner Familie‘ entwickeln wird.“*

**Bildungsbegleitung und Begabungsentfaltung** Bildung erschöpft sich nicht in durch den Schulbesuch erworbenem Wissen. Sie muss auch

an außerschulischen Lernorten und nach individuellen Interessen erworben werden können. Hier haben wir die Familien gezielt dabei unterstützt, vorhandene Angebote wahrzunehmen und aktiv aufzusuchen. Das Diesterweg-Stipendium Hamburg setzt auf die gemeinsame Kraft der Familien, stärkt ihren Zusammenhalt und bezieht deshalb alle Kinder und Erwachsenen der Familie in das Familienbildungsprogramm ein. Im Stipendium wird viel Wert gelegt auf eine erhöhte „Bildungsmobilität“. Die Familien sind durch eine schriftlich vereinbarte



Vorstellung des Films „Jetzt hab' ich eine Chance... – Das Diesterweg-Stipendium Hamburg“

Teilnahmeverpflichtung gebunden. Es sind jedoch die Beziehung und das Vertrauen zu den Menschen im Projekt, die helfen, Ängste vor neuen Bildungsorten zu bewältigen und Schwellen zu überwinden. Die Familien kommen an. Das zeigt sich an den Teilnahmequoten ebenso wie an den zunehmenden Gästezahlen an unseren zahlreichen, verpflichtenden Familien-Bildungs-Veranstaltungen und an den zusätzlichen freiwilligen Angeboten. Im Diesterweg-Stipendium Hamburg wurden in zwei Jahren insgesamt 39 Familienbildungsveranstaltungen angeboten.

An den bisher drei Ferienakademien nahmen alle Stipendiatenkinder und deren Geschwister, die altersmäßig von den Angeboten profitieren konnten, teil.

„Ich freue mich, dass mein Mann jedes Mal mitkommt. Bis jetzt ist er noch nie bei Schulterminen dabei gewesen, aber zum Diesterweg-Stipendium kommt er immer mit.“ (eine türkische Mutter)



Das Diesterweg-Stipendium Hamburg bezieht auch alle Geschwisterkinder in das Programm ein

Das Angebot einer festen Sprechstunde hat sich nicht bewährt. Stattdessen sind Beratungen nach Vereinbarung hilfreicher. In individuellen Beratungen und Hausbesuchen konnten Fragen rund um Schule, Bildung und Erziehungsfragen bearbeitet werden. Weitere Themen der Beratungen waren Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse sowie Wohn- und Lebensbedingungen. Für Geschwisterkinder konnten Schulplätze, Kindergartenplätze, Plätze in einer Theatergruppe, in Ferienangeboten und Praktikumsplätze organisiert werden, Mütter wurden bei Bewerbungsverfahren um Arbeitsplätze unterstützt, Eltern wurden auf Wunsch zu Schulterminen begleitet. Die Familien nutzen den Bildungsfonds. Die ersten Ausgaben der Familien für Bücher, Fahrtkosten zu den Veranstaltungsorten, einen Schreibtisch, Nachhilfeunterricht, Laptops und Sport sind aus dem Bildungsfonds zurückerstattet worden.

#### Dimensionen der Begabungsentfaltung

Beim lebenslangen Lernen in und außerhalb von Schulen findet akademisches Lernen nie losgelöst von emotionalen und sozialen Dimensionen statt.

Diese fünf Dimensionen der Potenzialentfaltung sind im Diesterweg-Stipendium entscheidend und sollen sich in allen Programmbausteinen verwirklichen:

1. Wertschätzung  
*im Sinne von Beachtung, Dialog, Orientierung geben*
2. Inspiration  
*Impulse erhalten, Neues kennenlernen, Anregungen erhalten*
3. Verbundenheit  
*Beziehungserfahrung, Gemeinschaftsstiftendes*
4. Ermutigung  
*sich Herausforderungen stellen, Schwellen überwinden, Fortschritt*
5. Lernen neues Wissen aneignen, Enrichment

**Zwischenergebnisse** Die externe wissenschaftliche Evaluation des Diesterweg-Stipendiums Hamburg – durchgeführt von Doris Pleiger – wird durch den wissenschaftlichen Beirat fachlich kontrolliert. Neben leitfadengestützten Gruppeninterviews werden Daten durch Fragebögen und Aktenanalysen erhoben. Die Evaluation ist prozesshaft angelegt und umfasst drei Erhebungsphasen. Der Evaluationsbericht liegt im September 2014 vor.

**Auszüge aus der externen wissenschaftlichen Evaluation** Die Kinder, Eltern und Unterstützer nennen bei den Gruppeninterviews, was sie am Diesterweg-Stipendium schätzen:

- Unterstützung, Ermutigung
- Lust am Lernen und Gemeinschaftserleben wird erfahren
- Die ganze Familie ist beteiligt
- Das eigene Netzwerk wird erweitert
- Wertschätzung wird erfahren, Türen werden geöffnet, Veränderungen angestoßen
- Es werden bessere Lernergebnisse erzielt
- Bildungsfonds, praktische Hilfen unterstützen bei Alltagsproblemen
- Unterstützung durch Familienpaten“ (Pleiger, 2013)

Zusammenfassend sollen die Lehrer/innen herausarbeiten, was ihnen am Programm des Diesterweg-Stipendiums besonders gut gefällt.

- Eltern und Geschwister profitieren gemeinsam von dem Programm.
- Damit erhalten die Familien neue Impulse, lernen Neues kennen und machen zugleich neue Beziehungserfahrungen und eine neue Sicht auf Bildung und Bildungsangebote in Hamburg.
- Bei allen Aktivitäten des Programms sprechen die Kinder und ihre Eltern, also alle Teilnehmenden untereinander, auch außerhalb der Schule Deutsch miteinander.
- Positiv wird auch die Zusammenarbeit im Rahmen des Programms mit der Schule bewertet, z.B. regelmäßige Infos an die Lehrkraft über den Fortgang des Stipendiums sowie die Begleitung und Unterstützung bei der Wahl einer weiterführenden Schule.
- Das Angebot von Familienpaten wird ebenfalls begrüßt, da es eine gute weitere Unterstützung für die überwiegend sozial benachteiligten Familien und eine Wertschätzung für die Familien darstellt, ihre besondere Situation beachtet und anerkennt.
- Die gute Struktur des Programms und Kommunikation sowie die Betreuung der Schüler/innen wird gelobt. Auch dieses Element wird von den Familien als Wertschätzung bewertet. (Pleiger, 2013)

**Deutsch als Bildungssprache und Schulerfolg** Deutsch als Bildungssprache ist eine wichtige Voraussetzung für den Schulerfolg. Schon in den Auswahlgesprächen nannten viele Eltern und Kinder das Ziel besser „Deutsch lernen“ zu wollen. Bei allen gemeinsamen Gruppenaktivitäten ergibt sich die sprachliche Aktivierung aller Beteiligten wie von selbst. Davon profitieren neben den Stipendiatenkindern viele Eltern und jüngere Geschwister unmittelbar. Die zusätzliche Finanzierung eines wöchentlichen Sprachförderangebotes durch die Dorothea und Martha Sprengler-Stiftung war eine überaus sinnvolle Ergänzung des Diesterweg-Stipendiums Hamburg. Insgesamt elf Kinder nahmen das Zusatzangebot regelmäßig auch in den Ferien wahr und konnten es erfolgreich abschließen.

Bei allen teilnehmenden Kindern, insbesondere jenen mit erhöhtem Sprachförderbedarf, zeigen sich immense Fortschritte und hohe Motivation in den prozessbegleitenden Lernstandserhebungen und Erfolgskontrollen. Mit einer Übertrittsquote in das

Gymnasium von 93,4 % sind die Stipendiaten aus dem Diesterweg-Stipendium Hamburg fast doppelt so erfolgreich wie der Durchschnitt der Hamburger Schülerschaft, die in diesem Jahr zu 53 % am Gymnasium angemeldet wurde.

**Perspektive** Drei der acht Jungen und zwei der sieben Mädchen unter den Stipendiaten werden eine intensive individuelle Bildungsbegleitung mit Förderangeboten benötigen. Für zwei Drittel der Stipendiaten ist mit dem impulsgebenden Familienbildungsprogramm Potenzialentfaltung möglich. Für alle wird „DiesterwegPlus“, das Folgeprogramm für das 6. Schuljahr, notwendige Ergänzung, da erst im 6. Schuljahr die Schulformentscheidung für den Verbleib im Gymnasium fällt. Das Diesterweg-Stipendium wird fortgesetzt. Eine neue Allianz von Förderpartnern ermöglicht die Aufnahme weiterer Familien für die nächsten 2 Jahre 2014-2016.

**Dokumentation** Der Film „Jetzt hab' ich eine Chance – das Diesterweg-Stipendium Hamburg“

Die begleitenden Filmaufnahmen durch die Dokumentarfilmerin Barbara Metzloff haben das erste Jahr der Arbeit im Diesterweg-Stipendium Hamburg dokumentiert. Der Film „Jetzt hab' ich eine Chance... – Das Diesterweg-Stipendium Hamburg“ zeigt eindrucksvoll, wie die Kinder und ihre Familien sich für das Lernen, für Bildung und Kultur begeistern.

Die DVD zum Film „Jetzt hab' ich eine Chance... – das Diesterweg-Stipendium Hamburg“ (Barbara Metzloff; diethede Filmproduktion; Kurzfilm, Dokumentation, 29 Min., Deutschland 2013) ist über [info@patriotische-gesellschaft.de](mailto:info@patriotische-gesellschaft.de) zu beziehen.

Christiane Mettlau, Projektleiterin Diesterweg-Stipendium Hamburg

Hamburg



Hinz&amp;Kunzt

## Hamburg darf keine Wohnungsnotstadt bleiben!

In unserer 20-jährigen Geschichte war es noch nie so schwer wie heute, bezahlbare Wohnungen für Obdachlose oder andere Menschen in Wohnungsnot zu finden. Und das, obwohl wir in Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) einen guten Ansprechpartner haben, eigentlich.

Aber das Konzept zur Wohnungslosenhilfe, an dem alle möglichen Experten unter Federführung der Sozialbehörde gearbeitet haben, wurde nicht der große Wurf, den wir gebraucht hätten. Es gibt viele nette kleine Projekte: ein Haus für Frauen und ein Haus für Jugendliche beispielsweise, vielleicht für jeweils 40 Personen. Das ist sympathisch, ändert aber nichts an der Situation der inzwischen mehr als 12.000 Wohnungslosen und Flüchtlingen, die derzeit öffentlich untergebracht sind. Oft jahrelang.

In dem Konzept gibt es keine Zeitangabe, wann der Senat diese Menschen in eigene Wohnungen unterbringen will. Das hat natürlich einen Hintergrund: Wir leben in einer Wohnungsnotstadt. Und das bekommen nicht nur Flüchtlinge und Obdachlose zu spüren, sondern inzwischen auch Studenten, Geringverdiener, Familien – bis in den Mittelstand. Und das war schon so, bevor die Flüchtlingszahlen wieder stiegen und mehr EU-Zuwanderer in die Stadt kamen.

Und ehrlich: Daran ändert auch die Wohnungsbauoffensive des Senats so schnell nichts: 6000 Wohnungen jährlich, davon 2000 Sozialwohnungen. Denn die kämpft nur verzweifelt gegen den Schwund an. Es gibt derzeit nur noch 132.000 Wohnungen mit einer Netto-Kaltmiete von unter sechs Euro pro Quadratmeter, 2009 waren es noch 234.000. Allein im Jahr 2013 fielen 10.856 Sozialwohnungen aus der Preisbindung.

Die meisten Sozialwohnungen gehören der Saga GWG. Und auch die erhöht dann prompt die Miete: um „nur 10 Prozent“ und maximal um 30 Euro pro Wohnung. Das hört sich moderat an, schließlich erhöhen manche privaten Vermieter gleich um 15 Prozent. Trotzdem: Das ist der Einstieg in die Mietpreisspirale. Wir finden: Die Stadt müsste die Belegungsrechte zurückkaufen – das macht München im großen Stil –, um langfristig Zugriff auf bezahlbaren Wohnraum zu haben.

Apropos Saga GWG: Seit Jahren gibt es einen Vertrag zwischen der Stadt und der Saga GWG und anderen Wohnungsunternehmen. Für die Wohnungsnotfälle müssen sie jährlich 600 Wohnungen zusätzlich zur Verfügung stellen. Diesen Vertrag haben die Wohnungsunternehmen nie erfüllt. Mit dem Ergebnis, dass Wohnungslose oft jahrelang in öffentlichen Unterkünften leben und dort verelenden. Denn mehr oder weniger werden sie dort nur verwahrt, verlernen eher ihre Selbstständigkeit als dass sie gefördert werden. Hospitalismus nennt man das im Fachjargon. Das Ganze ist auch noch teuer: Vermutlich wäre die Miete einer tollen Wohnung immer noch billiger als der Platz im Wohnheim.

Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) hat zügig nach Amtsantritt die Saga GWG und die anderen Wohnungsunternehmen in die Pflicht genommen. Zwar sind seitdem mehr Wohnungen vermittelt worden, aber der Vertrag wird längst noch nicht erfüllt. Und inzwischen ist der Rückstau in den Unterkünften so groß, dass wir nicht mehr 600 Wohnungen pro Jahr zusätzlich bräuchten, sondern doppelt so viele.

Und weil die Unterkünfte überfüllt und keine Anschlusswohnungen in Sicht sind, brauchen wir immer mehr Unterkünfte. Scheele hat mit den Bezirksamtsleitern vereinbart, dass sie insgesamt 1500 Plätze für Flüchtlinge und Wohnungslose bereitstellen müssen. Aber oft behindern und verhindern Bürgerinitiativen die Umsetzung. Manchmal zu recht. Wir sind beispielsweise auch gegen Großunterkünfte. Aber oft geht es gar nicht um groß oder klein, sondern ums Prinzip: Nicht vor meiner Haustür! Das Gleiche erleben wir bei Bauprojekten jeder Art.

Wir finden: Um Qualität zu ringen, das ist legitim und richtig, aber torpedieren, das geht gar nicht. Schließlich muss es doch das Ziel sein, dass wir nicht Londoner Verhältnisse bekommen. Dass Menschen mit durchschnittlichem bis kleinem Geldbeutel weit draußen vor der Stadt leben müssen.

## Hinz&Kunzt in Kürze

### Aufgaben und Ziele

- Als professionell gemachtes Straßenmagazin bietet Hinz&Kunzt Hamburgs Obdachlosen Heimat und Arbeit und stärkt ihr Selbstvertrauen. Sozialarbeiter helfen den Obdachlosen ganz praktisch bei der Bewältigung ihrer alltäglichen Probleme (z. B. Vermittlung in Unterbringung, Arbeit, Therapie und Entzug). Zugleich gibt das Magazin dem Gesamtprojekt in seiner Funktion als sozialpolitische Lobby für die Armen eine wirksame Stimme.

### Gründung und Rechtsform

- 1993 vom damaligen Landespastor und Leiter des Diakonischen Werkes, Dr. Stephan Reimers, als Kooperationsprojekt von Obdachlosen und Journalisten ins Leben gerufen; gemeinnützige Verlags- und Vertriebs GmbH; die beiden alleinigen Gesellschafter sind seit Gründung das Diakonische Werk Hamburg und die Patriotische Gesellschaft von 1765.

### Finanzierung

- 46 % des Etats werden aus Verkaufs- und Anzeigenerlösen erwirtschaftet, 54 % kommen aus Spenden und Sponsoring; das Projekt erhält keine öffentlichen Zuschüsse.

### Zahlen und Fakten

- Verkaufte Auflage 2012: 768.397 Exemplare
- aktive obdachlose Verkäufer: rd. 500
- fest Angestellte: 26, davon 10 in Vollzeit und 16 in Teilzeit (8 ehemals obdachlos)
- Hinz&Kunzt ist das Hamburgs größtes Beschäftigungsprojekt für Obdachlose.

### Kontakt

info@hinzundkunzt.de  
 www.hinzundkunzt.de  
 T 0 40-32 10 83 11,  
 F 0 40-30 39 96 38.

Wir unterstützen deshalb die Forderung unseres Hauptgesellschafters, der Diakonie: Jede zweite Wohnung, die bei der Saga GWG frei wird, soll an Menschen in Wohnungsnot vermietet werden! Von der Patriotischen Gesellschaft, unserem zweiten Gesellschafter, wünschen wir uns, dass sie sich auch weiterhin in Themen einmischt, die letztlich die ganze Stadt betreffen: Wohnungsnot ist da nur ein Thema. Die EU-Zuwanderung ist ein anderes. Da hat es uns die Patriotische Gesellschaft im Mai 2013 ermöglicht, eine hochkarätige Fachtagung zu organisieren, indem sie uns kostenlos ihre Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hat.

Bei vielen Themen wäre es wichtig, dass die Patrioten sich noch mehr in gesellschaftliche Debatten einmischen. Wichtig ist es, dass wir in Hamburg gemeinsam kreative Lösungen für den Notstand finden: schöne, lebenswerte Übergangslösungen und gut durchdachte und sozialverträgliche Bauprojekte, die sowohl bei den Bewohnern als auch bei den Nachbarn Anklang finden.

Auch wir versuchen, unseren Beitrag dazu zu leisten. Im Winter 2012/2013 haben wir mit einer Großspende der Sparda-Bank ein leer stehendes Bürohaus gemietet. 16 Obdachlose und zwei Hunde leben in einem geschützten Rahmen. Unser Sozialarbeiter hat es mit ein paar Hinz&Künztlern so eingerichtet, dass er sich selbst in einem Notfall darin wohlfühlen könnte. Es hat geklappt: Die Männer und Frauen sind zu einer guten Gruppe zusammengewachsen. Am Ende des Winters fanden wir einen Sponsor, der es uns ermöglicht, dass wir das Haus bis September 2014 finanzieren können. Ein Anfang ist gemacht. Aber unser kleines Winterquartier ist keine Dauerlösung. Deshalb suchen wir jetzt für die Gruppe ein Mietshaus oder einzelne Wohnungen.

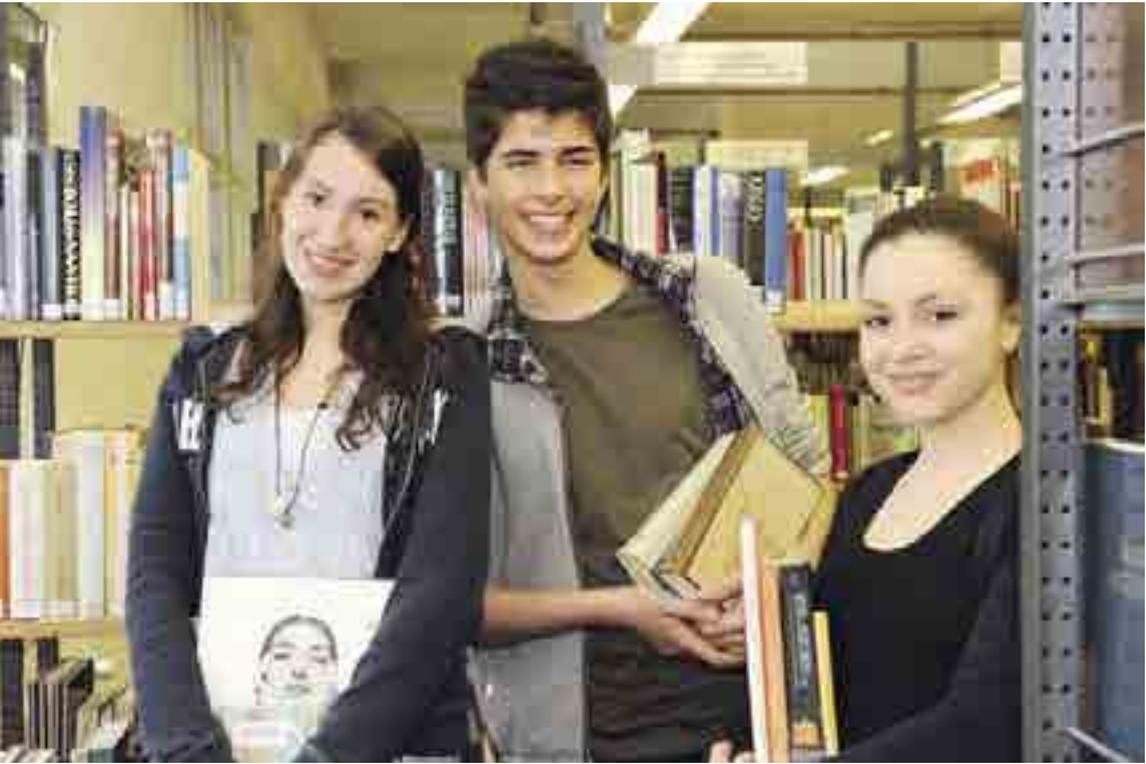
Und wir träumen von einem eigenen Haus in der City, in dem wir unten einziehen würden und drüber 15 bis 20 Hinz&Künztler. Dieser Traum ist näher gerückt. Wir haben nämlich einen Sozialinvestor gefunden, der sich vorstellen könnte, dieses Projekt für und mit uns umzusetzen. Er ist übrigens Mitglied der Patriotischen Gesellschaft.

Birgit Müller, Chefredakteurin von Hinz&Kunzt



## Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen

### Die Zukunft der Bücherhallen Hamburg aktiv gestalten



Die Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen (Bücherhallen Hamburg) ist ein Kind der Patriotischen Gesellschaft, gegründet 1899, verselbständigt 1919. Der singuläre Name „Bücherhallen“ ist geblieben, trotz vieler Versuche, über eine veränderte Namensgebung ein neues Bewusstsein zu transportieren. Das ist nicht erforderlich: Qualität und kritische Modernität definieren sich nicht über den Namen, sondern über die Leistung und den Beitrag zur Gestaltung und Begleitung eines guten Gesellschaftsvertrags. Das Patronat der Patriotischen Gesellschaft wirkt bis heute: Trotz seines bürgerlichen Ursprungs und Traditionsbewusstseins ist es Ausdruck einer avancierten zeitgemäßen Entwicklung, die – was nicht verschwiegen werden darf – natürlich auch die dunklen und totalitären geschichtlichen Erfahrungen des letzten Jahrhunderts einschließt. Die Bücherhallen Hamburg haben im Laufe ihrer Entwicklung bewiesen, dass sie sich den sich wandelnden Herausforderungen und gesellschaftlichen Ansprüchen stets wieder auf

Neue zu stellen vermögen. Dies ist auch als Referenz an die Gründer zu verstehen, die von Anfang an auf eine Best-Practice-Orientierung gesetzt haben.

*Das geschieht jetzt so:*

Erfolgreiche Organisationen wie die Bücherhallen Hamburg bewegen sich in einem dynamischen Umfeld von Veränderungen, die heute am ehesten im Workshop-Format operationalisiert werden, wie zuletzt bei einer zweitägigen Tagung im November 2011 mit zehn gestandenen Fachleuten und zehn Newcomern aus dem Kollegium und drei Impulsreferenten aus verschiedenen Branchen (Forschungstiftung: Demographie; Verlag: Übergang vom enzyklopädischen zum thematischen Wissen; Buch- und Serviceunternehmen: Neue [Lern]Räume schaffen) auf Gut Siggen geschehen (unser Dank gilt der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.).



*Gegenwärtige Anknüpfungspunkte für Veränderungen in Öffentlichen Bibliotheken sind:*

**der demografische Wandel** Weniger – älter – bunter, so plakativ definiert die Forschung die Konstanten der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland in den nächsten 20 Jahren. Auch wenn Einwohnerzahl und Zuzug in Hamburg entgegen dem Trend wachsen werden und der Altersmedian entsprechend niedriger ausfällt, müssen sich die Bibliotheken darauf einstellen, ihre Zielgruppen zukünftig anders und passgenauer denn je zu definieren und zu bedienen.

**die zunehmende Gentrifizierung und Segregation der Lebenswelten** Vor allem in Großstädten wie Hamburg entsteht die Notwendigkeit, Strategien des sozialen Ausgleichs zu entwickeln und entsprechende Netzwerke zu unterstützen bzw. zu tragen, wobei auch den Bibliotheken und ihren Räumen als Begegnungstätten und Lernorten für Alle in den Stadtteilen eine immer wichtigere Funktion in der Daseinsvorsorge für ein lebendiges Gemeinwesen zukommt.

**veränderte Nutzungsgewohnheiten und Vertriebswege des Medienkonsums** Der Anteil der E-Medien an Produktion und Konsum steigt erstmals signifikant an, ebenso wie das Online-Geschäft mit Medien, symbolisch repräsentiert z. B. durch YouTube und Amazon. Bibliotheken und auch der Buchhandel müssen neue Konzepte entwickeln, um sich in der Wertschöpfungskette zwischen Produzent und Konsument zu positionieren. In den nächsten Jahren werden die physischen Ausleihen nach Expertenmeinung rückläufig sein, was zu einer generellen Neuausrichtung der Öffentlichen Bibliotheken führen wird<sup>1</sup>. Ein wichtiger Faktor wird sein, ob und wie es den Bibliotheken gelingt, ihre Position in der Urheberrechtsgesetzgebung zu manifestieren: freier Zugang zu Information und Wissen.

**die zunehmende Mobilität und Allgegenwärtigkeit des Internet und der sozialen Netzwerke** Kommunikations- und Informationsprozesse werden zunehmend enträumlicht, die permanente Verfügbarkeit von Apps ersetzt scheinbar die Organisation und Vermittlung des Wissens, wie sie in Bibliotheken praktiziert wird; wenn Bibliotheken dem entgegen wirken wollen, müssen sie sich sowohl virtuell als auch räumlich öffnen für Interessens- und Themengemeinschaften.

*Einer Analyse der demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Hamburg folgend, eröffnen sich drei besonders bedeutende Handlungsfelder für die Öffentlichen Bibliotheken:*

**Handlungsfeld Bildung** Insbesondere die frühkindliche Bildungsarbeit kann bei den Bibliotheken verortet werden (Schoßkinderprogramme für Eltern und Kinder in verschiedenen sozialen Umfeldern, Kooperation mit Kitas ...). Darüber hinaus entstehen durch die Zunahme des Ganztagsunterrichts neue Herausforderungen für Bibliotheken: Im Stadtstaat Hamburg ergibt sich die Chance, Schulen insbesondere in bildungsschwachen Stadtteilen durch bibliotheksspezifische Angebote (Medien für den Unterricht, Zugang zu digitalen Angeboten, zertifizierte

<sup>1</sup> In den letzten Jahren gibt es bereits eine deutlich sichtbare Polarisierung in der Konzeptentwicklung und konkreten Umsetzung Öffentlicher Bibliotheken.

*Typus A – Bibliothek pur:* raumoptimiert und vollautomatisiert; ohne Fachpersonal, nur mit Wachpersonal; Öffnungszeiten nahezu rund um die Uhr; nur mit Chipkarte zu betreten; allenfalls anonymisierte Auskunft per Telefon; klassischer Bibliotheksausleihbestand, der durch die pure Darbietung eine wirtschaftliche Nutzungsfrequenz erreicht; Verbreitung in Europa zunehmend in den Niederlanden und in Dänemark (vor allem als Zweigstellen).

*Typus B – Bibliothek zentralkommunal:* im Zentrum der Kommune und rund um den klassischen Bibliotheksausleihbestand, der eine schöne Kulisse bildet; vielfältige und oft sozial motivierte Angebote kultureller Bildung und allgemeiner Lebenshilfe für alle Alters- und Interessengruppen und Ethnien in großzügigen und gut gestalteten (Lern)Räumen; hohe Aufenthaltsqualität durch gemütliche Caféatmosphäre; hohe Dichte an multifunktionalen, meist kostenfrei nutzbaren PC-Arbeitsplätzen und W-LAN-Zonen; verbreitet vor allem im englischen Sprachraum (z.B. Idea Store und als Großstadtbibliotheken).

Schulbibliotheken ...) zu unterstützen. Ein weiteres Arbeitsfeld für Bibliotheken ist die Unterstützung von Bildungsübergängen. Wegweisend in dieser Richtung ist die erstmalige Vergabe der Diesterweg-Stipendien Hamburg durch die Patriotische Gesellschaft mit weiteren Kooperationspartnern. Die Bücherhallen werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten hier Unterstützung anbieten: Alle Kinder der Stipendiaten-Familien bekommen kostenlose Kundenausweise, für sie werden Familieneinführungen in der Zentralbibliothek veranstaltet und kostenlose Kurse im Lern- und Informationszentrum (LIZ) angeboten.

**Handlungsfeld Integration** Bibliotheken unterstützen durch mehrsprachige Bestände und Sprachlehrwerke in physischer und digitaler Form sowie mit eLearning-Produkten Sprachlernprozesse in Schule und VHS. Auch in Fragen der Grundbildung/Alphabetisierung stellen Bibliotheken Netzwerkpartnern ihre Expertise und Materialien zur Verfügung. Für Inklusionsprozesse entwickeln Bibliotheken barrierefreie Produkte und Veranstaltungsformate.

**Handlungsfeld Bürgerschaftliches Engagement** Bibliotheken integrieren ehrenamtliches Engagement in ihre Arbeit, in Hamburg derzeit vor allem durch die Projekte „Medienboten“ und „Dialog in Deutsch“ im Rahmen der Tochtergesellschaft Bücherhallen Medienprojekte gGmbH, aber auch durch zahlreiche Kooperationsprojekte und vielfältige Vernetzungen. In diesem Zusammenhang sind Kooperationen mit der Patriotischen Gesellschaft denkbar und wünschenswert.

*Auf dem eingeschlagenen Weg gehen die Bücherhallen Hamburg also bereits in die richtige Richtung. Auf der Agenda steht jetzt:*

**Fokus 1** Mediale Transformation und veränderte Wissensorganisation. Bibliotheken verändern die Präsentation und Performance von Themen und Interessen, zum Beispiel

- im Raum durch neue Aufstellungskonzepte analog der Buchhandelssparten, die eine thematische Medienauswahl

*auch ästhetisch hervorheben, also physische Medien in ihrem besonderem Wert zur Geltung bringen;*

- im Online-Katalog, in Foren und auf Facebook durch benutzergenerierte Kommentare, Bewertungen, Kritiken und Empfehlungen; diese interaktiven Web 2.0- und Social Media-Optionen schaffen Kontakte und Kundenbindung.

**Fokus 2** Der öffentliche Bibliotheksraum. Die physischen Orte bibliothekarischer Praxis werden belebt und ausgestattet zum Beispiel mit

- hoher Aufenthaltsqualität: bequeme Sitz- und Schmökerecken, Café als Ort der kommunikativen Begegnung;
- Zonen mit zeitgemäßer Veranstaltungstechnik für verschiedene Zielgruppen und Formate, die z. T. auch parallel zur Öffnungszeit separat genutzt werden können;
- Ausstellungsflächen für Non-Profit-Präsentationen;
- multimedial nutzbaren Arbeitsplätzen und Lernräumen zur Einzel- und Gruppenarbeit sowie mit neuester Technik ausgestatteten Schulungsräumen;
- Treffpunkten für nachbarschaftliche und interessenzentrierte Öffentlichkeiten;
- hochwertigen Beratungsplätzen nicht nur für Bibliothekszerweise, sondern auch für Kooperations- und Netzwerkpartner.

Ebenso wie die Patriotische Gesellschaft sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aktiv stellt, befinden sich auch die Bücherhallen Hamburg in permanenten Lernprozessen, die das Unternehmen kreativ und gemeinwohlorientiert zu organisieren hat. Mit Blick auf das Jubiläum der Patriotischen Gesellschaft 2015 wären verschiedene Kooperationen möglich: Das Diesterweg-Stipendium Hamburg ist schon erwähnt worden, Themen könnten auch auf den Handlungsfeldern Bildung und Integration gefunden, gemeinsame Workshops und/oder Symposien zur Zukunftsfra-ge der kulturellen Bildung und zeitgemäße Medienangebote für bildungsferne Bevölkerungsgruppen veranstaltet werden.

*Hella Schwemer-Martienßen, Direktorin der Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen*





Die Zentralbibliothek am Hühnerposten ist die größte Bibliothek im System der Bücherhallen Hamburg

## Bücherhallen Hamburg in Kürze

### Aufgaben und Ziele

- Zweck der Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen ist es, ein „leistungsfähiges System öffentlicher Bücherhallen in der Freien und Hansestadt Hamburg zu betreiben, das als Informationsspeicher und Informationsvermittler für alle bibliotheksüblichen Medien und als Partner der Individuen und Bildungseinrichtungen bei der Verwirklichung von Lese-, Lern-, Orientierungs- und Bildungsinteressen dient und das dabei zugleich kultureller Ort und Mitträger der soziokulturellen Stadtteilarbeit ist.“ (Stiftungs-Satzung)

### Gründung und Rechtsform

- 1899 von der Patriotischen Gesellschaft von 1765 errichtet; seit 1919 gemeinnützige Stiftung privaten Rechts.

### Finanzierung

- Gesamtetat 32,6 Mio., davon etwa 86 % öffentliche Zuschüsse und 14 % eigene Erträge.

### Einrichtungen

- 32 Stadtteilbibliotheken, Zentralbibliothek, Kinderbibliothek, Trendbibliothek für Jugendliche Hoeb4u und zwei Bücherbusse.

### Programm

- 9.500 Veranstaltungen für Kinder und Erwachsene; umfassende Kooperationen mit Kultur- und Bildungseinrichtungen.
- Ehrenamtliches Engagement
- Medienboten, Dialog in Deutsch, Bücherzwerge, Lesewelt Hamburg e.V. – über 450 Ehrenamtliche.

### Zahlen und Fakten

- 4,8 Mio. Besucher und 14 Mio. Entleihungen jährlich; 1,75 Mio. bereitgestellte Medien (wie Bücher, Hörbücher, Comics, CDs, CD-ROMs, DVDs etc.); fast 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

### Kontakt

[info@buecherhallen.de](mailto:info@buecherhallen.de)

[www.buecherhallen.de](http://www.buecherhallen.de)

T 040-42 606 - 0

F 0 40-42 606 - 155

## Kulturloge Hamburg

### Platz für alle

*Hamburg ist reich an kulturellen Angeboten, doch viele Hamburger sind zu arm, um daran teilhaben zu können. So bleiben Abend für Abend Plätze leer, in Theatern, Konzertsälen, Literaturhäusern und anderen kulturellen Veranstaltungsorten. Diesen Missetand will die Kulturloge Hamburg e. V. auf Dauer ändern.*

*„Wie können der Eigenwert und der nötige Eigensinn kultureller und künstlerischer Praxis sich gegen die allgegenwärtige Kommerzialisierung und Ökonomisierung, gegen die Nivellierung kultureller Standards (Globalisierung) und die Medialisierung behaupten?“ – diese Frage stellte sich die Patriotische Gesellschaft in ihrem Jahresbericht 2010/11 (S. 8). Die Antwort der Kulturloge Hamburg darauf lautet: Indem kulturelle Veranstaltungen jeglicher Art allen zugänglich sind; ein schmaler Geldbeutel darf kein Hinderungsgrund für kulturelle Teilhabe sein.*

Weil die Patriotische Gesellschaft von 1765 und die Kulturloge Hamburg dieses Ziel teilen, weil sie gemeinsam dazu beitragen wollen, dass kulturelle Bildung und ästhetische Sensibilisierung allen Menschen, ungeachtet sozialer Unterschiede, offen stehen, kooperieren sie seit Anfang 2012 miteinander. So finanziert die Patriotische Gesellschaft seit Januar 2013 ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis für die täglich anfallende Büroarbeit der Kulturloge, die ohne diese Unterstützung in ihrer Existenz gefährdet gewesen wäre. Indem die Kulturloge die nicht verkauften Restkarten vieler Hamburger Kulturveranstalter an Menschen verteilt, die sich die Teilhabe aus finanziellen Gründen nicht leisten können, fördert sie nicht nur den sozialen Ausgleich, sondern bedient darüber hinaus ein weiteres zentrales Anliegen der Patriotischen Gesellschaft: „Wir setzen uns besonders für Bildung und Kultur ein, denn sie sind unabdingbare Voraussetzungen für das Glück der Menschen und müssen für alle in unserer Stadt, ob jung oder alt und gleichgültig welcher Herkunft, nach ihren Bedürfnissen, Interessen und Talenten offen sei.“ (Mission Statement der Patriotischen Gesellschaft). Als die Kulturloge am 5. Juni 2012 nachträglich ihr einjähriges Jubiläum im Altonaer Museum feierte, waren aus diesen Gründen sowohl die Kultur-senatorin als auch der Vorstand der Patriotischen Gesellschaft (vertreten durch Malte C. Krugmann) unter den zahlreichen Gästen und haben Grußworte gesprochen, in denen sie die geleistete Arbeit würdigten.

„Ich war dank der Kulturloge das erste Mal nach zehn Jahren wieder im Theater. Für mich war das ein Taumel, wie Weihnachten und Ostern an einem Tag. Jetzt weiß ich, was mir so lange gefehlt hat: das Gefühl wieder mittendrin zu sein im kul-

turellen Leben in Hamburg und nicht allein vor dem Fernseher von außen nur zuzuschauen“, berichtet Petra Müller, die von der Kulturloge Hamburg zu einer Lesung und ins Opernloft eingeladen war. Für Menschen, die wie Petra Müller nachweislich ein geringes Einkommen haben, setzen sich die Mitarbeiter der Kulturloge jeden Tag ein.

*„Wir arbeiten nach dem Prinzip der Tafeln, bitten aber statt um Lebensmittel um Eintrittskarten, die die kulturellen Kooperationspartner nicht verkaufen können. Aus diesem Kontingent werden persönlich per Telefon Karten an die ‚Gäste‘ vermittelt, d. h. an Personen, die sich direkt oder über Sozialpartner mit einem Einkommensnachweis bei uns registriert haben (s. <http://www.kulturloge-hamburg.de/wie-es-funktioniert.phtml>).“*

Die Gäste erhalten immer zwei Karten, damit sie die Veranstaltungen mit einer Begleitung ihrer Wahl besuchen können. Die Kooperationspartner erhalten für ihre Abendkasse eine Liste mit den Namen der jeweiligen Gäste, so dass diese beim Einlass ihre Bedürftigkeit nicht mehr nachweisen müssen und sich auf die reservierten Plätze freuen können.

**Ziele der Kulturloge Hamburg** Die Kulturloge Hamburg beruht auf dem Gedanken, dass möglichst viele Institutionen mehr Kultur auf allen sozialen Ebenen ermöglichen und die Gäste – unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten – aktiv am kulturellen Leben der Stadt teilnehmen können. Die bisher gewonnenen Kooperationspartner – vom Thalia-Theater über das Haydn-Orchester, das Altonaer Museum und die Kunsthalle bis zu Alma Hoppes Lustspielhaus, dem



# Kulturloge Hamburg

Fundus Theater und zahlreiche andere – leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Bildung für alle. Andererseits sind ihre Veranstaltungen dann auch gut besetzt. Sozialpartner der Kulturloge Hamburg – wie z. B. die Arbeitslosentelefonhilfe, die Mütterschulen Billstedt und Mümmelmannsberg, die Lebenshilfe Hamburg e.V., der Jugendclub Jenfeld, Fluchtpunkt (die kirchliche Hilfestelle für Flüchtlinge) sowie der Mädchenclub Neuwiedenthal – sind in der Lage, ihren Klienten zusätzliche Angebote für mehr gesellschaftliche Teilhabe zu bieten.

Ziel der Kulturloge ist es, durch breites bürgerschaftliches Engagement den positiven Wert und die große Bedeutung der Kultur für die Lebensqualität jedes Einzelnen und die Gemeinschaft insgesamt in alle gesellschaftlichen Schichten zu kommunizieren. Berührungängste abbauen, Kultur erlebbar machen und für ein aktives verantwortliches Miteinander eintreten – dafür steht die Kulturloge Hamburg. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter richten ihren Blick gezielt auf junge Menschen, deren Lebensumfeld nicht automatisch von der Nähe zu Bildung und Kultur geprägt ist. Besonders bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen findet sich großes Entwicklungspotential und die Möglichkeit zur Veränderung ihrer Lebensumstände, so dass Bildung und Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen perspektivisch auch zur Verbesserung der materiellen Lebensumstände führen können. So schafft die Kulturloge eine Form von kultureller und sozialer Inklusion, von der sich – wie die Erfahrung zeigt – auch viele Bürger mit Migrationshintergrund angesprochen fühlen. Dazu trägt besonders bei, dass Karten für kulturelle Veranstaltungen ganz bewusst ausschließlich telefonisch und individuell vermittelt

und auf diese Art Gäste motiviert und angeregt werden zu Offenheit und Neugierde allen künstlerischen Genres und Formaten gegenüber. So will die Kulturloge Hamburg durch ihr Engagement auch daran mitarbeiten, Kunst und Kultur aus einer elitären Nische herauszuholen, ihr mehr Aufmerksamkeit in einer breiteren Bevölkerung zu verschaffen.

**Erfolg und „Zukunftsmusik“** Drei Jahre nach dem Projektstart im Januar 2011 kann die Kulturloge auf große Erfolge zurückblicken: Ein Kreis von 40 Personen trägt ehrenamtlich die Arbeit, 80 Kultureinrichtungen und 70 soziale Einrichtungen sind zurzeit Partner der Kulturloge. Vor allem aber: Aktuell sind 3.500 Gäste bei ihr registriert und insgesamt wurden mittlerweile über 17.000 Karten vermittelt – ein Zeichen dafür, dass das Angebot ankommt und die Kulturloge eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage schließt. Eine Evaluation der mit Hamburg vergleichbaren Kulturloge Berlin hat ergeben, dass mehr als die Hälfte der Gäste der Kulturloge erst durch das Angebot der Kulturloge angeregt wurde, überhaupt erstmalig oder nach langer Zeit wieder einmal eine kulturelle Veranstaltung zu besuchen. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor dabei ist, so die befragten Gäste, das große Engagement und die persönliche Ansprache der telefonischen Vermittler. 95 Prozent der Gäste erleben den Besuch eines Theaters, Konzerts oder einer Lesung als persönliche Bereicherung. Das wichtigste Motiv der Gäste für die Nutzung der Kulturloge ist das Bedürfnis nach mehr sozialer und kultureller Teilhabe. Dass das Angebot kostenlos ist, wirkt als Türöffner schlechthin. So wird die Vision der Kulturloge, dass in der Hamburger Kulturwelt Platz für alle ist, ungeachtet auch finanzieller Möglichkeiten, Schritt für Schritt Realität für die vielen Gäste, die über soziale Institutionen oder eigene Initiative den Weg zur Kulturloge Hamburg finden.

Damit trägt die Kulturloge Hamburg entscheidend zur sozialen Gerechtigkeit in dieser Stadt bei. Die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ – die in Kooperation mit der Deutschen Bank seit 2006 Ideen und Projekte auszeichnet, die einen nach-

haltigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands leisten – wählte 2012 nicht zuletzt deshalb die Kulturloge Hamburg zu einem der 365 jährlich „ausgewählten Orte“.

Wenn das Tagesgeschäft der Kulturloge Hamburg, d. h. die Vermittlung der Eintrittskarten und die dazugehörige Organisation, perspektivisch weiterhin auf finanziell sicheren Füßen stehen kann, bietet auch die Zusammenarbeit mit der Patriotischen Gesellschaft eine breite Palette an Synergieeffekten. Möglich wäre, durch Vorträge und Informationsveranstaltungen insbesondere in Schulen, Jugendzentren und Kindergärten das Angebot der Kulturloge weiter bekannt zu machen. Gemeinsame Besuche im Theater, Konzert etc. für Gruppen und Treffen zum Erfahrungsaustausch könnten organisiert werden. Um mehr Kinder zu erreichen, ist eine intensivere Zusammenarbeit mit Familienbildungs- und Beratungsstellen wünschenswert, und es bedarf neuer geeigneter Formate, über die

die Eltern erreicht werden können. In Jugendzentren und Schulen könnten in Kooperation mit den Kulturpartnern Workshops angeboten werden: So macht etwa ein Blick hinter die Kulissen eines Theaters neugierig. Besuche in Hamburger Museen möchten wir perspektivisch mit entsprechenden Führungen für Kinder, Jugendliche und Familien mit kleineren Kindern verbinden. Außerdem sind langfristig Feste für Gäste der Kulturloge mit dem Ziel angedacht, den gegenseitigen Austausch und Gemeinschaftsgedanken zu fördern und Hemmschwellen abzubauen.

*Dr. Ute Kruse-Fischer, Kulturloge Hamburg*



*Ein großes, engagiertes Team: Die Kulturloge lebt von ehrenamtlichem Engagement*

## Verein für Hamburgische Geschichte

### Lebendige Auseinandersetzung mit unserer Stadtgeschichte

Gefördert von der Patriotischen Gesellschaft von 1765, wurde der Verein für Hamburgische Geschichte (VHG) am 9. April 1839 von Hamburger Bürgern gegründet. Seither nimmt er seine Aufgabe – die Erforschung und Vermittlung Hamburgischer Geschichte – in vielseitiger Weise wahr und zählt heute mit mehr als 1.000 Mitgliedern zu den großen Geschichtsvereinen in Deutschland. Der VHG lädt alle Hamburgerinnen und Hamburger sowie alle Hamburg-Interessierten ein, sich an einer lebendigen Auseinandersetzung mit unserer Stadt und ihrer Geschichte zu beteiligen. Im Mittelpunkt der Vereinsarbeit stehen eigene Publikationen, Vortragsveranstaltungen, Historische Ausflüge, Arbeitskreise sowie die Pflege und Erweiterung der Vereinsbibliothek. Gezielt hat der VHG gerade in den letzten Jahren zusätzliche, insbesondere auch jüngere Mitglieder geworben, eine stärkere Präsenz in der Stadt gezeigt, Kooperationen mit anderen Hamburger Institutionen auf- bzw. ausgebaut und eine fachkundige, möglichst vielfältig-anregende Beschäftigung mit der Hamburger Stadtgeschichte vorangetrieben.

Die Publikationstätigkeit des Vereins wurde in den zwei Berichtsjahren intensiv fortgesetzt. Zu nennen sind zunächst die Jahrgangsbände der VHG-Periodika: In Band 97 (2011) der *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* (ZHG), zu deren Förderern die Patriotische Gesellschaft zählt, erschienen im Aufsatzteil wissenschaftliche Beiträge, die zeitlich vom 17. bis ins 21. Jahrhundert reichen, sowie im Besprechungsteil mehr als 100 Rezensionen, mit denen die jüngste Hamburg-Literatur erschlossen wird. Die ZHG 98 (2012) erschien in veränderter Form: Unter dem Titel „Geschichte und Politik“ wurde sie, herausgegeben von Dirk Brietzke und Rainer Nicolaysen, als Festschrift für den herausragenden Hamburg-Historiker und früheren Vereinsvorsitzenden Joist Grolle zum 80. Geburtstag gestaltet. Der sonst umfangreiche Rezensionsteil der ZHG fiel wegen des Festschrift-Charakters einmalig aus. Alle ZHG-Bände seit Band 1 (1841) sind, mit Ausnahme der jeweils letzten drei Jahrgangsbände, als Volltext im Internet zugänglich (<http://agora.sub.uni-hamburg.de/subhh/digbib/project2>). Im *Tiedenkieker* (Ham-



burgische Geschichtsblätter N.F., Nr. 3/2012 und Nr. 4/2013), dem anderen Periodikum des VHG, finden sich neben kürzeren historischen Beiträgen die Nachrichten aus dem Verein.

Drei weitere Bände der Reihe *Mitglieder des Vereins für Hamburgische Geschichte erinnern sich* gab Claudia Thorn für den Arbeitskreis „Erinnerung“ heraus: Nach den Bänden über *1968 in Hamburg* und *Wohnen in Hamburg* erschienen *Schulzeit in Hamburg* (2011; inzwischen nachgedruckt), *Auf dem Weg ins Berufsleben* (2012) sowie *Achsen, Netze, Ringe – Verkehr in Hamburg* (2013). Der Arbeitskreis „Erinnerung“ steht jedem interessierten Vereinsmitglied offen. Als Sonderveröffentlichung im eigenen Verlag publizierte der VHG in Kooperation mit dem Fritz-Schumacher-Institut an der Hochschule für bildende Künste in Hamburg Ende 2011 das von Dieter Schädel und Gisela Schädel bearbeitete und ausgiebig bebilderte Inventarverzeichnis *Der Baumeister Carl Ludwig Wimmel und seine Bauten (1786-1845)*. In unserer Schriftenreihe *Kindheitserinnerungen* erschien 2012 Jürgen Bruhns autobiografische Erzählung *Die Herrschaft der Kinder* über die direkte Nachkriegszeit in Hamburg aus der Sicht eines zehnjährigen Jungen. In Kooperation mit dem Freundeskreis Künstlerhaus Maetzel e.V. veröffentlichte der VHG 2013 Karin von Behrs reich illustrierten Band *Emil Maetzel – Baumeister, Maler, Sezessionist. Ein Künstlerleben der 20er Jahre in Hamburg*.

Das VHG-Vortragsprogramm bot mit jeweils fünf bis sechs Veranstaltungen pro Halbjahr ein weites Spektrum an Themen und Vortragenden. Die – von Ausnahmen abgesehen – in Zusammenarbeit mit und in der Staats- und Universitätsbibliothek statt-

findenden, stets gut besuchten Vorträge stehen auch Gästen offen. Die Vielfalt der Jahre 2011/12 und 2012/13 sei mit einigen Titeln nur exemplarisch angedeutet: Inge Grolle sprach über „Gliki von Hameln – Jüdisches Leben im 17. Jahrhundert“, Heike Talkenberger beschäftigte sich unter dem Titel „Zwischen Abenteuer und Gefängnis“ mit der Autobiografie des Betrügers Luer Meyer (1833–1855) – ein Stück Kriminalitätsgeschichte des 19. Jahrhunderts; Uwe Lohalm, Autor der 2010 erschienenen Studie *Völkische Wohlfahrtsdiktatur*, analysierte die Hamburger Sozialverwaltung 1933 bis 1945 als Verfolgungsinstitution; Michael Ahrens berichtete über „Die Briten in Hamburg 1945 bis 1958“. In einem Joist Grolle gewidmeten Vortrag zeigte, erläuterte und deutete der Kunsthistoriker Hermann Hipp den Schumacher-Bau des Museums für Hamburgische Geschichte; Lisa Kosok, Direktorin eben jenes Museums, stellte 2012 und 2013 ihr Erneuerungskonzept zur Diskussion. Zu den Höhepunkten zählte, wie alle zwei Jahre, eine gemeinsam mit der Körber-Stiftung und dem Staatsarchiv Hamburg durchgeführte Veranstaltung, in der Hamburger Schülerinnen und Schüler ihre Beiträge für den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten – 2011 unter dem Motto: „Skandale in der Geschichte“ – vorstellten.

Der Ausschuss für Historische Ausflüge stellte jeweils für das Sommerhalbjahr eine Mischung aus zehn Tagesfahrten und Halbtagestouren mit mittelalterlichen bis zeitgeschichtlichen Bezügen zusammen. Die jeweils thematisch fundiert vorbereiteten Ausflüge und Reisen werden von ehrenamtlich tätigen Vereinsmitgliedern auf Kostendeckungsbasis organisiert und stellen ein besonderes Angebot für Vereinsmitglieder dar. Das Programm für 2012 enthielt in Hamburg Rundgänge zu Bahrenfelds militärischer Vergangenheit sowie zur historischen Entwicklung Barmbeks beiderseits des Osterbekkanals und lud ein, auf den Spuren Heinrich Heines durch die Stadt zu wandeln. Tagestouren hatten zum Beispiel die Klosterinsel Bordesholm und die Festungsstadt Rendsburg zum Thema. Zwei-Tages-Reisen führten zum Weltkulturerbe Goslar sowie nach Cuxhaven und Wilhelmshaven, wo der Jade-Weser-Port besichtigt wurde. Auch 2013 gab es ein



facettenreiches Programm, das keinen Ort des Vorjahres wiederholte und mit einer fünftägigen Reise in Hamburgs Schwesterstadt Liverpool einen besonderen Akzent setzte.

Die vom Bibliotheksausschuss betreute Vereins-Bibliothek hat ihren Bestand auf über 11.700 Bände erhöht: Es handelt sich um Darstellungen, Quelleneditionen, Biografien, Monografien, Zeitschriften, Bildbände und -sammlungen zur hamburgischen Geschichte, über die Stadtteile und die Nachbarregionen, darüber hinaus auch um Standardwerke zur Geschichte der Hanse, Lübecks und Bremens sowie der deutschen Geschichte insgesamt. Die Bibliothek ist dienstags bis donnerstags von 10 Uhr bis 13 Uhr zugänglich. Ein Bestandsverzeichnis findet sich auf der Website des VHG.

Neben den genannten „klassischen“ Bereichen der Vereinsarbeit sollen weitere Mitwirkungsmöglichkeiten für Mitglieder geschaffen werden. In diesem Zusammenhang wurde im Frühjahr 2013 der Grundstein für drei neue VHG-Projekte gelegt: Nachdem der Verein im Jahre 2010 die Projektgruppe „Stolpersteine in Hamburg. Biographische Spurensuche“ mit der Lappenberg-Medaille ausgezeichnet hatte, haben wir nun in Kooperation mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden und der Landeszentrale für politische Bildung eine eigene Recherchegruppe zu den „Stolpersteinen“ im Grindelviertel gegründet, um die biographische Spurensuche auch praktisch zu unterstützen. In

Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg hat der VHG zweitens das Projekt „Hamburger Stadtgespräche – Interviews mit Vereinsmitgliedern“ ins Leben gerufen. Die Interviews, die meist von jüngeren Vereinsmitgliedern mit älteren geführt werden, kreisen um die Frage, welche Bedeutung Hamburg für das Leben seiner Bewohner, für die je einzelne Biografie, hat. Die vollständigen Aufnahmen der Interviews werden in der Werkstatt der Erinnerung, dem Oral-History-Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, archiviert; Auszüge zum Anhören werden auf der Website des VHG veröffentlicht. Die ersten vier Beispiele sind seit April 2013 freigeschaltet. Und last, but not least wurde ebenfalls im Frühjahr 2013 der Arbeitskreis „Junger Verein“ begründet, der den insbesondere in den letzten zwei Jahren verstärkt eingetretenen jüngeren Mitgliedern einen regelmäßigen Austausch über Themen der Hamburgischen Geschichte ermöglicht.

Intensiviert wurde die Zusammenarbeit mit der Patriotischen Gesellschaft. VHG und Patriotische Gesellschaft sind einander seit Gründung des VHG verbunden; der VHG ist als Institution Mitglied der Patriotischen Gesellschaft; umgekehrt ist die Patriotische Gesellschaft Mitglied im VHG. Der Vorsitzende des VHG ist dessen delegiertes Mitglied im Beirat der Patriotischen Gesellschaft. Seit Anfang 2012 gibt es eine gemeinsame Projektgruppe zur Geschichte Hamburgs, die sich u. a. mit der Abstimmung in der Vorbereitung der Jubiläen beider Vereine sowie mit einem Kooperationsprojekt mit Geschichtswerkstätten und Schulen befasst, das die Vermittlung der Geschichte Hamburgs insbesondere an Stadtteilschulen und Gewerbeschulen fördern soll.

Zu den Besonderheiten des VHG zählt, dass er im Stadtstaat Hamburg die Funktion einnimmt, die in anderen Bundesländern Historischen Kommissionen für Landesgeschichte zukommt. Insofern sieht es der Vorstand auch als seine Aufgabe an, zu stadt-historischen Fragen, die aktuell diskutiert werden, im Einzelfall Stellung zu nehmen. Als im November 2011 der Plan bekannt wurde, die Dammtorstraße in „Opernboulevard am Dammtor“ umzubenennen, richtete der Vereinsvorstand einen offenen Brief an den Ersten Bürgermeister, die Bürger-

schaftspräsidentin und die Kultursenatorin, in dem er sich mit guten Gründen für den Erhalt des Namens „Dammtorstraße“ einsetzte. (Die Patriotische Gesellschaft veröffentlichte den Text auf ihrer Website.) Daran, dass der Plan der Straßenumbenennung aufgegeben wurde, hat die öffentlich wahrgenommene Stellungnahme des Vereins (das *Hamburger Abendblatt* titelte am 07. 12. 2011 „Opernboulevard‘ empört Verein für Hamburgische Geschichte“) wohl gewissen Anteil.

Ausführliche Jahresberichte für 2011/12 und 2012/13 sowie alle Rundbriefe des Vorsitzenden sind – neben aktuellen Informationen zum Vereinsleben – auf der Website des VHG zugänglich ([www.vfhg.de](http://www.vfhg.de)).

Die vielfältigen Aktivitäten des Vereins für Hamburgische Geschichte zeigen, was kontinuierliche ehrenamtliche Arbeit zu bewegen vermag. Dabei konnten in den zwei Berichtsjahren zusätzliche Projekte angeschoben und die Zusammenarbeit älterer und jüngerer Mitglieder befördert werden. Mit zuletzt über 60 neuen Mitgliedern pro Jahr entwickelt sich der VHG in erfreulicher Weise.

Im Jahre 2014 feiert der Verein für Hamburgische Geschichte sein 175-jähriges Bestehen. Das Jubiläum soll genutzt werden, um den Verein einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen, die Aufmerksamkeit der Medien zu gewinnen und neue Mitglieder zu werben. Zugleich bietet das Jubiläum die Gelegenheit, die Vereinsgeschichte weiter kritisch zu erforschen und Perspektiven für die Zukunft zu diskutieren. Am 9. April 2014, dem Jubiläumstag, wird im Hamburger Rathaus ein Senatsempfang zum Vereinsjubiläum stattfinden; bereits am 1. April 2014 eröffnet in der Rathausdiele eine Ausstellung zur Geschichte und Gegenwart des Vereins, die anschließend als Wanderausstellung das gesamte Jahr über in Hamburg zu sehen sein wird. Zahlreiche Publikationen und eine Fülle von Veranstaltungen komplettieren das Jubiläumsprogramm, über das die Vereins-Website stets aktuell informieren wird.

*Prof. Dr. Rainer Nicolaysen, Leiter der Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte, Universität Hamburg; Erster Vorsitzender des Vereins für Hamburgische Geschichte (VHG)*



## Stipendium für Fotografie

### Hyeyeon Park: Inherent Movement

*Hyeyeon Park ist 2010 und 2012 durch das Stipendium für Fotografie der Patriotischen Gesellschaft von 1765 und der Hochschule für Bildende Künste Hamburg (HFBK) gefördert worden. Das Stipendium wurde mit einer Ausstellung der Arbeiten „Inherent Movement“ im Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg (MKG) vom 15.11.2012 bis 06.01.2013 sowie einer von der Künstlerin selber gestalteten Broschüre abgeschlossen.*

Die poetischen Schwarz-Weiß Fotografien von Hyeyeon Park haben etwas Beiläufiges. Es sind enge Ausschnitte von Landschaften, Strukturen und Oberflächen, von Straßenszenen oder Blicke auf Personen. Es sind Fragmente des Realen.

Häufig arbeitet die Künstlerin mit Mitteln der Abstraktion und die grobkörnigen Fotografien spielen mit der Wahrnehmung des Betrachters. Es bleibt rätselhaft, was wir da eigentlich genau sehen. Auf den ersten Blick scheint es sich etwa um ein Stück Baumrinde zu handeln, die Struktur des Materials ist so ins Bild gesetzt, dass sie eine fließende Bewegung suggeriert. Einen kurzen Moment lang glauben wir, die Oberfläche eines Gewässers zu sehen. Tatsächlich zeigt die Fotografin uns jedoch eine Felswand und das, was wir bereits als Wellen und Gischt gedeutet haben, entpuppt sich als eine Felsflechte. In gleicher Weise bleibt unklar, ob es sich um An- oder Aufsichten handelt und häufig ist die Entfernung zum Gegenstand nicht genau auszumachen. Es geht Hyeyeon Park nicht darum, eine Wirklichkeit realistisch abzubilden. Was sie interessiert, ist eine innere Befindlichkeit und Emotionalität zu transportieren – es geht hier um das Persönliche.

Die Arbeit trägt den Titel „Inherent Movement“, sie selbst übersetzt es mit „innewohnende Bewegung“. Man fragt sich gleich, wem diese Bewegung innewohnt. In einem Gespräch hat sie es so beschrieben, dass die Kamera der Bewegung ihres suchenden Auges folgt. Sie versucht eine physische Raumerfahrung des suchenden Blicks abzubilden und für den Betrachter den Prozess der Wahrnehmung im Bild erlebbar zu machen.

Im Ausstellungsraum breitet sie die Erzählung aus. Es geht Park nicht um das Einzelbild, sondern ihr sind die Korrespondenzen und Bezüge zwischen den Bildern wichtig, sie arbeitet mit Leerstellen und den freibleibenden Wandflächen zwischen den Exponaten. Ihre Fotografie setzt sie in unterschiedlichen Höhen versprengt in den Raum.

Zwischen den Aufnahmen bringt sie koreanische Schriftzeichen auf der Wand an. Die weißen ausgeschnittenen Plastiklettern auf der ebenfalls weißen Wand wirken wie Schattenbilder. In einem Gespräch hat sie die Herkunft dieser Texte im übertragenen Sinne als Schattenbilder beschrieben – es sind Satzfragmente und Wörter aus asiatischen Gedichten, die die in Korea geborene Künstlerin „im Hinterkopf“ hatte, als die Arbeiten entstanden sind. Für den Betrachter der die Bedeutung der Wörter nicht entschlüsseln kann, bleiben es visuelle Zeichen, die auf die Herkunft der Fotografin verweisen.



*Hyeyeon Park*

Dies führt mich zu einem wesentlichen Punkt: Nämlich dem, wie die Herkunft der Künstlerin das beeinflusst, was sie geschaffen hat, und wie unser Wissen das prägt, was wir darin sehen. Hyeyeon Park ist in Seoul, Korea, geboren und hat dort an der University of Seoul angefangen, Bildhauerei zu studieren. 1999 ist sie nach Deutschland gekommen, um hier ihr Studium fortzusetzen und hat zunächst an der Bauhaus Universität in Weimar freie Kunst studiert, bevor sie von 2000 bis 2008 in der Klasse von Silke Grossmann an der Hoch-



Eröffnung der Ausstellung „Inherent Movement“ im Museum für Kunst und Gewerbe

schule für bildende Künste Hamburg (HFBK) Fotografie studiert hat. Sie selbst hat die Bezüge zur asiatischen Kunst im Gespräch immer wieder stark gemacht. Ihre Herangehensweise, die Suchbewegung der Kamera zu visualisieren, bringt sie mit der Vorstellung in Verbindung, wie sie Guo Xi, ein chinesischer Landschaftsmaler und Kunsttheoretiker des 11. Jahrhunderts, formuliert hat, der dem Maler empfiehlt, die Landschaft innerhalb eines Bildraums aus verschiedenen Perspektiven darzustellen. Ihre Ausschnitthaftigkeit des Blicks, hat sie in den chinesischen, koreanischen und japanischen Rollbildern wiedergefunden, in denen der Betrachter, der das Bild kontinuierlich abrollt, immer nur einen Ausschnitt des gesamten Bildes zu sehen bekommt. Die Kombination von Schrift und Bild ist ebenfalls etwas, was Hyeyeon Park der chinesischen, koreanischen und japanischen Malereitradition entlehnt sieht.

Dieser Verortung in einer asiatischen Tradition könnte man um Bezüge zur asiatischen Fotografie ergänzen. Ihre Arbeit lässt an Daido Moriyama denken, dessen grobkörnigen, gefühlsbetonten Aufnahmen von einem Kritiker mit dem Begriff des „intensiven Emotionalismus“ beschrieben worden sind, der in der japanischen Fotografie eine große Tradition hat.

Aus meiner europäischen Perspektive sind Bezüge zur deutschen Tradition und zum Diskurs, in dem sich Park an der Hochschule in Hamburg bewegt, jedoch viel deutlicher zu erkennen: Spätestens seit den 1990er Jahren wendet sich die künstlerische Fotografie der Raumin szenierung zu, dem Ausstellungsraum kommt größere Bedeutung zu. In der Ausstellung „Reste des Authentischen“ (Museum Folkwang, 1986) etwa hat Volker Heinze eine Arbeit gezeigt, in der die Abzüge in ähnlicher Weise

poetische Bezüge über die Wandfläche entwickelt haben. Das Werk von Silke Grossman ist hier zu nennen, die ebenfalls in den 1990ern vom Experimentalfilm kommend eine nichtlineare Erzählstruktur entwickelt hat, die mit der Montage und dem Schnitt arbeitet. Der vielleicht bekannteste Vertreter eines poetischen Sensualismus ist Wolfgang Tillmans mit seinen Rauminstallationen und assoziativen Bildordnungen.

Auch Hyeyeon Parks Verwendung der Bildmittel scheint durchaus von ihrer Zeit geprägt: Sie kehrt bewusst zur Schwarz-Weiß Fotografie zurück, die geradezu altertümlich daherkommt. Damit wendet sie sich gegen das selbstverständlich gewordene Arbeiten mit Farbfotografie in der künstlerischen Fotografie der Gegenwart. Mit den technisch sich ständig weiter entwickelnden Möglichkeiten, immer größere farbige Formate zu produzieren, hat der Fotograf den Print-Prozess in die Hände von Labormitarbeitern übergeben, der Künstler ist lediglich als Kontrollinstanz, jedoch nicht mehr physisch am Prozess beteiligt. Wer die lichten Räume des größten deutschen Farblabors Grieger in Düsseldorf kennt, dem muss die Dunkelkammer wie ein archaischer Ort vorkommen. Die Künstlerin besinnt sich mit der klassischen Schwarz-Weiß Fotografie auf das Handwerk und auf ein relativ kleines Format. Es sind Handabzüge, die sie selbst in der Dunkelkammer entwickelt und abzieht. Die Größe ihrer Abzüge orientiert sich daran, was sie allein in der Dunkelkammer bewerkstelligen kann. Die Arbeit im Labor bedeutet für sie auch konkrete körperliche Arbeit.

Zwischen den beiden Welten – der asiatischen Tradition, auf die sie sich bezieht und der deutschen Fotografie, in deren Kontext ihre Arbeit entstanden ist – ist die Arbeit von Hyeyeon Parks „inherent movements“ zu betrachten.

*Dr. Esther Ruelfs, Kuratorin und Leiterin der Sammlung Fotografie und Neue Medien im Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg (MKG). Der abgedruckte Text ist die leicht bearbeitete Fassung der Eröffnungsrede anlässlich der Ausstellung „Hyeyeon Park. Stipendium für Fotografie“ am 15.11.2012 im MKG.*



## Hamburg – Grüne Metropole am Wasser e.V.

### Wiederentdeckung einer einmaligen urbanen Kulturlandschaft

*Ende Mai 2013 war es so weit: Pünktlich als Begleitprojekt zur IGS hat der Verein Hamburg – Grüne Metropole am Wasser sein Projekt „Urbane Kulturlandschaft Hohes Elbufer“ eröffnet. Auf dem gut 20 Kilometer langen Höhenweg von St. Pauli bis Schulau hat er einen „Lehrpfad“ eingerichtet, auf dem Wegeschilder und 18 große Informationstafeln über Sehenswürdigkeiten, Besonderheiten der Landschaftsplanung und ihre Geschichte Auskunft geben.*

Während der Wanderweg entlang des Elbufers gut bekannt und beliebt ist, ist der Höhenweg mit seinen reizvollen Aussichtsbastionen, der sich vor allem im Ottensener Bereich und zwischen Nienstedten und Schulau erstreckt, heute dagegen weitgehend unentdeckt und wenig erschlossen. Dabei handelt es sich um eine beispielhafte klassizistisch-bürgerliche Stadtkulturlandschaft der Aufklärung, deren Bedeutung weit über die Landesgrenzen hinausreicht. Sie ist geprägt durch eine herausragende naturräumliche Situation am Rande des Elbeurstromtales, die Siedlungsgeschichte entlang der Elbchaussee, die ihre Hochzeit im ausgehenden 18. Jahrhundert hatte, durch die klassizistischen Repräsentationsvillen des Hamburger Bürgertums, die großen Gärten und Parks im aufgeklärten Landschaftsstil und die sozialreformerische Landnutzung Caspar Voghts. Die Architektur und Gartenkunst dieser urbanen Kulturlandschaft ist ein sichtbarer Ausdruck des aufklärerischen Geistes, aus dem heraus auch die Patriotische Gesellschaft von 1765 entstanden ist.

In den 1920er Jahren, als Altona noch selbständige Stadt war, war dieses Erbe eine wichtige Grundlage für das vom damaligen Oberbürgermeister Max Brauer und seinem Bausenator und Stadtbaurat Gustav Oelsner verfolgte Ziel, diese einmalige Naturlandschaft als Erholungsgebiet für die Großstadtbevölkerung zu sichern und zugänglich zu machen. Alle Elbparks mit Ausnahme des Goßler-Parks und ihre Verbindung durch einen öffentlichen Elbwanderweg wurden zu Oelsners Zeit verwirklicht. Durch eine weitsichtige Politik gelang es ihm, die dazu notwendigen Grundstücksankäufe und Enteignungen verschiedener privater Grundstücke zwischen Övelgönne und Teufelsbrück sowie Nienstedten und Blankenese zu realisieren. Oelsner und Brauer lösten damit nicht nur den damaligen politischen Anspruch der städtebaulichen Modernisierung Altonas ein, sondern sie schufen auch das Image Altonas als „Stadt der Parks und Gärten“.

Das Zusammenspiel von naturräumlichen Gegebenheiten, den vielfältigen Wasserläufen Hamburgs



*Informationstafeln sorgen dafür, dass die kulturellen Zusammenhänge am Hohen Elbufer bekannter werden*



mit der Siedlungsgeschichte, dem Städtebau, der Parkkultur und der Architektur bildet ein typisch hamburgisches Ensemble, das der frühere Hamburger Oberbaudirektor Fritz Schumacher für den innerstädtischen Bereich „das Kunstwerk Hamburg“ genannt hat.

Der Verein Hamburg – Grüne Metropole am Wasser hat es sich zur Aufgabe gemacht, Hamburgs wasserbezogene urbane Kulturlandschaften aus der Vergessenheit herauszuholen, sie für die Öffentlichkeit wieder sichtbar und attraktiv zu machen. Vor allem geht es uns darum, ein öffentliches Bewusstsein von dem Wert dieser Kulturlandschaften und der Notwendigkeit ihrer Erhaltung zu schaffen. Dieses gilt sowohl für die historische Entwicklung der Bauten sowie Park- und Landschaftsgestaltung, den Unterhalt und die Pflege der Grünanlagen, als auch für ihre Aneignung und Nutzung durch die Allgemeinheit unter heutigen Bedingungen.

Mit diesem Ziel hat der Verein als erstes Projekt, sozusagen als Pilotprojekt, die Wiederentdeckung der „Urbanen Kulturlandschaft Hohes Elbufer“ in Angriff genommen und abgeschlossen.

Um das historische Erbe einiger der großen Elbparks, wie dem Jenisch Park oder dem Hirschpark, kümmern sich ehrenamtlich eigens für diesen Zweck gegründete Vereine mit großem Engagement; auch sind die Bürgervereine der Elbvororte sehr aktiv an der Parkpflege beteiligt. Es fehlt jedoch die übergeordnete Perspektive, die die gesamte Stadtlandschaft als Kulturraum in den Blick nimmt. Hier sieht der Verein Hamburg – Grüne Metropole am Wasser seine besondere Aufgabe.

Nicht ohne Grund sind ihm daher mehrere Bürger- und Parkvereine und die Oelsner Gesellschaft als Mitglieder beigetreten. Außerdem wurde er bereits mehrfach von der Bezirkspolitik bei Entscheidungen, das Hohe Elbufer betreffend, zu Rate gezogen.

Um die kulturellen Zusammenhänge am Hohen Elbufer bekannter zu machen, haben wir ein Planwerk aus sechs einzelnen Wanderkarten im Schubert entwickelt,<sup>1</sup> die sowohl den durchgehenden Elbuferweg als auch einen weitgehend unbekanntem durchgehenden Höhenweg zeigen. Dazu werden mit Bild, Text und Markierung die wichtigsten Parks und Bauwerke beschrieben. Jede Karte umfasst einen Abschnitt, der in eineinhalb bis zwei Stunden begangen werden kann.

Weiterhin wurden 16 Informationstafeln aufgestellt, die an den wichtigsten Punkten vertiefend die Umgebung und die historischen Hintergründe beschreiben.

Zwei Tafeln am Beginn des Wanderweges am Stintfang und am Ende in Schulau geben die inhaltliche Übersicht über den Verlauf. Das Wegesystem ergänzt wird durch Wegemarkierungen, die nach Ufer- und Höhenweg unterschieden sind.

Wie im vergangenen Sommer werden wir auch im Sommer 2014 einige Führungen mit sachkundigen Erläuterungen auf Teilabschnitten anbieten.

Wir danken der HASPA, der Herrmann-Reemstma-Stiftung und der Hamburgischen Bürgerschaft für ihre Spenden bzw. Zuwendung, die die Finanzierung der Grafiken, Pläne, Tafeln und Wegweiser ermöglicht haben.

Nicht nur die Elbe, sondern auch die Alster bedarf unserer Aufmerksamkeit. Zur Einleitung unseres weiteren Projektes haben wir im Juni 2012 eine Alsterdampferfahrt durchgeführt, um unter fachkundiger Führung durch Dr. Jens Beck vom Denkmalschutzamt und Prof. Hans-Günther Burkhardt von der Schumacher-Gesellschaft den Alsterlauf von Winterhude bis Ohlsdorf zu studieren. Dieser

<sup>1</sup>Der Kartenschuber *Urbane Kulturlandschaft „Hohes Elbufer“ in Hamburg-Altona*, ISBN 978-3-8319-0514-0, ist im Buchhandel oder über die Geschäftsstelle der Patriotischen Gesellschaft, Trostbrücke 4-6, 20457 Hamburg, erhältlich.

Flussabschnitt war in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in der Stadtplanung Fritz Schumachers und seines Gartendirektors Otto Linne ein wesentlicher Entwicklungsbereich, dessen Umsetzung jedoch unvollendet geblieben ist. Zeugnisse dieser Planungen sind vielfach an dem abschnittsweise künstlerischen Ausbau der Alsterufer bis heute sichtbar.

Auch die weithin unbekannte Kulturlandschaft der Bille und des Hamburger Kanalsystems in den Stadtteilen Hammerbrook, Billbrook, Hamm-Süd und Rothenburgsort harrt auf ihre Wiederentdeckung. Ihr wollen wir uns perspektivisch daher auch annehmen.

Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Erhaltung und Entwicklung der historischen Grünanlagen ermöglichen und attraktiv machen.

*Jan Michael Runge, 1. Vorsitzender des Vereins Hamburg – Grüne Metropole am Wasser*



Auf ein Problem sind wir bei unseren Arbeiten und Erkundungen der verschiedenen Gebiete leider immer wieder gestoßen: Die öffentliche Pflege der historischen Park- und Grünanlagen ist unterfinanziert und überall mangelhaft. Auch wenn wir der Auffassung sind, dass die öffentliche Hand hier in der Verantwortung ist und bleiben muss, sind wir doch davon überzeugt, dass zusätzlich – auch private – alternative Wege zum Erhalt der kulturellen Werte unserer Parkanlagen gefunden werden müssen. Wir werden daher mit der Patriotischen Gesellschaft von 1765 und einschlägigen Experten Modelle entwickeln, die eine verantwortungsvolle

I.K.A.R.U.S. e. V.

## Impulsgeber für eine zukunftsfeste Bürgerarbeit 50plus

Seit 1986 arbeitet I.K.A.R.U.S. e.V. (Informations- und Kontaktstelle Aktiver Ruhe-Stand) an der Verbesserung der Lebensbedingungen für ältere Bürgerinnen und Bürger in Hamburg. Ziel ist es, deren Chancen für ein selbstbestimmtes, gesundes und sinnerfülltes Leben in der Großstadt zu erhöhen und aktive Teilhabe dieser wachsenden Personengruppe zu ermöglichen.

Die Angebote richten sich vorzugsweise an Angehörige bildungsferner Schichten und/oder Personengruppen mit geringem Einkommen und Status. Denn es fehlt gerade hier oftmals noch an individueller Orientierung, an Medien-, Gesundheits-, und Sozialkompetenz.

Qualifizierte fachliche Beratung, Vermittlung und Information, die zum zivilgesellschaftlichen Engagement Einzelner oder von Gruppen im Wohnumfeld ermutigen, ist gerade in letzter Zeit zum besonderen Schwerpunkt der Arbeit des Vereins geworden. Das langjährige Wirken von I.K.A.R.U.S. e.V. hat vielfache Anerkennung gefunden und war Modell für ähnliche Projekte über Hamburg hinaus:

- AOK-Gesundheitspreis
- *Irmgard-Großner-Preis (Paritätischen Wohlfahrtsverband Hamburg.)*
- *Resonanz beim Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie, im Hörfunk und in der Ratgeber-Literatur*
- *Mitwirkung an Podiumsdiskussionen, Stadtteilkonferenzen, bei fachbezogenen Tagungen, Workshops, lokalen Netzwerken etc.*
- *Übernahme des I.K.A.R.U.S.-Konzepts in anderen Kommunen des In- und Auslandes*

Die vorausschauende Praxis von I.K.A.R.U.S. e.V., die demografische Herausforderung in Hamburg produktiv anzugehen, ist heute aktueller denn je. Die sozialdemografischen Daten für Hamburg zeigen deutlich den wachsenden Anteil Älterer und deren spezifische Bedarfslagen, die in den Stadtteilen merklich differieren können.

Dem steten Strukturwandel der Stadtgesellschaft folgend, hat sich der Verein zunehmend einem quartiersbezogenen Handlungsfeld zugewandt,



das die traditionellen Angebote der Altenhilfe erweitern soll. Damit gewinnt I.K.A.R.U.S. e.V. ein neues Profil, das für alle Beteiligten eine besondere fachliche und personelle Herausforderung darstellt.

**Gemeinsam für unsere Stadt – die Perspektiven** Zur Bewältigung dieser komplexen und arbeitsintensiven Quartiersarbeit in ausgewählten Stadtteilen haben sich drei Senioreneinrichtungen: Seniorenbüro Hamburg e.V., Seniorenbildung Hamburg e.V. und I.K.A.R.U.S. e.V. zu einem Verbund zusammengeschlossen: „Nachbarschaftlich selbstorganisiert“ – NASE. Dabei bleiben die Einzelorganisationen eigenständig in der Verfolgung ihrer Aufgaben und der Umsetzung gemeinsamer Projektziele.

Das Projektmanagement der verschiedenen Gruppenaktivitäten und die Vernetzung mit anderen Akteuren im Stadtteil soll durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden, um weitere Aktiv-Senioren und institutionelle Bündnispartner für ein langfristiges Engagement in der Freiwilligenarbeit zu gewinnen. Die Friedrich und Louise Homann-Stiftung unterstützt diese Werbekampagne finanziell.

Hilfreich sind zugleich die räumliche und inhaltliche Kooperation mit dem Seniorenbüro Hamburg sowie die Vertretung des Vereins in der Senioren delegiertenversammlung Hamburg-Mitte durch den 1. Vorsitzenden.

Die Mitwirkung an der Hamburger Initiative der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV): „Pakt für Prävention“ im Segment „Gesund alt werden in Hamburg“ verstärkt die gemeinsamen gesundheitspolitischen Ziele durch steten Erfahrungsaustausch und spezifische Informationsangebote bei I.K.A.R.U.S., z. B. „Ernährung im Alter“.

Ähnliche Synergie-Effekte entstehen im Hamburger Netzwerk für bürgerschaftliches Engagement, AKTIVOLI. Hier beteiligt sich I.K.A.R.U.S. e.V. jedes Jahr als Aussteller, Ko-Organisator sowie 2013 als Veranstalter von Workshops zur Freiwilligen-Arbeit.

Der Focus auf bürgerschaftlichem Engagement, gelebter Urbanität sowie sozialer und kultureller Teilhabe aller Stadtbewohner trifft sich mit dem modernen Leitbild der Patriotischen Gesellschaft, die von Anbeginn die ausgegründete „Tochter“ materiell und ideell unterstützt hat. Auf dieser Grundlage wird es auch zukünftig vielfältige praktische Anknüpfungspunkte für das gemeinsame Anliegen einer selbstbewussten und starken Zivilgesellschaft geben – „Nützlich für Hamburg. Aktiv für die Menschen“.

*Dr. Klaus-D. Curth, 1. Vorsitzender von I.K.A.R.U.S. e.V.*



04/

Arbeitsfelder und Aktivitäten

## Arbeitskreis Denkmalschutz

### Keine urbane Lebensqualität ohne Denkmalschutz

„Baudenkmale“, so hat die Kultursenatorin, Barbara Kisseler, im Januar 2012 anlässlich eines Beiratsessen der Patriotischen Gesellschaft ausgeführt, „bilden die Identität einer Stadt, sie sind gleichsam Anker der Selbstvergewisserung unserer städtischen Gesellschaft ...“ Es sei die „wichtigste Aufgabe“ des Denkmalschutzes, das in Jahrhunderte langen Entwicklungen entstandene unverwechselbare Gesicht einer Stadt und damit ihre Qualität zu wahren. Dass der Denkmalschutz in Hamburg gleichwohl keinen leichten Stand hat, deutete die Senatorin mit einem Hinweis auf Alfred Lichtwarks Bonmot von der „Freien und Abrissstadt Hamburg“ an.

Der Arbeitskreis Denkmalschutz sieht seine Aufgabe darin, Denkmalschutz und Denkmalpflege in Hamburg zu befördern und zu stärken. Dabei versteht er sich als kritischer Begleiter des staatlichen Denkmalschutzes und als Impulsgeber und Forum für die öffentliche Debatte über die Belange des Denkmalschutzes in der Stadt. Inwieweit historische Bauten und Landschaftsgestaltungen als Ausdruck des Selbstverständnisses, Charakters und auch der Werte unseres Gemeinwesens wahrgenommen und als das empfunden werden, was uns verbindet, ist letztlich das Ergebnis öffentlicher Diskurse und Übereinkunft: Es lässt sich nicht verordnen. Bürgerschaftliches Engagement ist daher eine unverzichtbare Voraussetzung für die Bewahrung historischer Bauten. Andererseits ist der durch Gesetz als hoheitliche Aufgabe bestimmte staatliche Denkmalschutz eine zentrale Gewähr dafür, dass die Denkmalerhaltung nach wissenschaftlichen Standards und entsprechenden Qualitätskriterien erfolgt und demokratischer Repräsentation und Kontrolle unterliegt.

Für die Patriotische Gesellschaft hat der Denkmalschutz darüber hinaus eine ganz praktische Bedeutung: Ihr Haus an der Trostbrücke ist eines der ersten in Hamburg unter Denkmalschutz gestellten Baudenkmale. 1847 eingeweiht gehört es heute zu den bedeutenden historischen Bauten der Stadt. Seine denkmalschutzgerechte Erhaltung ist einer der satzungsmäßigen Zwecke der Gesellschaft.

Der Arbeitskreis Denkmalschutz nimmt seine Aufgabe wahr, indem er auf ganz unterschiedliche Weisen eine möglichst große Öffentlichkeit über grundsätzliche Fragen und aktuelle Probleme der Denkmalerhaltung in der Stadt herstellt. Zu seinen Aktivitäten gehören u. a.:

- Besichtigungen von Baudenkmalen und Exkursionen wie beispielsweise regelmäßige Schiffsausflüge, mit denen Denkmale entlang der Elbe ge- und besucht werden;
- Recherchen zu weniger bekannten oder von Zerfall und Abriss bedrohter Denkmale und Erarbeitung von Vorschlägen für ihren Erhalt. Eine besondere Aktion in diesem Zusammenhang ist „SOS – Denkmal in Not“: Auf der Internetseite der Patriotischen Gesellschaft können Bürgerinnen und Bürger historische Bauwerke direkt melden, die ihnen als bedroht oder gefährdet aufgefallen sind;
- Meinungsaustausch mit den für den Denkmalschutz zuständigen Abgeordneten der Bürgerschaftsfraktionen; dieser findet alle zwei Jahre in öffentlicher Veranstaltung statt;
- Informierung der Behörden und verantwortlichen Gremien der Stadt über bedrohte Denkmale;
- Unterstützung von Initiativen und Vereinen, die sich für den Denkmalschutz in einem Stadtteil engagieren oder für ein bestimmtes denkmalgeschütztes bzw. denkmalwürdiges Objekt einsetzen;
- Ausstellungen;
- Auslobung und Vergabe des Preises der Patriotischen Gesellschaft für Denkmalpflege; der Preis wird mit Unterstützung der Ilse-Lübbbers-Stiftung – einer unselbständigen Stiftung der Patriotischen Gesellschaft – alle drei Jahre für besonders vorbildlich restaurierte historische Gebäude vergeben.

Der jährliche Schiffsausflug ging 2012 zu den Fabrikbauten der ehemaligen Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine (GEG) auf der Peute. Der Abgeordnete Klaus Lübke (SPD) der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte führte durch die in den 1920er Jahren erbauten Hallen, deren aufwändig gestalteten Treppenhäuser erhalten sind und noch heute beeindruckend. Die historischen Hallen stehen weitgehend leer, einige Flächen werden als Künstlerateliers genutzt. Teile dieses Ensembles sind vom Abriss bedroht.

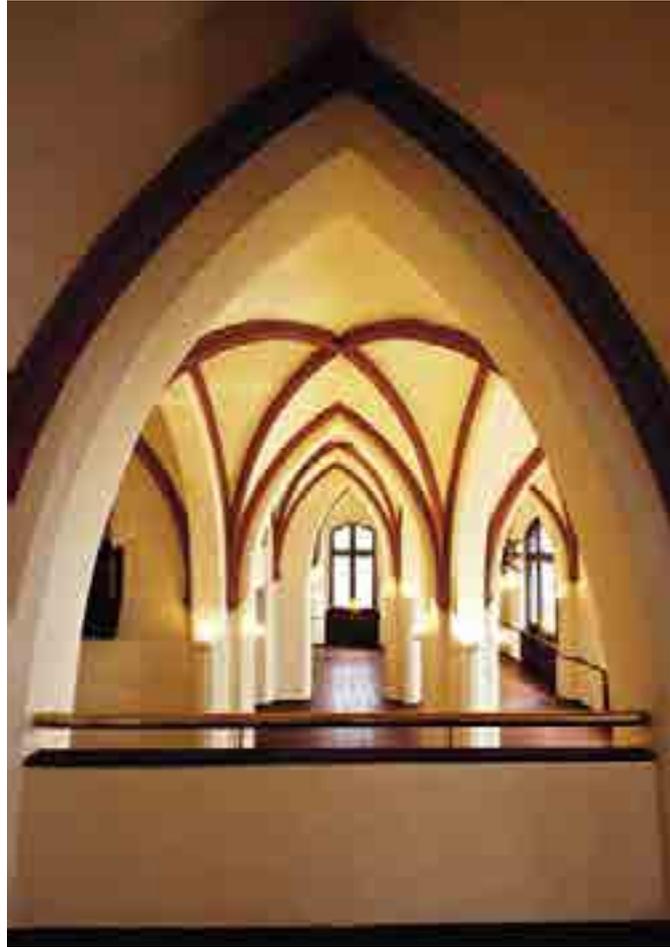
Auch 2013 reizte der „Sprung über die Elbe“ per Schiff – dieses Mal entlang der Werften am Rei-

herstieg, durch die mit hohem architektonischen Anspruch neu errichtete Ernst-August-Schleuse über den gleichnamigen Kanal in den mitten durch die neuen und historischen Wohngebiete Wilhelmsburgs führenden, und im hinteren Teil jüngst auch vertieften, Aßmannkanal. Ziel war der neu geschaffene Anleger am Rathaus Wilhelmsburg, „Wassertor“ zu igs und IBA.

Intensiv beschäftigt hat sich der Arbeitskreis mit den so genannten City-Hochhäuser am Hauptbahnhof, die in den 1950er Jahren errichtet worden sind und in denen heute das Bezirksamt Hamburg-Mitte untergebracht ist. Nach Planungen der Stadt sollen sie abgerissen und durch eine neue Bebauung ersetzt werden. Die Finanzbehörde wollte die Fläche im März 2012 international zum Verkauf anbieten, hat dies jedoch wieder verschoben, weil die neue Unterbringung des Bezirksamts noch ungeklärt ist. Im Arbeitskreis gegen die Auffassungen über die architekturhistorische Bedeutung der City-Hochhäuser und einer möglichen neuen baulichen Gestaltung des Areals auseinander.

Mit Interesse hat der Arbeitskreis 2011/12 auch die Fortschritte für die Errichtung des Eduard Bargheer Museums verfolgt. Das Museum mit Ausstellungshaus, Depotgebäude, Museumspädagogik und einem Café wird nach einer entsprechenden Grundsanierung und Modernisierung des Inneren im Gebäudeensemble am nordwestlichen Rand des Jenischparks entstehen. Neben der Präsentation der Bargheer-Sammlung soll sich das Museum auch den Künstlerfreunden Bargheers widmen, ein Forum für junge Künstler bieten und Beiträge zu den deutsch-italienischen Kulturbeziehungen leisten. Trägerin ist die Stiftung Eduard Bargheer Museum, die tatkräftig durch die Eduard-Bargheer-Gesellschaft e.V. unterstützt wird. Ermöglicht wird die Einrichtung des Museums durch großzügige Spenden vor allem der Hermann Reemtsma Stiftung und der Hans-Otto und Elke Schümann Stiftung.

Den Preis der Patriotischen Gesellschaft für Denkmalpflege erhielten im Herbst 2011 die Katholische Kirche „Maria Himmelfahrt im Grünen“ in Blankenese und das Von-Nyegaard-Stift an der



„Zum Alten Rathaus“ – Räumlichkeiten im denkmalgeschützten Haus der Patriotischen Gesellschaft von 1765

Max-Brauer-Allee in Altona. In die engere Wahl hatte die Jury acht weitere Objekte genommen, zu denen u. a. gehörten: die Blankeneser Kirche am Markt, das Haus Sieveking, die Wohnhäuser Wohlwillstraße 19–23, das Kesselhaus des AK Barmbek und das Iduna-Germania-Haus. Alle Objekte sind in einer Broschüre ausführlich dargestellt. Sie kann über die Geschäftsstelle bezogen oder von der Website der Patriotischen Gesellschaft heruntergeladen werden. Den Festvortrag anlässlich der sehr gut besuchten Preisverleihung hielt Prof. Dr. Goerd Peschken, die Laudationen für die beiden Gewinner hielten Prof. Dr. Klein (s. folgenden Beitrag) und Frau Dr. Thomsen.

Im Grußwort des Vorstandes der Patriotischen Gesellschaft anlässlich der Preisverleihung betonte Malte C. Krugmann u. a.: „Neuerungen und



*Der Arbeitskreis Denkmalschutz freut sich über neue MitstreiterInnen und auch Gäste. Er trifft sich in der Regel jeden dritten Mittwoch im Monat von 18:30 Uhr bis 20:30 Uhr im Gesellschaftsraum der Patriotischen Gesellschaft von 1765, Trostbrücke 4, 2. Stock. Aktuelle Informationen zu Terminen und zur Arbeit des Arbeitskreises finden sich außerdem im Internet auf der Homepage der Patriotischen Gesellschaft ([www.patriotische-gesellschaft.de](http://www.patriotische-gesellschaft.de)).*

Innovationen der städtischen Architektur und Stadtentwicklung werden nur dann die besondere Lebensqualität urbaner Räume erhalten und neu schaffen, wenn sie in der Auseinandersetzung mit der Tradition entstehen: Zeitgenössischer Städtebau mit menschlichen Maßen entsteht aus der Reibung zwischen den Entwürfen für eine neue Stadt und der Substanz der alten. Die alten Gebäude, ob sie als einzelne oder im Ensemble erhalten sind, verkörpern die Geschichte des baulichen Ausdrucks unterschiedlicher gesellschaftlicher Entwicklungsstadien und kollektiver Baunutzungen, sie sind insofern ein Gedächtnis unabgeholter Ansprüche und Strategien, die mit Blick auf neue Erfordernisse und Ansprüche in selbstkritischer Absicht herangezogen werden müssen. In diesem Sinne dienen Denkmalschutz und Denkmalpflege aus Sicht der Patriotischen Gesellschaft keineswegs bloß historischer Betrachtung, sondern haben eine imminente Bedeutung für die zukünftige Qualität von Architektur und Stadtentwicklung.“

Das Jahr 2013 begann mit der regelmäßig inmitten der Legislaturperiode der Bürgerschaft stattfindenden Diskussion mit Politikern und Politikerinnen der dort vertretenen Parteien, gemeinsam veranstaltet mit dem Verein der Freunde der Denkmalpflege. Über 130 Teilnehmer/innen, auch aus weiteren anderen Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen, hörten auf die Statements der prominent vertretenen Parteien und nahmen engagiert teil an der anschließenden Diskussion. Die Veranstaltung hat sich als ein Forum für die Initiativen zur Rettung gefährdeter Denkmalschutzobjekte erwiesen.

*Dr. Angela Graf*



*Diskussionsveranstaltung „Denkmalschutz und Politik“*

## Preis für Denkmalpflege 2011

**Ausgezeichnet: Katholische Kirche  
„Mariä Himmelfahrt im Grünen“**

*Die katholische Pfarrkirche „Mariä Himmelfahrt im Grünen“ (volkstümlich „Maria Grün“) in Hamburg-Blankenese ist, als früher Sakralbau der Moderne des österreichischen Architekten Clemens Holzmeister und Hüter eines Schatzes von 22 Fenstern Heinrich Campendonks, ein Baudenkmal von zweifellos europäischem Rang, dem Hamburger Kulturbewusstsein aber noch nicht angemessen präsent.*



Substanzgefährdende Bauschäden erforderten eine grundlegende technische Sanierung, bei der auch liturgisch motivierte Umbauten der 1960er Jahre teils in den ursprünglichen Stand rückgeführt, teils, wie einer lebenden Kirche gemäß, der Glaubensentwicklung (und gut belegten Absichten der Erbauer) folgend fortgeschrieben wurden.

Clemens Holzmeister, einer der bedeutendsten katholischen Kirchenbaumeister des 20. Jahrhunderts, theologisch der Liturgiereformbewegung der 1920er Jahre nahestehend, errichtete 1930 einen klinkerverblendeten Zylinder mit quaderförmigem Turm nach Norden, der nach Süden vom gleichfalls zylindrischen Chor durchdrungen und konzentrisch umfasst wird vom Ring der Nebenräume, aus dem Marienkapelle und Sakristei halbrund hervorspringen.

Heinrich Campendonk, ursprünglich „Blauer Reiter“ und der wohl bedeutendste Künstler des Rheinischen Expressionismus, entwarf für die Kirche drei je fünfteilige Farbfenster-Zyklen: Engel

im Chor (1930), im „Schiff“ farbenglühende christologische bzw. mariologische Symbole (1936), ferner das Heiliger-Geist-Fenster der zentralen Laterne und drei Fensterpaare für Marien-, Tauf- und Beichtkapelle (1940–43, teils posthum ausgeführt) – eine einzigartige Entwicklungsreihe seiner Kunst, doch durchzusetzen gegen Kritik und Widerstand des NS-Regimes! (Holzmeister und Campendonk waren schon 1933 als Professoren der Düsseldorfer Akademie entlassen, ihr Werk als „Kunstschund“ und „jüdischer Kulturbolschewismus“ verunglimpft worden; paradoxerweise aber wurde Holzmeisters gleichzeitiges Schlageter-Denkmal in Düsseldorf zur „Weihestätte“ der NS-Bewegung erklärt! [vgl. Fuhrmeister]).

Die jetzt abgeschlossene bautechnische Sanierung umfasst folgende Maßnahmen: Vorher war vergeblich versucht worden, den Wasserschäden des unzulänglich entwässernden Grabendaches dadurch zu begegnen, dass die Außenwand um ca. einen halben Meter abgebrochen, eine Dachrinne vor-

gehängt und die durchfensterte Laterne beseitigt wurde. Das Dach war also technisch korrekt zu decken, Laterne und rinnenfreies Gesims wurden rekonstruiert, die Proportionen des Baus durch Aufmauerung zur ursprünglichen Höhe wiederhergestellt, die Fenster durch Witterungsschutz gesichert, die verspakte und gerissene Klinker-Außenschale hinterlüftet, die Verankerung erneuert, Fugen gereinigt, defekte Steine (original gebrannt) ersetzt und dabei die Dynamik des spiraligen Steinversatzes klar herausgearbeitet.

Im Inneren wurde der ursprüngliche Sandsteinboden freigelegt, funktionell entbehrliche Absseiten zwecks Platzgewinn (um ca. ein Drittel) in den Hauptraum einbezogen, thematisch passend die Kapellenfenster neu verteilt, das Lichtkonzept überarbeitet, insbesondere die charakteristische indirekte Beleuchtung optimiert und die (nachträglichen) Decken-Spotlights beseitigt.

Als denkmalpflegerische Aspekte liturgisch motivierter Maßnahmen sind hervorzuheben:

- Die theologisch zentralen Teile der Liturgie wurden im Chor zusammengeführt: Altar (Messopfer), Ambo (Verkündigung), Taufschale (am Choreingang platziert); die eucharistische Gegenwart Christi im Tabernakel, zwischenzeitlich in die Marienkapelle verlegt, nun wieder wie ursprünglich im Chor (Ausstattung Andreas Kasperek, der originale Tabernakel z. Zt. magaziniert).
- Umgekehrt wurde die Marienkapelle wieder am ihr zukommenden Ort eingerichtet.
- Die Zelebration „verso publico“, schon in den 1960er Jahren realisiert und heute allgemein üblich (aber wohl auch schon Reformabsicht des Architekten), bedingte das Absenken der Chorebene und Änderung der Altardimensionen.
- Die dunkle Wandvertäfelung, oft als zu düster und als erst nachträglich kritisiert, ist den Bauplänen zufolge original: 1936 zusammen mit den farbsatten Fenstern eingebaut, bewirkt sie mit diesen das vom Architekten für den Gemeinderaum ausdrücklich gewünschte Dämmerlicht und war zu erhalten, wurde aber im kontrastierenden lichten Chor, wo sie schon vorher entfernt worden war, nicht erneuert.

Prof. em. Dr. Peter Klein, Mitglied des Arbeitskreises Denkmalschutz der Patriotischen Gesellschaft von 1765



### „Mariä Himmelfahrt im Grünen“

#### Standort

- Schenefelder Landstraße 3, 22587 Hamburg

#### Baujahr

- 1929/30

#### Architekt

- Clemens Holzmeister

#### Bauherr/Eigentümer

- Katholische Pfarrgemeinde „Maria Grün“

#### Restaurierung

- in Etappen 2004–2011

#### Architekten der Restaurierung

- Hansjochen und Gerlinde Müitel

#### Denkmalschutz

- seit 1996

---

Literatur: Zum 75. Weihetag der Kirche Maria Grün: Die Kirche Maria Grün 1930-2005, hrsg. von der Katholischen Kirchengemeinde Maria Grün, Hamburg 2005 (mit Lit.-Verz. Fuhrmeister).

## Arbeitskreis Stadtentwicklung

### Wo bleibt der Kümmerer?

„Warum kann Hamburg nicht Fahrrad?“ fragte die Patriotische Gesellschaft am 29.01.2013 die Damen und Herren auf dem Podium im gut gefüllten Reimarus-Saal. Und sie stellte über ihren Arbeitskreis Stadtentwicklung gleich dazu fest, dass die Stadt Hamburg bei dem Thema „20 Jahre nicht wirklich vorangekommen“ ist.

Dabei nahmen die Patrioten Bezug auf eine Denkschrift, die der Arbeitskreis Zukunftsfragen bereits 1992 verfasst hatte. In ihr waren sieben Sofortmaßnahmen für eine fahrradfreundliche Innenstadt formuliert worden. 20 Jahre später war davon – abgesehen von wenigen Ansätzen – praktisch nichts umgesetzt.

In der Diskussion wurde insbesondere durch die Beiträge des Fahrradbeauftragten der Stadt Köln, Jürgen Möllers, deutlich, woran es in unserer Stadt fehlt. Um den Fahrradverkehr kraftvoll voranzubringen, braucht es neben dem Geld für die Infrastruktur und einer Annäherung der Geschwindigkeiten von motorisiertem und nichtmotorisiertem Verkehr (letztlich also Tempo 30) vor allem eines: die Person eines Kümmerers. Dieser sollte erster Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sein und diese durch eine permanente stark offensive Öffentlichkeitsarbeit einbinden. Er müsste auch einen kurzen Draht zu den politischen Entscheidungsträgern, den Verkehrsplanern und der Polizei haben.

Übereinstimmend lautet die zentrale Frage aller heutigen Stadtplaner: „Wie bewegen wir uns künftig, und das nachhaltig?“ Die Antwort lieferte die *Süddeutsche Zeitung* am 09.01.2012: „Stadtplaner und Bürgermeister setzen auf das Fahrrad.“ Nach Kopenhagen, Amsterdam und Münster steigern immer mehr Städte gezielt den „Radleranteil“, drängen konventionelle Autos zurück und schaffen Platz für Radfahrer und Fußgänger.

Gerade in der komplizierten Verwaltungsstruktur in Hamburg mit mindestens einer zuständigen Fachbehörde, zusätzlich sieben Bezirksämtern und einer Polizeidienststelle, die ihre speziellen Sicherheitsinteressen mit gehörigem Nachdruck einbringt, stößt jedoch so gut wie jede aktive Fahrradpolitik rasch an die Barrieren der bestehenden Verwaltungsstrukturen und damit an die Grenzen einer praktischen Umsetzung. Die negativen Folgen eines fehlenden Durchsetzungsvermögens sind Gegenstand vielfältiger Zeitungsberichte und ergänzender Kommentare:

- So kritisierte der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) am 07.02.2012 im Hamburger Abendblatt (HA) die Radverkehrsstrategie des Senats. In Hamburg müsse „um jeden zusätzlichen Meter Radfahr- oder Schutzstreifen gekämpft werden. Es gäbe nur dann keine Widerstände ..., wenn dem Auto nichts weggenommen werden müsse.“
- Das Netz der 14 Velorouten in dieser Stadt betrachtete das HA am 02.08.2012 und stellte fest: „Senat verzögert Radwege-Bau – Der Ausbau stockt.“ Anlass waren Aussagen des Bezirksamtes Wandsbek, dass man wegen der Busbeschleunigung und des Wohnungsbauprogramms „kaum freie Kapazitäten in der Verwaltung für Planung und Ausführung des Ausbaus von Radwegen“ habe. Aktuell könne das hierfür zur Verfügung stehende Geld „nicht komplett ausgegeben“ werden – legte die Wirtschaftsbehörde auf Nachfrage nach.
- In einem ergänzenden Kommentar sprach das HA von einem „Recht der Radfahrer auf gute Radwege oder Radstreifen“ und merkte an: „Jeder, der mit dem Rad zur Arbeit fährt, zum Einkauf oder zu Freunden, lässt sein Auto stehen. Aber auf solch vorbildliches Verhalten fährt die Landesregierung leider nicht ab.“
- Wenige Tage später beklagte der stellvertretende Chefredakteur des HA – er war auch Moderator der Veranstaltung der Patrioten – am 13.08.2012 den Zustand der Radwege in Hamburg, die vielfach „als solche kaum erkennbar“ seien. Zusätzlich habe der Senat das Ziel einer Erhöhung des Radverkehrsanteils auf 18 % in 2015 „still und leise kassiert.“ Stattdessen werde – so der Senat – „die Radverkehrsstrategie unabhängig von einem Zeitziel im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen“ weiter umgesetzt.
- Als Reaktion auf die Präsentation eines „Fortschrittsberichts“ durch den Wirtschaftssenator verglich das HA in seinem Kommentar am 24.04.2013 einige Formulierungen darin mit einem „Eintrag ins Armutszeugnis, ... (da) das Thema Radfahren von diesem Senat nicht sonderlich wichtig genommen wird. Für diese Erkenntnis braucht man nicht einmal passionierter Radler zu sein.“

Die kritischen Kommentare und Berichte ließen sich noch beliebig fortsetzen. Drastisch stellte das HA am 08.10.2012 zusammenfassend fest: „Das Rad erobert die Stadt – ohne dass die Politik es richtig bemerkt.“ Insoweit reihte sich die Fahrrad-Veranstaltung der Patrioten nahtlos in den Kanon derjenigen ein, welche die Akzente der lokalen Verkehrspolitik falsch gesetzt und zu eng auf die Busbeschleunigung fokussiert sehen.

Doch scheinen inzwischen auch die Bezirke umzudenken: Rief doch das HA am 30.08.2013 den Bezirk Mitte zum „Fahrrad-Bezirk“ aus. Ein neues Signal, nachdem sich die sieben Bezirksamtsleiter in Kopenhagen umgesehen hatten und bezüglich des Radverkehrs zu der Erkenntnis kamen: „Wir müssen dieses Thema völlig neu denken.“ Und noch konkreter formulierte es Andy Grote, seit Kurzem Leiter des Bezirksamts Hamburg-Mitte: „Wir brauchen eine neue Aufteilung der Flächen im Straßenraum ... und auch eine Veränderung der Haltung zum Radverkehr.“

Ihre neu gewonnen Einsichten wollen die sieben alsbald mit dem Ersten Bürgermeister erörtern. Seien wir gespannt und aufmerksam, welche Möglichkeiten sich für eine veränderte Radverkehrspolitik in Hamburg wirklich auftun. Die Patriotische Gesellschaft wäre gut beraten, mit ihrer nächsten Nachfrage nicht noch einmal 20 Jahre zu warten.

Neben diesem Schwerpunkt hat der Arbeitskreis in den beiden vergangenen Jahren Stellung genommen u. a. zur Situation des Wohnungsbaus, zu dem Problem des Verbindungsweg zwischen Innenstadt und HafenCity sowie zum Innenstadtkonzept der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU). Mitglieder des Arbeitskreises haben sich an den Workshops und Veranstaltungen beteiligt, die die Behörde zum Innenstadtkonzept, zum Teil im Haus der Patriotischen Gesellschaft, durchgeführt hat.

*Eckehard Herrmann, Sprecher des Arbeitskreises Stadtentwicklung der Patriotischen Gesellschaft von 1765*

*Der Arbeitskreis Stadtentwicklung ist offen für neue Teilnehmerinnen und auch Gäste sind ihm willkommen. Er trifft sich in der Regel jeden zweiten Montag im Monat von 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr im Gesellschaftsraum der Patriotischen Gesellschaft von 1765, Trostbrücke 4, 2. Stock. Aktuelle Informationen zu Terminen und zur Arbeit des Arbeitskreises finden sich außerdem im Internet auf der Homepage der Patriotischen Gesellschaft ([www.patriotische-gesellschaft.de](http://www.patriotische-gesellschaft.de)).*



## Bülow-Wettbewerb 2011

### Das Schloss der Zukunft

*Die ständige Reflexion über die Werkzeuge unserer Disziplin ist für uns als Architekten eine der schwierigsten Herausforderungen, denen wir uns bei keiner Aufgabe unserer Tätigkeit entziehen können.*

*Wir müssen heute vor allem vor dem Hintergrund der Veränderungen der gegenwärtigen Kultur ständig über die Werkzeuge reflektieren, die die Essenz des Entwurfes und den Kern unserer Methode bilden. Unsere Entwurfsmethoden müssen heute immer mehr den Phänomenen der Individualisierung, der Fragmentierung und der Vielfältigkeit Rechnung tragen und sich ständig anpassen. Bei dieser Forschung müssen wir vor allem über Faktoren nachdenken, die wesentlich für unsere Arbeit sind, wie Zeit und Raum.*

Der italienische Philosoph Aldo Schiavone beobachtet in seinem Buch *Storia e destino* (Geschichte und Schicksal) die Beschleunigung der Phänomene, die unsere globalisierte Welt immer mehr prägen. Er stellt fest, dass wir uns plötzlich in einer Welt wiedergefunden haben, in welcher der Begriff vom Netz und dessen Bedeutung als unmittelbare und synchrone Verbindungsmöglichkeit den Begriff einer dialektischen und historischen Entwicklung ersetzt hat.

Die Beschleunigung der Ereignisse hat sowohl die Bedeutung der Zukunft als auch das Verständnis für die Geschichte aufgelöst. Es scheint für uns eine Art von Gegenwart zu bleiben, die keine Beziehung mehr zum Vorher und Nachher entwickeln kann.

Wenn das so ist, bleibt die Gegenwart von jeglichen Kenntnisprozessen aufgelöst und wir sind nicht mehr in der Lage, unsere Existenz und uns selbst zu verstehen. Architektur und Stadt wandeln sich zu einem Konsumprodukt, das – so wie alle anderen Konsumprodukte – von einer ephemeren und zweitrangigen Natur geprägt wird und an Bedeutung für die Menschen verlieren wird.

Ein anderes Phänomen betrifft den Verlust an Hierarchien in unserem städtischen Raum. In diesem Zusammenhang beschreibt Peter Sloterdijk in seinem Buch *Die letzte Kugel*, welche Art der „Neutralisierung“ das räumliche Denken in der Zeit der Moderne erlebt hat. Kartierungen und Vermessungen haben seit langem zu einer Reduktion des Raumes auf ein System von gleichwertigen Punkten geführt. Das bedeutet für ihn: „Was am Ende des 20. Jahrhunderts in den Massenmedien als ‚die Globalisierung‘ beschrieben wird – als wäre es eine Neuigkeit –, ist ein später und konfuser Moment in einem umfassenden Geschehen.“

Das Stadtmodell der Moderne hat oft einen Typ von Raum impliziert, der neu und absolut fremd

für die historische Tradition ist. Ein Raum als reine Abstraktion, die sich auf die drei Dimensionen beschränkt. Dieser Raum ist homogen, in jedem Ort gleichwertig, fragmentiert, ohne Orientierung und total unabhängig von kulturellen, symbolischen oder historischen Werten.

Wir müssen überlegen, in welcher Art wir auf diese Situation mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln reagieren können, um auf einer Seite ein notwendiges Verständnis für die Geschichte und ihre Rolle in unserer zeitgenössischen Situation wiederzugewinnen und auf der anderen Seite, um hierarchische Wertunterschiede zwischen Orten in der Stadt wieder zu erkennen. Das Kunstwerk „Stadt“ hilft uns ständig bei dieser Aufgabe – und die Schlossinsel in Harburg ist dafür ein hervorragender Beweis.

Einer der prägendsten Aspekte der Morphologie der Stadt ist nämlich das System von Monumenten und monumentalen Hierarchien, die die Stadt regeln. Diese definieren permanente Strukturen innerhalb eines Stadtgewebes und ermöglichen durch ihre metaphorische Bedeutung städtischen Orten eine bestimmte Identität zu geben. Sie sind durch ihre Wirkung im kollektiven Gedächtnis Anhaltspunkte für die gegenwärtige Planung der Stadt oder der Metropole.



*Hamburgs hervorragende Baudenkmäler, Lithografie, 1891*



Giorgio Grassi – restauro e riabilitazione del castello di Abbiategrasso come sede municipale, 1970

Sehr passend ist der Begriff „Kollektives Gedächtnis“, der – nach Maurice Halbwachs – ein gemeinsames Vermögen einer Gruppe von Menschen bezeichnet, der die Voraussetzung für die Bildung einer Identität und ihre zukünftige Entwicklung ist. Bauten wie das Harburger Schloss auf der Zitadelleninsel im Harburger Binnenhafen sind einmalige Schätze für die Stadt Hamburg und für ihre Identität. Da ich selber die Gelegenheit hatte, für die Schlossinsel in Harburg zu entwerfen, kann ich aus eigener Erfahrung mit Überzeugung bestätigen, welche hervorragende Inspirationsquelle dieser Ort für einen Architekt sein kann.

Vielleicht mehr noch als der reine materielle und denkmalpflegerische Wert der verbleibenden Bausubstanz, erreicht das Bild des Schlosses in unserem kollektiven Gedächtnis eine extreme Wirkung. Das Bild des Schlosses behält, trotz aller baulichen Veränderungen, einen sehr hohen Grad an Permanenz und bildet einen hervorragenden Anhaltspunkt für die zukünftige bauliche Entwicklung dieses Ortes.

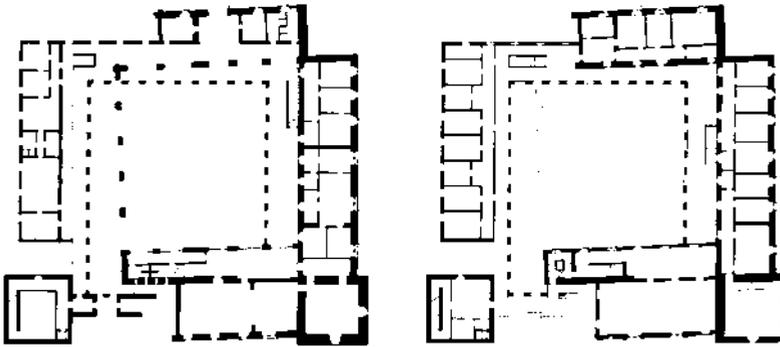
Wir müssen der Patriotischen Gesellschaft dankbar sein, dass sie nicht nur den Bülau-Wettbewerb konzipiert und initiiert hat, sondern vor allem, dass solche Verfahren und Themen in die disziplinäre Debatte und in die öffentliche Diskussionen unserer Stadt eingebracht werden. Dieser Dank geht natürlich auch an alle Mitglieder der Jury, die konstruktiv und harmonisch über die Entwürfe und dieses Thema diskutiert haben.

Ein Dank geht auch an die Kollegen Professoren, die das Thema an unterschiedlichen Universitäten im Rahmen ihrer Veranstaltungen angeboten haben und junge Studierende motiviert haben, sich für das Schloss in Harburg zu interessieren. Und schließlich geht der Dank an die Studierenden selbst, ihre Ideen, ihre Konzepte und Entwürfe, die bei diesem Bülau-Wettbewerb die eigentlichen Protagonisten sind.

Unsere Stadt, unsere Kulturdebatte und unsere Reflexion über die Zukunft der Stadt Hamburg und ihre neue Architektur brauchen solche Gelegenheiten und Themen.

In meiner eigenen freiberuflichen Tätigkeit als Architekt und in meiner Mission als Universitätsprofessor ist es meine tiefe Überzeugung, dass wir an keine gegenwärtige oder zukünftige Entwicklung unserer Disziplin denken können, ohne das historische Vermögen mit großer Verantwortung zu erben, zu verarbeiten und weiter zu entwickeln.

So habe ich bei meinen Meistern in Italien eine Methode erlernt, die ich auch in der Schweiz jahrelang weiter entwickelt habe. In dem Projekt von Giorgio Grassi für das Schloss in Abbiategrasso ist die Entwurfsarbeit für die Rekonstruktion des Schlosses Gelegenheit, gleichzeitig über das Monument, über die Stadt und über die physischen und metaphorischen Verhältnisse, die diese zwei Realitäten miteinander verbinden, nachzudenken. Darüber hinaus bietet es aber auch Gelegenheit,



über die Bedeutung der gegenwärtigen und zukünftigen Architektur zu forschen und zu reflektieren.

Noch mehr als das, kann ich mir als entwerfender Architekt keine Entwurfsmethode vorstellen, die getrennt von dem Zusammenwirken zwischen Alt und Neu bleibt. Nach dieser Entwurfsmethode wirken alte und neue Materialien für den Zweck des Projektes zusammen. Für die Realisierung dieses Zweckes sind alte und neue Materialien ein und dasselbe. Sich mit Monumenten und historischen Bauten auseinanderzusetzen, bedeutet nicht, zu konservativ sein, sondern an die Zukunft zu denken.

Ich finde es faszinierend darüber zu reflektieren, dass sich der Begriff „Monument“ etymologisch vom griechischen *μνήμη* (*mnēmē*: das Gedächtnis) ableitet. *Mnemosyne* (griechisch: *Μνημοσύνη*) ist nämlich eine Gestalt der griechischen Mythologie, die als „Göttin“ der Erinnerung gilt. Aber *Mnemosyne* ist gemäß Hesiod Mutter der neun Musen, und die Musen (griechisch *Μοῦσαι*) sind in der griechischen Mythologie Schutzgöttinnen der Künste. Das bedeutet in der logischen Schlussfolgerung: das Gedächtnis bildet den Ursprung aller kreativen Kunsttätigkeiten.

Ich finde diese Verwandtschaft zwischen Gedächtnis und Kreativität nicht nur faszinierend, sondern auch extrem aktuell für die gegenwärtige disziplinäre Debatte. Das heißt, dass wir nicht nur alte

Bauten pflegen oder restaurieren, sondern dass wir diese unbedingt brauchen, um überhaupt neue Architektur generieren zu können – entweder direkt, in Form von physischer Substanz, oder indirekt, in Form von Referenzen und kontextuellen Bedingungen. Und schließlich: Es gibt keine neue Architektur ohne alte Architektur; genau so, wie es keine neue Stadt ohne historische Stadt gibt. Wenn die gegenwärtige und zukünftige Architektur ihren engen Zusammenhang mit der historischen Architektur verliert – im physischen Sinne als Baumaterial und im metaphorischen Sinn als Lektion –, existiert unsere Disziplin nicht mehr.

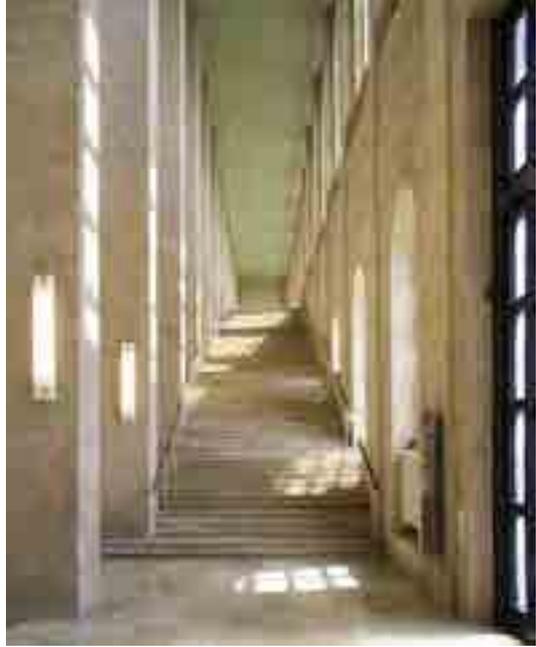
In diesem Sinne entwickelte sich im Preisgericht des Bülow-Wettbewerbs keine Diskussion über die Vergangenheit und ihre Nachahmung, sondern über die Zukunft des Raumes und der Architektur an einem wichtigen Ort in Hamburg. Auch wenn es sich um einen studentischen Ideenwettbewerb handelte, war diese Diskussion nicht nur sehr aktuell, sondern in ihrem Austausch über disziplinäre Themen der Architektur und Denkmalpflege auch sehr konkret.

Wir haben deswegen in Rahmen des Preisgerichtes, auch dank der hervorragenden Vorbereitung der Vorprüfung, nicht nur versucht, uns von faszinierenden Bildern überzeugen zu lassen, sondern vor allem einige logische Kriterien zu entwickeln, die wir als Parameter für eine Bewertung und eine Entscheidung benutzt haben.

Das erste wesentliche Kriterium war die Bewertung des typologischen und morphologischen Konzepts für das Gebäudeensemble. Das historische Gebäude hatte eine nach Süden orientierte Hoftypologie. Davon ist heute noch ein Baukörper sichtbar, der wie ein solitärer Block aussieht. Es bleiben aber auch Fragmente und Teile der Fundamente, die nicht nur als Ruine zu interpretieren sind, sondern den begrenzten Raum des historischen Bautyps evozieren. Die entscheidende entwerferische Frage ist: Wie geht man mit diesen physischen Fragmenten um und wie kann man aus diesen eine neue Architektur generieren? Man muss sich vorstellen, dass die Fragmente des Schlosses in der Gegenwart in einem besonderen Kontext wie verfremdet aussehen und hierdurch eine neue Präsenz erhalten. Das neue morphologische und typologische Konzept sollte vor allem stark genug sein, um eine gesamte neue Identität aus Alt und Neu zu garantieren.

Das zweite wesentliche Kriterium war der Dialog mit der historischen Situation und den Synergieeffekten zwischen Alt und Neu. Es handelt sich hierbei um die Bedeutung für die gesamte Schlossinsel, um ihre historische Identität, aber auch um ihre Zukunft und die Projekte, die vor allem im Rahmen der IBA schon geplant sind. Alle neuen Projekte brauchen im Sinne eines zentralen Ortes ein Monument, das nicht nur geometrisch in Zentrum der Insel steht, sondern auch eine ideale Wirkung für das kollektive Gedächtnis und die räumliche Orientierung der Menschen, die hier leben, ausstrahlen kann.

Das dritte wesentliche Kriterium war die Nutzung, deren Machbarkeit, die Originalität und vor allem Angemessenheit an die Würde des Ortes. Es handelt sich nicht nur um eine Funktion im pragmatischen Sinne. Bei einem Ideenwettbewerb ist es wichtig, dass auch unkonventionelle Gedanken neue brauchbare Visionen entstehen lassen. Funktionen können natürlich während der Zeit wechseln, aber mit dem zentralen Ort sollten immer Formen von Lebendigkeit und Ereignissen assoziiert werden, die einen besonderen Charakter und eine spezielle Bedeutung für die Gesellschaft verkörpern.



*Hans Döllgast – Wiederaufbau der Alten Pinakothek in München, 1946-1957 (Innentreppe)*

Das vierte wesentliche Kriterium war der Umgang mit dem Park und mit dem Kontext der Schlossinsel am Wasser. Die zentrale Lage des Schlosses in der Insel und in dem Park fördert eine Lösung, die als Fokus für die wesentliche Blickbeziehungen wirkt. Die wichtigsten visuellen Achsen verbinden in der Wegeführung das Zentrum mit den Schwellen am Wasser.

Nach diesen Kriterien hat die Jury einstimmig dem eingereichten Entwurf „Musik unterm Dach“ den ersten Preis zuerkannt. Die Arbeit zeichnet sich durch ein mutiges Konzept mit einem starken, symbiotischen Zusammenwirken von Alt und Neu aus.

Die Funktion scheint für ein lebendiges Monument im Park der Schlossinsel sehr angemessen zu sein und verspricht auch Chancen für kulturellen Austausch und für kreatives Zusammenwirken in der Öffentlichkeit. Das bestehende Gebäude wird auf seine Essenz zurückgebaut und von einigen etwas weniger bedeutenden Nachbauten befreit. Mit respektvoller Sensibilität werden die Fragmente des abgerissenen Bauteils wiederentdeckt und im Neubau integriert.

In diesem Entwurf entspricht das gemeinsame Dach der klaren Geste des Konzeptes, das Alt und Neu in eine Einheit verbinden will. Es ermöglicht hierdurch, neue Lufträume im Altbau zu generieren und den ehemaligen Hofraum in einen Veranstaltungsraum als zentralen Kern zu übersetzen. Alt und Neu sind gleichberechtigt und ergänzen sich gegenseitig, um das neue Ensemble zu gestalten:



1. Preis: „Musik unterm Dach“, Entwurf von Sanna Kattenbeck und Kevin Krüske, BTU Cottbus

Das Projekt entsteht nur durch die gemeinsame Wirkung von beiden. Vergangenheit und Zukunft, Gedächtnis und Vision sind eines geworden. Neben dieser Arbeit sind auch in den Entwürfen „Das Schloss tanzt“ (2. Preis) und „Zwischen Innen und Außen“ (3. Preis) interessante Ideen entwickelt worden. Sie alle beweisen nicht nur, welche faszinierenden Perspektiven das Thema des Harburger Schlosses auf der Zitadelleninsel im Harburger Binnenhafen darstellt, sondern bestätigt auch die Wichtigkeit sich in der disziplinären Debatte ständig mit diesen Themen und Aufgaben auseinanderzusetzen. Der Bülow-Wettbewerb kann auch in der Zukunft einen wichtigen Beitrag für die architektonische Diskussion in der Stadt Hamburg leisten, damit junge (aber auch weniger junge ...) Generationen von Architekten die Wichtigkeit der Geschichte für die Entwicklung der Architektur der Zukunft erfahren.

*Prof. Dott. Paolo Fusi, HafenCity Universität Hamburg, freier Architekt BDA, Vorsitzender der Jury des 5. Bülow-Wettbewerbs 2011. Der abgedruckte Text ist die leicht gekürzte Fassung der Laudatio anlässlich der Preisverleihung am 15.11.2011 im Haus der Patriotischen Gesellschaft von 1765*

## Jury und Preisträger des 5. Bülow-Wettbewerbs 2011

*Der Jury gehörten an*

- Prof. Dott. Paolo Fusi, HafenCity Universität Hamburg, Freier Architekt (Vorsitzender der Jury)
- Prof. Jörn Walter, Oberbaudirektor der Freien und Hansestadt Hamburg
- Jörg Heinrich Penner, Dezernent Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Bezirksamt Harburg
- Uli Hellweg, Geschäftsführer der IBA Hamburg GmbH
- Johann-Christian Kottmeier, Freier Architekt
- Dirk Engel, Lorenz + Partner GmbH
- Frank Pieter Hesse, Leiter des Denkmalschutzamtes Hamburg
- Vertreter der Fraktionen in der Bezirksversammlung Harburg

*Die Preisträger*

- 1. Preis: „Musik unterm Dach“ von Sanna Kattenbeck und Kevin Krüske, BTU Cottbus (3.500 EUR)
- 2. Preis: „Das Schloss tanzt“ von Michael Göhlert, BTU Cottbus (2.500 EUR)
- 3. Preis: „Zwischen Innen und Außen“ von Felix Dröge und Jean-Pascal Fuchs, Leibniz Universität Hannover (2.000 EUR)

*Außerdem hat die Jury den Ankauf folgender Entwürfe beschlossen:*

- 1. „Plateau der Kommunikation“ von Saskja Jagenteufel und Anna Kröger, Leibniz Universität Hannover (500 EUR)
- 2. „Kochschule der Esskulturen“ von Arne Gutsche, BTU Cottbus (500 EUR)

*Die Preisverleihung fand am 15. November 2011 im Haus der Patriotischen Gesellschaft statt.*



## Gedenktafelprogramm

### Links zur demokratischen Tradition Hamburgs

*Mit dem Gedenktafelprogramm wird an berühmte und verdiente Persönlichkeiten der Vergangenheit erinnert, die entweder Hamburger waren oder längere Zeit in der Stadt gelebt haben und tätig waren. Die Gedenktafeln werden in der Regel an Gebäuden angebracht, in denen die jeweilige Persönlichkeit geboren worden ist oder gewohnt bzw. gearbeitet hat. Bis Mitte 2013 gab es insgesamt 39 Tafeln einschließlich drei Gedenksteinen.*

Von der Auswahl über die Recherchen und die Suche nach einem geeigneten Ort bis zur Erstellung der Tafeltexte und der feierlichen Enthüllung einer neuen Tafel vergehen in der Regel ein bis eineinhalb Jahre und werden alle Arbeiten von den Mitgliedern des Arbeitskreises geleistet. Sie bemühen sich auch um die Einwerbung der nötigen Mittel, die überwiegend durch Spenden aufgebracht werden, und erwirken von den Eigentümern, an deren Gebäude eine Gedenktafel angebracht werden soll, das nötige Einverständnis. Zu den Aufgaben des Arbeitskreises gehören schließlich auch die Pflege, Instandhaltung und gegebenenfalls der Ersatz beschädigter oder abhandengekommener Gedenktafeln.

Im Juli 2012 wurde zur Erinnerung an den Maler *Philipp Otto Runge*, den neben Caspar David Friedrich bedeutendsten deutschen Maler der Frühromantik, am Gebäude Trostbrücke 2 eine neue Gedenktafel angebracht. Der Maler, 1777 in Wolgast (Vorpommern) geboren, kam 1795 nach Hamburg, wo er u. a. die Zeichenschule der Patriotischen Gesellschaft besuchte, ging 1799 nach Kopenhagen an die Kunstakademie und kehrte über verschiedene Stationen 1804 nach Hamburg zurück, wo er 1810 starb und auf dem Ohlsdorfer Friedhof beigesetzt wurde.

Im März 2013 wurde an seinem 201. Geburtstag für *Louis Gurlitt* eine Gedenktafel am Haus Struenseestr. 23 in Altona enthüllt. Gurlitt, ein „Altonaer Jung“, war ein beehrter Landschaftsmaler seiner Zeit und lenkte als einer der ersten den Blick auf die Schönheit der norddeutschen und dänischen Landschaft. Als Held der patriotischen Kunstkritik ist er heute für Kunsthistoriker in Kopenhagen, Hamburg und Flensburg eine Schlüsselfigur. Bei der Enthüllung der Gedenktafel waren Gurlitts Urenkelinnen Elisabeth Baars und Karin Bensemann-Gurlitt anwesend.

Im Juli 2013 wurde für den Arbeiterführer *Theodor York* am Haus Sand 22 in Harburg eine Gedenk-

tafel angebracht. In Breslau geboren und seit 1856 als Tischlermeister in Hamburg tätig, engagierte sich York im Harburger Bildungsverein, förderte die Bestrebungen einer selbständigen Arbeiterpolitik und gehörte, wie auch Ferdinand Lasalle, 1863 zum Gründerkreis des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ in Leipzig, dessen „Bevollmächtigter“ für Hamburg er wurde. 1869 gründete er mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP). Als Hamburgs erster sozialdemokratischer Parlamentskandidat erhielt er bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag 1867 in Hamburg die Mehrheit aller Stimmen.



*Louis Gurlitt (1812-1897)*



*Theodor York (1830-1875)*

Eher zufällig wurde 2011 festgestellt, dass die Erinnerungstafel für das „Englische Haus“ am ehemaligen HEW-Gebäude Neue Gröninger Straße Ecke Willy Brandt-Straße nach dem Verkauf des Gebäudes abgenommen und zerstört worden war. Nach längeren Gesprächen mit dem neuen Eigentümer konnte im Frühjahr 2012 eine neue Gedenktafel mit seiner finanziellen Unterstützung angebracht werden.

Die Liste der Kandidaten für weitere Gedenktafeln ist lang und nicht immer ist es einfach, einen geeigneten Platz für sie zu finden. Beispielsweise ist es bisher nicht gelungen, ein Haus oder Platz mit direktem Bezug zu Martin Haller, dem Architekt des Hamburger Rathauses, für die Anbringung einer Gedenktafel ausfindig zu machen. Vorbereitet wird zur Zeit eine Tafel für Kunstmaler, Kunsthistoriker und Mitbegründer der Hamburgischen Sezession Friedrich Ahlers-Hestermann. Geplant sind außerdem Tafeln für die Gründungsväter der Patriotischen Gesellschaft wie beispielsweise Hermann Samuel Reimarus (1694-1768).

Mit Beschluss des Vorstands der Patriotischen Gesellschaft und im Einvernehmen mit dem Arbeitskreis Stadtentwicklung wurde für das Gedenktafelprogramm eine eigenständige Projektgruppe eingerichtet. Geert Becker, der schon bisher federführend die Gedenktafeln bearbeitet hat, hat dankenswerterweise die Sprecherfunktion für die neue Projektgruppe übernommen.

*Dr. Angela Graf*



*Die Projektgruppe Gedenktafeln freut sich über neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Interesse an der Geschichte Hamburgs haben und die Arbeit für die Gedenktafeln tatkräftig unterstützen möchten. Die Projektgruppe trifft sich nach Bedarf; die jeweils aktuellen Termine werden im Internet auf der Homepage der Patriotischen Gesellschaft ([www.patriotische-gesellschaft.de](http://www.patriotische-gesellschaft.de)) rechtzeitig angekündigt. Über die Internetseite kann auch Kontakt zum Sprecher der Projektgruppe, Geert Becker, aufgenommen werden.*



*Gedenktafelenthüllung für das „Englische Haus“*

## Arbeitskreis Kinder, Jugend und Bildung

# Eine Plattform für den jugend- und bildungspolitischen Diskurs in Hamburg

Der Arbeitskreis Kinder, Jugend und Bildung blickt auf einen inhaltlich reichen Berichtszeitraum mit einer Fülle von herausfordernden Themen zurück. Unsere Rückschau beschränkt sich auf ausgewählte Bereiche unserer Arbeit:

**1. Dr. Dorothea-Wilhelm-Stiftung fördert Diesterweg-Stipendium Hamburg** Die Dr. Dorothea-Wilhelm-Stiftung ist eine unselbständige Stiftung der Patriotischen Gesellschaft von 1765. Ihr Zweck sieht die Förderung besonders begabter Hamburger Kinder und Jugendlicher aus weniger günstigen Verhältnissen vor. Wir freuen uns, dass die Stiftung, nicht zuletzt auch aufgrund der Bemühungen einiger Mitglieder unseres Arbeitskreises, mit 75 TEUR den größten Förderbeitrag für den ersten Lauf des Diesterweg-Stipendiums Hamburg geleistet hat.

**2. Holger-Cassens-Preis 2011 und 2012 – Fortsetzung bester Tradition** Zum dritten Mal konnte der mit 10.000 EUR dotierte Holger-Cassens-Preis vergeben werden, der – in beeindruckender Übereinstimmung mit Ideen der Gründungsväter der Patriotischen Gesellschaft – die Verbesserung von Bildungs- und Entwicklungschancen benachteiligter Kinder fördert. Im dritten Jahr in Folge haben Arbeitskreismitglieder gemeinsam mit dem Vorstand der Patriotischen Gesellschaft und anderen Aktiven im Kuratorium und in der Jury des Holger-Cassens-Preises ein Jahr lang intensive Vorarbeit geleistet. Aus den zehn Bewerbungen wurde die Bildungs- und Beratungskarawane e.V. ausgewählt. Mit diesem Stadtteilprojekt von Frauen und Müttern mit ihren Grundschulkindern, das vom Verein basis & woge unterstützt wird, setzen sich Frauen, meistens mit Migrationshintergrund, unter schwierigen Bedingungen mutig und ideenreich für eine nachhaltige Verbesserung des Bildungsmilieus in Dulsberg ein. Im Rahmen eines gelungenen Festaktes im Oktober 2011 im Haus der Patriotischen Gesellschaft erhielten die engagierten Frauen für ihre sozial- und bildungspolitischen Angebote mit der Verleihung

des Holger-Cassens-Preises die verdiente Anerkennung. 2012 erhielt die Schülerfirma Veddel-ERleben den Holger-Cassens-Preis.

**3. Inklusion – GEGEN bloße Rhetorik, FÜR konkret beobachtbare Verbesserungen im gesellschaftlich-sozialen Zusammenleben aller Menschen der Stadt**

**1. Was der AK unter Inklusion versteht**  
Die Bundesrepublik Deutschland hat im März 2009 die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) rechtsverbindlich angenommen. „Inklusion“ bedeutet nach dieser Konvention die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlich-sozialen Zusammenleben und deren Unterstützung in ihrem Bemühen um ein selbstbestimmtes Leben – unter Beachtung der jeweiligen Fähigkeiten und Eigenschaften. Große Herausforderungen sind mit der Umsetzung dieser Konvention verbunden. Mittlerweile ist auch in Hamburg vieles in Bewegung gekommen. Unserer Meinung nach wird der Blick auf das komplexe Thema Inklusion häufig noch zu stark auf die Veränderung von Erziehungs- und Bildungseinrichtungen beschränkt. In den Medien wird hauptsächlich über Probleme berichtet, die beim gemeinsamen Besuch von behinderten und nichtbehinderten Kindern von Kitas und Schulen dann entstehen, wenn sich diese Einrichtungen langfristig – ohne Rückgriffmöglichkeiten auf jetzt noch bestehende Sondereinrichtungen für Behinderte – für *alle* öffnen. Erwartet wird, dass die Pädagoginnen und Pädagogen sich dann mit gleicher Intensität und Qualität sowohl den geistig und/oder körperlich/seelisch beeinträchtigten Kindern als auch den nicht behinderten Kindern mit all ihren Potenzialen widmen und ihnen optimale Bildungschancen bieten.

Unser Arbeitskreis jedoch möchte vermitteln, dass Inklusion nicht nur eine Aufgabe der Kitas und Schulen ist, sondern eine veränderte Haltung der Gesamtgesellschaft generell erfordert. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft der „Nichtbehinderten“ zu einem Lernprozess, in dem Berührungängste

abgebaut werden und stattdessen Akzeptanz und Hilfe praktiziert wird. Inklusion von Behinderten bedeutet, sich auf „Verschiedenheit“ im weitesten Sinn einzulassen, sie als normalen Bestandteil menschlichen Lebens und der Gesellschaft zu betrachten. Uns ist klar, dass dies Prozesse sind, die sich nicht in Schnellverfahren umsetzen lassen: Sie brauchen viel Zeit und setzen immer wieder konkrete Begegnungen und persönliche Erfahrungen voraus.

Geleitet von diesen Vorüberlegungen begann die Planung für eine Veranstaltungsreihe in den Jahren 2012 bis 2014, die die Erweiterung des Blickwinkels für „Inklusion“ zum Ziel hat. Sie wird unter Federführung der Patriotischen Gesellschaft vorbereitet in Zusammenarbeit mit der Senatsbeauftragten für die Gleichstellung behinderter Menschen, der Geschäftsführerin sowie der leitenden Fachberaterin der elb-kinder (vormals Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten), sowie mit einem Mitglied des Fachbereichs Erziehungs- und Bewegungswissenschaften der Universität Hamburg, dem u. a. auch die Behindertenpädagogik angehört, und dem Geschäftsführer der Hamburger Gemeinschaftsstiftung für Behinderte, „Leben mit Behinderung“. Diese Vertreterinnen und Vertreter haben sich im März 2012 als Gruppe „Vorbereitung Inklusions-Veranstaltungen“ konstituiert und sich seither regelmäßig getroffen. Die Ergebnisse sollen im Jubiläumsjahr der Patrioten 2015 vorgestellt werden. Geplant ist auch eine Publikation zum Thema.

## 2. Veranstaltungen

a) *Einleitendes Fachgespräch des Arbeitskreises mit Vertreterinnen und Vertretern der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Verbraucherschutz (BASFI) sowie mit der behördenübergreifenden AG Inklusion*

Auf der Grundlage der Anregungen aus diesem Expertenkreis haben wir im Zeitraum 2011-2013 zwei Veranstaltungen zum Thema durchgeführt, wobei die erste mit dem Fokus auf eine gängige Praxis von Exklusion aus organisatorischen Notwendigkeiten im Februar 2012 stattfand und der eigentliche Auftakt ein Jahr später im Februar 2013 folgte.

b) *Expertenhearing „ADHS – Eine Kinder- und Jugendgeneration wird krankgeschrieben“*

Wenn etwas grundsätzlich gegen das Gebot der Inklusion verstößt, muss es u. E. immer wieder skandalisiert werden. Am Beispiel der sich seit einigen Jahren rasant ausbreitenden und von Pädagogen, Hirnforschern u. a. gleichermaßen erfolglos kritisierten Praxis der Verschreibung von Psychopharmaka für Kinder ließ sich der Widerspruch zwischen reiner Inklusions-Rhetorik und dem Anspruch an eine inklusive Praxis sehr gut verdeutlichen.



*Carola Veit, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Ingrid Nümann-Seidewinkel und die Preisstifter Holger und Mara Cassens*

Dabei hat sich nach unserer Einschätzung eine starke Lobby gegen auffällige Kinder entwickelt, die rücksichtslos und verantwortungslos mit deren Gesundheit und Zukunft umgeht. So setzen z.B. immer häufiger pädagogische Mitarbeiterinnen in Bildungseinrichtungen im Interesse eines reibungslosen Lern- und Unterrichtsbetriebs die Familien unter Druck, ihre über Tische und Bänke gehenden Kinder Ärzten vorzustellen. Diese diagnostizieren dann nicht selten eine „Aufmerksamkeitsdefizit- bzw. Hyperaktivitätsstörung“ (ADHS), die seit 1988 im international geltenden Diagnoseschlüssel, dem ICD-10, als Krankheit erscheint. Die explosionsartige Zunahme dieser Diagnose ist

besorgniserregend. Hamburg nimmt als Bundesland seit Jahren einen Spitzenplatz im Feststellen dieser „Krankheit“ und in der nachfolgenden medikamentösen Behandlung ein.

Längst nicht mehr wird nach den Ursachen für das Verhalten der Kinder gefragt. Auch die gefährlichen Nebenwirkungen des Wirkstoffs Methylphenidat, dem Inhaltsstoff gängiger ADHS-Medikamente wie „Ritalin“, scheinen nicht davor abzuschrecken, die in den Arzneimittelverordnungen vorgeschriebenen Alternativen außer Acht zu lassen. Stattdessen versprechen Verfechter der „Therapie durch Pillen“ den Eltern „rasche Erfolge“ bei der Anpassung ihres als lästigen Störer empfundenen Nachwuchses.

Zu diesem aktuellen und hoch brisanten Themenkomplex fand am 24.02. 2012 in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) im Haus der Patriotischen Gesellschaft ein Expertenhearing statt unter dem Titel: „ADHS – Eine Kinder- und Jugendgeneration wird krankgeschrieben. Gegen die Medikalisierung eines gesellschaftlichen Problems durch Psychopharmaka und Methylphenidat“. Den vier Impulsreferaten von Experten aus dem psychiatrischen, psychoanalytischen, kinderärztlichen und pharmakologischen Bereich folgte eine rege Diskussion mit Fachleuten aus pädagogisch-therapeutischen Arbeitsfeldern und der Schule.

Die Protokoll-Mitschriften der Veranstaltung wurden der DGSP zur Verfügung gestellt und bildeten eine wichtige Grundlage für ein 30-seitiges Memorandum der DGSP. Dieses kann kostenlos bestellt werden bei [dgspt@netcologne.de](mailto:dgspt@netcologne.de) oder DGSP, Zeltinger Straße 9, 50969 Köln. Neben einer sachlichen und kenntnisreichen Analyse der augenblicklichen Forschungspraxis, der irreführenden Informationspolitik der Pharma-Industrie sowie des unkritischen Verschreibungsalltags deutscher Kinderärzte enthält die Broschüre wesentliche Forderungen zum Schutz der normabweichenden Kinder und Jugendlichen.

c) Öffentliche Auftaktveranstaltung „Inklusion – Eine Herausforderung für Zivilgesellschaft und Politik“

Am 12. 2. 2013 fand im CCH mit 220 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die eigentliche Auftaktveranstaltung zum Thema „Inklusion in Hamburg“ statt. Hier ging es nun wirklich um Inklusion im Sinne der Behindertenrechtskonvention der UN.

Die Rede von Sozialsenator Detlef Scheele gab zündende Impulse. Nachzulesen ist sie unter [www.hamburg.de/basfi/wir-ueber-uns/3831192/2013-02-12](http://www.hamburg.de/basfi/wir-ueber-uns/3831192/2013-02-12)

Zum anschließenden moderierten Podiumsgespräch zwischen dem Senator und Hamburger Bürgerinnen und Bürgern hatte sich eine Vertreterin der älteren Generation bereit erklärt, eine Hamburgerin „mit Migrationshintergrund“ sowie ein junger Mann im Rollstuhl. Ein offener Austausch über den Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention,



Podiumsdiskussion zum Thema „Inklusion – Gemeinsam leben, lernen und arbeiten“

über die sichtbaren guten Beispiele und über die vielen offensichtlich noch ausstehenden Maßnahmen aus der Perspektive der sog. „Betroffenen“ hielt das Publikum zwei Stunden lang in Atem.

Diese überaus anregende und in vielen Rückmeldungen gelobte Veranstaltung hat uns veranlasst, unsere zukünftigen Arbeitsthemen unter die Überschrift „Inklusion“ zu subsumieren. Dazu gehören u.a. Armut und Bildung, Entwicklung und lebenslanges Lernen sowie die Kooperation zwischen den verschiedenen Systemen der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Anspruch der Sozialraumorientierung.



Holger-Cassens-Preis 2012: Preisträger „VeddelERleben“

Für den August 2013 wurde von der Vorbereitungsgruppe eine Folgeveranstaltung mit dem Schwerpunkt „Inklusive Lernkultur“ verabredet, für die im Mai Prof. Dr. André Zimpel als Referent gewonnen werden konnte. Er arbeitet u.a. eng zusammen mit dem Max-Planck-Institut und Prof. Dr. Hüther. (Punktgenaue Lektüre: Einander helfen – Wege zu einer inklusiven Lernkultur, Vandenhoeck und Ruprecht 2012)

#### 4. Geschlossene Unterbringung

Die lange Geschichte um die sog. erziehungsschwierige Jugend, die man wegsperret und zwar – weil das im eigenen Bundesland verpönt ist – möglichst weit weg außerhalb der Grenzen Hamburgs, erreichte im Frühjahr 2013 unter dem Stichwort Haasenburg einen neuen Höhepunkt. Während sich die Öffentlichkeit noch über die kinderquälerische Praxis in Erziehungsheimen der 50er bis 70er Jahre erregte, wurden plötzlich brisante Tatsachen über empörende Zustände in sog. „geschlossenen Heimen“ der Gegenwart bekannt.

Der Arbeitskreis befasste sich aus aktuellstem Anlass intensiv mit der geschlossenen Unterbringung. Allen ist klar, dass auch sie wiederum einen eklatanten Widerspruch zur „Inklusion“ darstellt. Einige Arbeitskreismitglieder, die selbst jahrzehntelang in der Jugendhilfe mit diesem Thema konfrontiert waren, sind der festen Überzeugung, dass es jetzt endlich eine breite, politisch-fachlich und öffentlichkeitsbezogene Übereinkunft darüber geben muss, dass sich Hamburg um „seine“ Kinder und Jugendlichen – und seien sie noch so schwierig – selbst kümmern muss; denn schließlich sind die Aufwuchsbedingungen in dieser Stadt Hamburg ursächlich mitbeteiligt an den Problemen, die die Kinder machen. Dass die Hilfe nicht „von der Jugendhilfe allein“ geleistet werden kann, sondern

dass Schulen, Lehrer und vor allem die Medien hier mitspielen müssen, zeigen alle Erfahrungen der Vergangenheit.

In einem ersten Fachgespräch im Mai 2013 mit Trägervertretern in der Patriotischen Gesellschaft wurde deutlich, dass uns hier eine wichtige integrative Funktion zuwächst, mit der wir sehr verantwortungsbewusst umgehen werden.

**5. Offene Kinder- und Jugendarbeit am Scheideweg** Wir haben es bei den aktuellen bildungs-, jugend- und sozialpolitischen Entscheidungen in Hamburg mit sehr tiefgreifenden Weichenstellungen zu tun. Aus der Sicht der Mitglieder des Arbeitskreises wird sich die Entwicklung einer qualitativ hochwertigen ganztägigen Bildung nur verwirklichen lassen, wenn die Systeme „Schule“ und „Jugendhilfe“ gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Der Ausbau der Ganztagschulen in Hamburg und sozialräumliche Hilfen bringen die Einrichtungen in finanzielle Bedrängnis, die Spielhäuser, Bauspielplätze, Häuser der Jugend u.a. zu unterhalten. Im Berichtsjahr 2011/2012 hat unser Arbeitskreis dem Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V., Fachverband für offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (OKJA), im Haus der Patriotischen Gesellschaft ein Forum geboten, über die fatalen Wirkungen der Einschnitte in deren infrastrukturelle Angebote zu informieren. Wir vertreten im Arbeitskreis mehrheitlich die Auffassung, dass Ganztagschulen nicht die Verlängerung der Schulzeit ausschließlich in Schulräumen und die Einschränkung der „Eigenzeit“ von Kindern und Jugendlichen sein dürfen. Wenn deren „Eigenzeit“ sich nicht darauf beschränken soll, vor den Computer zu sitzen, müssen in den Quartieren auch weiterhin genug nicht-kommerzielle Freizeitangebote zur Verfügung stehen. Für einen Teil der Hamburger Kinder und Jugendlichen waren und sind die Angebote der OKJA wichtige Bildungs- und Sozialisationsinstanzen. Diese Einrichtungen, offene Treffpunkte und geschützte Spielräume etc., die ohnehin bereits unterfinanziert sind und unter hohem Anforderungsdruck stehen, sollen jetzt weitere 10,5 % einsparen oder ganz geschlossen werden.

Die Situation hatte sich Ende 2011 weiter zuspitzt. Denn auch die Rolle, die die OKJA nach dem Willen der Fachbehörden und der neuesten Globalrichtlinie (GR J1/2012: Sozialräumliche Angebote der Jugend- und Familienhilfe vom 01.02.2012) übernehmen sollte, schien kaum Raum für wirklich offene ganztägige, auch am Wochenende und in den Ferien verfügbare Bildungs- und Freizeitangebote zu lassen. Vertreter der OKJA konnten jedoch auf viele Beispiele verweisen, in denen hervorragend gearbeitet wird. So kooperieren seit Jahren Schule und OKJA erfolgreich im Modellprojekt Stadtteilschule Poppenbüttel, in den Schulen Wegenkamp und Anna-Susanna-Stieg sowie in der Fritz-Koehne-Schule. Gemeinsam haben diese Kooperationsprojekte auf sozialräumlicher Ebene begonnen, es bestand ein gemeinsames Interesse der verschiedenen Professionen an den jeweiligen Kindern und an der Verbesserung ihrer Chancen. Daraus entwickelte sich eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ohne Verordnungen „von oben“ und mit lebendigen Bildungsaktivitäten.

Dieses konzeptionell-inhaltliche Potenzial hat nach unserer Einschätzung auch bewirkt, dass die Situation zum Berichtszeitpunkt zwar nicht rosig, doch auch nicht hoffnungslos ist. Neue Probleme sind hinzugekommen, die im Wesentlichen mit der chaotischen Einführung der Ganztagschule in Hamburg zusammenhängen.

Ein Fachgespräch im Oktober 2012 mit dem Staatsrat der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration und einem erweiterten Kreis fachkundiger Vertreterinnen der Systeme Kinder- und Jugendhilfe sowie Schulen war ein wichtiger Impuls, der u.a. endlich die längst fällige Diskussion um das Sozialraumkonzept und seine inhaltlich-konzeptionellen Grundlagen eröffnete.

## 6. Kooperationen

### 1. Kinderbuchhaus Altona

Wie schon in den Vorjahren stehen wir mit dieser im Altonaer Museum angesiedelten Bildungseinrichtung weiter in Kontakt. Die Existenz des Kinderbuchhauses ist nach wie vor finanziell nicht ausreichend gesichert. Wir unterstützen die zahlrei-

chen Akteure, die sich für den Erhalt des Kinderbuchhauses engagieren, u. a. durch Weitergabe von Informationen über ihre Veranstaltungen an mögliche neue Zielgruppen.

### 2. Ausstellung „PerspektivWechsel“

Im Dezember 2011 befürwortete unser Arbeitskreis eine Anfrage vom Arbeitskreis Interkulturelles Leben der Patrioten, das Vorhaben des Hamburger Instituts für Interkulturelle Pädagogik (HIIP) und der Patriotischen Gesellschaft bzw. des Arbeitskreises Interkulturelles Leben zu unterstützen, die Wanderausstellung „PerspektivWechsel“ in Hamburg zu zeigen.

Wir danken allen Unterstützern unseres Arbeitskreises und denen, die uns Anregungen vermittelt haben. Ganz besonders gilt dieser Dank Frau Prof. Dr. Ursel Becher, die nach Jahren des intensiven aktiven Mitwirkens nun ihren Ruhestand frei von Verpflichtungen gegenüber dem Arbeitskreis genießen möchte. Wir wünschen ihr viel Freude dabei.

*Helga Treeß, 2. Vorsitzende der Patriotischen Gesellschaft von 1765, und Margret Werdermann, Sprecherinnen des Arbeitskreises Kinder, Jugend und Bildung der Patriotischen Gesellschaft von 1765*



*Der Arbeitskreis Kinder, Jugend, Bildung trifft sich in der Regel jeden zweiten Mittwoch im Monat von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr im Gesellschaftsraum der Patriotischen Gesellschaft von 1765, Trostbrücke 4, 2. Stock. Aktuelle Informationen zu Terminen und zur Arbeit des Arbeitskreises finden sich im Internet auf der Homepage der Patriotischen Gesellschaft ([www.patriotische-gesellschaft.de](http://www.patriotische-gesellschaft.de)).*

*Wer sich für die Sitzungen unseres Arbeitskreises interessiert, melde sich bitte an unter der Telefonnummer der Geschäftsstelle 040-366619 oder per E-Mail unter [info@patriotische-gesellschaft.de](mailto:info@patriotische-gesellschaft.de).*

## Holger-Cassens-Preis

### Bildung als gemeinsame Aufgabe

Der Holger-Cassens-Preis wird unter dem Thema „Bildung als gemeinsame Aufgabe“ verliehen. Beachtet werden können innovative Projekte, die einen ganzheitlichen, an jungen Menschen und ihren Fähigkeiten und Lebenswelten orientierten Bildungsansatz vertreten.

Der Preis wird jährlich durch die Mara und Holger Cassens-Stiftung in Kooperation mit der Patriotischen Gesellschaft von 1765 vergeben.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. Gefördert wird ein Kooperationsprojekt in Hamburg, das sich in seiner Arbeit an einem umfassenden Bildungsbegriff orientiert. Mit ihm soll ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit und Inklusion geleistet werden, denn arme und benachteiligte Kinder sind die Verlierer in unserem Bildungssystem. Ihre Lebenslage bestimmt ihre Entwicklungschancen. Preiswürdig sind Projekte, die diese jungen Menschen erreichen und die in gemeinsamer Verantwortung im Sozialraum zusammenwirken. Es soll sich nicht um eine Form der additiven Kooperation handeln, sondern um die Zusammenarbeit gleichberechtigter Partner. Preiswürdig sind Projekte in Hamburg, in denen Schulen, Einrichtungen der Jugendhilfe und der jeweilige Stadtteil mit seinen vielfältigen Ressourcen etwas gemeinsames Neues schaffen. Diese Projekte sollen schon über einen längeren Zeitraum (mindestens ein Jahr) kooperieren. Erfahrungen und Ergebnisse müssen sichtbar sein.

*Die Projekte sollen sich an folgenden Zielen orientieren:*

- Die Projekte sollten die Zusammenarbeit mit den Familien anstreben.
- Die Projekte sollten die Vielfalt an Bildungsorten und Lernwelten wahrnehmen und die Erfahrungen der jungen Menschen in die Bildungsprozesse einbeziehen.
- Die Projekte sollten multiprofessionelle Ansätze verfolgen und die Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements – z.B. von Nachbarn und Vertretern von informellen Gruppen, aber auch von Organisationen und Betrieben – anstreben.



*Leitfragen für die Projektbeschreibung:*

- Wer sind die beteiligten Kooperationspartner und was sind deren spezifische Aufgaben?
- Wann wurde das Projekt initiiert und welche Ausgangssituation lag der jetzt realisierten Kooperation zugrunde?
- Wie verlief der Prozess der Initiierung ihrer Zusammenarbeit und der Entwicklung einer gemeinsamen Handlungsstrategie (Ziele, Inhalte und Handlungsansätze)?
- Inwieweit sind die o.g. Aspekte für die jetzt realisierten Handlungsstrategien relevant? Und in welcher Form werden sie umgesetzt?
- Wieweit gelingen der Austausch und die Zusammenarbeit mit den Familien?
- Welche Veränderungen und Ergebnisse gegenüber der Ausgangssituation zeigen sich in Bezug auf
  - den Kompetenzzuwachs aller Beteiligten (Kinder, Jugendliche, Eltern, Fachkräfte)
  - die Organisation der Arbeit insgesamt
  - die Entscheidungsstrukturen und Verantwortlichkeit für das Aufwachsen junger Menschen
  - die Arbeitsinhalte und -formen?
- Welche Methoden und Instrumente werden zur Dokumentation und Evaluation angewandt?
- Wie soll die Projektarbeit weiterentwickelt werden?
- Was fördert die Arbeit? Was behindert sie?
- Wie könnten die bisherigen Projektergebnisse übertragen werden?

*Die Handlungsstrategien preiswürdiger Projekte sollten dementsprechend folgende Aspekte beinhalten:*

- Entwicklungs- und Teilhabechancen fördern
- Familien einbeziehen
- Lebenswelt- und sozialraumorientiert handeln
- Lebensräume inklusiv gestalten
- Ressourcen im Stadtteil nutzen.

*Bisherige Preisträger:*

- *das Löwenhaus in Hamburg-Harburg*
- *GWA St. Pauli, Leseclub Kölibri, Hamburg-St. Pauli*
- *die Bildungs- und Beratungskaravane Dulsberg*
- *die Schülerfirma VeddelERleben*
- *Kinderkulturhaus Lohbrügge*



*Preisverleihung zum Holger-Cassens-Preis 2012 am 30.10.2012 im Haus der Patriotischen Gesellschaft*



*Preisstifter Holger Cassens gratuliert den Preisträgern von „VeddelERleben“*



*Laudatorin Kaja Kutter*

## Arbeitskreis Interkulturelles Leben

### Nur mit gelingender Integration hat unsere Stadt eine Zukunft

Für den Arbeitskreis hat das Jahr 2011 einen großen Einschnitt gebracht: Nach 17 Jahren hat Hartmut Roß im Oktober 2011 das Amt des Arbeitskreissprechers niedergelegt. Der Arbeitskreis dankte ihm für seine unermüdliche Arbeit und vor allem für die vielen thematischen Impulse und die klare inhaltliche Orientierung, die er dem Arbeitskreis über all die Jahre gegeben hat. Zum neuen Arbeitskreissprecher wurde Dr. Arnold Alscher gewählt.

Mit dem Wechsel des Sprechers stellte sich für den Arbeitskreis auch die Frage nach der zukünftigen Ausrichtung und den Schwerpunkten seiner Arbeit. Daher wurden die „Grundsätze für den AK“ von 2007 überarbeitet und auf dieser Grundlage Anfang 2012 ein aktuelles Konzept für Selbstverständnis und Aufgaben des Arbeitskreises entwickelt. Zuletzt hatten die Themen Religionsfreiheit und Toleranz die Arbeit bestimmt. Ihre Bearbeitung ist 2011 mit dem Memorandum zur Religionsfreiheit, das über die Geschäftsstelle der Patriotischen Gesellschaft bezogen werden kann, zu einem vorläufigen Abschluss gekommen. Als neue weiterführende Themen sind u. a. die Förderung des Demokratieverständnisses von Randgruppen sowie Fragestellungen angedacht, die sich mit den Auswirkungen der Globalisierung und des demografischen Wandels auf die Zuwanderung, Integration und kulturelle Vielfalt in Hamburg beschäftigen. Eine weitere, spezifische Aufgabenstellung für seine Arbeit sieht der Arbeitskreis darin, sich an Problemen von kleineren, ansonsten wenig beachteten Gruppen unserer Gesellschaft zu orientieren und sich entsprechend dem Leitbild der Patriotischen Gesellschaft „nützlich“ für Toleranz, Teilhabe und pragmatische Problemlösungen einzubringen. Dabei strebt der Arbeitskreis insbesondere auch den Kontakt und die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Gruppen mit vergleichbaren Interessen und Zielen an.

#### Behandelte Themen und Arbeitsgebiete

Im Rahmen seines Orientierungsprozesses hat sich der Arbeitskreis konzeptionell mit verschiedenen Themenkreisen beschäftigt, u. a. mit zwei Publikationen, die seit einiger Zeit sowohl unter

Fachleuten als auch in der allgemeinen Öffentlichkeit diskutiert werden: Es handelt sich zum einen um Doug Saunders *Arrival City: Über alle Grenzen hinweg ziehen Millionen Menschen vom Land in die Städte. Von ihnen hängt unsere Zukunft ab* (München 2011). Der Autor vertritt die These, dass für das Gelingen von Migration und Integration nicht die kulturellen und religiösen Unterschiede entscheidend seien, denn Migranten hätten, gleich woher sie kommen und wohin sie gehen, gleiche Ziele. Ob sie Arbeit fänden, soziale Netzwerke aufbauten, ihren Kindern Schulbildung und eine Zukunft ermöglichen könnten, hinge vielmehr stark davon ab, inwieweit die Stadt, in die sie kommen, auf Zuwanderung eingestellt sei. Als zweite Publikation beschäftigte den Arbeitskreis das Buch *Kulturen sprechen nicht. Die Politik grenzüberschreitender Dialoge* von Frank-Olaf Radtke (Hamburg 2011). Der Autor setzt sich aus systemtheoretischer Sicht kritisch mit der Kulturalisierung von Konflikten und der Ideologisierung von inszenierten „Dialog-Angeboten“ auseinander, die seines Erachtens vor allem der Beibehaltung einer (Leit-)Dominanzkultur dienen. Statt voreilig Konsens zu suchen, wird dafür plädiert, Interessengegensätze zu thematisieren, Streit und Differenzen öffentlich auszutragen und nach realistischen Kompromissen zu suchen.

Als weiterer Themenkreis wird die Darstellung der europäischen Geschichte in den Schulbüchern anderer Kulturkreise behandelt. Exemplarisch wurde dies am Beispiel von Schulbüchern in arabischen Ländern untersucht mit dem Ergebnis, dass auf diesem Gebiet ein dringender Bedarf für eine objektive Überarbeitung in der Geschichtsdarstellung besteht.

Eingehend hat sich der Arbeitskreis mit dem Integrationskonzept des Senats beschäftigt. Hierzu hat er eine Mitarbeiterin der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) eingeladen, die über die Ziele der aktuellen Überarbeitung des Konzepts berichtet hat. Integration soll nach den Ausführungen der Behördenvertreterin im Integrationskonzept zukünftig als gleichberechtigte Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verstanden werden und

entscheidend die interkulturelle Öffnung sowie den Abbau von Diskriminierung zum Ziel haben. Der Senat will an der Überarbeitung den Integrationsbeirat, die Fachöffentlichkeit und Jugendliche beteiligen. Eine spezielle Gesetzgebung zur Integration oder Anti-Diskriminierung wie in anderen Bundesländern (z. B. In NRW) ist in Hamburg nicht geplant.

In Zusammenhang mit dem Thema Diskriminierung beschäftigte sich der Arbeitskreis mit der aktuellen Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (SVR) vom 27.07.2012, in der nachgewiesen wird, dass Migranten fast doppelt so häufig Benachteiligungserfahrungen machen wie die deutsche Mehrheitsbevölkerung, und zog daraus auch Konsequenzen für seine zukünftige Arbeit.

So wurden in den vergangenen Jahren mehrfach Vertreter von Migranten- und anderen Bevölkerungs-Gruppen zu Gesprächen eingeladen und deren Lebensumstände und Anliegen diskutiert, z. B. zu den Themen „Alltag und Probleme von Russland-Deutschen“ oder „Afrikaner in Hamburg“. Im Juni 2013 beteiligte sich der Arbeitskreis an einem öffentlichen Aufruf zur Verbesserung der Aufenthaltssituation von 300 afrikanischen Flüchtlingen in Hamburg

Über die Sonderausstellung „Afrikaner in Hamburg“ im Museum für Völkerkunde (2011), die einen Eindruck von den afrikanischen Lebenswelten in Hamburg, dem sozialen Miteinander in den afrikanischen Gemeinden, wie es sich in Sport, Kunst und Gottesdiensten widerspiegelt, bietet, ließ sich der Arbeitskreis im Einzelnen von Aminata Wane informieren. Frau Wane, die im Senegal geboren und in Hamburg aufgewachsen ist, war an der Erarbeitung der Sonderausstellung selber direkt beteiligt. Ihre Ausführungen führten im Arbeitskreis zu einer intensiven Debatte über die Voraussetzungen gelingender Integration. Als besonders entscheidend wurde eine Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache erachtet, die auf die unterschiedlichen individuellen Voraussetzungen der Teilnehmern an den Sprachkursen in differenzierter Weise eingeht und auch ihren angestrebten beruflichen Aufgaben Rechnung trägt.

Zu einem Gedankenaustausch über die ebenfalls vom Museum für Völkerkunde und auch von der Kulturbehörde unterstützten Initiative „Le Chantier – Afrikawerkstatt“ hat Philomène Heller als Mitglied dieser Initiative unseren Arbeitskreis besucht. Die Initiative wurde im Frühjahr 2012 von afrikanischen und deutschen Akademikern aus verschiedenen deutschen Städten gegründet, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die vielfältigen Kompetenzen von Afrikanern in Deutschland zusammenzuführen. Der Arbeitskreis hat angeboten, zukünftige Aktivitäten dieser Gruppe (u.a. Konzeption für ein Afrika Festival) in geeigneter Weise zu begleiten und als mögliches Forum für weitere Gespräche zur Verfügung zu stehen.

Im Sommer 2011 wandte sich eine Gruppe von Ivorern, die in Hamburg eine Sektion der in der Republik Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) beherrschten Partei UPC (Union Partie Côte d'Ivoire) gründen wollte, an den Arbeitskreis mit der Bitte um organisatorische Unterstützung. Eine gemeinsame Diskussion ergab, dass der Arbeitskreis für eine derartige politische Unterstützung nicht der richtige Ansprechpartner ist. Der Gruppe wurde daher empfohlen, sich mit ihrem Anliegen an andere Institutionen, vorzugsweise an die Stiftungen der Parteien zu wenden.

Der Arbeitskreis pflegt über Fathi Abu Toboul (German-Arab Consulting and Project Planning, GAC e.K.) Kontakt zu dem im Januar 2012 neu konstituierten Integrationsbeirat der Freien und Hansestadt Hamburg. Herr Toboul selbst ist auf den Arbeitskreis zugekommen, um für die ideale Unterstützung eines geplanten Internationalen Kulturzentrums Hamburgs (IKH) zu werben. Der Arbeitskreis sah sich jedoch bisher nicht zu einer konkreten Stellungnahme zu diesem Vorhaben in der Lage, weil die Rahmenbedingungen für ein derartiges Zentrum noch ungeklärt sind.

Als Beispiel für praktische Integrationsarbeit und interkulturelles Leben an einem sozialen Brennpunkt der Stadt referierte im März 2013 der Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Integration in Hamburg- Wilhelmsburg, Herr U. Gomolzig. In diesem vor acht Jahren gegründeten Verein sind 30 ehrenamtliche Mitglieder engagiert, die – auch mit

Unterstützung von bezahlten Fachkräften – ca. 600 Jugendliche aus dem Quartier Reiherstieg in attraktiven Freizeitangeboten und sinnvollen Projekten betreuen. Die Finanzierung des Vereins erfolgt weitgehend durch die Unterstützung von privater Seite und durch Preisgelder. Seine erfolgreiche Arbeit vor Ort könnte nach Ansicht des Arbeitskreises durchaus einer breiteren Öffentlichkeit vermittelt und zur Nachahmung empfohlen werden.

**Projekte und Veranstaltungen** In Zusammenarbeit mit dem Hamburger Institut für interkulturelle Pädagogik (HIIP) konnte der Arbeitskreis die Wanderausstellung „PerspektivWechsel – Diskriminierungserfahrungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ nach Hamburg bringen. Konzipiert und realisiert wurde diese Ausstellung vom Paritätischen Jugendwerk Niedersachsen und vorher bereits in mehreren Städten Niedersachsens gezeigt. In dieser Präsentation haben 80 junge Menschen mit Migrationsgeschichte im Alter zwischen zehn und 24 Jahren ihre Erfahrungen mit Ausgrenzung, Diskriminierung und Alltagsrassismus in Bildern, Installationen und Filmen verarbeitet. Die Ausstellung nebst fachdidaktischem Begleitprogramm wurde von September bis Mitte Oktober 2012 im Hamburger Schulmuseum in Altona gezeigt und von zahlreichen Hamburger Schulklassen, Fachkräften aus Bildungseinrichtungen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern besucht. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Kinder, Jugend, Bildung wurden die begleitenden Fachveranstaltungen zu den Themen „Diskriminierung im Alltag“ und „Antidiskriminierungsberatung“ organisiert und moderiert.

Im März 2013 hat der Arbeitskreis das Pilotprojekt „Stadtrundgang“ mit dem Ziel gestartet, das Curriculum der „Integrationskurse zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft“ durch eine pädagogisch-didaktische angeleitete Exkursion zu ergänzen und perspektivisch zu einem obligatorischen Bestandteil der Integrationskurse zu machen. Diese Exkursionen sollen durch erlebnisorientiertes Lernen die (staatsbürgerlichen) Kenntnisse und die Verbundenheit der Neubürgerinnen und Neubürger mit der Stadt Hamburg fördern und stärken.

Nach den bisherigen Erfahrungen haben nahezu alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Kurse großen Wissensbedarf und ein starkes Lerninteresse auf diesem Gebiet. Die ersten drei von sechs im Pilotprojekt geplanten Stadtrundgänge wurden bis Juni 2013 durchgeführt; nach weiteren drei Pilot-Exkursionen soll eine Evaluierung vorgenommen werden.

**Organisation** Die weitere Entwicklung des Arbeitskreises hängt in hohem Maß vom Engagement seiner Mitglieder ab. Daher ist der Arbeitskreis sehr an der Mitarbeit weiterer Damen und Herren interessiert und offen für neue Mitglieder und Gäste. Besonders begrüßt würde, wenn auch jüngere Menschen (mit und ohne Migrationshintergrund) den Weg zum Arbeitskreis fänden und sich an den Arbeiten und Diskussionen aktiv beteiligten.

*Dr. Arnold Alscher, Sprecher des Arbeitskreises Interkulturelles Leben der Patriotischen Gesellschaft von 1765*



*Der Arbeitskreis Interkulturelles Leben trifft sich in der Regel jeden ersten Dienstag im Monat von 18:30 Uhr bis 20:30 Uhr im Gesellschaftsraum der Patriotischen Gesellschaft von 1765, Trostbrücke 4, 2. Stock.*

*Aktuelle Informationen zu Terminen und zur Arbeit des Arbeitskreises finden sich im Internet auf der Homepage der Patriotischen Gesellschaft ([www.patriotische-gesellschaft.de](http://www.patriotische-gesellschaft.de)).*

## Projektgruppe „Salon“

### Auf gesellige Weise belehren und belehren lassen

Die Projektgruppe „Salon“ wurde 2010 gegründet und besteht zur Zeit aus zwölf meist berufstätigen Mitgliedern. Sie bezieht sich mit ihrem Namen auf den Salon der Aufklärung und auf den des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Tradition der historischen Aufklärung möchte sie insofern fortführen, als es in ihrer Arbeit neben inhaltlichen Themen auch um die Pflege der Geselligkeit und um die Möglichkeit geht, dass aufgeschlossene und tolerante Menschen, interessiert am freien Gedankenaustausch, sich treffen können. In den Salons des 18. Jahrhunderts wurden vor allem in Frankreich oft neue und revolutionäre Ideen diskutiert, die die

gesellige Weise. Dazu erproben wir auch eher ungewöhnliche Kommunikationsformen bis hin zum *speed dating*.

Die Gruppe arbeitet an verschiedenen Projekten in den Bereichen Bildende Kunst, Musik und Literatur, für die jeweils unterschiedliche Mitglieder zuständig sind. Allen Veranstaltungen ist gemeinsam, dass sie auf kulturelle Themen der Stadt, der Formen des Gesprächs und auch der geselligen Diskussion zielen – insofern beziehen wir uns auch auf die „Nützlichkeit“, wie sie im Leitbild der Patriotischen Gesellschaft, das auf die Förderung der demokratischen Kultur hinweist, formuliert ist.



„Böhmische Dörfer“ – Ausstellung von Frauke Hänke und Claus Kienle

Mitglieder der Salons der Verfolgung absolutistischer Herrscher aussetzten. Es waren die Vorschläge der Aufklärer zu den Fragen, wie alle Menschen frei von Bevormundung durch staatliche und ideologische Vorgaben denken und handeln könnten, die die Herrschenden, auch die Kirchen, provozierten.

Die Ansprüche der Projektgruppe „Salon“ sind selbstverständlich entschieden bescheidener als die der mutigen Aufklärer: Im Gespräch untereinander wollen wir lernen und üben, uns gegenseitig zu belehren und uns belehren zu lassen – und das auf

In den beiden letzten Jahren hat die Projektgruppe „Salon“ mehrere Ausstellungen von Bildern durchgeführt. Es gibt immer wieder Anfragen von Künstlerinnen und Künstlern, so dass die Gruppe sich entschlossen hat, Auswahlkriterien für Vernissagen zu besprechen. Zu diesen Kriterien gehört vor allem die Anforderung, dass die Kunst kein „Abklatsch“ der Wirklichkeit sein, sondern eine neue Weise des Sehens, der Wahrnehmung darstellen soll. Der Betrachter soll irritiert, zum Befragen anderer Betrachter und damit zum „Belehren“ angeregt werden und zugleich auch zum Vergnügen.

Zu den Kriterien der Auswahl gehört ferner, dass Materialien und Themen ungewöhnlich sind. Ein einfaches „Aha“-Erlebnis ist nicht intendiert. Im Werkstattgespräch im Rahmen der Ausstellung der Fotografien von Frauke Hänke und Claus Kienle („Böhmische Dörfer“) haben alle Anwesenden die Fülle der Wahrnehmungsmöglichkeiten mit Verblüffung registriert. Die Bewerberinnen und Bewerber stellen ihr Werk persönlich in Kurzform auf einer „Salon“-Sitzung vor – danach entscheidet die einfache Mehrheit der Anwesenden.

Von den veranstalteten Lesungen möchte ich eine kooperative Veranstaltung mit der START-Stiftung hervorheben, die von den Arbeitskreisen Kinder, Jugend und Bildung und Interkulturelles Leben unterstützt wurde. Ruth-Esther Geiger las aus ihrem neuen Buch *Deutschland – meine Option* und interviewte die anwesenden jungen Stipendiaten der START-Stiftung, die durch ihren Geschäftsführer Robert Hasse vertreten war. Diese Interviews, ständig ergänzt durch Fragen aus dem Publikum, waren das Zentrum der Veranstaltung: Erstaunlich für alle war die selbstbewusste, zugleich heiter-dezidierte Haltung der jungen Leute zur Frage der „Identität“.

„Ich habe aufgehört, mich einem Kampfbegriff ‚Identität‘ unterzuordnen, ich bin Afghane und Deutscher“, betonte Mojtaba Qalanawi, der seit über zehn Jahren in Deutschland lebt und nun studiert. Auch wenn diese jungen Leute die „Sehnsucht nach Eindeutigkeit“ kennen, kennen sie das, was „Identitätspanik“ genannt wird (Václav Bělohradský), offensichtlich nicht. Dieser Begriff bezeichnet eine neue Erfahrung in der globalisierten Welt: Die als bedrohlich empfundene Abwesenheit des Eigenen kann dann zur „Identitätspanik“ führen, wenn der öffentliche Raum sich zwar anderen Kulturen öffnet, aber es keinen Ausgleich durch eine gemeinsame Kultur gibt. So kann es zu einem Kampf um die Anerkennung der jeweils anderen Kultur kommen, es gibt dann keine Kritik und Distanz mehr. Integration darf nicht zum Kampffeld der jeweiligen Identität gemacht werden – darum bedarf es der argumentierenden Kritik zu jeder Kultur.

Die Souveränität, mit der die jungen Leute auf die Fragen nach ihrer „Identität“ eingingen und mit der sie zugleich ihre kritische Argumentationsfähigkeit und ihr reflektiertes Verhältnis zu verschiedenen Traditionen demonstrierten, zeigte nicht die Spur von „Identitätspanik“.

Der „Patriotenzazz“ ist nach dem dritten Konzert im Januar 2013 schon beinahe eine musikalische Tradition in der Arbeit der Projektgruppe „Salon“. Immer am letzten Januarsonntag eines Jahres lädt die Gruppe am Nachmittag zum Patriotenzazz ein, in den vergangenen Jahren im Cotton Club, im Fleetenkieker und im Birdland. Der Schwerpunkt der Konzerte, in denen junge Musikerinnen und Musiker, die an der Staatlichen Jugendmusikschule studieren oder sich zu selbstständigen Gruppen zusammengefunden haben, lag jeweils auf Phasen des amerikanischen und europäischen Jazz. Kurze Einführungen in die Stile des Jazz mit musikalischen Demonstrationen ergänzen die Konzerte, die ein lebhaft interessiertes Publikum anziehen.

*Marlis Roß, Mitglied der Projektgruppe „Salon“ der Patriotischen Gesellschaft von 1765*



*Die Projektgruppe „Salon“ tagt an jedem zweiten Dienstag im Monat von 18:30 bis 20:00 Uhr im Gesellschaftsraum der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 4, 2. Stock). Interessierte Gäste sind jederzeit willkommen und sollten sich zur Sicherheit über die Geschäftsstelle anmelden (Telefon 040-36 66 19, [info@patriotische-gesellschaft.de](mailto:info@patriotische-gesellschaft.de)).*

Öffentliche Veranstaltungen  
01.07.2011 bis 30.06.2013



Der Reimarus-Saal im Haus der Patriotischen Gesellschaft von 1765

26.08.2011

„Streugut“ – Ausstellungseröffnung mit Focko Eulen

*Projektgruppe Salon*

09.09.2011

Auftaktveranstaltung zum Tag des offenen Denkmals

11.09.2011

Tag des offenen Denkmals – Führung und Vortrag im Haus der Patriotischen Gesellschaft

26.10.2011

Preis für Denkmalpflege 2011 – Preisverleihung

*Arbeitskreis Denkmalschutz*

31.10.2011

Verleihung des 3. Holger-Cassens-Preises  
*in Kooperation mit der Mara und Holger Cassens-Stiftung*

14.11.2011

„Hamburg – Fahrradstadt der Zukunft?“ – Diskussionsveranstaltung

*Arbeitskreis Stadtentwicklung*

02.12.2011

„EisMeerSchönheit“ – Ausstellungseröffnung mit Cristine Grandt

*Projektgruppe Salon*

15.11.2011

Preisverleihung zum 5. Bülow-Wettbewerb



*Festveranstaltung zum Gründungstag 2013*

**29.01.2012**

**Patrioten-Jazz im Fleetenkieker**

*Projektgruppe Salon*

**24.02.2012**

**„Eine Kinder- und Jugendgeneration wird krankgeschrieben“. Fachgespräch zum Thema ADHS**

*Arbeitskreis Kinder, Jugend und Bildung  
in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für soziale  
Psychiatrie*

**08.03.2012**

**Enthüllung der Gedenktafel für Louis Gurlitt**

*Projektgruppe Gedenktafeln*

**10.03.2012**

**„Burchblick“ – Ausstellungseröffnung mit Stefan Frick**

*Projektgruppe Salon*

**26.03.2012**

**Der Salon der Aufklärung in Hamburg. Lesung mit Petra Oelker**

*Projektgruppe Salon*

**19.04.2012**

**„Alles Zirkus“ – Lesung mit Lars Brandt**

*im Rahmen der Vättenfall-Lesetage*

**02.05.2012**

**„Von der Bürgerlichkeit zur Zivilität“ – Vortrag von Prof. Dr. Dieter Gosewinkel**

*zum 247. Gründungstag der Patriotischen Gesellschaft*

**23.07.2012**

**Enthüllung der Gedenktafel für Philipp Otto Runge**

*Projektgruppe Gedenktafeln*

**28.08.2012**

**Auftaktveranstaltung zum Diesterweg-Stipendium Hamburg**

**07.09.2012**

**Auftaktveranstaltung zum Tag des offenen Denkmals**

**09.09.2012**

**Tag des offenen Denkmals – Führung und Vortrag im Haus der Patriotischen Gesellschaft**

**13.09.2012**

**Präsentation der Tagebücher von Ferdinand Beneke**

*in Kooperation mit der Hamburger Stiftung zur Förderung von  
Wissenschaft und Kultur, dem Verein für Hamburgische Ge-  
schichte und dem Wallstein Verlag*



*Matthias Brandt liest aus den Tagebüchern Ferdinand  
Benekes*

**24.10.2012**

**„Wie aufgeklärt sind Sie?“ – Diskussionsabend**

*Projektgruppe Salon*

**30.10.2012**

**Verleihung des 4. Holger-Cassens-Preises**

*in Kooperation mit der Mara und Holger Cassens-Stiftung*

15.11.2012

Hyeeyeon Park – „Inherent movement“. Stipendium für Fotografie. Ausstellungseröffnung im Museum für Kunst und Gewerbe

*in Kooperation mit der Hochschule für Bildende Künste Hamburg*



*Bienen auf dem Dach des Hauses*

17.01.2013

„Deutschland – meine Option? Junge Migranten am Start“. Lesung mit Ruth-Esther Geiger

*Projektgruppe Salon  
in Kooperation mit der START-Stiftung Frankfurt am Main*

24.01.2013

„Von der Unverzichtbarkeit des Glaubens: Warum Glauben und Wissen zusammenhängen“ – Prof. Dr. Volker Gerhardt und Dr. Jörg Herrmann. Vortrag und Diskussion in der Reihe „Wozu Glaube?“

*in Kooperation mit der Evangelischen Akademie der Nordkirche*

27.01.2013

Patrioten-Jazz im Birdland

*Projektgruppe Salon*

29.01.2013

„Warum kann Hamburg nicht Fahrrad?“ – Diskussionsveranstaltung

*Arbeitskreis Stadtentwicklung*

07.02.2013

„Was glaubt die Jugend?“ – Prof. Dr. Wolfram Weiße und Hans-Ulrich Kässer. Vortrag und Diskussion in der Reihe „Wozu Glaube?“

*in Kooperation mit der Evangelischen Akademie der Nordkirche*

12.02.2013

„Inklusion – eine Herausforderung für Zivilgesellschaft und Politik“. Auftaktveranstaltung zur Reihe „Inklusion in Hamburg“

*Arbeitskreis Kinder, Jugend und Bildung  
in Kooperation mit der Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen*

18.02.2013

„Denkmalschutz und Politik“. Fragestunde und Diskussion mit Abgeordneten

*Arbeitskreis Denkmalschutz*

21.02.2013

„Sind moderne Naturwissenschaft und Gottesglaube vereinbar?“ – PD Dr. Thomas Posch und Prof. Dr. Hartmut Rosenau. Vortrag und Diskussion in der Reihe „Wozu Glaube?“

*in Kooperation mit der Evangelischen Akademie der Nordkirche*

22.02.2013

„Böhmische Dörfer“ – Ausstellungseröffnung mit Frauke Hänke und Claus Kienle

*Projektgruppe Salon*



*Gründungstag 2012: Dieter Gosewinkel*



„Wozu Glaube?“ – Veranstaltung mit Jan Philipp Reemtsma

08.03.2013

„Ist da jemand? – Gott und meine Zweifel“ – Dr. Beatrice von Weizsäcker und Dr. Jutta Rossett. Lesung und Diskussion in der Reihe „Wozu Glaube?“

in Kooperation mit der Evangelischen Akademie der Nordkirche

21.03.2013

„Heraus aus der Vergeltung. Jesu Versuch, von Johannes dem Täufer loszukommen“ – Prof. Dr. Christoph Türcke und Prof. Dr. Hans-Jürgen Benedict. Vortrag und Diskussion in der Reihe „Wozu Glaube?“

in Kooperation mit der Evangelischen Akademie der Nordkirche

09.04.2013

„Das Klima wird rauer. Religionspolitische Konfliktlagen in Deutschland“ – Prof. Dr. Rolf Schieder Schieder und Dr. Stephan Reimers. Vortrag und Diskussion in der Reihe „Wozu Glaube?“

in Kooperation mit der Evangelischen Akademie der Nordkirche

22.04.2013

„Nichts von euch auf Erden“ – Lesung mit Reinhard Jirgl

im Rahmen der Vättenfall-Lesetage

25.04.2013

„Zivilgesellschaft und kritische Öffentlichkeit: Quellen von Demokratie als Lebensform“ – Vortrag von Prof. em. Dr. Dieter Rucht

zum 248. Gründungstag der Patriotischen Gesellschaft

13.05.2013

„Direkte Demokratie und die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Schweiz und Deutschland“ – Vortrag von Dr. Herbert Ammann

23.05.2013

„Gewalt und soziales Vertrauen“ – Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma und Prof. Dr. Volker Gerhardt. Vortrag und Diskussion in der Reihe „Wozu Glaube?“

in Kooperation mit der Evangelischen Akademie der Nordkirche

02.06.2013

„Jetzt hab' ich eine Chance“ – Das Diesterweg-Stipendium Hamburg

Filmpremiere

13.06.2013

Enthüllung der Gedenktafel für Theodor York

Projektgruppe Gedenktafeln



05/

Organisation und Service

## In Memoriam

Die Patriotische Gesellschaft betrauert den Tod ihrer Mitglieder

Jürgen Beuche

Volker Doose

Prof. Dr. Willi Maertens

Hartmut Scheibler

Hinrich Wesselhoeft

Patriotische Gesellschaft von 1765

Vorstand, Beirat und Kuratorien

Vorstand  
der Patriotischen Gesellschaft von 1765

Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel, 1. Vorsitzende  
Helga Treeß, 2. Vorsitzende  
Malte C. Krugmann *bis Febr. 2014*  
Jan-Hendrik von Kuick  
Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Lüthje *seit März 2014*  
Johannes Petersen *seit März 2013*  
Bertil Sander *bis Febr. 2013*

Kuratorien der unselbständigen  
Stiftungen der Patriotischen Gesellschaft

Dr. Dorothea-Wilhelm-Stiftung  
Prof. Dr. Timm Kunstreich *seit Aug. 2011*  
Dr. Jürgen Mackensen  
Marlis Roß  
Margret Werdermann  
Hartmut Zantopp

Ilse-Lübbers-Stiftung  
Geert Becker  
Dr. Hugbert Flitner  
Gerhard Hirschfeld

Evelyn-Brosch-Stiftung  
Karolin Babbe-Voßbeck  
Uwe Doll  
Holger Jürgensen *bis Febr. 2013*  
Dr. Jan-Peter Lechner *seit April 2013*

Beirat  
der Patriotischen Gesellschaft von 1765

Dr. Manfred Brandt  
Michael Breenkötter *bis Nov. 2012*  
Burga Buddensiek *seit Nov. 2013*  
Georg H. Büsch *bis März 2012*  
Holger Cassens *seit Nov. 2012*  
Christopher Cohen *seit Nov. 2012*  
Dr. Claus-Dieter-Curth *delegiert durch I.K.A.R.U.S. e.V.*  
Uwe Doll  
Dr. John Dous *bis Nov. 2012*  
Reinhard Dörr *seit Nov. 2013*  
Dr. Hugbert Flitner  
Dr. Eckart Geginat *bis Nov. 2012*  
Gerhard Hirschfeld  
Isabel Jensen *seit Nov. 2013*  
Johannes Jörn *seit Nov. 2012*  
Martin Köttering *delegiert durch die Hochschule für bildende Künste*  
Elmar J. Kühn  
Dr. Jan-Peter Lechner *bis Nov. 2013*  
Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Lüthje *bis März 2014*  
Dr. Jürgen Mackensen  
Thomas Magold *bis Nov. 2013*  
Bianca Mariß *seit Nov. 2012*  
Sabine U. Marx *bis Nov. 2013*  
Dirk Mehldau *bis Nov. 2013*  
Prof. Dr. Rainer Nicolaysen *delegiert durch den Verein für Hamburgische Geschichte*  
Prof. Dr. Jacqueline Otten *delegiert durch die Hochschule für Angewandte Wissenschaften, seit März 2014*  
Christine Reißmann *seit Nov. 2013*  
Hartmut Roß *bis Nov. 2013*  
Marlis Roß *bis Nov. 2013*  
Dirk C. Schoch  
Prof. Dr. Sabine Schulze *delegiert durch das Museum für Kunst und Gewerbe*  
Prof. Dr. Michael Stawicki *delegiert durch die Hochschule für Angewandte Wissenschaften, bis Febr. 2014*  
Kai Steffen  
Frauke Steinhäuser *seit Nov. 2013*  
Prof. Anna-Katharina Zülch

## Service

Das hauptamtliche Team der Geschäftsstelle ist Ansprechpartner für Mitglieder und Interessierte und begleitet alle Projekte und Veranstaltungen.

### Team Geschäftsstelle

Wibke Kähler-Siemssen

*Geschäftsführerin*

kaehler-siemssen@patriotische-gesellschaft.de

Rita Bartenschlager

*Veranstaltungen, Dienststreuoprogramm*

bartenschlager@patriotische-gesellschaft.de

Sven Meyer

*Kommunikation und Programmbetreuung*

meyer@patriotische-gesellschaft.de

Andrea Schimunek

*Arbeitskreise, Teamassistentz*

schimunek@patriotische-gesellschaft.de

### Team Diesterweg-Stipendium Hamburg

Christiane Mettlau

*Projektleitung Diesterweg-Stipendium Hamburg*

mettlau@patriotische-gesellschaft.de

Ibrahim Özdemir

*Projektassistentz Diesterweg-Stipendium Hamburg*

oezdemir@patriotische-gesellschaft.de

### Team SeitenWechsel

Doris Tito

*Programmleiterin SeitenWechsel®*

tito@patriotische-gesellschaft.de

Elke Münchow

*Stellvertretende Programmleiterin SeitenWechsel®*

muenchow@patriotische-gesellschaft.de

Elisabetha Link

*Assistentz SeitenWechsel®*

link@patriotische-gesellschaft.de

Anja Plangger

*Assistentz SeitenWechsel®*

plangger@patriotische-gesellschaft.de

# Impressum

Herausgegeben vom Vorstand der Patriotischen Gesellschaft  
von 1765

Gestaltung: Atelier für Gestaltung,  
Medi Stober & Britta Kussin, Hamburg

Druck: Druckerei Steffens, Hamburg

Dieses Buch ist klimaneutral mit natureOffice gedruckt,  
Zertifizierungsnummer DE-299-271525

## Bildnachweis:

Felix Borkenau: 54, 67 | bpk: 69 | Karin Desmarowitz: 55,  
56, 58, 59, 65 M., 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 101, 102,  
115, 116, 126, 127, 129 | Paolo Fusi: 107, 108, 109, 110  
Frederika Hoffmann: 117, 120 | Wolfgang Huppertz: 57,  
65 l., 92, 93, 94, 128 r. | Thomas Hytrek: 88 | Katholische  
Pfargemeinde „Maria Grün“: 103 | Sanna Kattenbeck/  
Kevin Krüske: 111 | Ingrid Kosmala: 113 r. | Patriotische Ge-  
sellschaft: 33, 43, 61, 69, 124 | Joachim Reinig: 65 r. | Staats-  
archiv Hamburg: 19, 22, 27, 28, 34, 37 | Elke Trechow: 128 l.  
Michael Zapf: 85 | Sybille Zettler: 82

© Patriotische Gesellschaft von 1765 | Hamburg | April 2014



## Patriotische Gesellschaft

Patriotische Gesellschaft von 1765  
Trostbrücke 4-6 | 20457 Hamburg  
T 040-36 66 19 | F 040-37 80 94  
info@patriotische-gesellschaft.de  
www.patriotische-gesellschaft.de

